

Aus diesem Heft 791

Textteil

Formen und Wege der Verbreitung statistischer
Informationen 793

Der deutsche Wald 800

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte
Grundstücke 1984 814

Rehabilitationsmaßnahmen 1983 821

Öffentliche Finanzwirtschaft
im ersten Halbjahr 1985 832

Personal des öffentlichen Dienstes
am 30. Juni 1984 839

Steuer- und Sozialabgabenbelastung ausgewähl-
ter Arbeitnehmerhaushalte 1966 bis 1984 842

Preise im September 1985 850

Tabellenteil

Übersicht 405*

Statistische Monatszahlen 406*

Ausgewählte Tabellen 420*

Herausgeber
Statistisches Bundesamt

Verlag
W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz

Die Angaben beziehen sich auf das
Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Contents

Page

In this issue 791

Texts

Ways and means of the dissemination of statistical information 793

The German forests 800

Purchasing values of agriculturally used real estate in 1984 814

Rehabilitation measures, 1983 821

Public finance in the first half of 1985 832

Public service personnel on 30 June 1984 839

Burdens of selected employee households due to taxation and social contributions, 1966 to 1984.. 842

Prices in September 1985 850

Tables

Summary survey 405*

Monthly statistical figures 406*

Selected tables 420*

Table des matières

Pages

Dans ce numéro 791

Textes

Voies et moyens de la diffusion des informations statistiques 793

Les forêts allemandes 800

Valeurs d'acquisition des terres agricoles en 1984 . 814

Mesures de réadaptation fonctionnelle en 1983 ... 821

Finances publiques au premier semestre de 1985 . 832

Personnel du service public au 30 juin 1984 839

Charges fiscales et sociales supportées par quelques ménages de salariés sélectionnés de 1966 à 1984 842

Prix en septembre 1985 850

Tableaux

Résumé 405*

Chiffres statistiques mensuels 406*

Quelques tableaux sélectionnés 420*

Data relate to the Federal Republic; they include Berlin (West).

Les données se rapportent au territoire de la République fédérale; Berlin-Ouest y est inclus.

Aus diesem Heft

Formen und Wege der Verbreitung statistischer Informationen

Mit den Bemühungen des Statistischen Bundesamtes, in einem schwieriger gewordenen Umfeld seine Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren und die Leistungen der amtlichen Statistik deutlicher zu machen, wächst der Bedarf an einem Gesamtüberblick über das Serviceangebot des statistischen Dienstes. Deshalb wird in einem Beitrag das wichtige Gebiet der Verbreitung statistischer Angaben im Zusammenhang erläutert. Dabei werden zunächst die gesetzlichen Grundlagen und die Grundsätze der Distributionspolitik des Statistischen Bundesamtes dargelegt und anschließend die wichtigsten Formen der Verbreitung statistischer Informationen behandelt. Es sind dies die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, das EDV-gestützte Statistische Informationssystem des Bundes sowie neue Techniken der Informationsverbreitung. Zu diesen Bereichen wird jeweils ein Überblick über die Zielsetzungen und Rahmenbedingungen in der praktischen Arbeit gegeben und über aktuelle Probleme berichtet. Ferner werden Perspektiven für die Weiterentwicklung aufgezeigt. Abschließend werden auch einige Grundsatzfragen der Zusammenarbeit mit den Medien angesprochen.

Der deutsche Wald

Der Beitrag versucht eine Bestandsaufnahme der über den Wald verfügbaren Daten. Die derzeitigen Kenntnisse über den Waldaufbau auf Bundesebene basieren noch auf einer Erhebung des Jahres 1961. Die damaligen statistischen Angaben über das Alter der nachhaltig bewirtschafteten Waldbestände, die Baumartenverteilung und die Zuwachsverhältnisse erlauben deshalb heute nur eingeschränkte Aussagen über die Holzvorräte und den Pflegezustand der Bestände. Abgesehen von der laufenden Holzeinschlagstatistik und den jährlichen Statistiken über den Jagdertrag, gibt es kaum quantitative Angaben zu den Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen der gesamten Waldfläche. Kurze

Hinweise auf die Ergebnisse der abgelaufenen Waldschadenserhebungen und die für 1986 bis 1988 geplante Bundeswaldinventur runden den Beitrag ab.

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1984

Die Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke wird seit 1974 jährlich durchgeführt. Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse dieser Statistik für das Jahr 1984 und die in der Zeit zwischen 1974 und 1984 eingetretenen Veränderungen dargestellt und kommentiert.

Mit den für 1984 erfaßten rund 31 400 Kauffällen wechselten insgesamt rund 38 300 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mit einem Gesamtwert von 1,464 Mrd. DM den Eigentümer. Der durchschnittliche Kaufwert betrug 38 265 DM je ha, das waren 0,4 % mehr als 1983. Zwischen 1974 und 1984 erhöhte sich der durchschnittliche Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von 16 668 DM auf 38 265 DM und damit um 130 %.

Rehabilitationsmaßnahmen 1983

Ein wichtiger sozialpolitischer Auftrag ist die Eingliederung Behinderter und von Behinderung bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Dazu sind u. a. erhebliche finanzielle Mittel und geeignete Einrichtungen erforderlich. Die Rehabilitationsstatistik liefert jährlich die Daten zur Ermittlung des jeweiligen „Rehabilitationsbedarfs“. Die Ergebnisse für das Jahr 1983 werden in diesem Heft tief gegliedert dargestellt.

Im Berichtsjahr wurden 1,671 Mill. Rehabilitationsmaßnahmen durchgeführt; rund 83 % entfielen auf medizinische Maßnahmen, rund 12 % waren berufsfördernd und rund 5 % betrafen die allgemeine soziale Eingliederung.

887 400 (55 %) der 1,612 Mill. Rehabilitanden waren männlich und 725 000 (45 %) weiblich. Ursache der Rehabilitationsmaßnahme waren bei den meisten der Rehabilitanden Krankheiten

des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes (22,4%); es folgen Krankheiten des Kreislaufsystems (19,5%) und seelische Störungen (14,9%).

In 78,5% der Rehabilitationsmaßnahmen konnte die angestrebte soziale Eingliederung bzw. die Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit erreicht werden.

Öffentliche Finanzwirtschaft im ersten Halbjahr 1985

Die Ergebnisse der Vierteljährlichen Kassenstatistik, zu deren Berichtskreis die Gebietskörperschaften Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) sowie der Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen gehören, vermitteln ein aktuelles Bild über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Laufe eines Rechnungsjahres. Auch 1985 setzen die öffentlichen Haushalte — wie die vorliegenden Halbjahresdaten zeigen — die Ausgabenbegrenzung fort. Der Anstieg der Ausgaben lag unter der Steigerung der Einnahmen im ersten Halbjahr 1985. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte insgesamt waren mit 273,7 Mrd. DM im Berichtszeitraum um 3,5 % höher als im ersten Halbjahr 1984. Die Einnahmen beliefen sich auf 240,9 Mrd. DM und überstiegen den Betrag vom ersten Halbjahr 1984 um 3,8 %. Nach Berücksichtigung des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen betrug im ersten Halbjahr 1985 das Finanzierungsdefizit 33,2 Mrd. DM.

Personal des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 1984

Nachdem in Heft 1/1985 dieser Zeitschrift vorläufige Ergebnisse der Personalstandstatistik für den Bereich des Bundespersonals veröffentlicht wurden, enthält dieser Bericht die Ergebnisse für den Gesamtbereich des öffentlichen Dienstes (ohne Soldaten) in der Gliederung nach dem Dienstverhältnis. Er ermöglicht damit Einblicke in die personelle Ausstattung der öffentlichen Arbeitgeber und gibt Hinweise auf die betriebene Personalpolitik.

Die Beschäftigtenzahlen am 30. Juni 1984 lassen weiterhin eine deutliche Zurückhaltung der öffentlichen Arbeitgeber bei Entscheidungen hinsichtlich des Personalstandes erkennen.

Mit 4,55 Mill. beschäftigten Personen lag der Personalstand am 30. Juni 1984 nur um 14 000 oder 0,3 % über dem

entsprechenden Vorjahresstand; dabei überdeckte der Zugang an Teilzeitbeschäftigten (+ 4,3%) den Rückgang an Vollbeschäftigten (- 0,5%). Diese Tendenz ist seit geraumer Zeit zu beobachten; bis zum Erhebungsstichtag hat sich der Anteil der öffentlichen Bediensteten, die Teilzeit arbeiten, auf 16% erhöht.

Steuer- und Sozialabgabenbelastung ausgewählter Arbeitnehmerhaushalte 1966 bis 1984

Die wachsende Belastung der Arbeitnehmer durch Steuern auf das Einkommen und durch Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung gehört neben der Arbeitslosigkeit zu einem der wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme. Das Statistische Bundesamt hat in diesem Beitrag anhand der Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen Zahlen über Höhe und Entwicklung dieser Belastung für ausgewählte Arbeitnehmerhaushalte von 1966 bis 1984 zusammengestellt. Dabei zeigt sich, daß die Höhe der Belastung wesentlich von der Beteiligung der Haushaltsmitglieder am System der Sozialversicherung abhängt. Vor allem in der zeitlichen Entwicklung wird ferner deutlich, daß die Wahl der Meßgröße für die Belastung (Haushaltsbruttoeinkommen oder Bruttoarbeitseinkommen der Bezugsperson) von entscheidender Bedeutung ist. Gemessen am Haushaltsbruttoeinkommen ist bei den erfaßten Haushaltstypen der Grad der Belastung von 1978 bis 1984 kaum noch gestiegen, gemessen am Bruttoarbeitseinkommen der Bezugsperson ergibt sich für den gesamten Zeitraum von 1966 bis 1984 eine kontinuierliche Zunahme der Belastung.

Preise im September 1985

Der im vergangenen Monat verzeichnete Rückgang der im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Preisindizes hat sich im September 1985 nicht weiter fortgesetzt; von August auf September 1985 ist insgesamt ein verhaltener Preisauftrieb eingetreten.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (1980 = 100) stieg gegenüber dem Vormonat um 0,2% auf einen Stand von 122,1; im Vergleich zum September 1984 betrug der Abstand + 2,0%.

Der Preisindex für die Lebenshaltung (1980 = 100) lag um 0,2% höher als im

August 1985; gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat betrug die Veränderungsrate + 2,2%.

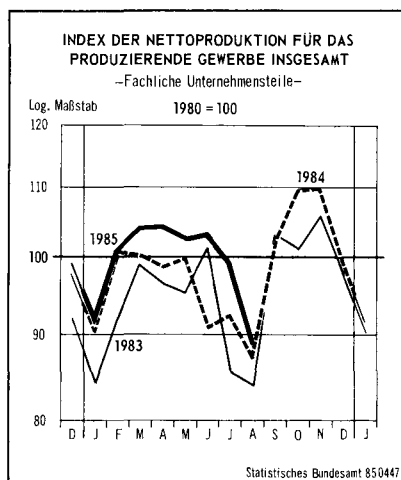
1984. Im Zeitraum Januar/September 1985 war die Einfuhr mit 349,0 Mrd. DM um 8,7% und die Ausfuhr mit 398,6 Mrd. DM um 13% gegenüber Januar/September 1984 angestiegen.

Ha./St.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

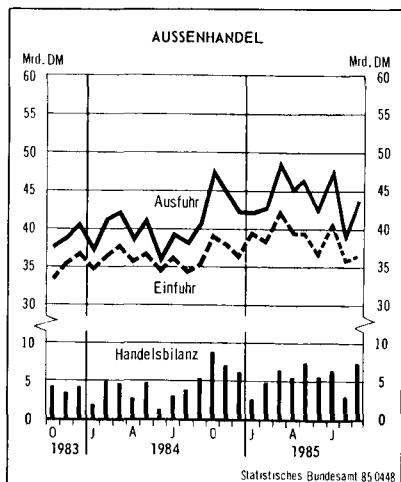
Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte endgültige Index der Nettoproduktion für fachliche Unternehmensteile des Produzierenden Gewer-



bes lag im August 1985 mit einem Stand von 89,1 (1980 = 100) um 10,2% unter dem Stand des Vormonats und um 2,2% höher als im August 1984.

Außenhandel

Im September 1985 lag der Wert der Einfuhr mit 36,5 Mrd. DM um 3,5% und der Wert der Ausfuhr mit 43,9 Mrd. DM um 8,2% höher als im September



Formen und Wege der Verbreitung statistischer Informationen

Vorbemerkung

Der Ablauf von Statistiken läßt sich in die drei großen Phasen der Vorbereitung, der Erhebung und Aufbereitung sowie der Bereitstellung der Ergebnisse unterteilen. Während die beiden ersten Stadien in einer Vielzahl von Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und in zahlreichen Beiträgen zu „Wirtschaft und Statistik“ aus den verschiedensten Blickwinkeln beleuchtet werden, gibt es über Fragen der Bereitstellung statistischer Informationen nur wenige zusammenfassende Darstellungen. Am detailliertesten ist der Überblick im „Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“¹⁾. Darüber hinaus wird das statistische Datenangebot — weit über die gedruckten Veröffentlichungen hinaus — im jährlich erscheinenden Verzeichnisses des Statistischen Bundesamtes dokumentiert. Eine Auswahl wichtiger Veröffentlichungen und Fundstellen aus der amtlichen Statistik enthält ferner regelmäßig der Quellenachweis im Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Außerdem hat das Statistische Bundesamt im Jahr 1984 erstmals einen „Wegweiser zu den Veröffentlichungen“ herausgegeben, der durch praktische Hinweise den gezielten Zugriff auf die statistischen Informationen erleichtern soll.

Mit den Bemühungen des Statistischen Bundesamtes, in einem schwieriger gewordenen Umfeld seine Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren und die Leistungen der amtlichen Statistik deutlicher zu machen, wächst der Bedarf an einem Gesamtüberblick über das Serviceangebot des statistischen Dienstes. Deshalb wird im folgenden der Versuch unternommen, das wichtige Gebiet der Verbreitung statistischer Angaben im Zusammenhang zu erläutern. Dabei werden zunächst die gesetzlichen Grundlagen und die Grundsätze der Distributionspolitik des Statistischen Bundesamtes dargelegt und anschließend die wichtigsten Formen der Verbreitung statistischer Informationen behandelt. Es sind dies

- die Veröffentlichungen und
- das EDV-gestützte Statistische Informationssystem des Bundes beim Statistischen Bundesamt sowie
- neue Techniken der Informationsverbreitung.

Zu diesen Bereichen wird jeweils ein Überblick über die Zielsetzungen und Rahmenbedingungen in der praktischen Arbeit gegeben und über aktuelle Probleme berichtet. Ferner werden Perspektiven für die Weiterentwicklung

aufgezeigt. Abschließend werden auch einige Grundsatzfragen der Zusammenarbeit mit den Medien angesprochen.

1 Allgemeine Grundsätze der Distributionspolitik

Dem Statistischen Bundesamt als statistischer Zentralbehörde für die Bundesrepublik Deutschland ist durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke²⁾ u. a. die Aufgabe zugewiesen, Statistiken für Bundeszwecke „in der erforderlichen sachlichen und regionalen Gliederung für den Bund zusammenzustellen sowie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen“. In die Gesetzesbegründung ist ausdrücklich die Verpflichtung aufgenommen worden, dies in einer Weise zu tun, die dem vielfältigen Benutzerkreis und den zahlreichen Aufgaben der Bundesstatistik gerecht wird. Hieraus leitet sich die Informationspflicht als eine der zentralen Aufgaben des Statistischen Bundesamtes ab. Zugleich wird damit der Grundsatz der Gleichbehandlung der Benutzer postuliert, den das Statistische Bundesamt strikt einhält.

Als Basisinformationen von allgemeinem Interesse stehen die Angaben aus der amtlichen Statistik nicht nur für staatliche Zwecke, sondern allen gesellschaftlichen Gruppierungen und der gesamten Öffentlichkeit zur Verfügung. Das Amt ist an ihrer möglichst weiten Verbreitung interessiert und verzichtet deshalb bewußt auf ein Copyright. Es erwartet aber einen Nachweis seiner Urheberschaft an den Zahlen und verpflichtet alle Benutzer zur korrekten Quellenangabe. Diese Regelung wird allgemein akzeptiert; nur in wenigen Ausnahmefällen mußte bisher an die Einhaltung dieser Bestimmung erinnert werden.

Das Statistische Bundesamt erfüllt damit einen allgemeinen Informationsauftrag, der zugleich zu seiner Weiterentwicklung von einer Verwaltungsbehörde zu einer Informationszentrale und Serviceeinrichtung für jedermann beigetragen hat. Dieser Informationsauftrag ist weit gefaßt. Das kommt deutlich im Wortlaut des Gesetzes zum Ausdruck, der ihn nicht etwa auf Veröffentlichungen einengt, sondern von „darstellen“ spricht und damit ein breites Spektrum von Möglichkeiten der Informationsverbreitung meint. Hierzu gehört auch die Verpflichtung, „die allgemeine Statistische Datenbank des Bundes einzurichten und zu führen“, die 1980 neu in den Aufgabenkatalog des Statistischen Bundesamtes aufgenommen wurde.

Die Verbreitung von statistischen Daten steht unter dem Grundsatz, daß das Amt seiner Informationspflicht in objektiver und neutraler Weise nachzukommen hat. Hierzu hat der Gesetzgeber mit der Garantie der Unabhängigkeit des Amtes von staatlicher Bevormundung einen entscheidenden Beitrag geleistet. Bereits in der Begründung zum Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke von 1953 findet sich die Bestimmung, daß der Präsident des Statistischen Bundesamtes in methodischen und wissenschaftlichen Fragen der amtlichen Statistik nicht an fachliche

¹⁾ Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. Letzte Ausgabe von 1981.

²⁾ Vom 14. März 1980, BGBl. I S. 289.

Weisungen gebunden sein soll. Dies hat entscheidend dazu beigetragen, daß statistische Daten aus dem politischen und ideologischen Tagesstreit herausgehalten werden, in der öffentlichen Diskussion hohes Vertrauen genießen und von allen gesellschaftlichen Gruppen als verlässliche Ausgangsbasis für Diskussionen und Verhandlungen gleichermaßen akzeptiert werden. Im Vergleich zu anderen Staaten, in denen zum Beispiel bei Tarifauseinandersetzungen, Anpassung von Preisen und administrativen Maßnahmen häufig erst eine Grundsatzdiskussion über die „richtigen“ statistischen Zahlen einsetzt, kann dieses Vertrauen in die Glaubwürdigkeit statistischer Angaben gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

2 Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

2.1 Abgrenzung des Veröffentlichungsprogramms

Die wichtigste, allgemein zugängliche Quelle für statistische Ergebnisse aus der Bundesstatistik ist das Veröffentlichungssystem des Statistischen Bundesamtes. Es umfaßt rund 450 Titel mit jährlich etwa 1 100 Ausgaben in einer Gesamtauflage von rund 800 000 Exemplaren. Konzipiert ist es als abgestimmtes, sich in seinen einzelnen Teilen ergänzendes System, das unterschiedlichen Benutzerinteressen gerecht werden soll. Sie sind durch so gegensätzliche Anforderungen wie größtmögliche Aktualität und Genauigkeit der Ergebnisse, tiefe Gliederung und Übersichtlichkeit der Darbietung, Knappheit der Darstellung und Ausführlichkeit der Kommentierung charakterisiert. Zwischen solchen widerstrebenden Ansprüchen einen vernünftigen Ausgleich herbeizuführen, ist ein Hauptziel der Veröffentlichungspolitik des Statistischen Bundesamtes. Das Amt versucht es durch ein umfassendes und zugleich differenziertes Zahlenangebot zu erreichen.

Mit den anderen staatlichen Stellen, die ebenfalls statistische Veröffentlichungen herausgeben — das sind vor allem die Statistischen Landesämter und ausgewählte Bundesministerien und -behörden —, bestehen enge Absprachen zur Arbeitsteilung. Mit den Statistischen Landesämtern hat sich das Statistische Bundesamt darauf verständigt, daß es die Ergebnisse in der notwendigen sachlichen und systematischen Ausführlichkeit, aber im allgemeinen nur in begrenzter regionaler Differenzierung veröffentlicht. Dafür weisen die Statistischen Landesämter das Zahlenmaterial in tiefer regionaler Gliederung, aber geringerer sachlicher Detaillierung nach. Maßgebend für diesen Arbeitsschnitt ist, daß die Länder — im Gegensatz zum Bund — besonders an Zahlen in kleinräumlicher Gliederung interessiert sind.

Hinsichtlich Inhalt und Form sind die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und die der Statistischen Landesämter nach einheitlichen Grundsätzen aufgebaut und somit weitgehend vergleichbar. Auch untereinander haben sich die Landesämter auf ein abgestimmtes Veröffentlichungsprogramm geeinigt. Es ist im „Gesamtverzeichnis Statistische Berichte der Statistischen Landesämter“ dokumentiert, das federführend vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen,

Düsseldorf, zusammengestellt wird. Darüber hinaus geben die Landesämter für ihren Bereich eigene Veröffentlichungsverzeichnisse bzw. -nachweise heraus.

Von Bundesministerien und anderen Bundesdienststellen, die der Gesetzgeber — abweichend vom Grundsatz der fachlichen Zentralisierung der amtlichen Statistik in Statistischen Ämtern — in Einzelfällen aus Zweckmäßigkeitserwägungen mit eigenen Erhebungen betraut hat, wird das statistische Material ebenfalls selbstverantwortlich veröffentlicht. In jedem Fall sind die Angaben aufgrund einer engen und vertrauensvollen Kooperation zwischen allen Beteiligten aber auch im Statistischen Bundesamt verfügbar und werden zumindest auszugsweise in die Veröffentlichungen des Amtes übernommen. Dadurch besitzt das Statistische Bundesamt einen vollständigen Überblick über alle vorhandenen Zahlen und ist in der Lage, die Konsumenten umfassend zu Fragen der amtlichen Statistik im weitesten Sinne zu beraten.

Diesem Zweck dient auch die umfangreiche Bibliothek des Statistischen Bundesamtes, die alle Publikationen aus dem Bereich der amtlichen deutschen Statistik und eine Vielzahl internationaler Fachveröffentlichungen vorhält und darüber hinaus über ein reichhaltiges Angebot an statistischer Fachliteratur aus aller Welt verfügt.

2.2 Aufbau des Veröffentlichungssystems

Die Benutzer statistischer Zahlen benötigen im allgemeinen entweder detaillierte Einblicke in ein Sachgebiet und/oder einen zusammenfassenden Überblick über wichtige Arbeitsbereiche der Statistik. Deshalb muß das Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes sowohl den Ansprüchen nach statistikbezogener als auch nach problemorientierter Darbietung gerecht werden.

Dem vordringlichen Wunsch nach möglichst aktuellen Zahlen entspricht das Statistische Bundesamt dadurch, daß es die Ergebnisse der einzelnen Statistiken unmittelbar nach Abschluß der Aufbereitung in **Fachserien** veröffentlicht. Damit liegt das Material nach Quellen geordnet vor. Diese Veröffentlichungsform wendet sich vor allem an solche Benutzer, die Informationen zu einem eingegrenzten Sachgebiet suchen. Die insgesamt 19 Fachserien des Statistischen Bundesamtes sind nach großen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft gegliedert. In analoger Anordnung wird der Stoff auch im Statistischen Jahrbuch und — nach Möglichkeit — in anderen Veröffentlichungen des Amtes dargeboten. Damit soll den Benutzern die Orientierung erleichtert werden.

Innerhalb der Fachserien wird das Material weiter in Veröffentlichungsreihen aufgefächert, die — falls erforderlich — in Titel und Untertitel unterteilt sind und im Bedarfsfall durch Sonderbeiträge ergänzt werden. Die Ergebnisse von Zählungen (z. B. Handels- und Gaststättenzählung, Landwirtschaftszählung, Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung) oder anderen größeren Erhebungen sind als „Einzelveröffentlichungen“ in das Fachseriensystem integriert.

Als zweite Säule im Veröffentlichungssystem des Statistischen Bundesamtes kommen **Querschnittsveröffentlichungen** hauptsächlich dem Bedürfnis nach

problemorientierter Darbietung entgegen. In ihnen sind Angaben aus verschiedenen Statistiken zusammengestellt. Diese Veröffentlichungsform spricht zweifellos den größten Benutzerkreis an, weil sie das relevante Zahlenmaterial für wechselnde Fragestellungen sozusagen „mundgerecht“ präsentiert und damit Such- und Zusammen-tragrarbeit erspart. In den thematischen Querschnittsveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes findet sich ausgewähltes Material für wichtige Fragenkomplexe, in allgemeinen Querschnittsveröffentlichungen ein Panorama aller Arbeitsgebiete der amtlichen Statistik mit den wichtigsten Eckzahlen.

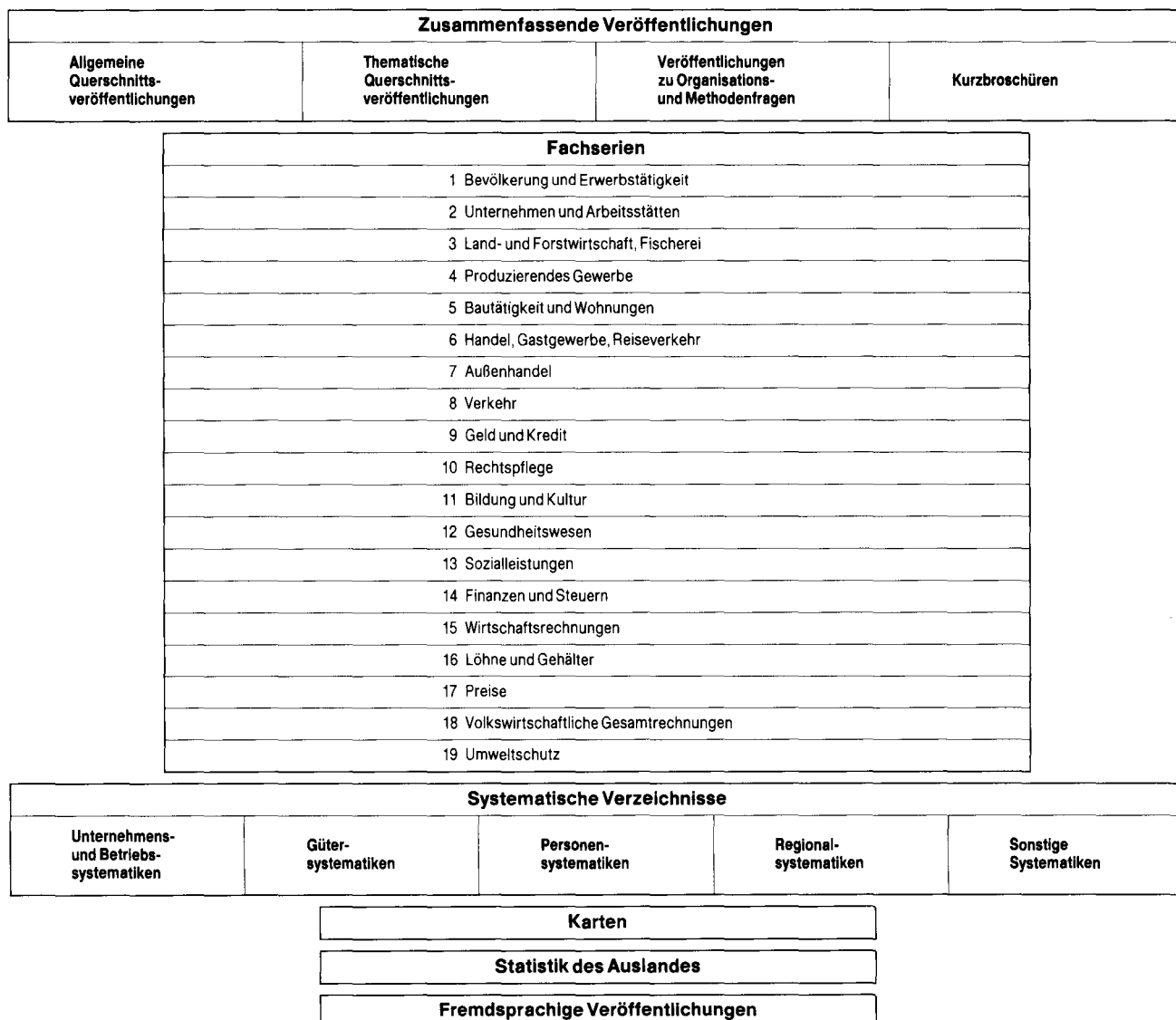
Zu den allgemeinen Querschnittsveröffentlichungen gehören insbesondere das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, das den umfassendsten Überblick über das Zahlenangebot der amtlichen Statistik bietet, und die Monatszeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, die mit Textbeiträgen und aktuellem Zahlenmaterial über die jeweils neuesten Ergebnisse und Entwicklungen unterrichtet. Besonders zeitnah werden statistische Zahlen im „Statistischen Wochendienst“ bereitgestellt, der neu anfallende Daten aus kurzfristigen Statistiken nachweist

und darüber hinaus einige Vergleichsdaten für zurückliegende Zeiträume bringt. Einen schnellen Überblick über die langfristige Entwicklung seit 1950 vermittelt die zweijährlich erscheinende Querschnittsveröffentlichung „Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung“. Historisch weiter zurück greift die zum hundertjährigen Bestehen einer zentralen Statistik in Deutschland erschienene Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes „Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972“ (vergriffen).

Thematische Querschnittsveröffentlichungen bieten das Zahlenmaterial bereichsbezogen an (z. B. „Wirtschaft in Zahlen“, „Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft“) oder ordnen es bestimmten Personengruppen zu (z. B. „Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft“, „Strukturdaten über Ausländer“). Vielfach werden thematische Querschnittsveröffentlichungen auch zu aktuellen Anlässen herausgegeben; so unterstützt das Statistische Bundesamt zum Beispiel die Popularisierung der „Internationalen Jahre“ der Vereinten Nationen (z. B. das Internationale Jahr der Jugend 1985).

Querschnittsveröffentlichungen haben den Nachteil, daß sie erst erscheinen können, wenn die Ergebnisse aus

Das Veröffentlichungssystem des Statistischen Bundesamtes im Überblick



mehreren Quellen vorliegen. Auch die Abstimmung des Inhalts und der Form solcher Veröffentlichungen bringt bei der Vielzahl unterschiedlicher Benutzerinteressen zusätzliche Schwierigkeiten mit sich. Hinzu kommt, daß aus Kostengründen und der daraus resultierenden Beschränkung des Veröffentlichungsprogramms jede erneute Darbietung bereits vorliegender Zahlen an strengen Maßstäben gemessen werden muß. Dennoch ist in den letzten Jahren eine verstärkte Hinwendung zu Querschnittsveröffentlichungen, bei gleichzeitiger Straffung des Systems der Fachserien, erfolgt. Maßgebend hierfür war vor allem die Tendenz zu ressortübergreifenden Planungen im staatlichen Bereich und in der Wirtschaft. Diese Entwicklung verlangt auch von der amtlichen Statistik eine Gesamtschau und die Berücksichtigung vielfältiger Wechselwirkungen. Querschnittsveröffentlichungen werden diesen Anforderungen in besonderem Maße gerecht.

2.3 Orientierung an den Benutzerwünschen

Das Spannungsverhältnis zwischen einer statistikbezogenen und einer problemorientierten Darbietung kann durch eine benutzerfreundliche Bereitstellung der Ergebnisse gemildert werden. Hierzu tragen die Bemühungen des Statistischen Bundesamtes bei, das in zahlreichen Veröffentlichungen verstreute Material besser zu dokumentieren und damit das Auffinden der benötigten Zahlen zu erleichtern. Für diesen Zweck wurden in den letzten Jahren die Quellennachweise statistischer Ergebnisse wesentlich erweitert und die Querverbindungen zwischen den einzelnen Veröffentlichungen transparenter gemacht.

Mehrfach hat sich das Amt auch direkt an die Benutzer gewandt, um deren Meinung zu einer bestimmten Veröffentlichung in Erfahrung zu bringen, zum Beispiel beim Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Dies geschah über Antwortkarten, die den Veröffentlichungen beigelegt waren. Die Umfragen haben eine Fülle interessanter Hinweise und Verbesserungsvorschläge sowohl zum Datenangebot als auch zur Präsentation der Daten gebracht. Nach Möglichkeit sollen diese Umfragen in Zukunft intensiviert werden, um schrittweise mehr Informationen auf diesem Gebiet zu gewinnen.

Besonders wünschenswert wäre eine systematische Untersuchung der Interessen zumindest der wichtigsten Benutzergruppen — gegebenenfalls über eine professionelle Marktanalyse. Sie ist allerdings bisher — u. a. wegen der hohen Kosten — nicht zu realisieren gewesen. Ähnliche Schwierigkeiten bei der Abklärung der Benutzeranforderungen haben im übrigen auch andere Statistische Zentralämter und die statistischen Büros der internationalen Organisationen. Wie die vor allem in jüngster Zeit im internationalen Bereich verstärkte geführte Diskussion zeigt, sind auf diesem Gebiet keine spektakulären Erfolge, sondern allenfalls punktuelle Fortschritte zu erwarten.

Eine der wichtigsten Benutzergruppen der amtlichen Statistik, insbesondere wenn es um die Weiterverarbeitung der Daten geht, ist der Bereich von Wissenschaft und Forschung. Um Datenanforderungen aus diesem Bereich besser gerecht werden zu können, bemüht sich das Statistische Bundesamt um eine verstärkte Kooperation. Dies

hat u. a. zur Einführung einer neuen Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ beigetragen, in der seit Ende 1984 bereits drei Bände erschienen und weitere in Vorbereitung sind. Sie ist als Podium für die Diskussion wichtiger Probleme der amtlichen Statistik gedacht und soll neben den Fachleuten aus der amtlichen Statistik auch Experten aus Wissenschaft und Forschung die Möglichkeit bieten, sich zu statistischen Fragen grundsätzlicher, fachlicher und insbesondere methodischer Art zu äußern. Im Unterschied zum „klassischen“ Veröffentlichungsprogramm, das vorwiegend auf die Darstellung statistischer Ergebnisse oder der angewandten Methoden ausgerichtet ist, stehen hier vor allem Fragen zur Erörterung, die über die Tagesarbeit hinausreichen und gegebenenfalls auch in statistisches Neuland vordringen. Mit der Schaffung eines Freiraums für die statistische Diskussion sollen der Dialog mit der Wissenschaft gefördert und Defizite auf diesem Gebiet abgebaut werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Veröffentlichungspolitik sieht das Statistische Bundesamt in einer verstärkten Popularisierung statistischer Ergebnisse. Offensichtlich ist es der Statistik in der Vergangenheit nicht in ausreichendem Maße gelungen, sich über einen relativ engen Kreis von Fachleuten hinaus bei wichtigen Benutzergruppen verständlich zu machen. Hierauf deuten u. a. Mißverständnisse bei der Interpretation statistischer Zahlen, Unkenntnis über ihre Verfügbarkeit und Unwissenheit über Nutzen und Wert amtlicher Statistiken hin. Um Ressentiments gegen die statistische Arbeit gar nicht erst aufkommen zu lassen bzw. abzubauen und die Statistik ins rechte Licht zu rücken, ist es dringend erforderlich, in den Veröffentlichungen der Statistischen Ämter die Resultate der statistischen Arbeit in einer für die Allgemeinheit verständlichen Weise darzustellen.

Ein wichtiges Element hierbei ist die verstärkte Verwendung graphischer Darstellungen und ihre Einbindung in kommentierende Texte und übersichtliche Zahlendarbietungen. Diesem Anliegen trägt das Statistische Bundesamt in wachsendem Umfang Rechnung. Wie die Erfahrung zeigt, kann hierdurch das Interesse neuer Benutzergruppen, insbesondere von solchen ohne große Vorkenntnisse, gewonnen werden.

Populäre Broschüren (z. B. „Im Blickpunkt: Der Mensch“), Faltblätter und Zahlensammlungen im Taschenformat („Zahlenkompaß“), die den Benutzer auf einen Blick über wichtige statistische Grunddaten informieren, gibt das Statistische Bundesamt inzwischen in hohen Stückzahlen heraus. Teilaufgaben dieser Veröffentlichungen, von denen einige in mehreren Sprachversionen vorliegen, werden von Banken, Versicherungen und Verbänden als Werbeträger abgenommen.

Besonders erfolgreich war ferner die Darbietung eines ausführlich kommentierten Querschnitts durch das gesamte statistische Arbeitsprogramm in Form des „Datenreports“. Von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziert, hat dieses Paperback breite Verwendung in der politischen Bildungsarbeit, in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen gefunden. Die zweite Auflage dieser Veröffentlichung ist im Herbst 1985 erschienen. In enger Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich 3 der

Universitäten Frankfurt und Mannheim wurde sie um einen zweiten Teil mit wichtigen subjektiven Indikatoren aus der sozialwissenschaftlichen Forschung erweitert.

Trotz des umfangreichen und breit gefächerten Veröffentlichungsprogramms kann nur ein Teil der Ergebnisse der amtlichen Statistik publiziert werden. Auf Anfrage stellt das Statistische Bundesamt — sofern es die Datenschutzbestimmungen zulassen — über seine Auskunftsdienste auch unveröffentlichtes Material zur Verfügung. Hier kann besonders gezielt auf die individuellen Benutzerwünsche eingegangen werden. Damit ist dieser Service ein überaus wirksames Instrument der Benutzerbetreuung.

2.4 Probleme des Vertriebs und der Werbung

Auch beim Vertrieb seiner Veröffentlichungen sieht sich das Amt Anforderungen gegenüber, die nur schwer miteinander in Einklang zu bringen sind. Auf der einen Seite ist es unter dem Gesichtspunkt der sparsamen Verwendung von Steuergeldern gehalten, seine Veröffentlichungen möglichst kostengünstig herzustellen und — soweit erreichbar — gegen Entgelt abzugeben. Auf der anderen Seite steht der gesetzliche Auftrag, nach dem die Ergebnisse der Bundesstatistiken für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen sind, unabhängig von der Größe des Interessentenkreises für eine bestimmte Statistik. Deshalb ist es nicht möglich, im Sinne kaufmännischer Überlegungen auf Veröffentlichungen mit geringem Absatz ganz zu verzichten und sich stattdessen auf gewinnträchtige Veröffentlichungen zu konzentrieren. Dies führt u. a. dazu, daß im Veröffentlichungsprogramm des Amtes zahlreiche Publikationen enthalten sind, die nur in geringen Auflagen erscheinen und zum überwiegenden Teil unentgeltlich an Behörden, wissenschaftliche Institutionen usw. verteilt werden. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen statistischer Veröffentlichungen darf in diesem Fall nicht an kameralistischen Maßstäben gemessen werden.

Bei den an den Amtsveröffentlichungen Interessierten besteht vielfach die Auffassung, daß sie als Steuerzahler einen Anspruch haben, möglichst kostenlos mit Veröffentlichungen bedient zu werden. Dem steht entgegen, daß der Veröffentlichungsetat des Amtes so begrenzt ist, daß das — schon durch die Differenzierung des statistischen Arbeitsprogramms — wachsende Veröffentlichungssystem nur finanziert werden kann, wenn dem Amt durch den Verkauf seiner Veröffentlichungen ausreichend Mittel zufließen. Dennoch liegen die Preise der Amtsveröffentlichungen deutlich unter denen entsprechender Verlagsobjekte. Günstig wirken sich hierbei u. a. die ständigen Bemühungen um Bereinigung und inhaltliche Straffung des Veröffentlichungsprogramms und um verstärkte Nutzung kostengünstiger neuer Vervielfältigungs- und Drucktechniken aus.

Wichtiges Mittel zur Verkaufsförderung ist die Werbung für die Amtsveröffentlichungen. Das Amt setzt dabei über den mit dem Vertrieb seiner Veröffentlichungen beauftragten Verlag eine breite Palette von Werbemitteln ein. Hierzu gehören Schnellinformationen, Prospekte, Ansichts-, Rezensionen- und Probeexemplare, Anzeigen und Beilagen

(insbesondere in Fachzeitschriften), Pressemitteilungen und Veröffentlichungsverzeichnisse.

Allerdings sind den Möglichkeiten einer umfassenden Werbung enge Grenzen gesetzt, zum einen wegen der relativ knappen Haushaltsmittel, die kostspielige Aktionen von vornherein ausschließen, zum anderen aber auch wegen des spezifischen Charakters des Produkts, für das geworben werden soll. Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, insbesondere die Mehrzahl der Fachserien, sprechen wegen ihres speziellen Inhalts nur einen beschränkten Interessentenkreis an. Durch die Verpflichtung des Amtes, zahlreiche Frei- bzw. Tauschbeziehungen zu beliefern, wird die Zahl der potentiellen Käufer nochmals deutlich vermindert. Die daraus resultierende Reduzierung der Nachfrage, verbunden mit einem in der Regel niedrigen Verkaufspreis, machen Werbeaktionen für die meisten Amtsveröffentlichungen unrentabel. Darüber hinaus wird die Werbung durch die Vielzahl der Publikationen mit ihren verschiedenartigen Inhalten erschwert. Das Amt konzentriert sich deshalb in der Regel auf die Sammelwerbung für einzelne Veröffentlichungsreihen oder für das gesamte Programm. Nur für ausgewählte Veröffentlichungen mit hoher Auflage, die einen breiten Interessentenkreis ansprechen, wird gezielte Einzelwerbung durchgeführt. Hier ist es auch gelungen, den Buchhandel durch die Bereitstellung von Prospekten in die Werbung einzubeziehen. In jüngster Zeit wurden ausgewählte Veröffentlichungen auch auf Pressekonferenzen des Amtes vorgestellt, die eine gute Resonanz fanden. In dieselbe Richtung zielen Aktivitäten des Statistischen Bundesamtes, auf großen Messen und Ausstellungen mit einem eigenen Stand präsent zu sein. Auf diese Weise wurden Anfangserfolge erzielt, die dazu beitragen, den Nutzen der amtlichen Statistik einem breiten Publikum darzustellen und zugleich auf Probleme der statistischen Arbeit hinzuweisen. Dennoch bleibt auf diesem Gebiet noch viel zu tun.

Um die Effizienz der eingeleiteten Werbemaßnahmen zu prüfen, wäre eine Kontrolle des Werbeerfolgs wünschenswert. Insbesondere bei Anzeigen und Pressemitteilungen ist er aber nur schwer meßbar. Gewisse Ansätze bietet die Auswertung von Bestellungen auf vorgedruckten Bestellscheinen, die Prospekten und Schnellinformationen beigegeben werden.

2.5 Zukunft des Veröffentlichungswesens

In den letzten Jahren hat das Veröffentlichungswesen Konkurrenz durch neue Techniken der Informationsbereitstellung bekommen. Das Statistische Bundesamt beobachtet diese Entwicklung sorgfältig und hält es für denkbar, daß auf mittlere oder längere Sicht bei entsprechender Akzeptanz der neuen Technologien in Wirtschaft und Öffentlichkeit einzelne seiner bisherigen Veröffentlichungen entbehrlich werden. Hierfür spricht, daß das Datenangebot auf diesen neuen Distributionswegen wesentlich rascher die Konsumenten erreichen kann, als dies mit den relativ schwerfälligen gedruckten Veröffentlichungen möglich ist. Ein vollständiger Verzicht erscheint aber auch unter günstigsten Voraussetzungen nicht realistisch. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Veröffentlichungen für Informa-

tions- und Dokumentationszwecke ihre zentrale Bedeutung auch in Zukunft behalten werden. Die neuen Techniken werden das herkömmliche Informationsangebot nicht ersetzen, wohl aber modifizieren und abrunden.

3 Statistisches Informationssystem des Bundes

Im Statistischen Bundesamt wurde Ende der 70er Jahre das EDV-gestützte Statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND) eingerichtet. Als modernes Instrument zur Verbesserung und Rationalisierung der Bereitstellung und Auswertung statistischer Ergebnisse hat es das Dienstleistungsangebot der Bundesstatistik beträchtlich erweitert³⁾.

Das System enthält umfangreiches statistisches Grundlagematerial in tiefer sachlicher Gliederung. Die Datenauswahl orientiert sich an den Bedürfnissen der wichtigsten Benutzer und wird — auch entsprechend der Weiterentwicklung des statistischen Programms — ständig ergänzt. Zur Zeit umfaßt die Datenbasis ca. 300 000 Zeitreihen, die teilweise bis 1950 zurückreichen, und Strukturtabellen, vor allem mit detaillierten Ergebnissen, die sich auf eine oder wenige Berichtsperioden beziehen.

Zur Beurteilung der Datenqualität kann der Benutzer auf eine ausführliche fachliche und technische Datendokumentation, eine statistische Quellenbeschreibung sowie einen Definitionskatalog (rd. 1 400 Definitionen) mit erläuternden Angaben zu den gespeicherten statistischen Ergebnissen zurückgreifen. Auf Anforderung steht spezielles Informationsmaterial zu diesem Service kostenlos zur Verfügung.

Das Informationssystem wendet sich vor allem an Benutzer, die häufig statistische Auswertungen größeren Umfangs oder mathematisch-statistische Analysen durchzuführen haben. Ihnen wird damit die Möglichkeit geboten, kurzfristig und flexibel ohne besondere Programmierkenntnisse auf Daten zuzugreifen, diese bereitzustellen und weiterzuverarbeiten. Für die Erteilung von Auskünften, das heißt den Abruf einzelner Angaben, ist das Statistische Informationssystem dagegen nicht konzipiert.

Zu Analyse- und Prognosezwecken steht im Statistischen Informationssystem eine Reihe fertiger Auswertungsverfahren und Methoden zur Verfügung. Sie ermöglichen die Erstellung von Tabellen in der jeweils gewünschten Form sowie Sonderauswertungen. Es können aber auch einzelne Methodenbausteine zu eigenen Analysemethoden zusammengestellt werden. Auch im System nicht enthaltene Daten, zum Beispiel aus dem Datenarchiv des Statistischen Bundesamtes oder solche des Benutzers, können verarbeitet werden.

Die Benutzer haben die Möglichkeit, das Angebot des Statistischen Informationssystems entweder durch einen

Direktanschluß, durch die Vergabe eines Auftrags an das Statistische Bundesamt oder durch den Bezug von Zeitreihen auf Magnetband zu nutzen. Die Darstellung der Arbeitsergebnisse reicht von einer Kurzform auf dem Bildschirm über ausführliche Tabellenausdrucke bis hin zu mehrfarbigen Graphiken. Der Einsatz von Laser-Druckern hat die Qualität der Ausdrucke weiter verbessert.

Inzwischen verfügen mehrere externe Stellen, insbesondere Bundesressorts, über einen Direktanschluß. Zu ihrer Betreuung und zur Information von Interessenten hat das Statistische Bundesamt eine Beratungsstelle in Bonn-Bad Godesberg eingerichtet. Auf Schulungskursen werden die Benutzer über den Datenbestand und die Auswertungsmöglichkeiten informiert und lernen die systemeigene Benutzersprache kennen. Die Einrichtung eines Direktanschlusses lohnt sich allerdings nur, wenn die vielfältigen Möglichkeiten des Informationssystems intensiv genutzt werden.

Interessenten können aus dem Datenbestand von STATIS-BUND Zeitreihen auswählen und auch im Abonnement auf Magnetband beziehen. Von diesem Angebot machen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in zunehmendem Umfang Gebrauch.

Die Bedeutung des Statistischen Informationssystems liegt vor allem in der Nutzung der Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung bei der Speicherung und benutzergerechten Verarbeitung großer Datenmengen. Damit können Anforderungen nach schneller Bereitstellung umfangreicher und tiefgegliederter Daten erfüllt werden, die außerhalb der Möglichkeiten des traditionellen Veröffentlichungssystems liegen.

4 Andere Wege der Datenverbreitung

Das Statistische Bundesamt stellt auf Anforderung auch statistische Angaben, die nicht Bestandteil des Statistischen Informationssystems sind, auf Magnetband zur Verfügung. Diese Bänder enthalten tiefgegliedertes Material für weiterführende Auswertungen bei Konsumenten in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft. Dabei kann es sich um Ergebnisse von Auswertungen handeln, die auf besonderen Kundenwunsch angefertigt wurden, oder um die Duplizierung bereits vorhandenen Materials. Selbstverständlich werden auch hier die Bestimmungen der statistischen Geheimhaltung und des Datenschutzes strikt gewahrt.

Besonders gefragt sind detaillierte Angaben aus der Außenhandelsstatistik, die vor allem von Unternehmen für Wettbewerbsuntersuchungen und Marktanalysen herangezogen werden. Diese moderne Form der Datenbereitstellung, die steigendes Interesse findet, wirft zahlreiche Probleme der Kostenberechnung und Preisgestaltung auf, die bisher noch nicht abschließend geregelt werden konnten. Gleiches gilt für Fragen der Weiterverbreitung der Daten durch die Bezieher von Magnetbändern und für den Schutz der Urheberrechte des Statistischen Bundesamtes.

Einen ausgewählten Teil der Zeitreihen (zur Zeit ca. 100 000) aus dem Datenbestand des Statistischen Infor-

³⁾ Siehe Füll, M. und Polte, V.: „Zur Datenbasis und Datendokumentation des Statistischen Informationssystems des Bundes“ in WiSta 5/1982, S. 347 ff. und „Zur fachlichen Weiterentwicklung des Statistischen Informationssystems“ in WiSta 5/1985, S. 351 ff.; Kühn, J., Pfrommer, F. und Schrey, E.: „Zur technischen Weiterentwicklung des Statistischen Informationssystems“ in WiSta 12/1984, S. 981 ff.

mationssysteme stellt das Statistische Bundesamt seit 1983 versuchsweise auch über kommerzielle Informationsanbieter online zur Verfügung. Die ersten Erfahrungen mit diesem Service sind ermutigend, so daß das Material ab Jahresbeginn 1985 in einem erweiterten Modellversuch zusätzlichen Informationsanbietern zur Verbreitung angeboten wird.

Die Technik der Mikroverfilmung wird vom Statistischen Bundesamt bisher nur in geringem Maße genutzt, und zwar ausschließlich für Dokumentationszwecke, nicht dagegen bei der Verbreitung von Informationen. In größerem Umfang findet das Verfahren in der Außenhandelsstatistik Anwendung, wo der umfangreiche Auskunftsdienst nur durch Einsatz von Mikrofilm rationell bewältigt werden kann. Ein Verkauf von Mikrofilm wird vom Statistischen Bundesamt gegenwärtig nicht in Erwägung gezogen, weil zuvor noch eine Vielzahl von Detailproblemen (z. B. Preisgestaltung in bezug auf gedruckte Amtsveröffentlichungen, Marktchancen dieser neuen Darbietungsform) einer weiteren Klärung bedürfen. Die Entwicklung des Marktes und der Technik in diesem Bereich wird sorgfältig beobachtet.

Andere moderne Techniken der Informationsbereitstellung, deren sich das Statistische Bundesamt bedient, haben vor allem das Ziel, Angaben von besonderer Aktualität rascher verfügbar zu machen. Deshalb können zum Beispiel über automatische Telefonanrufer die neuesten Werte der Preisindizes für die Lebenshaltung und über Fernschreiber der aktuelle Stand des Index der Aktienkurse abgerufen werden. Diese Techniken gewährleisten in optimaler Weise die Gleichbehandlung aller Interessenten.

Von Anfang an beteiligte sich das Statistische Bundesamt an den Feldversuchen in der Bundesrepublik Deutschland zur Erprobung von Bildschirmtext (Btx). Dieses neue Medium, das sich in der Phase der allgemeinen Einführung befindet, hat sich — ungeachtet beträchtlicher Anlaufschwierigkeiten — wegen der einfachen Handhabung, des leichten Zugriffs auf Informationen und der hohen Aktualität des Informationsangebots als zukunftsweisendes Instrument auch zur Verbreitung statistischer Ergebnisse erwiesen. Dabei können die im Bildschirmtextdienst der Post gespeicherten Informationen von den Teilnehmern auf besonders einfache Weise über einen Fernsprechananschluß auf den Bildschirm ihres entsprechend ausgerüsteten Farbfernsehgerätes abgerufen werden.

Vom Statistischen Bundesamt werden inzwischen auf rund 1 200 Btx-Seiten aktualisierte statistische Informationen in Form von leichtverständlichen Graphiken und Tabellen angeboten. Als besonderer Service für die mittelständische Wirtschaft wurde der „Statistische Sofortdienst“ eingerichtet, der anhand ausgewählter Indizes über die aktuelle Wirtschaftsentwicklung informiert.

Bei der Datenauswahl und der Präsentation müssen die spezifischen Möglichkeiten und Restriktionen der neuen Technik besonders beachtet werden. Die Vorteile von Btx liegen nicht nur in der schnellen Verbreitung statistischer Informationen, sondern auch in der Möglichkeit für die Benutzer, individuelle Anfragen an das Statistische Bun-

desamt zu richten. Damit werden die Voraussetzungen für einen engeren Dialog zwischen den Produzenten und Konsumenten statistischer Zahlen entscheidend verbessert. Obwohl zur Zeit die Akzeptanz von Btx noch nicht den Erwartungen entspricht, ist anzunehmen, daß sich das neue Medium einen festen Platz im Informationsangebot der amtlichen Statistik erobern wird. Das Statistische Bundesamt hat deshalb eine enge Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern begonnen, um ein gemeinsames Angebot der amtlichen Statistik für Btx zu realisieren. Für die Zukunft zeichnen sich neuartige Möglichkeiten durch die Koppelung eigener Rechner der Statistischen Ämter mit dem Btx-Dienst der Post ab.

5 Zusammenarbeit mit den Medien

Die Zusammenarbeit mit den Medien ist ein besonders wichtiges Feld der Verbreitung von Informationen. Das Recht der Öffentlichkeit auf umfassende und vollständige Unterrichtung ist seit langem in der gesamten staatlichen Verwaltung als Selbstverständlichkeit anerkannt. In bezug auf die amtliche Statistik gilt es um so mehr, als der Gesetzgeber der Bevölkerung und der Wirtschaft vielfältige Auskunfts- und Berichtspflichten auferlegt. Von den Statistischen Ämtern wird deshalb nicht nur erwartet, daß sie — sozusagen als Gegenleistung — die Ergebnisse von Erhebungen möglichst benutzergerecht zur Verfügung stellen, sondern auch Bedeutung und Notwendigkeit ihrer Arbeit für jedermann überzeugend und verständlich darlegen. Hierbei kommt Presse, Rundfunk und Fernsehen als meinungsbildenden Institutionen zentrale Bedeutung zu.

Die Anbahnung und Pflege von Kontakten zu den Medien ist deshalb für die Vertrauenswerbung der amtlichen Statistik besonders wichtig. Das Statistische Bundesamt bemüht sich durch eine Vielzahl von Pressemitteilungen, über seinen monatlichen Pressedienst „Zahlen, Fakten, Trends“ mit populär aufbereiteten Themen, durch Abhaltung von Pressekonferenzen und -gesprächen, Gewährung von Interviews und durch Bereitstellung von Hintergrundmaterial die Presse zur Berichterstattung über die Arbeit der amtlichen Statistik anzuregen. Trotz einer für die amtliche Statistik ungünstiger gewordenen Ausgangssituation konnten in letzter Zeit erfreuliche Erfolge erzielt werden, die das Statistische Bundesamt anspornen, seine Bemühungen fortzusetzen und weiter aufzufächern.

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Buchwald

Der deutsche Wald

Ein statistischer Überblick

1 Einführung

Der in der Öffentlichkeit sonst wenig beachtete Wald ist in den letzten Jahren quasi aus seinem „Dornröschenschlaf erwacht“ und „in aller Munde“. Damit haben auch die Anfragen über den Wald bei der amtlichen Statistik sprunghaft zugenommen. Die amtliche Statistik ist allerdings im Augenblick kaum in der Lage, mit neuen Zahlen über den Wald aufzuwarten. Sie kann aber früher publizierte Ergebnisse zusammengefaßt darstellen und interpretieren und somit der Allgemeinheit verständlicher machen. Dieses Ziel verfolgt dieser Beitrag, der auf eine Reihe wichtiger Fragen eingeht: Was wissen wir statistisch über den Wald, was müßten wir eigentlich wissen und — wenn unter Umständen gravierende Wissenslücken zu konstatieren sein sollten — wie können die bei erforderlichen statistischen Erhebungen auftretenden Probleme einer Lösung nähergebracht werden? Selbstverständlich können im Rahmen dieses Aufsatzes nur ausgewählte Bereiche, die das Kapitel „Wald“ betreffen, angesprochen werden, mit dem Schwerpunkt bei einer groben Bestandsaufnahme und einigen Schlußfolgerungen, die sich daraus ziehen lassen. Überlegungen zur sachlichen und methodischen Weiterführung und Ergänzung des forststatistischen Programms sollen einem gesonderten Beitrag vorbehalten bleiben.

Im folgenden wird zunächst Antwort gesucht auf die Fragen: Wie groß ist die deutsche Waldfläche und welchen Veränderungen ist sie unterworfen, wem gehört der deutsche Wald und wem stellt er einen Arbeitsplatz? Volkswirtschaftlich, aber auch aus ökologischer Sicht heraus von hoher Bedeutung ist weiter die Frage, was wächst im deutschen Wald? Dabei sollen die derzeitigen Kenntnisse über die Baumartenverteilung, das Alter der Waldbestände sowie den Holzvorrat und -zuwachs behandelt werden. Auf dem Wissen über letzteres bauen entscheidend die kurz- und mittelfristigen Holzeinschlagsplanungen auf, womit sich der folgende Abschnitt über die Nutzung des Waldes befaßt. Auch andere Nutzungen des Waldes bleiben nicht unerwähnt. Im übrigen hat der Wald neben den Nutzfunktionen auch andere wesentliche Funktionen zu erfüllen, die zunehmend auf Teilen der deutschen Waldfläche erste Priorität erhalten. Ferner interessiert natürlich auch die Frage, wie es zur Zeit mit dem Krankheitszustand des Waldes bestellt ist, denn nur ein gesunder und in sich stabiler Wald kann die soeben angeführten Funktionen auch alle voll erfüllen. Deshalb wäre ein statistischer Bericht über den Wald ohne eine Diskussion der unter der Federführung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) durchgeführten Waldschadensaufnahmen und der dabei ermittelten Ergebnisse unvollständig. Schließlich wird im letzten Abschnitt die Aufmerksamkeit auf die geplante Bundeswaldinventur gelenkt, mit deren Hilfe der derzeit dringendste

Informationsbedarf des Bundes an statistischen Daten über den Wald gedeckt werden soll.

2 Was ist Wald?

Einem Artikel über den Wald muß eine Definition über die Waldfläche vorangestellt werden. Eine nähere Umschreibung dieses Begriffes wird vor allem dann benötigt, wenn — wie im folgenden Abschnitt mit Aussagen über den heutigen Stand der Waldfläche und ihres Entwicklungstrends — verschiedene Quellen ausgewertet und dabei die Zahlen vergleichend gegenübergestellt werden.

Was unsere Vorfahren unter „Forsten und Holzungen“ verstanden haben, ist nicht immer ganz klar, zumal, wenn man sich der locker bestockten Waldweideflächen und des fließenden Übergangs des Waldes zu Heide- und Moorflächen oder an der Waldgrenze im Hochgebirge erinnert. Schwierigkeiten der Abgrenzung, die man allerdings nicht überbewerten sollte, gibt es auch heute noch. Die amtliche Statistik hat bei den einzelnen Erhebungen im Agrarbereich (z. B. den Bodennutzungserhebungen) — also Wirtschaftsstatistiken im weiteren Sinne — bei der Walddefinition auf die sogenannte „Holzbodenfläche“ abgehoben, einem jedem Forstmann und Waldeigentümer nicht zu kleiner Flächen geläufigen Begriff. Zur Holzbodenfläche gehören auch Wege unter 5 m Breite, Blößen (Kahlflächen, die wieder aufgeforstet werden), gering bestockte (Nichtwirtschaftswald) und unbestockte Flächen (z. B. Holzlagerplätze), deren Größe den Holzzuwachs der Gesamtfläche nicht wesentlich mindert. Nicht zur Waldfläche rechnen nach dieser Definition der amtlichen Statistik alle innerhalb des Waldes gelegenen, dauernd als Acker oder Wiese usw. genutzten Flächen, ferner flächenmäßig ausgeschiedene Wege, Wasserläufe, Teiche, Öd- und Unlandflächen sowie bebaute Flächen und dazugehörige Hofräume und Gärten (z. B. Forstdienstgehöfte).

Nach § 2 des Bundeswaldgesetzes 1975¹⁾ ist Wald jede mit Forstpflanzen bestockte Grundfläche. „Als Wald gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen, Waldwege, Waldeinteilungs- und Sicherungsstreifen, Waldblößen und Lichtungen, Waldwiesen, Wildásungsplätze, Holzlagerplätze sowie weitere mit dem Wald verbundene und ihm dienende Flächen. In der Flur oder im bebauten Gebiet gelegene kleinere Flächen, die mit einzelnen Baumgruppen, Baumreihen oder mit Hecken bestockt sind oder als Baumschulen verwendet werden, sind nicht Wald. Die Länder können andere Grundflächen dem Wald zurechnen und Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen sowie zum Wohnbereich gehörende Parkanlagen vom Waldbegriff ausnehmen.“ Davon haben die Länder bei der Novellierung ihrer Waldgesetze in den Folgejahren Gebrauch gemacht, so daß heute — wie auch schon früher — die Walddefinitionen in den Bundesländern nicht deckungsgleich sind. Für statistische Befragungen der Vergangenheit, bei denen die oben angegebene „Holzbodendefinition“ zur Anwendung kam, mögen diese

¹⁾ BGBl. I S. 1037.

abweichenden Waldbegriffe in den Forstgesetzen der Bundesländer eine sekundäre Rolle gespielt haben.

Hohe Bedeutung hat jedoch — und hierauf sei bereits an dieser Stelle hingewiesen — die Abklärung dieser Frage bei der Planung und Vorbereitung einer modernen großräumigen Waldinventur in Form einer Flächenstichprobe. Hier dürfte nur die Anwendung einer klaren einheitlichen Walddefinition für den gesamten Inventurraum in Frage kommen, um einerseits einwandfrei Nichtwald auscheiden und andererseits die gemessenen Daten von Probeflächen sinnvoll hochrechnen zu können.

3 Verfügbare statistische Angaben über den Wald

3.1 Größe, Besitzarten, Beschäftigte

Im Bereich der amtlichen Agrarstatistik gibt es Erhebungen, die auch statistische Nachweise über die Waldfläche, ihre Untergliederung nach Besitzarten (eine Unterteilung der Waldfläche nach den Eigentumsverhältnissen) sowie die im Wald Beschäftigten ergeben. Die jeweils aktuellsten Zahlen hierzu sollen nachfolgend dargestellt und besprochen werden.

3.1.1 Waldfläche

Eine Aussage über die gesamte Waldfläche der Bundesrepublik Deutschland muß in erster Linie aus den Ergebnissen der sogenannten Flächenerhebung²⁾ abgeleitet werden, die im Bundesgebiet bisher zweimal (1979 und 1981) auf Grund des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 11. August 1978³⁾ durchgeführt wurde. Diese Erhebung baut auf einer Auswertung der Flächendaten der Liegenschaftsverwaltungen der Bundesländer auf. Für die Waldfläche gilt dort folgende Definition: „Flächen, die mit Bäumen und Sträuchern bewachsen sind und hauptsächlich forstwirtschaftlich genutzt werden, auch Waldblößen, Pflanzgärten, Wildäsungsflächen und dgl.“ Für den Stichtag 31. 12. 1978 ergab sich eine Waldfläche von 7,318 Mill. Hektar (ha) und eine Bewaldung von 29,43 %. Zwei Jahre später, zum Stichtag 31. 12. 1980, wurden dann 7,328 Mill. ha Wald (29,47 % der Gesamtfläche von 24,869 Mill. ha) ermittelt. Die Differenz zwischen beiden Zahlen ist mit Sicherheit nicht die absolute Waldflächenzunahme in diesem zweijährigen Zeitraum, denn zumindest beim ersten Durchgang hatten die beteiligten Behörden gegen einige Schwierigkeiten anzukämpfen, die dann beim zweiten Mal schon wesentlich geringer, wenn auch noch nicht vollständig beseitigt waren. Eine leichte Waldflächenzunahme kann man immerhin daraus ablesen.

Der Prozeß der Umstellung der bestehenden Liegenschaftskataster auf das von der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder 1973 beschlossene bundeseinheitliche Konzept eines „automatisierten

Liegenschaftskatasters“ mit einem einheitlichen Nutzungsarten-Verzeichnis war auch 1981 noch nicht abgeschlossen, so daß noch teilweise Schätzungen anhand von Flurkarten, Meßtischblättern, Luftbildern oder anderen Unterlagen vorzunehmen waren. 1985 wird diese Flächenermittlung zum dritten Mal durchgeführt, und es wird sich dann durch den Vergleich mit 1981 die Waldflächenzunahme eher beweisen und die Veränderungsrate konkreter angeben lassen.

Vor der Einführung der Flächenerhebung wurden die Waldflächen durch die jährliche Bodennutzungserhebung (BO) festgestellt. Für diese Erhebung wurden alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha Fläche herangezogen, für die übrigen Ländereien waren die Gemeinden auskunftspflichtig. Dieses Verfahren hatte besonders bei der Position Wald seine Schwächen, in erster Linie deshalb, weil nicht selten Waldflächen weit entfernt vom Wohn- und Erfassungsort ihrer Eigentümer liegen und Kontrollen ihrer möglichst vollständigen Erfassung schwierig waren.

Die BO-Waldflächen lagen in den frühen siebziger Jahren jeweils unter 7,2 Mill. ha, der Durchschnitt für die Jahre 1972 bis 1977 bei 7,173 Mill. ha. Für das Jahr 1978 wurden letztmals nach der alten Methode 7,218 Mill. ha errechnet. Niemand wird behaupten wollen, daß gerade im Jahr 1978 die deutsche Waldfläche um 100 000 ha zugenommen haben kann.

Neben den unterschiedlichen Erfassungsarten und einigen Abweichungen in der Definition dessen, was unter „Wald“ zu verstehen ist, ist noch ein weiterer Gesichtspunkt erwähnenswert: Die Bodennutzungserhebung verlangte vom Auskunftspflichtigen die tatsächliche Nutzung der Flächen, unabhängig von katasteramtlichen Parzellengrenzen. Die Flächenerhebung hingegen weist eine „Waldparzelle“ vollständig als „Wald“ aus, auch wenn sie vielleicht teilweise aus Ödland, Grünland oder Wegen besteht. Vermutlich dürfte nach der alten Methode zu wenig, nach der neuen hingegen etwas mehr Wald, als den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht, ausgewiesen worden sein. Die Differenz von knapp 1,5 % der Waldfläche sollte im übrigen nicht zu diffizilen Spekulationen Anlaß geben, sondern als in der Sache derartiger statistischer Erhebungen liegend toleriert werden.

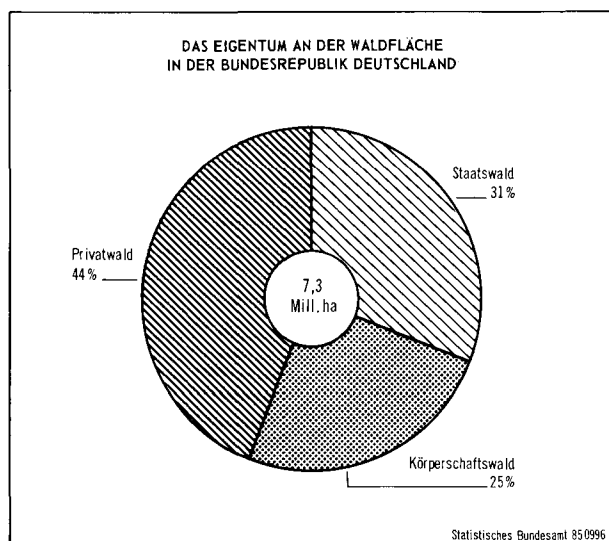
3.1.2 Waldeigentümer

Der Wald der Bundesrepublik Deutschland gehört zu 31 % dem Staat (davon rd. 29 % den Bundesländern und rd. 2 % unmittelbar der Bundesrepublik), zu 25 % Körperschaften des öffentlichen Rechts (wobei der Hauptanteil mit fast 23 % auf Gemeindewald entfällt) und zu 44 % privaten Eigentümern. Zu letzteren zählen in erster Linie natürliche Personen, also Einzelpersonen, Ehepaare, Geschwister, Erbgemeinschaften, BGB-Gesellschaften und dgl., aber auch juristische Personen des privaten Rechts, wie Aktiengesellschaften, Anstalten oder Stiftungen des privaten Rechts usw. Hierher gehören aus bundesrechtlicher Sicht auch die Gemeinschaftsforsten mit ideellen Besitzanteilen (z. B. die Gehöferschaften, Interessentenwaldungen und Haubergsgenossenschaften), soweit sie nicht nach lan-

²⁾ Siehe Ruß, E.: „Flächenerhebung 1981“ in WiSta 4/1982, S. 280 ff. und Fachserie 3, Land- und Forstwirtschaft, Reihe 3.1.1.

³⁾ BGBl. I S. 1369.

Schaubild 1



desrechtlichen Bestimmungen dem Körperschaftswald zugeordnet werden (siehe Schaubild 1).

Werden diese Zahlen in der forstlichen Literatur angegeben, ist üblicherweise von „Besitzarten“ die Rede. Juristisch gesehen handelt es sich um die Eigentumsverhältnisse. Da in der Bundesrepublik Deutschland Wald so gut wie nie verpachtet wird, fallen „Besitz“ und „Eigentum“ am Wald immer zusammen. Die genannten Zahlen entstammen der Forsterhebung 1961⁴⁾. Die Berechnung baute auf den „Forstbetriebsflächen“ (Holzbodenfläche plus Nichtholzbodenfläche) der drei Besitzkategorien und auf einer gesamten Forstbetriebsfläche von 7,207 Mill. ha im Bundesgebiet auf. Berechnet nach der Holzbodenfläche (damals 6,988 Mill. ha) hätte sich folgende Verteilung ergeben: Staatswald 30,4 %, Körperschaftswald 25,2 % und Privatwald 44,4 %.

Über den Agrarbereich finden im Rahmen der amtlichen Statistik in kürzeren Abständen Erhebungen statt, die sich an land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit einer be-

⁴⁾ Fachserie B, Forsterhebung 1961, Heft 1 „Kultur-, Betriebs- und Baumarten“ und Heft 2 „Betriebsstruktur“; sowie Landwirtschaftszählung 1960, Heft 12, Seite 97 – 107 und 148.

stimmten Mindesterzeugung oder Mindestfläche wenden. Diese Betriebe werden auch nach ihrer Waldfläche befragt, die dann aufgrund der Rechtsformen der Eigentümer besitzartenmäßig aufgegliedert werden kann. Rechnet man zu der für 1983 ermittelten Privatwaldfläche von 2,903 Mill. ha noch die rund 0,44 Mill. ha nicht erfaßter Kleinstwaldflächen, bei denen es sich überwiegend um Privatwald handeln dürfte, hinzu, so ergibt sich wieder die in Schaubild 1 dargestellte Eigentumssituation des deutschen Waldes (siehe Tabelle 1), wie sie für 1961 ermittelt wurde. Man geht also nicht fehl in der Annahme, daß im vergangenen Vierteljahrhundert kaum Verschiebungen der Besitzartenverhältnisse eingetreten sind.

In den Ländern weicht die Verteilung des Waldbesitzes (siehe Tabelle 2) wesentlich von der auf Bundesebene ab: Während in den nördlichen Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, aber auch in Bayern, der Privatwald bei weitem überwiegt, dominiert in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg der Körperschaftswald und in Hessen und dem Saarland der Staatswald. Diese auffallenden regionalen Unterschiede gehen auf abweichende geschichtliche Entwicklungen in früheren Jahrhunderten zurück und sind nicht etwa eine Folge divergierender politischer Programme der Neuzeit.

Die in Tabelle 2 dargestellten Besitzverhältnisse in den Ländern dürften weitgehend auch heute noch zutreffen. Wald steht nur selten zum Verkauf an. Die durch Flächentausch, Waldausstockungen oder Neuaufforstungen sich innerhalb von zwanzig Jahren ergebenden geringen Verschiebungen zwischen diesen drei Besitzarten sind auf Landesebene so minimal, daß sich prozentuale Abweichungen erst an der Stelle hinter dem Komma bemerkbar machen. Bei einem Vergleich mit veröffentlichten Zahlen aus anderen Quellen muß beachtet werden, ob die Berechnungen jeweils auf der Holzbodenfläche oder der Forstbetriebsfläche (gleich Waldfläche) aufbauen.

Die starke Besitzersplitterung im Privatwald, ein forstpolitisches Problem von hoher Tragweite im gesamten Bundesgebiet, geht aus Tabelle 1 noch nicht einmal so deutlich hervor. Dieses vor Ort zwar schon immer bekannte Phänomen ließ sich erst nach der Landwirtschaftszählung 1971 in seinem vollen Ausmaß überblicken. Damals wurden alle in die Erhebung einbezogenen Waldeigentümer

Tabelle 1: Betriebe mit Waldfläche nach Besitzarten und Größenklassen
1983¹⁾

Betriebsgröße von ... bis unter ... ha Waldfläche (WF)	Insgesamt		Staatswald		Körperschaftswald		Privatwald	
	Betriebe	1000 ha WF	Betriebe	1000 ha WF	Betriebe	1000 ha WF	Betriebe	1000 ha WF
unter 1	128 042	56,5	25	0,0	122	0,1	127 895	56,4
1 bis 2	110 498	153,2	35	0,1	1 061	1,5	109 402	151,6
2 bis 5	124 924	390,2	47	0,2	2 000	6,6	122 877	383,5
5 bis 10	58 299	400,9	25	0,2	1 579	11,3	56 695	389,4
10 bis 20	28 522	387,0	43	0,6	1 482	21,2	26 997	365,2
20 bis 50	13 133	389,2	38	1,1	1 431	46,4	11 664	341,6
50 bis 100	3 941	275,9	16	1,2	1 036	75,0	2 889	199,7
100 bis 200	2 410	337,4	21	3,2	1 127	180,8	1 262	173,4
200 bis 500	1 993	626,0	63	22,5	1 139	362,7	791	240,9
500 bis 1 000	862	612,3	99	73,6	528	378,2	235	160,4
1 000 und mehr	1 107	3 256,7	590	2 119,8	352	696,6	165	440,4
Insgesamt	473 731	6 885,4 ²⁾	1 002	2 222,4	11 857	1 760,4	460 872	2 902,5

¹⁾ Ergebnis der Agrarberichterstattung 1983. — ²⁾ Außerdem etwa 0,44 Mill. ha Kleinstwaldflächen außerhalb der Betriebe, weitgehend Privatwald: Waldfläche 1983 insgesamt 7,3 Mill. ha.

Tabelle 2: Verteilung des Waldbesitzes nach Bundesländern ¹⁾

Land	Waldfläche	Davon					
		Staatswald		Körperschaftswald		Privatwald	
		1000 ha	%	1000 ha	%	1000 ha	%
Schleswig-Holstein	134,4	42,5	32	18,4	14	73,6	54
Niedersachsen	975,9	364,4	37	68,3	7	543,3	56
Nordrhein-Westfalen	767,9	105,6	14	145,0	19	517,3	67
Hessen	823,4	328,9	40	299,6	36	194,9	24
Rheinland-Pfalz	718,1	200,4	28	389,0	54	128,7	18
Baden-Württemberg	1 266,9	314,3	25	525,7	41	426,9	34
Bayern	2 375,5	834,9	35	333,4	14	1 207,2	51
Saarland	79,2	36,2	46	29,2	37	13,8	17
Stadtstaaten	10,5	9,8	93	0,0	0	0,7	7
Bundesgebiet	7 151,9	2 236,9	31	1 808,4	25	3 106,5	44

¹⁾ Stand 1961, entspricht auch heutigen Verhältnissen.

befragt, ob ihre Waldfläche noch in räumlich voneinander getrennt liegende Teilstücke zerfällt. Hierbei galten Wirtschaftswege, Gräben und zwischen den Waldgrundstücken gelegene andere Flächen des Betriebes nicht als Trennung. Das Ergebnis dieser Frage ist in Tabelle 3 dargestellt. Aus dem Zahlenmaterial läßt sich errechnen, daß im Bundesdurchschnitt jeder Waldeigentümer 2,7 Teilstücke besitzt und daß die durchschnittliche Grundstücksgröße eines Eigentümers von 1 bis unter 5 ha Wald nur 0,8 ha, in der Größenklasse unter 1 ha Wald sogar nur 0,3 ha beträgt. Es ist daher auch nicht anzunehmen, daß die 1961 ermittelten 228 900 Eigentümer von Wald unter 0,5 ha Größe jeweils nur ein Teilstück besitzen, sondern im Normalfall Einzelparzellen von weniger als 0,1 ha.

Da sich diese wegen ihrer langgestreckten Form als „Handtücher“ bezeichneten Mini-Grundstücke im Alleingang vom Eigentümer forstlich kaum sinnvoll bewirtschaften lassen, waren Bund und Länder zunehmend bemüht, durch entsprechende Förderungsprogramme den freiwilligen Zusammenschluß im Kleinprivatwald in Gang zu setzen.

Im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1971 wurde dann durch eine Sondererhebung ermittelt, wie viele forstliche Zusammenschlüsse es im Jahr 1972 gab, wann sie gegründet wurden, welche Rechtsform sie bevorzugten und welche Ziele sie sich gesetzt hatten, das heißt welche Aufgaben für die angeschlossenen Waldflächen zentral übernommen wurden. 1972 gab es insgesamt schon rund 1 800 solcher Zusammenschlüsse, in die 137 700 private Eigentümer 1,2 Mill. ha Wald, aber auch 7 700 Körperschaften des öffentlichen Rechts und der Staat 360 500 ha Wald eingebracht hatten. Von der Privatwaldfläche der Betriebe bis 500 ha waren damals 48 % in Zusammenschlüssen erfaßt, eine beachtliche Bilanz, über die das Statistische Bundesamt auch in dieser Zeitschrift ⁵⁾ ausführlich berichtet hatte. Weitere Zusammenschlüsse sind seither gegründet worden, und es wäre nicht uninteressant, den heutigen Stand über eine Umfrage bei den Landesforstverwaltungen festzustellen.

3.1.3 Beschäftigte
Die Arbeitskräfte der Forstbetriebe sind nicht so einfach zu ermitteln. Dies hat mehrere Ursachen: Zunächst fällt auf einem Drittel der deutschen Waldfläche — durch die Besitzstruktur bedingt — nicht regelmäßig jährlich Arbeit an. Hat eine Dichtung erst einmal einen Pflegeeingriff hinter sich, oder ist im Stangenholz oder Baumholz eine Durchforstungsmaßnahme abgeschlossen, so wächst der Bestand im kleinparzellierten Privatwald — falls nichts Außergewöhnliches passiert — wieder einige Jahre ohne menschliches Zutun. Logischerweise werden im Kleinprivatwald, vor allem im Bauernwald, viele Arbeiten vom Eigentümer und seinen Familienangehörigen, oft auch in Nachbarschaftshilfe, erledigt.

3.1.3 Beschäftigte

Andere Arbeiten, wie der Wegebau oder das „Rücken“ des eingeschlagenen Holzes an den Lkw-befahrbaren Weg, sind wieder mehr für den Unternehmereinsatz geeignet; dies gilt teilweise auch für den Holzeinschlag und für das

Tabelle 3: Betriebe mit Waldfläche nach der Zahl der Teilstücke ¹⁾
1971

Gliederung	Insgesamt	Waldfläche von ... bis unter ... ha						
		unter 1 ²⁾	1-5	5-20	20-50	50-200	200-500	500 und mehr
Betriebe								
Betriebe mit ... Teilstücken ¹⁾								
1- 2	358 784	153 066	161 207	34 131	5 428	3 495	969	488
3- 5	136 961	19 324	74 046	34 485	4 932	2 818	846	510
6-10	41 956	2 774	17 935	16 250	2 769	1 380	472	376
11-20	10 898	363	3 841	4 463	1 142	549	215	325
21 und mehr	2 261	74	673	765	256	166	103	224
Insgesamt	550 860	175 601	257 702	90 094	14 527	8 498	2 605	1 923
Anteil in %								
Betriebe mit ... Teilstücken ¹⁾								
1- 2	65,1	87,2	62,6	37,9	37,3	41,6	37,2	25,4
3- 5	24,9	11,0	28,7	38,3	34,0	33,5	32,5	26,5
6-10	7,6	1,6	7,0	18,0	19,1	16,4	18,1	19,6
11-20	2,0	0,2	1,4	5,0	7,9	6,5	8,3	16,9
20 und mehr	0,4	0,0	0,3	0,8	1,7	2,0	3,9	11,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Zahl und Größe der Teilstücke								
Teilstücke								
1 000	1 517,9	279,4	700,7	388,6	71,8	40,4	15,5	21,6
durchschn. St. je Betrieb	2,7	1,6	2,7	4,3	4,9	4,8	5,9	11,2
durchschn. ha Waldfläche je Teilstück	4,0	0,3	0,8	2,1	6,0	20,6	51,9	158,0

¹⁾ Räumlich voneinander getrennt liegende Waldflächen eines Betriebes: Wirtschaftswege, Gräben und zwischen den Waldgrundstücken gelegene andere Flächen des Betriebes gelten nicht als Trennung. — ²⁾ Unter 1 ha Waldfläche nur Betriebe mit 1 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche oder jährlicher Markterzeugung von 4 000 DM.

⁵⁾ Siehe Hegar, K.: „Betriebliche Zusammenschlüsse in der Forstwirtschaft“ in WiSta 7/1974, S. 498 ff.

Entrinden des Holzes, soweit für letzteres Maschinen eingesetzt werden. Arbeitskräfte werden auch ausgeliehen und selbst innerhalb einer Besitzart weiträumig umgesetzt, vor allem nach Sturm- oder Schneebruchkatastrophen. Darüber hinaus sind die Verhältnisse in den Ländern durch abweichende rechtliche und organisatorisch technische Regelungen sowie das komplizierte Tarifvertragswesen wenig überschaubar; dadurch ist eine bundeseinheitliche Betriebsbefragung, wie sie von der amtlichen Statistik im bisher dreijährigen (zukünftig vierjährigen) Turnus als Stichprobenerhebung nach dem Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft vom 1. Juli 1980⁶⁾ durchgeführt wird, mit gewissen Problemen behaftet (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Betriebseigene Arbeitskräfte der Forstbetriebe¹⁾

Forstwirtschaftsjahr	Lohnarbeitskräfte ²⁾ , die im Forstwirtschaftsjahr ... Tariftage beschäftigt waren				Beamte und Angestellte	Im Forstwirtschaftsjahr geleistete Arbeitstage ³⁾
	unter 60	60 bis unter 200	200 und mehr	zusammen		
					1 000	1 000 Arbeitstage
Privat- und Körperschaftsforsten ⁴⁾						
1973/74	26,3	10,7	12,6	46,6	5,0	4 140,0
1976/77	27,5	11,8	13,2	52,5	4,2	4 238,6
1979/80	20,8	8,6	12,8	42,2	3,8	3 624,1
1982/83	20,5	8,7 ⁵⁾	10,4 ⁵⁾	39,4	3,3	3 272,4
Staatsforsten						
1973/74	5,8	4,7	16,7	27,7	10,6	4 343,0
1976/77	3,7	3,1	15,6	22,4	9,9	3 333,6
1979/80	4,1	3,0	15,1	22,2	9,5	2 889,7
1982/83	3,2	4,2	12,1	19,6	9,9	2 678,2
Alle Besitzarten						
1973/74	32,1	15,4	29,3	76,8	15,6	8 483,0
1976/77	31,2	14,9	28,8	74,9	14,1	7 572,2
1979/80	24,9	11,6	27,9	64,4	13,3	6 513,9
1982/83	23,7	12,9	22,5	59,0	13,2	5 950,6

¹⁾ Nur der Betriebe, deren Waldfläche das Zehn- oder Mehrfache der landwirtschaftlich genutzten Fläche beträgt; ohne Stadtstaaten. — ²⁾ In Privatforsten einschließlich Familienarbeitskräfte. — ³⁾ Ohne Arbeitszeit der Beamten und Angestellten. — ⁴⁾ Nur Betriebe mit 50 ha und mehr Waldfläche. — ⁵⁾ 1982/83: 60 bis unter 240 bzw. 240 und mehr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn.

Die im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1979 für den Privatwald ermittelten 90 600 Familienarbeitskräfte waren nur zu einem unbedeutenden Teil — 942 Personen — vollbeschäftigt, das heißt zu mehr als 42 Stunden pro Woche innerhalb des Forstbetriebes tätig. Hiervon übten 42 000 Personen oder 46 % eine anderweitige Erwerbstätigkeit aus, 91 % davon als Vollzeitbeschäftigte. Diese Zahlen über die Familienarbeitskräfte sind aber unvollständig, da sie nur für die „Forstbetriebe“ ermittelt wurden, also denjenigen Anteil des Privatwaldes (1,3 Mill. ha), der land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gehört, deren Waldfläche das zehnfache (und mehr) der landwirtschaftlichen Fläche betrug. Der weitaus größere Teil des Privatwaldes, rund 1,9 Mill. ha, ist hier ausgeklammert worden. Nur durch eine gezielte Frage bei den landwirtschaftlichen Betrieben könnte auch das Arbeitsvolumen der dort vorhandenen Familienarbeitskräfte, das in ihrem Wald eingesetzt wurde, und die dort auch vorkommenden betriebsfremden, im Wald tätigen Lohnarbeitskräfte ermittelt werden.

1979 wurden 51 900 ständige familienfremde Arbeitskräfte erfaßt, wovon 30 100 (58 %) im Wald vollbeschäftigt waren, während 21 800 nur zum Teil im Wald arbeiteten. Auch hier muß wieder auf die Untererfassung im Privatwald hingewiesen werden, wenn nur die obigen „Forstbetriebe“ befragt werden. Eine Schätzung des fehlenden Anteils ist wegen der eingangs geschilderten besonderen Umstände der Waldarbeit praktisch ausgeschlossen.

In einer anderen Rechtsgrundlage, dem Gesetz über eine Zählung in der Land- und Forstwirtschaft⁷⁾ vom 23. Dezember 1970, § 6, wurde eine repräsentative Erhebung in den Betrieben der Forstwirtschaft angeordnet. Alle Betriebe ab 1 ha Wald wurden 1972 nach ihren Lohnarbeitskräften im Forstwirtschaftsjahr 1971 befragt, wobei der Privatwald unter 50 ha in Form einer Stichprobe erfaßt, während der Privatwald von 50 ha an aufwärts sowie der Körperschafts- und Staatswald total in die Erhebung einbezogen wurden⁸⁾. Es stellte sich damals heraus, daß 1971 in rund 63 000 Betrieben mit Wald 180 449 männliche und 38 463 weibliche Lohnarbeitskräfte beschäftigt waren. 1961 gab es noch — total erhoben — 264 356 männliche und 114 156 weibliche Arbeitskräfte („familienfremde Arbeitskräfte“); in den sechziger Jahren sind also die im Wald eingesetzten Lohnarbeitskräfte stark zurückgegangen. Auf weitere Einzelheiten der Verschiebungen in diesem Jahrzehnt kann hier nicht eingegangen werden. Es muß aber an dieser Stelle festgestellt werden, daß eine solche Erhebung wie 1961 und 1971 längst wieder fällig wäre; die oben angeführte Arbeitskräftestichprobe mit ihren Unzulänglichkeiten liefert keinen Ersatz.

Einfacher als die Waldarbeiter lassen sich die „Förster“, die Forstbeamten und forstlichen Angestellten aller Berufssparten, also des höheren, gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes, ermitteln. So wurden für das Jahr 1983 im Bundesgebiet rund 13 200 Beamte und Angestellte der unteren Verwaltungsstufe erfaßt, davon 9 200 Personen Verwaltungs- und Betriebspersonal und 4 000 Büropersonal. Auch diese Beschäftigten wurden für den Körperschafts- und Privatwald durch eine Stichprobe in den Betrieben mit 50 und mehr ha Waldfläche ermittelt. Nur für den Staatswald wurden sie total erfaßt.

Die in der Tabelle 4 unter Staatsforsten für 1982/83 ausgewiesenen 9 900 Beamten und Angestellten, darunter 6 600 Forstbeamte, lassen sich in den Bundesländern nicht einheitlich auf die jeweils dort vorhandene Staatswaldfläche beziehen. Denn es gibt von Land zu Land unterschiedliche rechtliche Regelungen der „Beförderung“, zum Beispiel des Gemeindewaldes, bzw. der Betreuung und Beratung des Privatwaldes durch staatliche Forstbeamte, soweit nicht die Zuständigkeit der Landwirtschaftskammern für den Körperschafts- und Privatwald gegeben ist. Neben der Übernahme sämtlicher anfallenden Arbeiten im Privatwald, die durch einen Beförsterungsvertrag mit dem Staat vereinbart werden kann, ist auch die fallweise kostenpflichtige Betreuung möglich. Nur eine differenzierte Betrachtungsweise auf der Basis der Länder ermöglicht die Berechnung der Reviergrößen. Forstämter und Revierför-

⁶⁾ BGBl. I S. 820.

⁷⁾ BGBl. I S. 1852.

⁸⁾ Fachserie 3, Forsterhebung 1972.

stereien wurden in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren stark (rund auf das Doppelte) vergrößert, wodurch viel Forstpersonal eingespart wurde, während gleichzeitig neue Aufgaben dem Forstpersonal übertragen wurden — auch solche außerhalb des Waldes.

3.2 Aufbau des Waldes

Unsere derzeitigen Kenntnisse über die Bestockung des deutschen Waldes — und zwar bezogen auf die gesamte Waldfläche des Bundesgebietes und über alle Besitzarten hinweg — stammen aus der bereits erwähnten Forsterhebung 1961. Diese in der Nachkriegszeit nur einmal durchgeführte, umfangreiche Spezialerhebung über die Forstwirtschaft war ein großes Projekt und ein schwieriges Unterfangen, das die amtliche Statistik ohne die starke Einschaltung des Forstpersonals der Landesforstverwaltungen und der Landwirtschaftskammern „vor Ort“ nicht hätte bewältigen können. Dies vor allem deshalb, weil nicht von vornherein für jeden Waldeigentümer unterstellt werden konnte, daß er präzise Angaben zum Wald machen bzw. auf schriftliche Aufzeichnungen zurückgreifen kann. Vielfach blieb nichts anderes übrig, als im kleinparzellierten Privatwald die zur Waldbestockung gestellten Fragen nur zusammengefaßt für zusammenliegende Flächen vieler privater Eigentümer so genau wie möglich zu schätzen.

Nachfolgend werden noch einmal die wichtigsten Ergebnisse dieser Großzählung dargestellt, ohne auf viele Einzelheiten der verschiedenen Waldbewirtschaftungsformen, die differenzierte Fragestellungen erforderten, eingehen zu können. Auf die damaligen Veröffentlichungen soll daher noch einmal verwiesen werden⁹⁾.

3.2.1 Baumarten und Altersklassen

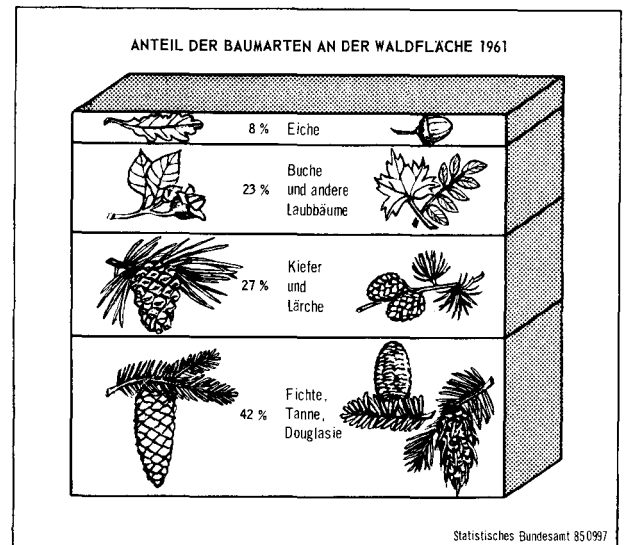
Die amtliche Statistik hat sich seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bis heute zweimal damit befaßt, die Bestockung des Waldes zu ermitteln. Dabei ging es in der Forsterhebung 1961 primär darum, einmal über eine „totale“ Befragung der Betriebe mit Wald sich einen Überblick über die Holzvorräte, gegliedert sowohl nach wirtschaftlich wichtigen Baumarten (Baumartengruppen) als auch nach ihrer Altersstruktur, zu verschaffen. Für Bund und Länder war (und ist) es weiterhin von hoher Bedeutung, wo diese Holzvorräte stocken, und wem sie gehören. Aus diesem Grund wurden die Ergebnistabellen in tiefer räumlicher Gliederung und nach Besitzarten getrennt erstellt.

1961 wurde ermittelt, daß die Forstbetriebsfläche im Bundesgebiet zu 97 % mit Bäumen bestockt war (Holzbodenfläche), während 3 % Nichtholzbodenfläche waren. Zu letzterer werden gerechnet die Wege über 5 m Breite, Haus- und Hofräume, Gewässer, Steinbrüche, Holzlagerplätze, ständige Pflanzgärten und Saatkämpfe, aufforstungsfähiges Ödland, Unland und dergleichen.

Die 97 % Holzboden, die fast 7 Mill. ha Wald entsprachen, lassen sich weiter unterteilen in 88,7 % Hochwaldfläche, 5,5 % Nieder- und Mittelwald und 2,1 % sogenannten Nichtwirtschaftswald, der im Jahr weniger als einen Festmeter (Kubikmeter) Holzzuwachs je ha abwirft. Schließlich waren darin noch 0,7 % oder rund 50 000 ha Waldflächen

⁹⁾ Siehe Fußnote 4.

Schaubild 2



unter 0,5 ha Einzelbesitz enthalten, die zusätzlich über die Landwirtschaftszählung 1960 ermittelt wurden und über deren Bestockung sich nichts aussagen läßt.

Beim Niederwald handelt es sich um — aus heutiger Sicht minderwertige — Laubholzbestände, die im vergangenen Jahrhundert noch sehr häufig anzutreffen waren. Die Flächen wurden — in Schläge unterteilt — im durchschnittlich zwanzigjährigen Turnus zur Rinden- und Brennholzgewinnung abgeholzt; der neue Bestand baute sich wieder aus den Stockausschlägen von Eichen, Hainbuchen, Birken, Haselnuß und Erlen auf. Beim Mittelwald handelt es sich um eine Variante des Niederwaldes. Auf diesen Flächen blieben einzelne Bäume, meist Eichen, zur Stammholzgewinnung über eine längere Zeitperiode stehen; für diesen Zweck wurden diese Bäume dann meist als sogenannte Kernwüchse gepflanzt. In den vergangenen Jahrzehnten wuchsen diese Nieder- und Mittelwaldflächen entweder zu Hochwald „durch“, oder sie wurden aus wirtschaftlichen Gründen abgeräumt und meist mit Fichten oder Douglasien aufgeforstet. Die heute in den deutschen Mittelgebirgen noch vorhandenen Relikte sind ökologisch als hochwertig einzustufen, da sie letzte Zufluchtsstätten für aussterbende Tierarten, wie zum Beispiel das Haselhuhn, abgeben, falls sie nicht ohnehin im steilen Felsgelände absoluten Schutzwaldcharakter haben.

Die Baumartenverteilung des Hochwaldes, der heute weit über 90 % der Waldfläche einnimmt, ist aus Schaubild 2 ersichtlich; der überwiegende Anteil hiervon wird als sogenannter schlagweiser Hochwald bewirtschaftet, dessen Altersaufbau 1961 für das Bundesgebiet aus Tabelle 5 bzw. Schaubild 3 hervorgeht. Für einen so geführten Forstbetrieb ist ein ausgeglichenes Altersklassenverhältnis — bezogen auf die wirtschaftlich wichtigen Baumarten — von großer Bedeutung. Im Idealfall wären sämtliche Altersklassen einer Baumart zu gleichen Anteilen vorhanden, es müßten also flächenmäßig ebenso viele Hektar Kulturfläche, Dickungs-, Stangenholz-, Baumholz- und Altholzflächen in räumlich günstiger Anordnung zueinander liegen. Zum Beispiel für die Baumart Fichte, die auf bestimmten Standorten ein Umtriebsalter von 100 Jahren erreicht, müßten die fünf vorhandenen, zwanzigjährigen

Altersklassen der Fläche nach auch jeweils zu rund 20 % vertreten sein.

Vor allem in Süddeutschland, im wesentlichen beschränkt auf das natürliche Verbreitungsgebiet der Weißtanne, findet sich eine Sonderform des Hochwaldes, der sogenannte Plenterwald. Im Gegensatz zu den weitgehend gleichaltrigen, in „Schläge“ aufgeteilten Baumbeständen des schlagweisen Hochwaldes stehen im Plenterwald die vorkommenden Bäume, meist Tannen, Fichten und Buchen, vom jüngsten bis zum ältesten Stamm auf engstem Raum nebeneinander, also in bunter alters- und stärke-mäßiger Mischung. Der Holzeinschlag geschieht hier nicht „schlagweise“, sondern einzelstammweise auf den stärksten Stamm, bei dessen Entnahme wieder Stand- und Wurzelraum für die benachbarten jüngeren, immer verschieden alten Bäume entsteht. Solche Plenterwälder sind ökonomisch wie ökologisch als besonders wertvolle Dauerbestockung einzustufen; Begründungskosten entfallen weitgehend infolge der Naturverjüngung, der Assimilations- und der Bodenraum werden ständig optimal ausgenutzt, und die so bewirtschafteten Wälder erbringen die höchsten Massen- und Werterträge. Leider fanden sich diese an das Vorkommen der Tanne gebundenen Plenterwälder 1961 nur auf 1 % der deutschen Holzbodenfläche.

1972 wurden alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ab 1 ha Wald — in erster Linie aus betriebswirtschaftlichen Gründen — befragt, wieviel ihrer Waldfläche in ha auf Fichte (Tanne, Douglasie) über 60 Jahre, wieviel auf Kiefer (Lärche, Strobe) über 60 Jahre, wieviel auf Nadelholz unter 60 Jahre und wieviel auf Laubholz, Mittelwald, Niederwald und sonstige Flächen entfiel. 375 258 Waldeigentümer machten für eine Waldfläche von 6,885 Mill. ha Wald folgende Angaben:

190 820 oder 51 % aller Waldeigentümer hatten nur Nadelwald, und zwar auf einer Fläche von 1,227 Mill. ha. Davon hatten 17 036 Eigentümer nur Nadelwald über 60 Jahre (82 400 ha), 89 085 Eigentümer nur Nadelwald unter 60 Jahre (394 900 ha), und 84 699 Eigentümer hatten beides mit zusammen 750 000 ha Nadelwald. Weitere 72 074 Waldeigentümer oder 19 % aller Befragten hatten nur

Laubwald mit einer Fläche von zusammen 400 800 ha, während 112 364 Eigentümer oder 30 % sowohl Laubwald als auch Nadelwaldflächen mit zusammen 5,256 Mill. ha hatten. Dieses interessante Zahlenmaterial wurde in tiefer tabellarischer Untergliederung länderweise nach Besitzarten und Größenklassen der Waldfläche, zusammen mit den bereits erwähnten Ergebnissen der Forst-Repräsentativ-Erhebung 1972, in einem Sonderband veröffentlicht, wo auch methodische Einzelheiten nachgelesen werden können¹⁰⁾.

3.2.2 Vorrat und Zuwachs

Die einzelnen im deutschen Wald vorkommenden Baumarten sind von unterschiedlicher Wüchsigkeit. Bei den Laubbäumen wächst zum Beispiel die Pappel besonders rasch, die Eiche hingegen sehr langsam; bei den Nadelbäumen liegt die Douglasie an der Spitze. Sie erreicht auch von allen Wirtschaftsbaumarten mit 60 m die größte Höhe, dicht gefolgt von der Weißtanne, während die Fichte und die Lärche immerhin rund 55 m schaffen, die Kiefer jedoch nur 45 m Höhe — immer jeweils auf den besten Waldstandorten. Bei den Laubbäumen führt die Buche mit rund 45 m Höhe die Reihenfolge an, während die Eiche und Esche etwa 40 m Höhe erreichen können, die Erle hingegen nur 35 m und alle weiteren Arten nur höchstens 30 m.

Nachdem die deutschen Wälder bis zum 18. Jahrhundert durch vielerlei Ursachen, wie totale Übernutzung, starke Waldweide und Streunutzung, Holzdiebstähle und jagdliche Auswirkungen, auf großer Fläche weitgehend heruntergewirtschaftet waren, setzte überall erst um 1800 eine geordnete Forstwirtschaft ein. Mehr und mehr setzte sich dabei das „Nachhaltsprinzip“ durch, das heißt die Überlegung, im Wald nur höchstens so viel Holz zu nutzen, wie auch wieder nachwächst. Kenntnisse über die Holzvorräte und Zuwachsverhältnisse sind daher neben dem Altersaufbau die wichtigste Grundvoraussetzung für staatliche Instanzen, die den nachhaltig möglichen Holzeinschlag planen wollen.

¹⁰⁾ Siehe Fußnote 8.

Tabelle 5: Schlagweiser Hochwald nach Baumarten und Altersklassen 1961

Baumart	Ins-gesamt	Davon										Blößen
		mit einem Alter von ... Jahren										
		1-20	21-40	41-60	61-80	81-100	101-120	121-140	141-160	161-180	181 u. m.	
Holzbodenfläche 1000 ha												
Eiche	473,4	39,0	38,5	68,6	94,4	74,3	65,3	54,2	22,2	8,8	2,9	5,1
Rotbuche und sonstiges Hartlaubholz	1 332,7	191,3	191,1	176,6	179,6	168,1	184,5	151,4	58,1	13,8	—	18,1
Pappel und sonstiges Weichlaubholz	127,1	57,6	32,4	18,5	8,3	2,5	1,8	—	—	—	—	6,0
Fichte, Tanne, Douglasie	2 683,3	707,4	591,1	584,6	358,4	218,0	103,8	49,1	12,2	—	—	58,8
Kiefer, Strobe, Lärche	1 712,2	435,6	335,5	320,8	236,9	168,8	106,2	38,1	8,6	—	—	61,8
insgesamt ...	6 328,6	1 430,9	1 188,6	1 169,1	877,5	631,7	461,5	292,8	101,1	22,6	2,9	149,8
Prozent												
Eiche	7,5	8,2	8,1	14,5	19,9	15,7	13,8	11,5	4,7	1,9	0,6	1,1
Rotbuche und sonstiges Hartlaubholz	21,1	14,4	14,3	13,2	13,5	12,6	13,8	11,4	4,4	1,0	—	1,4
Pappel und sonstiges Weichlaubholz	2,0	45,3	25,5	14,6	6,5	2,0	1,4	—	—	—	—	4,7
Fichte, Tanne, Douglasie	42,4	26,4	22,0	21,8	13,4	8,1	3,9	1,8	0,4	—	—	2,2
Kiefer, Strobe, Lärche	27,0	25,5	19,6	18,7	13,8	9,9	6,2	2,2	0,5	—	—	3,6
insgesamt ...	100	22,6	18,8	18,5	13,9	10,0	7,3	4,6	1,6	0,3	0,0	2,4

Vor etwa 30 Jahren war — als Ergebnis einer Vorkriegs-erhebung im Deutschen Reich — nur grob bekannt, daß im Staatswald und im Großprivatwald eine Nutzung von etwa 5 m³ Holz je Jahr und ha möglich war, im Körperschaftswald etwa 4 m³ und im übrigen Privatwald nur rund 3 m³. Wußten die Landesforstverwaltungen in den fünfziger Jahren über den ihnen unterstellten Wald recht gut Bescheid, so mangelte es vor allem an Kenntnissen über den der Fläche nach weitverbreiteten Privatwald. Hinzu kam noch, daß den Wäldern unter den Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen tiefe Wunden geschlagen waren.

Der Wunsch, die Ertragsfähigkeit des deutschen Waldes durch eine Erhebung zu ermitteln, war daher sehr verständlich, wenngleich sich die Auftraggeber der amtlichen Statistik, in die Forsterhebung 1961 auch Fragen über den Zuwachs und den Hiebsatz einzubeziehen, der Problematik durchaus bewußt waren, solche komplizierten Sachverhalte über eine Betriebsbefragung zu ermitteln. War doch von vornherein klar, daß nur derjenige Waldeigentümer hierzu Angaben machen konnte, der auch ein sogenanntes Betriebswerk oder Betriebsgutachten besaß. Ein solches, von einem staatlich vereidigten Forstsachverständigen angefertigtes Gutachten lohnt sich (aus steuerlichen Gründen) erst ab einer bestimmten Waldgröße für einen privaten Eigentümer, während es für den öffentlich-rechtlichen Staats- und Körperschaftswald — von Ausnahmen abgesehen — in Form des „Forsteinrichtungswerkes“ vorhanden sein muß. Die Forsterhebung 1961 ergab, daß im Bundesgebiet 29 590 Waldeigentümer für eine Holzbodenfläche von zusammen 4,9 Mill. ha ein Forsteinrichtungswerk oder ein Betriebsgutachten hatten. Also nur für 71 % der damaligen Holzbodenfläche konnten auch Antworten über die Zuwachsverhältnisse erwartet werden.

Bei der Forsterhebung 1961 wurde als Merkmal für die Ertragsleistung der Wirtschaftsbaumarten der „durchschnittliche Gesamtderbholzzuwachs in Erntefestmetern

wobei unter Derbholz die oberirdische Holzmasse mit einem Durchmesser von über 7 cm mit Rinde verstanden wird. Das Ergebnis ist in Tabelle 6 nach Baumarten bzw. Baumartengruppen und nach Besitzarten dargestellt.

Die Tabelle gibt nur einen sehr groben Überblick über die starken Zuwachsunterschiede im Wald; bei diesen Durchschnittswerten für das Bundesgebiet hat die Pappel die höchste Wuchsleistung mit 12,0 Efm und die Eiche mit 4,1 Efm die geringste. Abweichungen in der Praxis sind nicht nur ausschließlich standortsbedingt, sondern hängen auch deutlich von der Bewirtschaftungsintensität ab, die mit abnehmender Betriebsgröße bekanntlich nachläßt. So wurden die Ergebnisse innerhalb einer Besitzart noch nach Betriebsgrößenklassen gegliedert. Für die Eiche ergab sich bei den Privatforsten zum Beispiel ein Abfallen des Zuwachses von 4,0 Efm in der Größenklasse 500 bis 1 000 ha über 3,8 (200 bis 500 ha) und 3,7 bis 3,3 Efm in der Klasse 10 bis 50 ha; bei der Buche schwankte der Zuwachs in diesen vier Größenklassen zwischen 5,6 und 4,4, bei der Fichte und Douglasie zwischen 8,5 und 7,1 und bei der Lärche zwischen 5,7 und 5,1. Welche Steigerungen der Ertragskraft im deutschen Privatwald schlummern, läßt sich aus diesen Zahlen unschwer ablesen.

Anhand der aus der Forsterhebung 1961 vorliegenden statistischen Daten ließen sich unter Zuhilfenahme von Ertragstafeln und zugänglicher Forsteinrichtungsstatistiken der Landesforstverwaltungen näherungsweise die potentiellen Nutzungsmöglichkeiten des Waldes berechnen. So kam das zuständige Ressort für das Jahr 1961 auf einen Holzvorrat der nachhaltig bewirtschaftbaren Waldfläche von 826 Mill. Erntefestmeter ohne Rinde, was je ha 132 Efm o. R. entsprach.

Da man im schlagweisen Hochwald für die „Baumarten“ Eiche, Buche und Kiefer nur einen durchschnittlichen Bestockungsgrad¹²⁾ von 0,8 und für die Fichte nur von 0,9 ermittelt hatte und weiterhin die Altersklassenstruktur (siehe Schaubild 3) einen starken Überhang der unter 60jähri-

Tabelle 6: Durchschnittlicher Gesamtderbholzzuwachs (dGz) nach Besitz- und Baumarten 1961

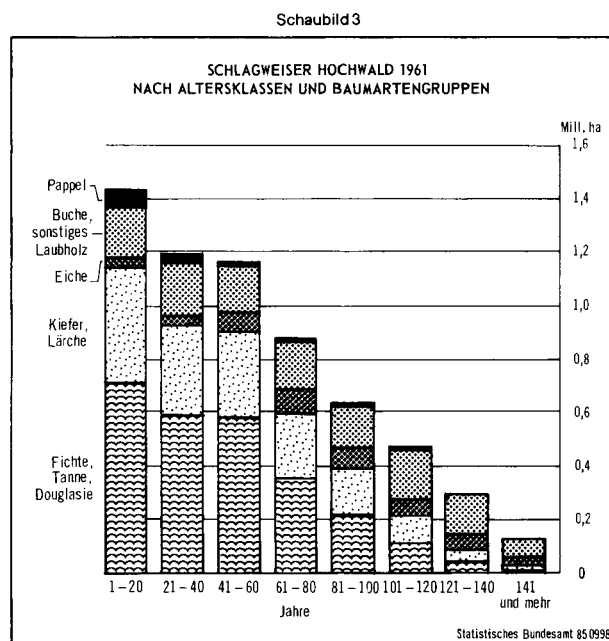
Baumart	Durchschnittl. Gesamtderbholzzuwachs bezogen auf das Alter von ... Jahren	Besitzart			
		zu-sammen	Staatsforsten ¹⁾	Körperschaftsforsten ²⁾	Privatforsten
		dGz in Erntefestmetern mit Rinde je ha			
Eiche	140	4,1	4,4	4,0	3,6
Rotbuche und sonstiges Hartlaubholz	140	5,2	5,5	5,3	4,8
Pappel	50	12,0	11,9	11,8	12,2
Sonstiges Weichlaubholz	50	4,4	5,0	4,7	3,9
Pappel und sonstiges Weichlaubholz	50	8,3	8,2	9,3	8,2
Fichte, Tanne und Douglasie	100	8,0	8,4	8,4	7,5
Kiefer, Strobe und Lärche	100	4,5	5,1	5,0	4,0

1) Bundes- und Landesforsten. — 2) Gemeindeforsten, Forsten sonstiger Körperschaften und Gemeinschaftsforsten mit ideellen Besitzanteilen.

mit Rinde“ (dGz in Efm m. R.)¹¹⁾ je ha erfragt. Diese Zahl gibt an, welche Gesamtmasse an Derbholz zwischen Bestandsbegründung und Endnutzungsalter (Umtriebszeit) einer Baumart im Durchschnitt je Jahr erzeugt worden ist,

¹¹⁾ 1 Festmeter = 1 Kubikmeter.

¹²⁾ Der Idealfall wäre eine 100-Prozent-Bestockung (Bestockungsgrad 1,0).



gen Bestände auswies, war man um 1961 vom sogenannten Sollvorrat mit 960 Mill. Efm o. R. (bei Bestockungsgrad 1,0) oder 150 Efm je ha um einiges entfernt. Forstpolitisches Handeln auf der Bundes- und Länderebene war in der ganzen Nachkriegszeit u. a. darauf ausgerichtet, die Holzvorräte in den Wäldern entsprechend zu erhöhen. Dies geschieht sowohl vor Ort auf der Betriebsebene als auch regional und überregional dadurch, daß der Hiebsatz (der geplante Holzeinschlag) unter dem berechneten Zuwachs festgelegt wird. Auf Bundesebene wurde 1961 der jährliche Zuwachs mit 30,6 Mill. Efm o. R. oder 4,7 Efm o. R. je ha kalkuliert, der Hiebsatz hingegen nur mit 23,4 Mill. Efm oder 3,4 Efm je ha festgelegt. Zehn Jahre später war es bereits möglich, den Hiebsatz auf 26,4 Mill. Efm o. R. oder 3,8 Efm je ha anzuheben. Heute ist kein Hiebsatz auf Bundesebene bekannt und der Zuwachs der Gesamtwaldfläche läßt sich nur schätzen (ca. 40 Mill. m³). Der tatsächliche jährliche Holzeinschlag, der sogenannte Isteinschlag, weicht üblicherweise vom Einschlagsprogramm ab. Abweichungen nach oben ergeben sich vor allem durch Sturmwurf- oder Schneebruch-Katastrophen, deren Schadholzmengen im laufenden Wirtschaftsjahr nicht mehr durch entsprechende Drosselung des eigentlich geplanten Holzeinschlages ausgeglichen, das heißt im Hiebsatz aufgefangen werden können; Abweichungen nach unten sind die logische Folge anhaltend schlechter Holzpreise.

Tabelle 7: Entwicklung des Hiebsatzes, Einschlagsprogramms und des tatsächlichen Einschlags seit 1961

Jahr	Nachhaltiger Hiebsatz	Einschlagsprogramm	Tatsächlicher Einschlag
	1 000 m ³ ohne Rinde		
1961	23 423	23 470	26 482
1971	26 400	26 745	28 261
1981		27 740	29 439

Quelle: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn.

Tabelle 8 zeigt, wie der Hiebsatz 1961 in den einzelnen Größenklassen der Betriebe mit Wald differierte. Er stieg zum Beispiel von 2,9 Efm in der Größenklasse von 5 bis 10 ha bis zu 4,7 Efm je ha in den Großbetrieben über 1 000 ha kontinuierlich an. Diese Hiebsätze sind damals

Tabelle 8: Hiebsatz der Betriebe mit Betriebswerk oder Betriebsgutachten 1961

Holzbodenfläche von ... bis unter ... ha	Forstbetriebe insgesamt	Darunter Betriebe mit Betriebswerk oder Betriebsgutachten		Hiebsatz je ha Holzbodenfläche
		Betriebe		
		Anzahl	% ¹⁾	
0,5 – 1	111 866	751	0,7	3,0
1 – 2	126 883	1 353	1,1	2,8
2 – 5	136 692	3 283	2,4	3,0
5 – 10	61 744	3 368	5,5	2,9
10 – 20	30 688	4 087	13,3	3,0
20 – 50	15 439	5 440	35,2	3,1
50 – 100	5 247	3 743	71,3	3,5
100 – 200	3 643	3 215	88,3	3,8
200 – 500	2 636	2 467	93,6	4,0
500 – 1 000	841	810	96,3	4,4
1 000 und mehr	1 090	1 073	98,4	4,7
Insgesamt	496 769	29 590	6,0	4,3

¹⁾ Anteil an den Forstbetrieben insgesamt. – ²⁾ Erntefestmeter mit Rinde.

noch zusätzlich nach Besitzarten untergliedert aufbereitet und veröffentlicht worden.

3.3 Nutzung des Waldes

3.3.1 Holzeinschlag

Der — aus der Sicht des Waldeigentümers — wichtigste Ertrag der Waldfläche, die Holznutzung, wurde schon seit eh und je statistisch erhoben. Rechtsgrundlage für die heutigen Holzeinschlagsstatistiken ist das Gesetz über eine Holzstatistik vom 30. April 1968¹³⁾.

Das Statistische Bundesamt ist jedoch mit der Erhebung und Aufbereitung des Holzeinschlages nicht befaßt. Seine Zuständigkeit ist auf die Erhebung der Erzeugung des holzbearbeitenden Gewerbes (§ 2, Abs. 2) beschränkt, während die Erfassung des Holzeinschlages Sache der Landesforstverwaltungen ist. Die vierteljährlichen Ergebnisse über den Stand des Holzeinschlages und -verkaufs gehen dann jeweils an den Bundeslandwirtschaftsminister, der die Federführung für diese Geschäftsstatistik hat.

Sein Ressort veröffentlicht jedes Frühjahr in seinen „Statistischen Monatsberichten“¹⁴⁾ den Holzeinschlag des abgelaufenen Forstwirtschaftsjahres, das jeweils vom 1. Oktober bis zum 30. September des Folgejahres reicht, getrennt nach Ländern und Waldbesitzarten; dabei werden die vorhandenen Baumarten weniger nach biologischen Gesichtspunkten, sondern wie bei der Forsterhebung mehr nach den späteren Verwendungsmöglichkeiten zu den vier Gruppen „Eiche“ (Stiel- und Traubeneiche sowie die amerikanische Roteiche), „Buche und anderes Laubholz“ (also neben der Rotbuche auch die Hainbuche, die Esche, die Birken-, Ahorn-, Ulmen-, Linden-, Erlen- und Pappelarten, gelegentliches Wildobst wie Kirsche, Birne, Speierling usw.) sowie die beiden Nadelholzgruppen „Fichte, Tanne, Douglasie“ einerseits und „Kiefer, Lärche, Strobe“ andererseits zusammengefaßt, aber nach sechs (bis sieben) Holzsortimenten untergliedert. Bei den letzteren beiden Gruppen stellt sowohl die Fichte als auch die gemeine Kiefer den weit überwiegenden Anteil, während die Weißtanne nur im süddeutschen Raum und die beiden Lärchenarten nur regional von gewisser Bedeutung sind; die Douglasie nimmt infolge ihres erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts verstärkt aufgenommenen Anbaus einen nur sehr langsam steigenden Prozentanteil ein. Alle übrigen Nadelbäume, so zum Beispiel ausländische Fichten- und Tannen- oder Kiefernarten, bringen es zusammen genommen noch nicht einmal auf ein bis zwei Prozent des gesamten Einschlags. Der sogenannte „Fremdländer-Anbau“ — die Douglasie zählt im Grunde nicht dazu, da sie in Mitteleuropa erst durch die Eiszeiten verschwand — ist nur als eine Spezialität so mancher Waldeigentümer bekanntgeworden, wobei selbstverständlich die Verdienste der beteiligten Forstleute hier nicht geschmälert werden sollen. Ziel war und ist es dabei auch gegenwärtig, die Rentabilität der Waldflächen und damit der Betriebe für die Zukunft zu verbessern.

¹³⁾ BGBl. I S. 333.

¹⁴⁾ Zuletzt Heft 4/1985.

Tabelle 9: Holzeinschlag¹⁾ 1975 bis 1984
1 000 m³ ohne Rinde

Forstwirtschaftsjahr ²⁾	Ins- gesamt	Laubholz					Nadelholz				
		zu- sammen	Eiche, Roteiche		Buche, sonstiges Laubholz		zu- sammen	Fichte, Tanne, Douglasie		Kiefer, Lärche, Strobe	
			Stamm- holz ³⁾ , Schwellen	Schicht-, Industrie- holz	Stamm- holz ³⁾ , Schwellen	Schicht-, Industrie- holz		Stamm- holz ³⁾	Schicht-, Industrie- holz	Stamm- holz ³⁾ , Schwellen	Schicht-, Industrie- holz
1975	26 103	8 134	852	705	2 858	3 719	17 969	8 874	3 899	2 221	2 975
1976	28 603	7 298	794	599	2 678	3 227	21 305	12 600	3 910	2 712	2 083
1977	29 425	8 377	907	712	3 287	3 471	21 048	11 770	4 137	2 949	2 192
1978	28 065	8 400	924	718	3 331	3 427	19 665	11 124	3 875	2 835	1 831
1979	27 267	7 597	834	527	2 894	3 342	19 670	11 004	4 170	2 658	1 838
1980	30 327	8 357	839	638	2 915	3 965	21 970	11 641	4 867	2 952	2 510
1981	29 439	8 216	717	669	2 813	4 017	21 223	10 682	5 053	2 711	2 777
1982	29 001	7 797	533	684	2 515	4 065	21 204	9 518	5 935	2 454	3 297
1983	26 063	6 972	521	569	2 408	3 474	19 091	10 047	4 822	1 927	2 295
1984	29 150	7 595	690	599	2 674	3 632	21 555	11 616	5 017	2 367	2 555

¹⁾ Bundesgebiet ohne Stadtstaaten. — ²⁾ Oktober bis September der angegebenen Jahre. — ³⁾ Einschl. Stangen.
Quelle: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn.

Ob es sich letzten Endes gelohnt hat, können in den meisten Fällen erst nachkommende Generationen richtig beurteilen. Für einige Tannenarten kann dies schon heute eindeutig bejaht werden, und zwar sowohl wegen des gegenüber anderen Baumarten höheren Holzzuwachses, als auch der sehr rentablen Weihnachtsbaum- und Schmuckreisiggewinnung.

In der Tabelle 9 ist der Holzeinschlag der vergangenen 10 Forstwirtschaftsjahre in grober Gliederung aufgelistet; es fehlt allerdings jeweils der Einschlag der Stadtstaaten, der mit rund 40 000 m³ zu veranschlagen wäre. Weiterhin kann eine Untererfassung nicht ganz ausgeschlossen werden, da der Holzeinschlag in den Waldbetrieben unter 50 ha Größe im allgemeinen nur geschätzt wird. Eine direkte Befragung ist nach § 5 des Holzstatistikgesetzes nur in „bis zu 10 000 Erzeugerbetrieben“ möglich. Gerade der Eigenverbrauch der vielen landwirtschaftlichen Betriebe — nahezu jeder zweite deutsche Bauer hat auch Wald — läßt sich schwer beurteilen und die entsprechende Holzmenge, die nicht auf dem Holzmarkt erscheint, wird vielfach unterschätzt.

1972 wurde die amtliche Statistik ausnahmsweise beauftragt, im Zusammenhang mit der Erhebung des Holzeinschlages für das Forstwirtschaftsjahr 1971 einige spezielle Fragen zu klären. Untersucht wurde zum Beispiel, wie sich der Holzeinschlag auf die Größenklassen nach der Waldfläche verteilt und welche Arbeitskräfte ihn jeweils

Tabelle 10: Holzeinschlag im Forstwirtschaftsjahr 1971¹⁾
nach Größenklassen der Waldfläche

Waldfläche von ... bis unter ... ha	Betriebe mit Holz- ein- schlag	Holzeinschlag m ³ ohne Rinde		Davon eingeschlagen durch			
		zusammen	je ha	eigene Arbeits- kräfte des Betriebes	Arbeitskräf- te des zu- ständigen Forstamtes	sonstige Arbeits- kräfte	%
1 — 5 .	125 628	1 915 687	6,2	6	80	2	18
5 — 20 .	63 899	2 785 694	4,7	9	69	4	27
20 — 50 .	11 362	1 458 802	4,3	5	49	5	46
50 — 100 .	4 355	1 436 403	4,7	5	46	7	47
100 — 200 .	3 250	2 265 588	4,9	7	56	8	36
200 — 500 .	2 555	3 697 548	4,7	12	67	5	28
500 u. mehr	1 917	17 122 564	5,0	56	82	6	12
Insgesamt .	212 966	30 682 286	4,9	100	74	6	20

¹⁾ Bundesgebiet ohne Berlin; im Staats- und Körperschaftswald total, im Privatwald ab 50 ha total, darunter repräsentativ erhoben.

fällen (siehe Tabelle 10). Es konnte auch ermittelt werden, daß 75 % dieses Holzes an Lkw-befahrbare Waldwege gerückt wurde, wobei dies zu 46 % durch eigene Arbeitskräfte des Betriebes, zu 3 % durch Arbeitskräfte des zuständigen Forstamtes und zu 51 % durch sonstige Arbeitskräfte geschah. Zum Erhebungszeitpunkt (Mai/Juni 1972) waren 97 % dieses Einschlags bereits verkauft, und zwar davon zu 16 % an den Holzhandel, zu 47 % an Holzbearbeitungsbetriebe, zu 23 % an Holzverarbeitungsbetriebe und zu 14 % an Endverbraucher (einschl. Eigenverbrauch), während 3 % oder rund 1 Mill. m³ noch unverkauft im Walde lagen, wovon fast ein Viertel als unverkäuflich eingeschätzt wurde.

3.3.2 Nebennutzungen des Waldes

Außer der Holznutzung hat das Sammeln von Beeren und Pilzen nur noch regional eine gewisse Bedeutung. Die entsprechenden Erntemengen lassen sich nur grob schätzen und sind in der Tabelle 11 für die Jahre 1980 bis 1983 dargestellt.

Tabelle 11: Pilz- und Beerenenernte im Wald
1980 bis 1983¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	1980	1981	1982	1983
	Menge in t			
Waldpilze				
Dosenpilze	8 100	9 030	7 200	4 020
Frischpilze	1 200	1 500	2 000	1 000
getrocknete Pilze	6	6	6	6
Waldbeeren				
Heidelbeeren	70	1	200	300
Preiselbeeren	6	1	20	12

¹⁾ Schätzungen der Zentralstelle für Pilzforschung und Pilzverwertung, Stuttgart.

Die Harznutzung, die in unserem Jahrhundert kaum noch ausgeübt wurde und die nur noch einmal in den letzten Kriegsjahren in den Kieferngebieten des Deutschen Reiches aufflackerte, ist im Bundesgebiet inzwischen erloschen. Die sehr arbeitsintensive Lebendharzung der Kiefern kann praktisch nur noch in Niedriglohnländern wirtschaftlich durchgeführt werden. Ehemalige Streunutzungs- und Weiderechte im Wald sind weitgehend abgelöst.

Interessant für die Waldeigentümer sind hingegen die Zierreisgewinnung und der Einschlag der Christbäume. So werden jährlich im Bundesgebiet schätzungsweise rund 14 Mill. Weihnachtsbäume im Rahmen von Pflegemaßnahmen den Nadelholzdickungen entnommen. Falls der Abbau von Kieslagern oder in Steinbrüchen möglich ist, bringt er mancherorts beachtliche Einnahmen.

Da der Bürger beim sonntäglichen Waldspaziergang kaum ein Stück Wild sieht, hält er es nicht für möglich, daß in den Wäldern Jahr für Jahr große Wildmengen nachhaltig genutzt werden können. Wie sich bei entsprechender Hege die Jagdstrecke bei den größeren Wildarten des Waldes im vergangenen Jahrzehnt entwickelt hat, zeigt Tabelle 12. Bei aller Freude über diesen Wildreichtum des deutschen Waldes darf man allerdings nicht die Verbiß-, Fege- und Schältschäden des „Schalenwildes“ im Walde und die Flurschäden in der Landwirtschaft vergessen, die

Tabelle 12: Jagdstrecke ^{1) 2)}

Jagdjahr ³⁾	Rotwild	Damwild	Schwarzwild	Rehwild
1974/75	32 123	9 155	40 684	593 433
1975/76	31 510	10 568	52 126	637 412
1976/77	31 487	10 721	39 239	673 381
1977/78	33 439	11 465	59 468	711 626
1978/79	33 339	11 230	43 766	717 320
1979/80	32 154	10 959	31 521	669 078
1980/81	31 699	11 092	34 585	675 237
1981/82	30 499	10 221	38 272	669 423
1982/83	27 938	10 448	31 418	671 895
1983/84	29 576	11 458	66 435	686 714 ⁴⁾

¹⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ²⁾ Durch Jäger erlegtes Wild; ab Mitte der siebziger Jahre einschl. des durch andere Einwirkung (vor allem Straßenverkehr) verendeten Wildes. — ³⁾ April/März. — ⁴⁾ Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Deutscher Jagdschutz-Verband, Bonn.

ebenfalls in die Millionen gehen. Nicht nur hierdurch wird der Wert der Wald-Jagdstrecke, der einschließlich der im Wald erlegten Hasen, Kaninchen, Fasanen und Ringeltauben für das Jagdjahr 1983/84 auf über 170 Mill. DM veranschlagt werden kann, etwas relativiert. Ein hoher Wildbestand bedingt bei einem dichten Straßenverkehrsnetz zwangsläufig auch häufige Wildunfälle. Auf den deutschen Straßen werden Jahr für Jahr zahlreiche Wildtiere totgefahren, 1983 zum Beispiel allein rund 140 000 Rehe! Diese Zahl müßte nicht nur den Autofahrer nachdenklich stimmen.

4 Funktionen des Waldes

4.1 Nutzfunktionen

In den vorangegangenen Abschnitten wurden bereits einige Nutzfunktionen des Waldes besprochen, neben der Flächen- und Arbeitsfunktion vor allem die Rohstoff-Funktion. In der Bundesrepublik Deutschland kann zur Zeit der Holzverbrauch nur rund zur Hälfte durch die Inlandserzeugung gedeckt werden; in der Europäischen Gemeinschaft sieht es nicht günstiger aus. Weltweit betrachtet zeichnet sich — vor allem infolge des katastrophalen Raubbaues am Wald der Entwicklungsländer — eine zunehmende Holzverknappung für den Beginn des nächsten Jahrhunderts ab. Holzimporte nach Mitteleuropa werden dann nicht mehr im heutigen Umfang möglich sein. Es kommt noch hinzu, daß die Wälder der Nordhemisphäre zur Zeit in

einer Krise stecken, denn die neuartigen Walderkrankungen zeichnen sich nicht nur in Europa, sondern auch in den USA, Kanada und einigen Ostblockländern ab. Hält dieser Zustand an oder verschlimmert er sich noch, muß überall mit einer Zuwachsdepression und folglich mit einer großräumigen Einschlagsdrosselung gerechnet werden. Es kommt dann nicht, wie vielfach infolge des „Waldsterbens“ befürchtet, zu einer Holzschwemme, sondern eher zum Gegenteil. Die Rohstoff-Funktion des Waldes wird also mit Sicherheit ihre Bedeutung behalten, wenn nicht gar in ihrer Bedeutung steigen.

Bei den Nutzfunktionen des Waldes ist schließlich noch die Einkommens- und Vermögensfunktion zu erwähnen, die für die kommunalen und privaten Waldeigentümer eine große Rolle spielt. Selbst wenn für den kleineren Waldbesitz so gut wie keine Rendite aus dem langfristig festgelegten Kapital erwächst und der Wald kein laufendes Einkommen ermöglicht ¹⁵⁾, so erfüllt er hier doch eine wichtige „Sparkassenfunktion“. Auf den Wald kann der Landwirt dann zurückgreifen, wenn besondere Situationen, wie die Hofübergabe bei mehreren Erben, teure Gebäudereparaturen oder Maschinenanschaffungen usw., dies erfordern.

Wald ermöglicht nicht nur eine Wildnutzung, wie wir gesehen haben; die jährliche Wilderzeugung betrug im Durchschnitt der letzten drei Jahre rund 14 000 t Wildfleisch. Wald stellt auch für Millionen, ja Milliarden nicht jagbarer Tiere Zufluchtstätte in einer heute oft recht ausgeräumten und verarmten Landschaft dar. Wald gibt den Lebensraum ab für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt. Diese bringt der Menschheit nicht nur ideellen Nutzen. Beispielsweise sollen hier die Tag- und Nachtgreifvögel erwähnt werden. Während den meisten von ihnen der Wald zur Jungenaufzucht dient, jagen sie ihre Hauptnahrung, die Mäuse, in der angrenzenden Feldflur und helfen so etwas mit, diese dem Menschen manchmal lästigen Nager kurz zu halten.

4.2 Schutzfunktionen

Nach einer Veröffentlichung der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung im Jahr 1980 gab es nach den Ergebnissen der Waldfunktionenkartierung 1974 bis 1978 im Land Nordrhein-Westfalen — rechtlich verankert — folgende Schutzwälder: Von der gesamten Waldfläche waren 20 % Wasserschutzwald, 5 % Klimaschutzwald, 1 % Sichtschutzwald, 18 % Immissionschutzwald, 2 % Lärmschutzwald, 5 % hatten sonstigen Schutzcharakter und 0,3 % waren für Forschung und Lehre reserviert. Hinzu kamen 13 % rechtlich ausgewiesenen Erholungswaldes.

Diese Landesstatistik soll beispielhaft die verschiedenen Schutzfunktionen des Waldes aufzeigen. In einem Land mit Hochgebirgswäldern wie Bayern kommt noch dem Lawenschutzwald hohe Bedeutung zu; in steileren Mittelgebirgen gibt es schließlich noch Schutzwald für Verkehrswege wie Straßen und Eisenbahnlinien.

In den meisten Bundesländern ist eine Waldfunktionenkartierung durchgeführt worden, zum Teil bereits im zweiten

¹⁵⁾ Siehe z. B. Brabänder, H. D.: „Betriebseinkommen und Reinertrag im Privatwald“, Allgemeine Forstzeitschrift, Jg. 1975, S. 833 ff., und „Die Entwicklung der Ertragslage“, Forst- und Holzwirt, Jg. 1983, S. 581 ff.

Durchgang; es fehlt aber leider an entsprechenden bundesweiten Zusammenfassungen, so daß man zum Beispiel den insgesamt ausgewiesenen Wasserschutzwald angeben könnte. Man sollte über diesen rechtlich festgelegten Schutzwäldern allerdings nicht vergessen, daß jede Waldfläche den Bodenabtrag durch Wasser und Wind verhindert, Lärm schluckt, das Klima oder den Wasserabfluß ausgleicht, also allein schon durch ihre Existenz der Menschheit diese wichtigen Schutzfunktionen erbringt.

Innerhalb des Waldes ist uns auch so manches antike Kulturdenkmal erhalten geblieben, das ohne die schützende Dauerbestockung bei anderer Flächennutzung durch unsere Vorfahren vermutlich zerstört worden wäre, wie die Reste des Limes, Hügelgräber und Burgruinen.

In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts wurden Naturschutzgebiete primär außerhalb des Waldes ausgewiesen. Unter Schutz gestellt wurden vor allem Orchideenwiesen, Feuchtgebiete, verschilfte Seeufer, Nieder- und Hochmoore, Heideflächen und Trockenrasen. In den letzten Jahrzehnten ist aber auch die Einsicht gewachsen, Teilwaldflächen aus der Bewirtschaftung herauszunehmen und sich selbst zu überlassen. Dabei war man bemüht, solche „Bannwälder“ möglichst im Staatswald so auszuwählen, daß mindestens jede pflanzensoziologische Gesellschaft in einem Bundesland durch eine Schutzfläche repräsentiert wird. Während die früheren Naturschutzgebiete oft so klein waren, daß sie meistens zerstörenden Kräften vom Rande her ausgeliefert waren und der Schutzzweck auf Dauer nicht garantiert werden konnte, geht man heute bei der Planung vernünftiger vor: Es gibt in mehreren Bundesländern unter Schutz gestellte Auwaldflächen in der Größenordnung einiger hundert Hektar und im 1970 eingerichteten Nationalpark Bayerischer Wald mit einer Gesamtfläche von 13 000 ha wurden inzwischen über 4 000 ha unter Naturschutz gestellt. Diese Fläche ist von jeglicher Bewirtschaftung ausgenommen, auf der übrigen Fläche ist zum Beispiel der Holzeinschlag stark reduziert worden.

4.3 Erholungsfunktionen

Die Erholungsfunktion des Waldes ist seit langem unbestritten. Früher war man der Meinung, die gesamte Waldfläche diene der Erholung. Dies ist selbstverständlich auch jetzt noch der Fall. Dennoch werden heute Erholungswälder in den Ballungsräumen rechtlich extra ausgewiesen. In solchen Waldflächen hat der Erholungsverkehr derart zugenommen mit der Folge, daß sich die einzelnen Erholungsarten untereinander, aber auch die normale Bewirtschaftung stark beeinträchtigen. In diesen Fällen läßt es sich nicht mehr umgehen, bestimmte „Erholungsnutzungen“ durch Kanalisieren oder Entmischen rechtlich zu regeln, unter Umständen auch verbunden mit Auflagen für den Waldeigentümer¹⁶⁾.

In den deutschen Ballungsräumen befriedigt der Wald in erster Linie die Bedürfnisse der Tages- und Wochenenderholung, wogegen ballungsferne, meist stärker be-

waldete Gebiete für den Urlaub bevorzugt werden. Eine Dissertation von Loesch an der Universität Göttingen¹⁷⁾ brachte zum Waldbesuch folgende Zahlen: Von der Bevölkerung des Bundesgebietes besuchen den Wald

— mindestens einmal in der Woche	29 %
— einmal alle vierzehn Tage	21 %
— einmal im Monat	25 %
— ab und zu im Jahr	22 %
— nie	2 %

Hierin enthalten sind freilich nicht nur Personen, die im Wald Erholung suchen, sondern auch solche, die hier andere Freizeitaktivitäten ausüben, wie den Trimm-dich-Sport, den Ski-Langlauf, das Reiten im Wald, das Pilze- und Beerensuchen, das Geländefahren und ähnliches. In diesem Zusammenhang ist auch daran zu denken, daß im Wald Mengen von Unrat (Dosen, Flaschen, Kunststoff und Papier) hinterlassen, Waldbrände verursacht, Waldeinrichtungen wie Wildzäune, Hochsitze, Unterstände, Bänke, Schilder, Wasserdurchlaß-Rohre usw. beschädigt, gelegentlich Jungpflanzen ausgerissen sowie Holz und Weihnachtsbäume gestohlen werden. Dadurch entstehen für den Forstbetrieb unmittelbare Schäden oder Belastungen durch entsprechende Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung. Negative Einflüsse durch die im Wald eintretende Unruhe — verstärkt bei frei herumlaufenden Hunden — lassen sich auch auf das Verhalten des Wildes nachweisen: So wird das Rotwild — entgegen seiner Gewohnheit — gezwungen, sich den ganzen Tag über in unzugänglichen Dickungen aufzuhalten, wo es aus Hunger und Langeweile vermehrt zu „schälen“ beginnt, das heißt es zieht mit seinen Zähnen lange Rindenstreifen von Fichten, Kiefern und Buchen ab. Der Saftstrom der 20- bis 40jährigen Bäume wird unterbrochen und Pilze zersetzen das darunterliegende Holz: Der Baum stirbt ab. Auch die Wildverbiß-Schäden an den jungen Bäumchen nehmen zu. Es ist daher örtlich erforderlich geworden, das im Bundeswaldgesetz 1975 verankerte freie Betretungsrecht jeder Waldfläche durch landesrechtliche Regelungen wieder einzuschränken.

5 Waldschadenserhebungen

Nur gesunde Wälder können die zuvor beschriebenen Funktionen voll erfüllen. Seit einigen Jahren wissen wir aber, daß Teile des Waldes — mit zunehmender Tendenz — dahinsiechen und vor allem ältere Einzelbäume vorzeitig absterben. Nachdem die Ausfallerscheinungen nicht nur bei der recht empfindlichen süddeutschen Weißtanne auftraten, sondern auch auf andere Baumarten übergriffen, stand vor etwa vier Jahren dann unumstößlich fest, daß das Phänomen nicht nur als eine Auswirkung mehrerer hintereinander liegender „Trockenjahre“ angesehen werden konnte. Um einen ersten bundesweiten Überblick über das Schadensausmaß zu erhalten, wurde eine eilige Umfrage 1982 in den Bundesländern veranlaßt. Der einzelne Revierleiter, der vor Ort den Fragebogen auszufüllen hatte, war aber mehr oder weniger überfordert, die Situation bei fehlenden objektiven Abgrenzungskriterien richtig

¹⁶⁾ Siehe Allgemeine Forstzeitschrift, Jg. 1985, Heft 20.

¹⁷⁾ Deutscher Jagdschutzverband, Handbuch Jagd 1985, S. 85.

zu erfassen. Das zahlenmäßig für 1982 dargestellte Umfrageergebnis sollte daher auf keinen Fall mit den Ergebnissen der beiden anschließenden Waldschadenserhebungen 1983 und 1984 verglichen werden, um den Schadensfortschritt aufzuzeigen. Streng genommen verbietet sich selbst noch ein Vergleich zwischen 1983 und 1984 auf Bundesebene, weil nicht in allen Bundesländern 1983 und 1984 dasselbe objektive Stichprobenverfahren zur Anwendung kam und die Schadensansprache in Form der reinen Begutachtung des Nadel- oder Laubverlustes noch um das Kriterium des Ausmaßes der Vergilbung der Nadel- bzw. Blattmasse erweitert wurde. Daß allerdings die Erkrankung bei allen Wirtschaftsbaumarten von 1983 auf 1984 noch zugenommen hat, steht außer Frage.

Tabelle 13: Waldschäden 1984 nach Schadstufen

Schadstufe	Mill. ha	in % der Waldfläche	in % der Schadfäche insgesamt
Stufe 1 = schwach geschädigt	2,424	32,9	65,6
Stufe 2 = mittelstark geschädigt	1,163	15,8	31,4
Stufe 3 = stark geschädigt	0,111	1,5	3,0
Stufe 4 = abgestorben			
Stufe 1-4 zusammen	3,698	50,2	100
Waldfläche insgesamt	7,370	100	—

Quelle: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn.

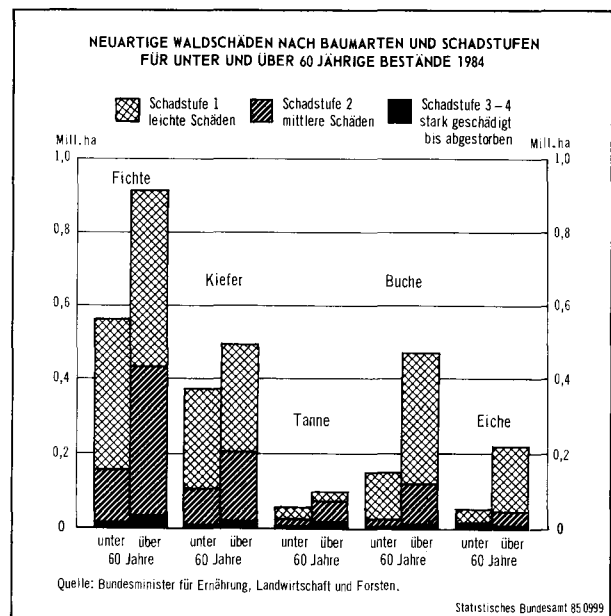
Der Umfang der Walderkrankung wurde auf der Länderebene jeweils von den Landesforstverwaltungen und auf Bundesebene vom zuständigen Ressort und dem Umweltbundesamt veröffentlicht und kommentiert. Ausführlich berichtet hierüber auch laufend die forstliche Fachpresse. Wie ernst die Lage inzwischen ist, soll daher mit den Tabellen 13 und 14 sowie Schaubild 4 aufgezeigt werden. Der Bericht des BML, herausgegeben von seinem Auswertungs- und Informationsdienst (AID), enthält weite-

Tabelle 14: Waldschäden 1984 nach Baumarten, Alter und Schadstufen

Baumart	Schadstufe 1 schwach geschädigt	Schadstufe 2 mittelstark geschädigt	Schadstufe 3 + 4 stark ge- schädigt und abgestorben	Insgesamt Schadstufe 1 + 2 + 3 + 4
	in % der Baumartenfläche			
bis 60jährig				
Fichte	23	8	0,9	32
Kiefer	34	13	0,8	47
Tanne	39	26	7,3	73
Buche	30	5	0,6	36
Eiche	22	4	0,3	26
Sonstige Baumarten	21	5	0,9	27
Zusammen	26	8	0,9	35
über 60jährig				
Fichte	43	36	2,8	82
Kiefer	43	28	2,0	73
Tanne	24	56	15,7	95
Buche	43	13	1,0	58
Eiche	40	11	0,4	51
Sonstige Baumarten	36	13	1,6	51
Zusammen	42	25	2,3	69
Insgesamt				
Fichte	31	19	1,6	51
Kiefer	38	20	1,3	59
Tanne	29	45	12,8	87
Buche	39	11	0,8	50
Eiche	35	9	0,4	43
Sonstige Baumarten	24	7	1,0	31
Insgesamt	33	16	1,5	50

Quelle: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn.

Schaubild 4



re neun Tabellen sowie eine Beschreibung der Waldschäden bei den einzelnen Baumarten, die regionale Verbreitung, den 1984 miterfaßten Schädlingsbefall und die im Herbst 1984 mögliche Bewertung der gesamten Situation¹⁸⁾.

6 Ausblick

Der vorliegende statistische Aufriß konnte — trotz der Fülle der dargebotenen Zahlen — kein abgerundetes Bild über den Wald zeichnen. Dies war auch gar nicht beabsichtigt. Schließlich gibt es vorzügliche deutsche Literatur über die deutsche Forstwirtschaft, ganz bekannte Standard-Werke oder Lehrbücher über alle einzelnen Fachbereiche, angefangen von der Forstbotanik und Pflanzensoziologie, über die Bodenkunde, den Gewässerbau, Waldbau, Forstschutz, die Waldarbeit, Forsteinrichtung, Waldertragskunde, Waldbewertung usw. bis hin zur Jagdwirtschaft, die in ihrer qualitativen Beschreibung kaum noch Wünsche offenlassen. Sie enthalten auch viele statistische Daten und Kennziffern, wengleich brauchbare Quantifizierungen für größere Regionen wie Bundesländer oder gar die Bundesrepublik Deutschland schon seltener sind und in vielen Fällen fehlen.

Erinnert sei hier auch an die „Forststatistischen Jahrbücher“ der Landesforstverwaltungen, die heute leider nicht mehr in allen Bundesländern erscheinen. Dort waren nämlich seit den sechziger Jahren die Anstrengungen darauf ausgerichtet, wenigstens für den landeseigenen Wald bundeseinheitliche betriebswirtschaftliche Kennziffern zu ermitteln, so daß diesen Jahresberichten in Form eines Anhanges eine „Übersicht der Wirtschaftsergebnisse (des Landeswaldes) für einen Ländervergleich“ angefügt werden konnte. Allerdings sind diese Jahrbücher in einer Reihe von Ländern erst mit mehrjähriger Verzögerung erschienen. Außerdem ist es normalerweise unmög-

¹⁸⁾ AID-Information Nr. 26 vom 22. 10. 1984.

lich, wichtige Eckdaten für die gesamte Landeswaldfläche zu Bundeswerten aufzuaddieren. Da nützt es dann für den Bund zum Beispiel wenig, wenn eine Landesforstverwaltung unter Umständen den Nachweis erbringen kann, für das betreffende Land zu 97 % den Staatswald, zu 61 % den Gemeindewald, zu 56 % den Gemeinschaftswald und zu 53 % den sonstigen Privatwald mit Forsteinrichtungsdateien computermäßig erfaßt zu haben, wenn in den übrigen Ländern die Verhältnisse nicht ähnlich günstig liegen.

Seit Ende des letzten Jahrzehnts läßt sich die Lage für die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich des Waldes ähnlich beurteilen, wie sie eine eigens eingesetzte Expertenkommission in der Schweiz für die dortige Wald- und Holzwirtschaft folgendermaßen umschreibt: Es liegen unzureichende Kenntnisse über das Nutzungspotential der Wälder und über die Verfügbarkeit des Holzes vor, es fehlt ein modernes forstpolitisches Instrumentarium. Auch bei uns kann durchaus festgestellt werden, daß inzwischen aufgrund dieses ungenügenden Informationsstandes über den Wald der Bund außerstande ist, seine Förderungsmittel optimal einzusetzen, was bei der Langfristigkeit forstpolitischer, forstrechtlicher und forstwirtschaftlicher Maßnahmen zu erheblichen volkswirtschaftlichen Verlusten führt.

Es war ein Anliegen dieses statistischen Überblicks, einmal für die Bundesrepublik Deutschland aufzuzeigen, wie unbefriedigend die Informationsbasis über die Bestockung des deutschen Waldes inzwischen geworden ist. So ist K.-Th. Schwenke in seinem Artikel „Bundeswaldinventur — eine bundespolitische Notwendigkeit“¹⁹⁾ beizupflichten, wenn er schreibt: „Die letzten bundesweit erhobenen Waldzustandsdaten stammen aus dem Jahre 1961. In den seither vergangenen 24 Jahren haben sich die Waldverhältnisse großräumig erheblich verändert. In diesem Zusammenhang sei erinnert an die gewaltigen Sturmschäden 1967 und 1972, an den großen Waldbrand 1975, an die großen Schneebruchschäden 1981/82 und an die Sturmschäden vom November 1984. Hinzu kommen die starken Waldschädigungen, die gemeinhin als Waldsterben bezeichnet werden. Damit wird deutlich, daß die Erhebungsergebnisse von 1961 nicht mehr brauchbar sind.“ Hinzu kommt, daß die Erhebung 1961 — durch die Struktur des Waldes sowie die Struktur der Waldbesitzer bedingt — nur rund drei Viertel der gesamten Waldfläche inhaltlich voll erfassen konnte und schon damals einen gewissen Interpretationsraum offen ließ.

Die Bundeswaldinventur, deren inhaltliches Programm zur Zeit abschließend beraten wird²⁰⁾ und deren Außen- aufnahmen durch Spezialisten der Bundesländer mit einer modernen Flächenstichprobe in den Jahren 1986 bis 1988 vorgesehen sind, soll diese Informationslücke wieder schließen helfen, damit der Bund seiner Aufgabe nach der Verfassung und den im Bundeswaldgesetz verankerten forstpolitischen Zielsetzungen, wie der Sicherung und

Stärkung der Rohstofffunktion sowie der Erhaltung der Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes, voll gerecht werden kann. Es wird allerdings abzuwarten sein, ob die Bundeswaldinventur alle in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen vermag.

Forstoberrat Klaus Hegar

¹⁹⁾ Forstarchiv, 56. Jahrgang (1985), Heft 3, S. 91 — 93.

²⁰⁾ Siehe z. B. Schöpfer, W.: „Bundeswaldinventur, Ziele, Konzepte, Probleme“, Allgem. Forstzeitschrift, Jg. 1984, S. 452 ff., und Kollert, W.: „Forderungen an eine Bundeswaldinventur“, Allgemeine Forstzeitschrift, Jg. 1985, S. 460 ff.

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1984

Vorbemerkung

Seit 1974 wird eine Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke¹⁾ durchgeführt. Ihre Ergebnisse werden in jährlicher Periodizität veröffentlicht. Einzu beziehen sind alle Kauffälle mit mindestens 0,1 ha veräußerter Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN)²⁾, von der angenommen werden kann, daß sie in der überschaubaren Zukunft weiterhin landwirtschaftlich genutzt wird. Die Abgrenzung dieser Kauffälle von der Statistik der Kaufwerte für Bauland, über die seit 1961 Vierteljahres- und Jahresergebnisse veröffentlicht werden³⁾, stützt sich im wesentlichen auf die Belegenheit der betreffenden Flächen innerhalb der Katasterfläche der Gemeinden, da Flächen, die außerhalb der in den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen als Bauland ausgewiesenen Areale liegen, angesichts der vielfältigen Auflagen, die einer Nutzungsänderung entgegenstehen, in der Regel der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz zugeordnet werden können.

Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse der Kaufwertstatistik für das Jahr 1984⁴⁾ und die in der Zeit zwischen 1974 und 1984 eingetretenen Veränderungen kommentiert. Gegenüber den vorangegangenen Berichtsjahren hat sich hinsichtlich der Art und Weise, wie die Daten aufbereitet werden, nichts geändert. Auch die Definitionen und Abgrenzungen wurden beibehalten. Deshalb wird hinsichtlich der methodischen und definitorischen Fragen auf die Darlegungen im Einführungsaufsatz zu diesem Thema für das Berichtsjahr 1974 verwiesen⁵⁾.

Überblick über die Ergebnisse für das Jahr 1984

Im Berichtsjahr 1984 sind insgesamt rund 32 000 Kauffälle mit rund 42 900 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung und einem Kaufwert von insgesamt 1,741 Mrd. DM erfaßt und in die Ergebnisse einbezogen worden (siehe Tabelle 1). Daraus errechnet sich ein durchschnittlicher Kaufwert von 40 614 DM je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung. Diese Zahlen enthalten allerdings auch die Angaben zu 552 Kauffällen, bei denen neben der Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung auch Gebäude mit oder ohne Inventar gekauft wurden. Diese Kauffälle, bei denen es sich im allgemeinen um geschlossen gekaufte landwirtschaftliche Betriebe oder um Restbetriebe handelt, bleiben mit ihren rund 4 600 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (8,35 ha je Kauffall) und einem Kaufwert von rund 280 Mill. DM (60 132 DM je ha FdIN) im folgenden außer Betracht, weil bei ihnen der erzielte Kaufpreis von dem Wert der miterworbenen Gebäude bzw. des miterworbenen Inventars, über deren Größe, Qualität und Wert nichts bekannt ist, beeinflusst wird.

In den rund 31 400 Kauffällen, bei denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar gekauft wurde, wechselten insgesamt rund 38 300 ha FdIN mit einem Gesamtwert von 1,464 Mrd. DM den Eigentümer (siehe Tabelle 1). Für diese Fälle betrug

¹⁾ Rechtsgrundlage dieser Statistik sind § 2 Nr. 5 und § 7 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. 1958 I S. 605).

²⁾ Zur Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) zählen im wesentlichen die bei der Einheitsbewertung zum landwirtschaftlichen Vermögen gehörenden Flächen des Ackerlandes und des Grünlandes. Die Abgrenzung der Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung deckt sich nicht voll mit der in der Agrarstatistik üblichen Abgrenzung der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF); denn u. a. zählen garten- und weinbaulich genutzte Flächen zur LF, aber nicht zur FdIN.

³⁾ Siehe Fachserie 17, Reihe 5 „Kaufwerte für Bauland“.

⁴⁾ Siehe auch Fachserie 3, Reihe 2.4 „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1984“.

⁵⁾ Siehe „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1974“ in WiSta 7/1976, S. 428 ff.

Tabelle 1: Durchschnittliche Kaufwerte
für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1984

Land	Veräußerungsfälle insgesamt						Darunter Veräußerungsfälle ohne Gebäude und ohne Inventar					
	Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert		durchschnittliche		Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert		durchschnittliche	
			insgesamt	je ha Fläche der landw. Nutzung	Fläche der landw. Nutzung je Veräußerungsfall	Ertragsmeßzahl ¹⁾ je ha Fläche der landw. Nutzung			insgesamt	je ha Fläche der landw. Nutzung	Fläche der landw. Nutzung je Veräußerungsfall	Ertragsmeßzahl ¹⁾ je ha Fläche der landw. Nutzung
Anzahl	ha	1000 DM	DM	ha	in 100	Anzahl	ha	1000 DM	DM	ha	in 100	
Schleswig-Holstein ...	1 617	8 403	210 361	25 033	5,20	43	1 570	6 792	156 911	23 101	4,33	44
Niedersachsen ...	7 126	16 432	578 016	35 175	2,31	42	6 717	14 566	453 721	31 149	2,17	42
Nordrhein-Westfalen ...	2 807	4 870	333 754	68 529	1,74	48	2 761	4 089	258 775	63 284	1,48	48
Hessen ...	2 997	2 156	72 836	33 786	0,72	48	2 962	2 035	68 523	33 676	0,69	49
Rheinland-Pfalz ...	6 444	3 518	99 690	28 338	0,55	47	6 442	3 517	99 683	28 345	0,55	47
Baden-Württemberg ...	6 037	2 902	155 188	53 482	0,48	51	6 035	2 901	155 165	53 493	0,48	51
Bayern ...	4 084	4 226	282 714	66 892	1,03	46	4 075	4 065	265 130	65 218	1,00	46
Saarland ...	863	366	8 760	23 912	0,42	39	861	303	6 410	21 179	0,35	39
Bundesgebiet ²⁾ ...	31 975	42 874	1 741 319	40 614	1,34	45	31 423	38 268	1 464 319	38 265	1,22	45

¹⁾ Die Ertragsmeßzahl (EMZ) wird anhand der Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung (Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens vom 16. Oktober 1934; RGBl. I S. 1050) berechnet und kennzeichnet die naturale Ertragsfähigkeit des Bodens aufgrund der natürlichen Ertragsbedingungen (sie wird üblicherweise in Hundert angegeben). — ²⁾ Ohne Hamburg, Bremen und Berlin.

der durchschnittliche Kaufwert 38 265 DM je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung bei einer mittleren Flächen-größe je Kauffall von 1,22 ha (Vorjahr 1,21 ha).

Die Aufgliederung der durchschnittlichen Kaufwerte nach Klassen der Ertragsmeßzahlen (siehe Tabelle 2) zeigt deren deutliche Abhängigkeit von der Ertragsfähigkeit des Bodens (Bodengüte), die ihrerseits durch die Ertragsmeßzahlen je ha FdIN gekennzeichnet ist. Für Flächen mit Böden geringer Ertragsfähigkeit [Ertragsmeßzahlen unter 30 (in Hundert) je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung] wurde ein durchschnittlicher Kaufwert von 26 108 DM je ha FdIN ermittelt, der 68 % des Bundesdurchschnitts — bezogen auf alle Bodengüteklassen — von 38 265 DM je ha FdIN entspricht. Für Flächen mit guten und sehr guten Böden [Ertragsmeßzahlen 60 und mehr (in Hundert) je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung] wurden durchschnittlich 61 352 DM je ha FdIN bezahlt, mithin also 160 % des Bundesdurchschnitts. Der für die oberste Ertragsmeßzahlklasse errechnete Wert belief sich somit auf das 2,3fache des für die unterste Klasse nachgewiesenen Wertes.

Veränderungen gegenüber 1983

Die Zahl der in die Statistik einbezogenen Kauffälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar erhöhte sich von 29 652 im Jahr 1983 um 6,0 % auf 31 423 im Jahr 1984 und die dabei gekaufte

Nutzung, der nur geringfügig um 0,4 % über dem Ergebnis von 1983 (38 103 DM je ha FdIN) lag. Die Zahlen verdeutlichen, daß am Markt für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke bezüglich der Kaufpreise eine Beruhigung eingetreten ist. Der durchschnittliche Kaufwert von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar blieb 1984 noch um 2,5 % unter dem Niveau von 1981 (39 245 DM je ha FdIN).

Entwicklung seit 1974

Aus der Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz liegen Ergebnisse für elf Berichtsjahre (1974 bis 1984) vor, die detailliert auf Seite 420* f. und auszugsweise in der Tabelle 3 in der Gliederung nach Größenklassen der Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung je Veräußerungsfall und nach Ertragsmeßzahlklassen nachgewiesen werden.

Im Zeitraum 1974 bis 1984 erhöhte sich der durchschnittliche Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung im Bundesgebiet (ohne Stadtstaaten) von 16 668 auf 38 265 DM, das heißt um 130 %. Die nach Größenklassen der Fläche je Veräußerungsfall gegliederten Ergebnisse zeigen, daß die Kaufwerte für kleine Flächen im gesamten Berichtszeitraum stets über denen für größere Grundstücke lagen. In der Entwicklung der Kaufwerte für verschiedene Größenklassen der Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung lassen sich jedoch zwei Zeitabschnitte mit auffallend unterschiedlicher Tendenz erkennen. Zwischen 1974 und 1981 hatte sich der Kaufwert je Hektar der kleinen und großen Grundstücke deutlich angeglichen, denn die größeren — von tiefergelegenen Preisniveau ausgehenden — Kaufflächen erfuhren auffallend stärkere Wertsteigerungen als die kleineren Flächenstücke (z. B. um 166 % bei Veräußerungsfällen mit 5 und mehr ha FdIN gegenüber + 60 % bei Veräußerungsfällen zwischen 0,1 und 0,25 ha FdIN). In den darauffolgenden Jahren 1982 bis 1984 verlief die Entwicklung jedoch wieder entgegengesetzt. Während bei den kleineren Grundstücken erneut Wertsteigerungen (z. B. um 16 % bei Veräußerungsfällen zwischen 0,1 und 0,25 ha FdIN) zu verzeichnen waren, ermäßigten sich die durchschnittlichen Kaufwerte für größere Flächen (z. B. um 8 % bei Veräußerungsfällen mit 5 und mehr ha FdIN). Für Parzellen der untersten Größenklasse waren im Jahr 1984 im Durchschnitt je Flächeneinheit um über 50 % höhere Preise zu bezahlen als für Grundstücke der obersten Größenklasse.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz in der Gliederung nach Ertragsmeßzahlklassen führte um das Jahr 1981 zu einem ähnlichen Tendenzwechsel wie bei der Gliederung nach Größenklassen der veräußerten Grundstücke. Im ersten Zeitabschnitt von 1974 bis 1981 lassen sich höhere Zunahmen der am Markt erzielten Kaufwerte für Flächen mit niedrigen Ertragsmeßzahlen als für Grundstücke mit hohen Ertragsmeßzahlen nachweisen. Beispielsweise erhöhte sich der durchschnittliche Kaufwert bei Veräußerungsfällen mit Ertragsmeßzahlen unter 30 (in Hundert) je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung im genannten Zeitabschnitt um 161 %, hingegen erreichten zum Beispiel Grundstücke mit Ertragsmeßzahlen von 60 und mehr (in

Tabelle 2: Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Ertragsmeßzahlklassen²⁾ ³⁾

Ertragsmeßzahl ²⁾ in Hundert von ... bis unter ... je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Jahr	Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Kaufwert	
				insgesamt	je ha Fläche der landw. Nutzung
unter 30	1983	3 890	6 493	176 878	27 241
	1984	4 070	6 770	176 757	26 108
30—40	1983	7 806	10 183	291 251	28 603
	1984	8 239	10 937	304 620	27 852
40—50	1983	6 903	7 500	270 964	36 129
	1984	7 331	8 027	301 600	37 572
50—60	1983	4 530	5 041	232 316	46 090
	1984	4 914	5 659	259 611	45 872
60 und mehr	1983	6 523	6 584	392 678	59 639
	1984	6 869	6 874	421 732	61 352
Insgesamt ⁴⁾ ...	1983	29 652	35 800	1 364 087	38 103
	1984	31 423	38 268	1 464 319	38 265

¹⁾ Ohne Gebäude und ohne Inventar. — ²⁾ Die Ertragsmeßzahl (EMZ) wird anhand der Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung (Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens vom 16. Oktober 1934; RGBI. I S. 1050) berechnet und kennzeichnet die natürliche Ertragsfähigkeit des Bodens aufgrund der natürlichen Ertragsbedingungen (siehe üblicherweise in Hundert angegeben). — ³⁾ Weitere Ergebnisse siehe Tabelle S. 420*f. — ⁴⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin.

Fläche von 35 800 ha um 6,9 % auf 38 268 ha (siehe Tabelle 2). Gestiegen ist auch die für diese Kauffälle bereitgestellte Kaufsumme, und zwar von 1,364 Mrd. DM um 7,3 % auf 1,464 Mrd. DM. Aus dem um 6,9 % größeren Flächenverkauf und der um 7,3 % höheren Kaufwertsumme ergab sich für 1984 der bereits genannte durchschnittliche Kaufwert von 38 265 DM je ha Fläche der landwirtschaftlichen

Tabelle 3: Durchschnittliche Kaufwerte je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Flächengrößen- und Ertragsmeßzahlklassen

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung je Veräußerungsfall von ... bis unter ... ha	Jahr	Insgesamt ²⁾		Davon Veräußerungsfälle mit Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ¹⁾ mit Ertragsmeßzahlen in Hundert von ... bis unter ... je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung									
				unter 30		30-40		40-50		50-60		60 und mehr	
		Kaufwert		DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100
Insgesamt ²⁾	1974	16 668	100	10 756	100	11 686	100	16 050	100	19 584	100	27 435	100
	1979	30 474	183	22 629	210	23 141	198	29 323	183	35 947	184	45 150	165
	1981	39 245	235	28 025	261	30 561	262	37 520	234	44 887	229	60 687	221
	1983	38 103	229	27 241	253	28 603	245	36 129	225	46 090	235	59 639	217
	1984	38 265	230	26 108	243	27 852	238	37 572	234	45 872	234	61 352	224
0,1-0,25	1974	27 501	100	16 840	100	16 172	100	20 651	100	31 361	100	42 751	100
	1979	34 446	125	23 144	137	22 207	137	27 456	133	37 941	121	50 737	119
	1981	44 027	160	26 942	160	28 085	174	35 432	172	48 329	154	65 144	152
	1983	47 414	172	26 813	159	29 164	180	38 074	184	51 150	163	72 903	171
	1984	50 868	185	27 439	163	30 165	187	38 310	186	55 121	176	82 172	192
0,25-1	1974	19 881	100	12 358	100	12 601	100	16 857	100	22 495	100	34 410	100
	1979	29 503	148	18 877	153	20 749	165	26 121	155	34 054	151	46 237	134
	1981	39 302	198	26 379	213	27 903	221	34 615	205	44 721	199	62 927	183
	1983	41 307	208	28 224	228	27 982	222	37 103	220	49 437	220	65 583	191
	1984	41 990	211	25 526	207	27 959	222	38 639	229	50 122	223	66 720	194
1-2	1974	17 396	100	12 421	100	11 762	100	16 702	100	21 153	100	28 268	100
	1979	29 667	171	22 467	181	22 501	191	28 303	169	33 797	160	48 176	170
	1981	41 369	238	29 503	238	30 311	258	38 449	230	48 925	231	66 049	234
	1983	40 643	234	28 183	227	30 062	256	39 553	237	51 436	243	64 252	227
	1984	40 721	234	28 890	233	28 161	239	39 954	239	53 400	252	64 631	229
2-5	1974	15 519	100	11 045	100	12 022	100	16 155	100	18 108	100	23 659	100
	1979	32 115	207	25 016	226	25 218	210	33 566	208	38 084	210	45 605	193
	1981	39 244	253	28 261	256	32 542	271	40 813	253	46 227	255	59 504	252
	1983	37 013	239	27 544	249	28 907	240	38 121	236	47 246	261	56 559	239
	1984	37 710	243	26 833	243	29 285	244	38 771	240	47 746	264	57 704	244
5 und mehr	1974	13 800	100	8 557	100	10 232	100	14 405	100	17 198	100	20 321	100
	1979	29 186	211	22 110	258	23 777	232	29 577	205	37 165	216	38 188	188
	1981	36 691	266	27 806	325	30 793	301	35 937	249	39 996	233	54 152	266
	1983	34 395	249	25 976	304	27 615	270	30 627	213	39 460	229	52 758	260
	1984	33 577	243	24 092	282	25 944	254	33 732	234	37 035	215	54 404	268

¹⁾ Veräußerungsfälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin.

Hundert) je ha FdIN nur eine Wertsteigerung um 121 %. In den folgenden Jahren 1982 bis 1984 paßten sich die Kaufwerte wieder stärker den in den Ertragsmeßzahlklassen zum Ausdruck kommenden naturalen Erträgen an; bei Veräußerungsfällen der untersten Ertragsmeßzahlklasse ist in dieser Zeitspanne eine Ermäßigung des Kaufwertes um 7 % eingetreten, während bei der höchsten Klasse eine wenn auch geringe Steigerung um 1 % festzustellen ist. Der Abstand im durchschnittlichen Kaufwert zugunsten der Böden mit hoher Ertragsfähigkeit hat sich in den letzten drei Jahren dadurch wieder vergrößert (siehe Tabelle 3). Die Ertragsfähigkeit des Bodens je Flächeneinheit ist nach wie vor einer der wichtigsten Preisbestimmungsfaktoren am innerlandwirtschaftlichen Grundstücksmarkt.

Aus der Häufigkeitsverteilung der nach der Höhe des Kaufwertes je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung gegliederten Kauffälle (siehe Tabelle 4 und Schaubild 1), die in der Zeit von 1974 bis 1984 zu einer kräftigen Verlagerung der auf die einzelnen Kaufwertklassen entfallenden Besetzungen von den unteren (im Schaubild: links) nach den oberen Kaufwertklassen (im Schaubild: rechts) geführt hat, wird die Wertsteigerung des landwirtschaftlich genutzten Bodens erkennbar. Im Zuge dieser Entwicklung ist der Anteil der Kauffälle, die unter 10 000 DM je ha FdIN abgeschlossen wurden, rasch von 37 % (1974) auf 12,5 % (1981) und in den Folgejahren auf unter 10 % (1984) zurückgegangen. Hingegen hat sich die Häufigkeit der Kauffälle mit Kaufwerten von 10 000 bis unter 20 000 DM je ha FdIN in den letzten vier Jahren bei etwa 20 % stabilisiert, nachdem die Besetzung dieser Kaufwertklasse im Jahr 1977 noch knapp 30 % betragen hatte. Mit Anteilssätzen zwischen 14

und knapp 18 % weist die Kaufwertklasse von 20 000 bis unter 30 000 DM je ha FdIN in der oben angegebenen Zeitspanne die relativ stabilste Besetzung auf, während die nächsthöhere Kaufwertklasse von 30 000 bis unter 40 000

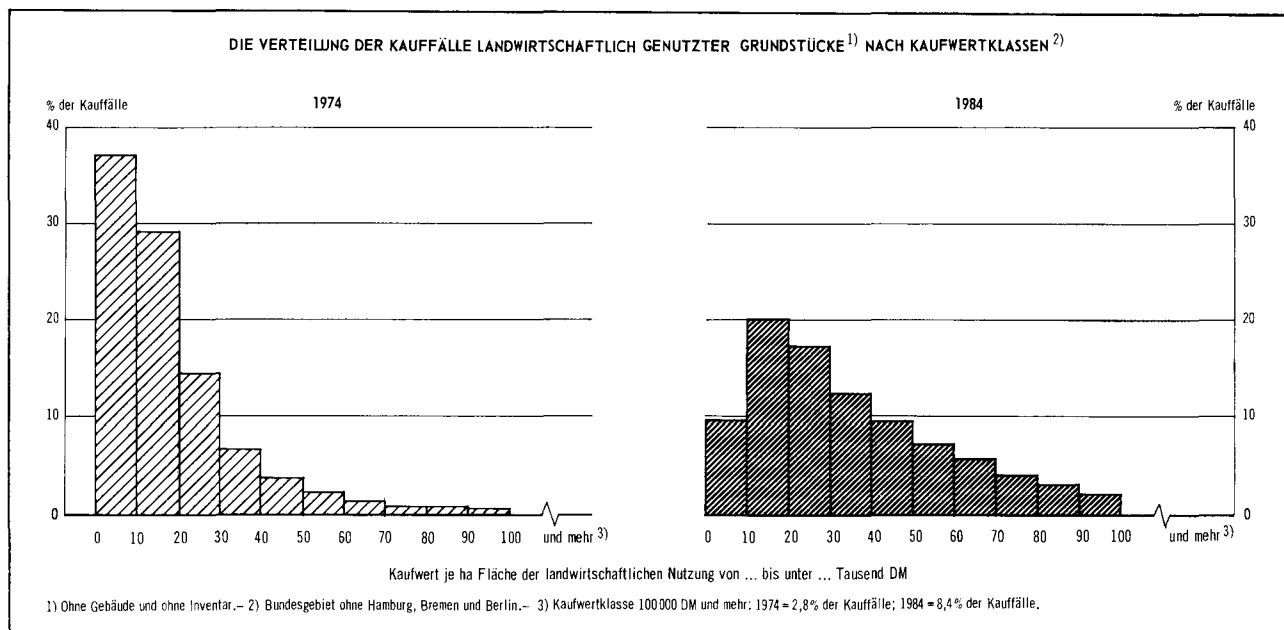
Tabelle 4: Kauffälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Kaufwertklassen

Kaufwert von ... bis unter ... DM je ha Fläche der landw. Nutzung	Kauffälle im Jahr					
	1974	1977	1981	1982	1983	1984
Prozent						
unter 10 000	37,1	24,7	12,5	12,8	10,2	9,8
10 000 - 20 000	29,2	29,6	19,9	20,8	20,1	20,0
20 000 - 30 000	14,3	17,9	17,2	17,5	17,4	17,4
30 000 - 40 000	6,8	10,3	12,7	12,5	12,8	12,4
40 000 - 50 000	3,8	6,8	9,1	8,6	9,2	9,5
50 000 - 60 000	2,3	3,7	7,0	6,8	7,4	7,3
60 000 - 80 000	2,3	3,2	8,8	9,2	9,5	9,9
80 000 - 100 000	1,4	1,3	5,3	5,6	5,3	5,4
100 000 - 150 000	1,7	1,5	5,4	4,5	5,7	5,9
150 000 und mehr	1,1	0,9	2,2	1,7	2,3	2,5
Insgesamt ²⁾	100	100	100	100	100	100
Anzahl						
Insgesamt ²⁾	22 356	30 319	25 853	27 316	29 652	31 423

¹⁾ Ohne Gebäude und ohne Inventar. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin.

DM je ha FdIN anteilmäßig von 7 auf 12 % zugenommen hat. Der Anteil der Kauffälle in den Kaufwertklassen von 50 000 DM und mehr je ha FdIN hat sich im Berichtszeitraum von 9 % (1974) auf 31 % (1984) erhöht. In den über 80 000 DM je ha FdIN liegenden Kaufwertklassen fallen zwar von Jahr zu Jahr relativ mehr Kaufabschlüsse an, doch sind die einzelnen Kaufwertklassen hier mit Anteilssätzen von weniger als 6 % noch relativ schwach besetzt.

Schaubild 1



Die durch die wachsenden Überschüsse an Agrarerzeugnissen ausgelöste Kritik an der Agrarpolitik und die allgemein gedrückte Ertragslage der Landwirtschaft haben offensichtlich dazu geführt, daß die Käufer von landwirtschaftlich genutztem Grund und Boden sich wieder stärker an dessen nachhaltigem wirtschaftlichen Ertrag orientieren. Die meisten Kaufabschlüsse zu Beträgen, die erheblich über dem Durchschnitt der jeweiligen Ertragsmeßzahlklasse liegen, dürften daher von Käufern getätigt worden sein, die über ein entsprechendes Kapital aus anderen Quellen verfügen. In einigen Kauffällen dürften steuerliche Überlegungen zur Wiederanlage des aus dem Verkauf von Bauland erzielten Erlöses in landwirtschaftlich nutzbaren Grundstücken geführt haben. Ob und gegebenenfalls in welchem Maße sich die jüngsten agrarpolitischen Entwicklungen, u. a. die Beschlüsse der EG zu den Agrareinkommen und die Einführung der Milchgarantiemengen zum 2. April 1984⁶⁾, schon auf die Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz in der Bundesrepublik Deutschland auswirken, läßt sich anhand der vorliegenden Ergebnisse nicht sicher beurteilen.

Regionale Unterschiede der Kaufwerte

Der durchschnittliche Kaufwert der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke im Bundesgebiet (ohne Stadtstaaten) blieb im Jahr 1984 im Vergleich zu 1983 fast unverändert, die Tendenz in den Bundesländern war jedoch uneinheitlich (siehe Tabelle 5). Fünf Flächenländern mit zum Teil deutlich gestiegenen durchschnittlichen Kaufwerten stehen drei Flächenländer mit allerdings verhältnismäßig geringen Rückgängen gegenüber. Zu diesen drei Ländern gehören Schleswig-Holstein und Niedersachsen, auf die allein zusammen 56 % der im Bundesgebiet veräußerten Flächen und 42 % der Kaufsumme entfallen; das große

Gewicht dieser Länder erklärt die nur marginale Zunahme des Durchschnittskaufwertes für das gesamte Bundesgebiet um 0,4 % auf 38 265 DM je ha FdIN.

Beim Vergleich der Ergebnisse der Bundesländer untereinander und mit dem Bundesergebnis zeigt sich, daß Bayern seine Spitzenstellung unter den Bundesländern mit einer Steigerung um 3 % auf 65 218 DM je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (170 % des Bundesdurchschnitts) behalten konnte. Außer Bayern weisen nur zwei weitere Bundesländer durchschnittliche Kaufwerte

Tabelle 5: Durchschnittliche Kaufwerte je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Ländern

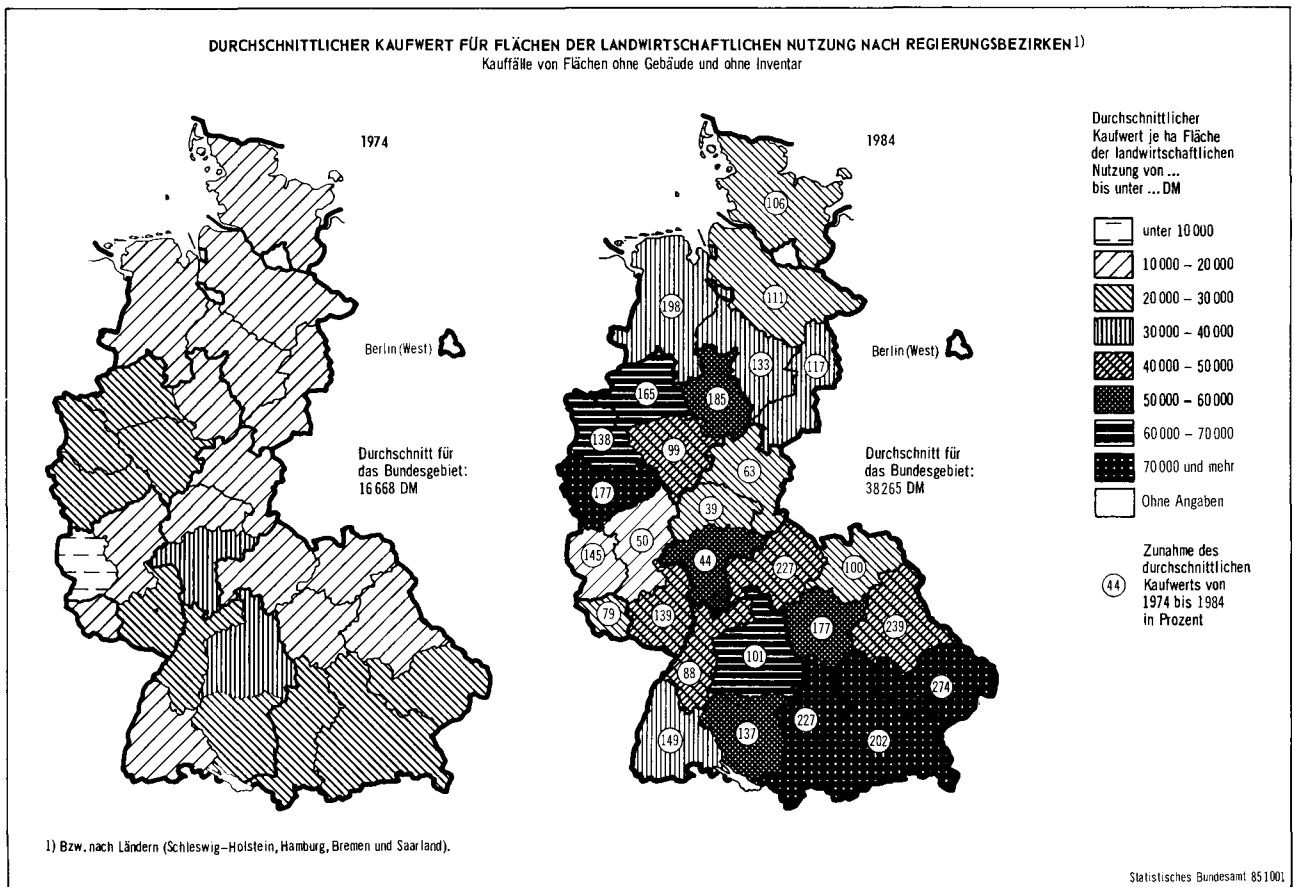
Land	1982		1983		1984		gegenüber 1983 in %
	DM	Bundesgebiet = 100	DM	Bundesgebiet = 100	DM	Bundesgebiet = 100	
Schleswig-Holstein ...	22 672	61	23 558	62	23 101	60	- 2
Niedersachsen ...	32 575	88	31 351	82	31 149	81	- 1
Nordrhein-Westfalen ...	65 793	177	61 780	162	63 284	165	+ 2
Hessen ...	27 332	74	30 243	79	33 676	88	+ 11
Rheinland-Pfalz ...	25 939	70	28 129	74	28 345	74	+ 1
Baden-Württemberg ...	47 899	129	50 434	132	53 493	140	+ 6
Bayern ...	53 881	145	63 219	166	65 218	170	+ 3
Saarland ...	19 632	53	21 334	56	21 179	55	- 1
Bundesgebiet ²⁾ ...	37 105	100	38 103	100	38 265	100	+ 0

¹⁾ Ohne Gebäude und ohne Inventar. - ²⁾ Ohne Hamburg, Bremen und Berlin.

auf, die über dem ermittelten Bundesergebnis liegen. Für Nordrhein-Westfalen wurde nach einem Anstieg um 2 % ein durchschnittlicher Kaufwert von 63 284 DM je ha FdIN errechnet, der das Bundesergebnis um 65 % übertrifft; in Baden-Württemberg erhöhte sich der Kaufwert je ha FdIN um 6 % auf 53 493 DM und lag somit um 40 % über dem Bundesdurchschnitt. Der vierte Rang, nach der Höhe des durchschnittlichen Kaufwertes betrachtet, wurde 1984 vom Bundesland Hessen eingenommen; dank der erheblichen Zunahme der veräußerten Flächen im Regierungsbezirk Darmstadt mit seinen gebietsweise guten Böden, günstigen klimatischen Verhältnissen und vergleichsweise ho-

⁶⁾ Verordnung über die Abgaben im Rahmen von Garantiemengen im Bereich der Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (Milch-Garantiemengen-Verordnung) vom 25. Mai 1984 (BGBl. 1984 I S. 720) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1984 (BGBl. 1985 I S. 5) und die weiterhin hierzu ergangenen Rechtsgrundlagen.

Schaubild 2



hen Kaufwerten stieg der hessische Landesdurchschnitt um 11 % auf 33 676 DM je ha FdIN, erreichte damit jedoch nur 88 % des Bundesdurchschnitts. Aufgrund eines Wertverlustes um 1 % auf 31 149 DM je ha (81 % des Bundesdurchschnitts) ist Niedersachsen auf den fünften Rang unter den Bundesländern zurückgefallen. Mit 28 345 DM je ha FdIN erreicht Rheinland-Pfalz 74 % des Bundesdurchschnitts, während Schleswig-Holstein mit 23 101 DM je ha bei 60 % und das Saarland mit 21 179 DM je ha bei 55 % des Bundesmittels liegen. Der Vergleich des Saarlandes mit Bayern, also zwischen den Bundesländern mit dem niedrigsten und mit dem höchsten durchschnittlichen Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung, ergibt für Bayern den mehr als dreifachen Kaufwert je Flächeneinheit (21 179 DM je ha gegenüber 65 218 DM je ha).

Der überdurchschnittliche Anstieg der Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke in Bayern vollzog sich im wesentlichen erst in den Jahren nach 1980. Verglichen mit der Zunahme im Bundesgebiet um 6,2 % errechnet sich im Zeitraum von 1980 bis 1984 für Bayern die zehnfache Steigerung, nämlich um 62,8 % (von 40 071 DM auf 65 218 DM je ha FdIN). In der genannten Zeitspanne ist eine deutliche regionale Nord-Süd-Differenzierung in der Entwicklung der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz zu beobachten. Setzt man den jeweiligen durchschnittlichen Kaufwert des Jahres 1980 gleich 100, so ergeben sich für die übrigen Bundesländer — außer Bayern — folgende Vergleichszahlen für 1984: Schleswig-Holstein 82,9, Niedersachsen 97,8, Nordrhein-Westfalen

105,1, Hessen 111,8, Rheinland-Pfalz 126,8, Baden-Württemberg 140,3 und Saarland 126,7.

Wie nicht anders zu erwarten, werden in jedem Jahr zwischen den Regierungsbezirken — und noch mehr zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten — Unterschiede in den durchschnittlichen Kaufwerten festgestellt, die größer sind als im Vergleich der Bundesländer untereinander⁷⁾. Die Spannweiten der Kaufwerte sind beachtlich; sie dürften im wesentlichen auf die regionalen Unterschiede in der Agrar- und Wirtschaftsstruktur, in der Bodengüte und in der Besiedlungsdichte, aber auch insbesondere in den kreisfreien Städten mit wenigen Veräußerungsfällen pro Jahr auf die Zufälligkeiten der einzelnen Kaufabschlüsse, wie zum Beispiel Belegenheit der Fläche zum aufnehmenden Betrieb oder Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Käufers und Verkäufers, zurückzuführen sein.

In Schaubild 2, rechte Hälfte, sind die Ergebnisse für das Jahr 1984 nach Regierungsbezirken [für Schleswig-Holstein und Saarland sowie für Bremen⁸⁾: Landesergebnisse] kartographisch dargestellt. Die gleiche Darstellung wurde auch für das Jahr 1974 verwendet (Schaubild 2, linke Hälfte). Ermittelt wurden im Jahr 1984 durchschnittliche Kaufwerte je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung:

⁷⁾ Ergebnisse für Regierungsbezirke und zum Teil auch für Kreise werden von den Statistischen Landesämtern veröffentlicht.

⁸⁾ Für Hamburg und Berlin (West) liegen keine Angaben vor.

unter 20 000 DM
in den Regierungsbezirken Koblenz (19 800 DM) und Trier (17 609 DM);

von 20 000 bis unter 30 000 DM
in den Bundesländern Schleswig-Holstein und Saarland sowie in den Regierungsbezirken Lüneburg (21 499 DM), Gießen (21 458 DM), Kassel (25 968 DM) und Oberfranken (26 172 DM);

von 30 000 bis unter 40 000 DM
im Bundesland Bremen (31 400 DM) sowie in den Regierungsbezirken
Braunschweig (37 803 DM), Hannover (39 897 DM), Weser-Ems (32 794 DM) und Freiburg (36 770 DM);

von 40 000 bis unter 50 000 DM
in den Regierungsbezirken Arnberg (49 318 DM), Rheinhesen-Pfalz (49 592 DM), Karlsruhe (40 840 DM), Oberpfalz (43 863 DM) und Unterfranken (46 919 DM);

von 50 000 bis unter 60 000 DM
in den Regierungsbezirken Detmold (54 134 DM), Darmstadt (54 819 DM), Tübingen (50 268 DM) und Mittelfranken (53 335 DM);

von 60 000 bis unter 70 000 DM
in den Regierungsbezirken Düsseldorf (69 508 DM), Münster (63 253 DM) und Stuttgart (67 317 DM)

sowie von 70 000 DM und mehr
in den Regierungsbezirken Köln (75 350 DM), Oberbayern (88 322 DM), Niederbayern (78 404 DM) und Schwaben (82 005 DM).

Den niedrigsten Durchschnittswert errechnete man für den Regierungsbezirk Trier mit 17 609 DM je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung, wogegen der Regierungsbezirk Oberbayern mit 88 322 DM je ha den fünffachen durchschnittlichen Kaufwert verzeichnete.

Aus der Gegenüberstellung der Ergebnisse für die Jahre 1974 und 1984 wurden die Zunahmen der durchschnittlichen Kaufwerte je Gebietseinheit in Prozent errechnet, die in der rechten Hälfte des Schaubildes 2 angegeben sind. Die größten Steigerungen wurden in dieser Zeitspanne in den bayerischen Regierungsbezirken Niederbayern (+ 274 %), Oberpfalz (+ 239 %), Schwaben (+ 227 %), Unterfranken (+ 227 %) und Oberbayern (+ 202 %) ermit-

telt. Die niedrigsten Wertzunahmen kamen in den hessischen Regierungsbezirken Kassel (+ 63 %), Darmstadt (+ 44 %) und Gießen (+ 39 %) sowie im Regierungsbezirk Koblenz (+ 50 %) vor.

Kaufwerte nach siedlungsstrukturellen Kreistypen

Aus den Kreisergebnissen der Kaufwertstatistik, die an anderer Stelle regelmäßig in Form einer Karte des Bundesgebiets in der Gliederung nach fünf Klassen der prozentualen Abweichung vom Bundesdurchschnitt veröffentlicht werden⁹⁾, ist zu ersehen, daß die Höhe der Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke in beachtlichem Maße davon abhängig ist, ob die Gebiete ländlich oder städtisch-industriell geprägt sind. Die Zusammenfassung der Kreisergebnisse der Kaufwertstatistik in der von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung entwickelten Gliederung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen¹⁰⁾ (siehe Tabelle 6) belegt dies.

Auf die kreisfreien Städte mit 100 000 Kauf und mehr Einwohnern, die als Kerngebiete der Verdichtungsräume anzusprechen sind, entfallen erwartungsgemäß nur sehr wenige Veräußerungsfälle mit geringer Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (Typ 1 und 4 zusammen 2 % der veräußerten Fläche). Auch in den Umlandkreisen mit hoher Verdichtung (Typ 2) wurde relativ wenig Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (7 % der gesamten veräußerten Fläche) gekauft. Das Gros der Veräußerungsfälle (83 %) und der veräußerten Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung (91 %) ist den Umlandkreisen mit geringer Verdichtung (Typ 3), den Umlandkreisen der Regionen mit Verdichtungsansätzen (Typ 5) und den noch weitgehend ländlich geprägten Regionen (Typ 6) zuzurechnen.

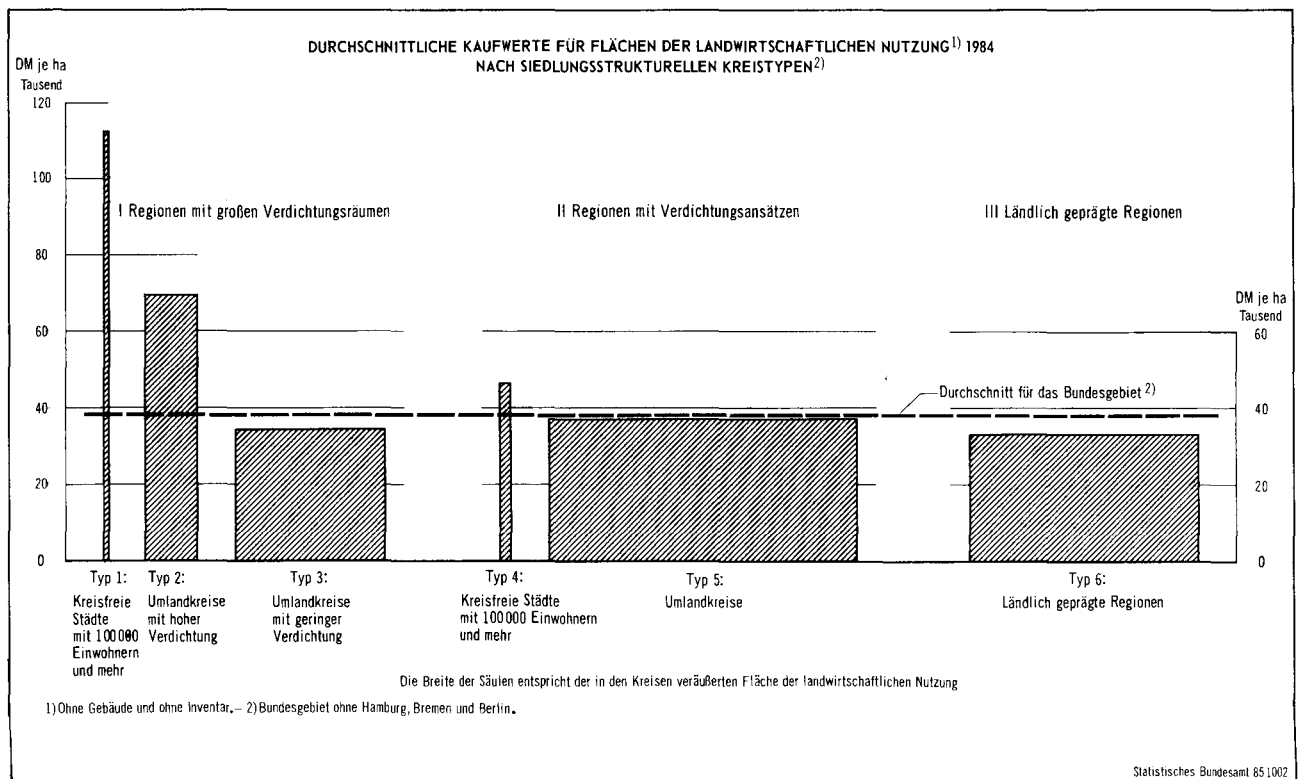
⁹⁾ Siehe „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1978“ in WiSta 10/1979, S. 751, und Fachserie 2.4 „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz“, 1979 bis 1984.

¹⁰⁾ Siehe Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, „Informationen zur Raumentwicklung“, Heft 11/12, 1981. Die Ergebnisse der Kaufwertstatistik nach siedlungsstrukturellen Kreistypen wurden erstmalig für 1981 berechnet; siehe „Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1981“ in WiSta 11/1982, S. 809 ff.

Tabelle 6: Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen 1984¹⁾

Siedlungsstrukturelle Kreistypen ²⁾	Kreise	Veräußerungsfälle		Veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdlN)		Kaufwert		
						insgesamt	je ha FdlN	Bundesgebiet = 100
I Regionen mit großen Verdichtungsräumen	112	9 020	28,7	10 533	27,5	476 182	45 210	118
Typ 1: Kreisfreie Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern	33	350	1,1	246	0,6	27 683	112 361	294
Typ 2: Umlandkreise mit hoher Verdichtung	49	4 393	14,0	2 692	7,0	187 386	69 599	182
Typ 3: Umlandkreise mit geringer Verdichtung	30	4 277	13,6	7 594	19,8	261 114	34 384	90
II Regionen mit Verdichtungsansätzen	113	14 658	46,6	16 086	42,0	601 519	37 395	98
Typ 4: Kreisfreie Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern	18	578	1,8	526	1,4	24 547	46 627	122
Typ 5: Umlandkreise	95	14 080	44,8	15 559	40,7	576 972	37 082	97
III Ländlich geprägte Regionen								
Typ 6:	85	7 745	24,6	11 649	30,4	386 618	33 188	87
Bundesgebiet	310	31 423	100	38 268	100	1 464 319	38 265	100

¹⁾ In den Nachweis sind nur die kreisfreien Städte und Landkreise einbezogen, für die in der Kaufwertstatistik Kauffälle „ohne Gebäude und ohne Inventar“ erfaßt worden sind. — Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin. — ²⁾ Siehe Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12, 1981).



Es zeigt sich, daß der durchschnittliche Kaufwert je ha FdIN entsprechend dem Urbanisierungsgrad der jeweiligen Region recht deutlich abgestuft ist (siehe Schaubild 3). In den Regionen mit großen Verdichtungsräumen (Typen 1 bis 3) wurden im Jahr 1984 durchschnittlich 45 210 DM je ha FdIN (118 % des Bundesdurchschnitts) bezahlt. In den Regionen mit Verdichtungsansätzen (Typen 4 und 5) wurden durchschnittlich 37 395 DM je ha FdIN (98 % des Bundesdurchschnitts) aufgewendet, während in den ländlich geprägten Regionen des Typs 6 lediglich 33 188 DM je ha FdIN (87 % des Bundesdurchschnitts) als durchschnittlicher Kaufwert ermittelt wurden. Im Kreistyp 3, das heißt in den Umlandkreisen der Regionen mit großen Verdichtungsräumen, belief sich der durchschnittliche Kaufwert auf 34 384 DM je ha FdIN (90 % des Bundesdurchschnitts). Somit lagen die durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz in allen drei Kreistypen, deren Urbanisierungsgrad als relativ niedrig bezeichnet werden kann (Typen 3, 5 und 6), unter dem Bundesdurchschnitt. Dabei kann man den durchschnittlichen Kaufwert im Kreistyp 6 — ländlich geprägte Regionen — mit 33 188 DM je ha FdIN als diejenige Größe betrachten, auf deren Zustandekommen am Markt für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke die außerlandwirtschaftlichen Faktoren den geringsten Einfluß ausgeübt haben. Hingegen dürften die in den städtisch-industriell geprägten Gebieten (Kreistypen 1, 2 und 4) für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung im Vergleich zum Kreistyp 6 gezahlten Mehrbeträge — im Kreistyp 1 das 3,4fache, im Kreistyp 2 das 2,1fache — zum großen Teil auf den unmittelbaren Wettbewerb zum Bauland in Erwartung einer spä-

teren Nutzungsänderung zurückzuführen sein. Insbesondere bei den Kauffällen in den obersten Kaufwertklassen (siehe Tabelle 4) orientieren sich die Marktteilnehmer an den ortsüblichen Baulandpreisen, ohne daß deren Größenordnung erreicht würde.

Dr. Vladislav Bajaja

Rehabilitationsmaßnahmen 1983

Einführung

Die Eingliederung Behinderter und von Behinderung bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft stellt eine wichtige sozialpolitische Aufgabe dar. Zu ihrer Durchführung bedarf es sowohl der Bereitstellung erheblicher Mittel als auch entsprechender Einrichtungen. Zur Verwirklichung dieser Ziele müssen geeignete und möglichst aktuelle Daten zur Verfügung stehen — besonders deswegen, weil Zahl und Struktur der Behinderten und damit der „Rehabilitationsbedarf“ starken zeitlichen Veränderungen unterworfen sind. Es ist Aufgabe der Rehabilitationsstatistik, solche Daten bereitzustellen. Nach dem gesetzlichen Auftrag — § 51 des Schwerbehindertengesetzes¹⁾ — hat die Rehabilitationsstatistik Aufschluß zu geben über die Zusammensetzung des Kreises der Rehabilitanden nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Stellung im Erwerbsleben und Beruf, ferner über Art und Ursache der Behinderung sowie schließlich über Art, Ort, Dauer und Ergebnis der durchgeführten Rehabilitationsmaßnahmen.

In die Rehabilitationsstatistik sind nur Maßnahmen öffentlicher Träger einbezogen; es handelt sich dabei um die Träger

- der gesetzlichen Krankenversicherung,
- der gesetzlichen Unfallversicherung,
- der gesetzlichen Rentenversicherungen,
- der Altershilfe für Landwirte,
- der Kriegsopferversorgung einschließlich der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz und der Versorgung nach anderen Gesetzen, soweit diese das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären,
- der Arbeitsförderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz und nach anderen Gesetzen, soweit diese das Arbeitsförderungsgesetz für anwendbar erklären,
- der Sozialhilfe und
- der nachgehenden Hilfen im Arbeitsleben.

Mit Ausnahme der letzteren haben sich 1983 erstmals alle Rehabilitationsträger an der Statistik beteiligt; allerdings gibt es in den Bereichen der Krankenversicherung und der Sozialhilfe erhebliche Erfassungslücken. So haben Träger der Sozialhilfe ihre Maßnahmen in drei Bundesländern überhaupt nicht zur Statistik gemeldet, in weiteren nur teilweise. In Bayern haben außerdem die Ortskrankenkassen,

die Innungskrankenkassen und die landwirtschaftlichen Krankenkassen nur einen kleinen Teil der von ihnen durchgeführten Maßnahmen zur Statistik gemeldet. Die Träger der nachgehenden Hilfen im Arbeitsleben sind bisher nicht in der Lage, Angaben über die von ihnen durchgeführten Maßnahmen im einzelnen zu machen.

In die Statistik einbezogen werden entsprechend den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches I — Allgemeiner Teil²⁾ — medizinische Rehabilitationsmaßnahmen, berufsfördernde Rehabilitationsmaßnahmen und Maßnahmen zur sozialen Eingliederung.

Dabei umfassen die medizinischen Maßnahmen alle Hilfen, die erforderlich sind, um einer drohenden Behinderung vorzubeugen, eine Behinderung zu beseitigen, zu bessern oder eine Verschlimmerung zu verhüten. Die berufsfördernden Maßnahmen erstrecken sich auf alle Hilfen, die erforderlich sind, um die Erwerbsfähigkeit des Behinderten entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu bessern, herzustellen oder wiederherzustellen und ihn hierdurch möglichst auf Dauer beruflich einzugliedern. Die Leistungen zur sozialen Eingliederung erstrecken sich auf ein breites Spektrum von Maßnahmen, insbesondere Hilfen zur Entwicklung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten vor Beginn der Schulpflicht, Hilfen zur angemessenen Schulbildung einschließlich der Vorbereitung hierzu, Hilfen zur Ausübung einer angemessenen Tätigkeit, soweit berufsfördernde Leistungen nicht möglich sind, sowie Hilfen zur Freizeitgestaltung und zur sonstigen Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

Aus Gründen der Praktikabilität können in die Statistik nicht alle medizinischen Leistungen einbezogen werden, die nach den gesetzlichen Bestimmungen als Rehabilitationsleistungen anzusehen sind; die Erfassung beschränkt sich deshalb auf die stationäre ärztliche Behandlung sowie auf Maßnahmen der Belastungserprobung und der Arbeitstherapie. Verzichtet wird also insbesondere auf die Erfassung der Hilfsmittel und der ambulanten Maßnahmen. Zu den in die Statistik einbezogenen berufsfördernden Maßnahmen gehören Hilfen zur Erlangung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes, zur Berufsfindung und Arbeitserschließung, zur Berufsvorbereitung, zur Ausbildung, Umschulung und Fortbildung sowie Maßnahmen in einer Werkstatt für Behinderte; weitere Maßnahmen werden in einer Restposition erfaßt. Bei den Maßnahmen zur sozialen Eingliederung werden pädagogische und schulisch-pädagogische Maßnahmen sowie Maßnahmen in einer Werkstatt für Behinderte unterschieden; die vielfältigen weiteren Maßnahmen werden in einer Restposition zusammengefaßt.

Die Rehabilitationsstatistik wird seit 1974 von der amtlichen Statistik durchgeführt. Während bis einschließlich Berichtsjahr 1980 die Rehabilitationsträger ihre Daten in Tabellenform lieferten, werden seit Berichtsjahr 1981 die Daten als Einzelbelege übermittelt. Gleichzeitig wurden Möglichkeiten einer regionalen Gliederung der Daten geschaffen und die Statistischen Landesämter in den Berichtsweg eingeschaltet. Der hierdurch notwendige um-

¹⁾ Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz — SchwbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 1979 (BGBl. I S. 1649); § 51 neu gefaßt durch Artikel 20 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

²⁾ Sozialgesetzbuch (SGB) Erstes Buch (I) Allgemeiner Teil.

fangreiche Datenaustausch, der durch die Einbeziehung weiterer Träger noch erschwert wurde, hat dazu geführt, daß für das Berichtsjahr 1982 ein vollständiges Bundesergebnis nicht erstellt werden konnte. Für Zeitvergleiche bieten sich daher nur die Ergebnisse des Jahres 1981 an, möglicherweise auch weiter zurückliegender Jahre.

Die Statistik erstreckt sich auf die während eines Jahres beendeten Rehabilitationsmaßnahmen sowie auf die Rehabilitanden. Der Unterschied der beiden Erhebungs- und Darstellungseinheiten ist darin zu sehen, daß Rehabilitanden mehrere Rehabilitationsmaßnahmen durchlaufen haben können. Die Zahl der Rehabilitanden ist daher notwendigerweise geringer als diejenige der Rehabilitationsmaßnahmen oder — bei den Rehabilitationsträgern, die nicht in der Lage sind, Rehabilitationsmaßnahmen personenbezogen zusammenzuführen — gleich der Zahl der Rehabilitationsmaßnahmen.

Als Rehabilitanden gelten Personen, die im Berichtsjahr mindestens eine Rehabilitationsmaßnahme abgeschlossen haben. Eine gemeinsame Erfassung mehrerer Maßnahmen für eine Person kann bei allen Rehabilitationsträgern außer der Krankenversicherung und der Kriegsopferversorgung erfolgen.

Im folgenden werden zunächst die Ergebnisse über die Rehabilitanden und daran anschließend die über die Rehabilitationsmaßnahmen dargestellt.

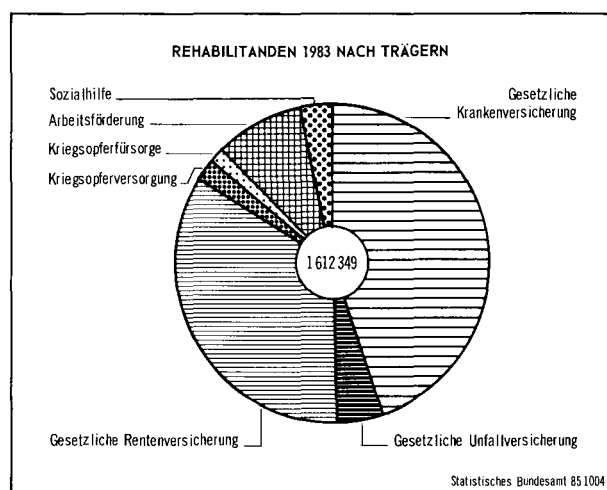
1 Rehabilitanden

1.1 Rehabilitanden nach Rehabilitationsträgern

Mit 1,612 Mill. war die Zahl der Rehabilitanden 1983 fast um die Hälfte höher als 1981 (1,114 Mill.). Dieser erhebliche Unterschied kommt dadurch zustande, daß sich 1983 — im Gegensatz zu 1981 — auch die gesetzliche Krankenversicherung mit 723 000 gemeldeten Rehabilitanden und die Sozialhilfe mit 52 000 Rehabilitanden an der Erhebung beteiligt haben. Außerdem meldeten 1983 die Unfallversicherungsträger 40 % und die Bundesanstalt für Arbeit 44 % mehr Rehabilitanden als 1981.

Die meisten Rehabilitanden, nämlich 45 %, wurden 1983 von der Krankenversicherung gemeldet, weitere 34 % von der Rentenversicherung, 9 % von der Bundesanstalt für Arbeit, 5 % von der Unfallversicherung, 4 % von der Kriegsopferversorgung und -fürsorge und 3 % von der Sozialhilfe.

Schaubild 1



Im Bereich der Krankenversicherung entfiel rund die Hälfte der Rehabilitanden auf die Ortskrankenkassen, knapp ein Fünftel auf die Ersatzkassen, ein Siebtel auf die Betriebskrankenkassen und der Rest (15 %) auf die übrigen Zweige der Krankenversicherung.

Die meisten Rehabilitanden der Unfallversicherung, und zwar zwei Drittel, wurden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften gemeldet, 13 % von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sowie 14 % von den Gemeinde-Unfallversicherungsverbänden, der Rest von den übrigen Trägern der Unfallversicherung.

Die Aufgliederung der Rehabilitanden nach Trägern innerhalb der Rentenversicherung ergab folgendes Bild: 55 % der Rehabilitanden wurden von der Rentenversicherung der Arbeiter betreut, 40 % von der der Angestellten und der Rest von der Bundesknappschaft sowie der Altershilfe für Landwirte.

Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge führten für insgesamt 62 000 Rehabilitanden Maßnahmen durch; dabei kamen 59 % auf die Kriegsopferversorgung und 41 % auf die Kriegsopferfürsorge.

1.2 Rehabilitanden nach Altersgruppen

Im Berichtsjahr waren von allen Rehabilitanden 5,6 % minderjährig, 14,0 % waren zwischen 18 und 35 Jahre alt, 12,9 % zwischen 35 und 45 Jahre, 20,8 % zwischen 45 und 55 Jahre, 21,0 % zwischen 55 und 65 Jahre und 25,6 %

Tabelle 1: Rehabilitanden 1983 nach Trägern und Art der Maßnahme

Träger der Rehabilitationsmaßnahme	Insgesamt ¹⁾		Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen		Berufsfördernde		Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gesetzliche Krankenversicherung	723 374	44,9	723 374	53,2	—	—	—	—
Gesetzliche Unfallversicherung	76 977	4,8	68 228	5,0	8 495	4,5	4 572	6,3
Gesetzliche Rentenversicherung	550 138	34,1	523 719	38,5	26 595	14,2	—	—
Kriegsopferversorgung	36 819	2,3	36 819	2,7	—	—	23 531	32,3
Kriegsopferfürsorge	25 414	1,6	—	—	2 633	1,4	—	—
Arbeitsförderung	147 308	9,1	—	—	147 308	78,8	—	—
Sozialhilfe	52 319	3,2	6 469	0,5	1 831	1,0	44 651	61,4
Insgesamt	1 612 349	100	1 358 609	100	186 862	100	72 754	100

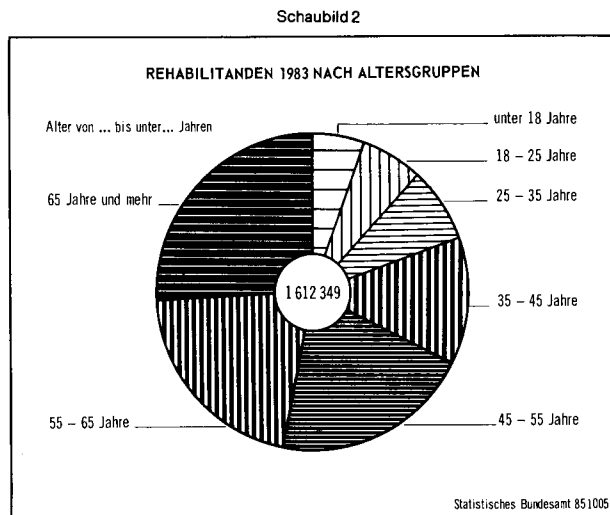
¹⁾ Ohne Mehrfachzählung.

65 Jahre alt oder darüber. Im Vergleich zu 1981 haben die Anteile der 35- bis unter 65jährigen beträchtlich abgenommen — in den drei genannten Altersgruppen zwischen 6 und 11 Prozentpunkten —, dafür ist der Anteil der 65jährigen und älteren beachtlich gestiegen: 1981 hatte er 3,3 % betragen; nunmehr — nach Hinzukommen weiterer Rehabilitationsträger — ist er mit 25,6 % nahezu achtmal so groß. Die in der Gesamtdarstellung zum Ausdruck kommende Altersverteilung hängt von der Art der Maßnahme ab, außerdem ist sie stark von den Einflüssen der an der Statistik beteiligten Trägergruppen geprägt.

Da wegen des hohen Anteils medizinischer Maßnahmen (82,8 %) diese auch die Altersverteilung der Rehabilitanden insgesamt bestimmen, erübrigt sich eine besondere Darstellung. Im Gegensatz zu den medizinischen wurden berufsfördernde Maßnahmen alten Menschen nur in geringem Umfang, dafür um so mehr jungen Menschen gewährt. Nur 8 % der Teilnehmer an berufsfördernden Maßnahmen waren älter als 55 Jahre, dagegen 36 % jünger als 25 Jahre. Die verbleibenden 56 % verteilen sich auf die 25- bis unter 55jährigen.

Maßnahmen zur sozialen Eingliederung wurden indessen nur in geringem Umfang (22,1 %) Personen im mittleren Lebensalter von 25 bis 55 Jahren gewährt, in weit höherem Umfang dagegen kamen sie den unter 25jährigen (44,4 %) und älteren Menschen im Alter von 55 Jahren oder mehr (33,6 %) zugute.

Je nach Trägergruppe zeigen die Rehabilitanden ein unterschiedliches Altersprofil. So war von den Rehabilitanden der gesetzlichen Krankenversicherung gut die Hälfte — nämlich 364 000 von insgesamt 723 000 Personen — 65 Jahre oder älter, weitere 18 % waren zwischen 55 und



65 Jahre alt. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen betrug 3 % und der Anteil der im Alter zwischen 18 und 55 Jahren stehenden knapp 28 %.

Die Rehabilitanden der übrigen Bereiche zeigen eine andere Altersverteilung. Während von den Rehabilitanden der Unfallversicherung und der Rentenversicherung jeweils zwei Drittel zwischen 18 und 55 Jahre alt waren, betrug der Anteil dieser Altersgruppe bei der Sozialhilfe 54 % und bei der Arbeitsförderung sogar 80 %. Auch steht bei diesen Rehabilitationsträgern Hilfe für junge Menschen stärker im Vordergrund: Von den Rehabilitanden der Unfallversicherung waren 13 % jünger als 18 Jahre, bei der Arbeitsförderung waren es 14 % und bei der Sozialhilfe 41 %. Lediglich die gesetzliche Rentenversicherung und die Kriegsopferversorgung sowie -fürsorge zeigen mit 2,5

Tabelle 2: Rehabilitanden 1983 nach Geschlecht, Altersgruppen und Art der Maßnahme

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ¹⁾		Rehabilitationsmaßnahmen				Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Männlich								
unter 18	52 062	5,9	27 050	3,8	12 507	9,2	13 028	26,6
18-25	62 359	7,0	27 455	3,9	29 165	21,3	6 281	12,8
25-35	78 839	8,9	50 478	7,1	24 031	17,6	5 006	10,2
35-45	130 803	14,7	99 975	14,1	29 246	21,4	2 502	5,1
45-55	208 818	23,5	178 440	25,3	29 305	21,4	2 170	4,4
55-65	200 598	22,6	177 286	25,1	12 261	9,0	12 021	24,6
65 und mehr	153 923	17,3	145 916	20,7	154	0,1	7 902	16,2
Zusammen	887 402	100	706 600	100	136 669	100	48 910	100
Weiblich								
unter 18	38 074	5,3	21 406	3,3	8 655	17,2	8 438	35,4
18-25	39 530	5,5	17 864	2,7	17 342	34,6	4 531	19,0
25-35	45 238	6,2	33 735	5,2	8 064	16,1	3 569	15,0
35-45	77 338	10,7	68 933	10,6	6 793	13,5	1 725	7,2
45-55	127 024	17,5	119 610	18,3	6 474	12,9	1 075	4,5
55-65	138 202	19,1	134 356	20,6	2 841	5,7	1 087	4,6
65 und mehr	259 541	35,8	256 105	39,3	24	0,0	3 419	14,3
Zusammen	724 947	100	652 009	100	50 193	100	23 844	100
Insgesamt								
unter 18	90 136	5,6	48 456	3,6	21 162	11,3	21 466	29,5
18-25	101 889	6,3	45 319	3,3	46 507	24,9	10 812	14,9
25-35	124 077	7,7	84 213	6,2	32 095	17,2	8 575	11,8
35-45	208 141	12,9	168 908	12,4	36 039	19,3	4 227	5,8
45-55	335 842	20,8	298 050	21,9	35 779	19,1	3 245	4,5
55-65	338 800	21,0	311 642	22,9	15 102	8,1	13 108	18,0
65 und mehr	413 464	25,6	402 021	29,6	178	0,1	11 321	15,6
Insgesamt	1 612 349	100	1 358 609	100	186 862	100	72 754	100

¹⁾ Ohne Mehrfachzählung.

bzw. 0,2 % noch weitaus niedrigere Anteilswerte als die Krankenversicherung.

Die 55- bis unter 65jährigen Rehabilitanden sind bei der gesetzlichen Unfallversicherung mit einem Anteil von 14 %, bei der Rentenversicherung von 28 %, bei der Kriegsopferversorgung und -fürsorge von 53 %, bei der Arbeitsförderung von 6 % und bei der Sozialhilfe von 2,5 % vertreten.

Rehabilitation bei Personen im Alter von 65 Jahren und darüber findet außer bei der Krankenversicherung bei den meisten Trägern nur in geringem Umfang statt: In diesem Alter standen bei der Unfallversicherung 6 % der Rehabilitanden, bei der Rentenversicherung 3 % und bei der Sozialhilfe 2 %. Lediglich bei der Kriegsopferversorgung und -fürsorge gab es mit 41 % einen wesentlich höheren Anteil, der jedoch gleichfalls unter dem entsprechenden Anteil bei der Krankenversicherung lag und im übrigen mit knapp 26 000 Rehabilitanden einen wesentlich kleineren Personenkreis betraf.

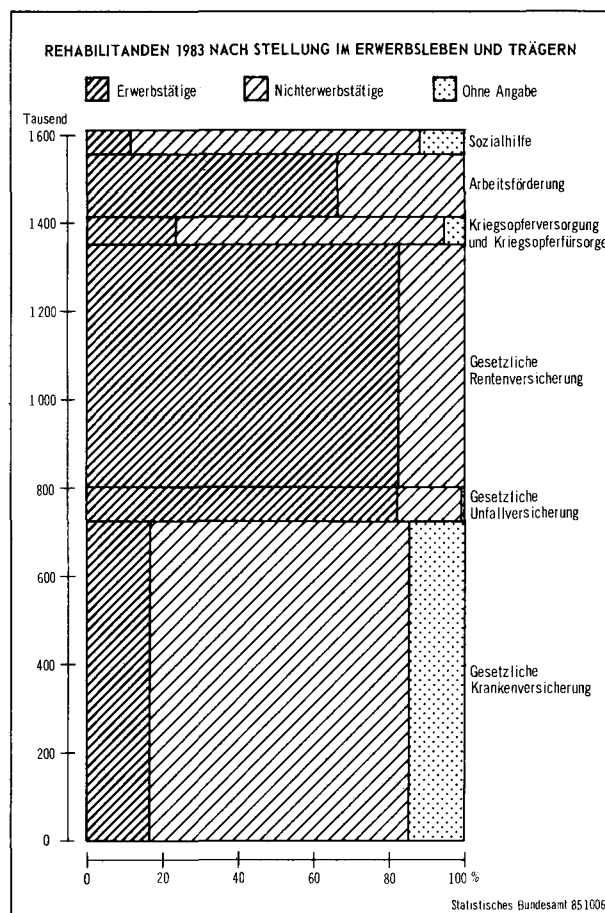
1.3 Rehabilitanden nach dem Geschlecht

Von den 1,612 Mill. Rehabilitanden waren im Berichtsjahr 887 400 (55 %) männlich und 725 000 (45 %) weiblich. Auch bei den meisten Rehabilitationsträgern überwogen die männlichen Rehabilitanden; besonders stark ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei der Kriegsopferversorgung und -fürsorge — hier gab es neunmal so viele männliche wie weibliche Rehabilitanden —, ferner bei der Unfallversicherung mit einer dreimal höheren Zahl männlicher als weiblicher Rehabilitanden. Von den Trägern der Arbeitsförderung wurden mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen rehabilitiert. Sogar bei den von der Sozialhilfe betreuten Rehabilitanden waren die Männer in der Überzahl; das Verhältnis betrug 3:2. Während bei der Rentenversicherung der Arbeiter ebenfalls noch mehr Männer als Frauen Rehabilitationsmaßnahmen in Anspruch nahmen, und zwar doppelt so viele Männer wie Frauen, überstieg dagegen bei der Rentenversicherung der Angestellten die Zahl der weiblichen Rehabilitanden diejenige der männlichen um 15 %. Einen besonders hohen Frauenanteil hatten die Rehabilitanden der Krankenversicherung; hier lag die Zahl der weiblichen Rehabilitanden um ein Drittel über derjenigen der männlichen. Von dieser hohen Zahl der von der Krankenversicherung gemeldeten weiblichen Rehabilitanden wird das Gesamtergebnis stark beeinflusst. Die Anteile der Geschlechter sind dadurch mit 55 und 45 % nunmehr einander stark angenähert, nachdem noch 1981 die Rehabilitationsstatistik — ohne die Beteiligung der Krankenversicherung und der Sozialhilfe — ein wesentlich stärkeres Überwiegen der Männer (64 %) verzeichnet hatte.

1.4 Rehabilitanden nach der Stellung im Erwerbsleben und Beruf

Auch der Anteil der Erwerbstätigen unter den Rehabilitanden ist bei den Rehabilitationsträgern sehr verschieden: Rehabilitationsträger mit einem hohen Anteil erwerbstätiger Rehabilitanden sind die Unfallversicherung (82,4 %), die Rentenversicherung (82,7 %) und die Arbeitsförderung (66,5 %). Unter den Rehabilitanden der übrigen drei Reha-

Schaubild 3



bilitationsträger gibt es nur einen geringen Anteil Erwerbstätiger: Er betrug bei der Kriegsopferversorgung und -fürsorge 23,6 %, bei der Krankenversicherung 16,9 % und bei der Sozialhilfe 11,9 %.

Wegen der großen Zahl von Rehabilitanden bei der Krankenversicherung bestimmt der niedrige Anteil Erwerbstätiger bei diesem Rehabilitationsträger auch die Gesamtverteilung. So waren von den 1,612 Mill. Rehabilitanden des Jahres 1983 nur 760 000 bzw. 47,1 % erwerbstätig; von diesen wiederum waren knapp drei Fünftel Arbeiter und ein Drittel Angestellte. Die übrigen Gruppen Erwerbstätiger kamen nur in geringem Umfang vor. Ausdrücklich als nichterwerbstätig gemeldet wurden 735 000 Rehabilitanden (45,6 %); daneben gab es 117 000 (7,3 %) Personen ohne Angabe, die fast ausschließlich von der Krankenversicherung gemeldet wurden.

Bei den 186 900 Rehabilitanden mit berufsfördernden Maßnahmen wurde auch die Stellung zum Erwerbsleben und gegebenenfalls im Beruf vor und nach der Rehabilitation registriert; dabei sind zum Zweck der statistischen Erfassung die Berufe nach Berufsabschnitten — entsprechend der Klassifizierung der Berufe³⁾ — zusammengefaßt. Von den Rehabilitanden, denen berufsfördernde Maßnahmen zuteil wurden, waren vor der Rehabilitationsmaß-

³⁾ Klassifizierung der Berufe, Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen, Ausgabe 1975.

Tabelle 3: Rehabilitanden 1983 nach Stellung in Erwerbsleben und Beruf sowie nach Trägern der Maßnahme

Träger der Rehabilitationsmaßnahme	Erwerbstätige Rehabilitanden														Nichterwerbstätige Rehabilitanden				Ohne Angabe	
	Rehabilitanden insgesamt		zu- sam- men		Selbständi- ge außerhalb der Land- wirtschaft		Land- wirte ¹⁾		Ange- stellte, Beamte, Richter		Arbeiter ²⁾		Sonstige ³⁾		zu- sam- men		dar. Haus- frauen, Rentner, Pensionäre, Arbeitslose sowie Straf- gefangene			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Gesetzliche																				
Krankenversicherung	723 374	44,9	122 611	16,1	95	0,6	3 982	15,3	33 287	13,3	84 059	18,6	1 188	6,7	493 742	67,2	481 835	76,0	107 021	91,5
davon:																				
Ortskrankenkassen	360 592	22,4	57 441	7,6	—	—	—	—	6 495	2,6	50 946	11,3	—	—	231 763	31,5	229 567	36,2	71 388	61,0
Betriebskrankenkassen	110 758	6,9	22 803	3,0	—	—	—	—	2 373	0,9	20 430	4,5	—	—	80 424	10,9	80 125	12,6	7 531	6,4
Innungskrankenkassen	33 410	2,1	9 226	1,2	95	0,6	7	0,0	642	0,3	7 299	1,6	1 183	6,6	22 569	3,1	30 392	3,2	1 615	1,4
Landwirtschaftliche																				
Krankenkassen	24 461	1,5	3 975	0,5	—	—	3 975	15,3	—	—	—	—	—	—	16 407	2,2	15 178	2,4	4 079	3,5
See-Krankenkasse	1 695	0,1	403	0,1	—	—	—	—	105	0,0	298	0,1	—	—	1 285	0,2	1 208	0,2	7	0,0
Bundesknappschaft	47 198	2,9	3 612	0,5	—	—	—	—	592	0,2	3 019	0,7	1	0,0	43 018	5,9	42 356	6,7	568	0,5
Ersatzkassen für Arbeiter	5 071	0,3	1 103	0,1	—	—	—	—	136	0,1	966	0,2	1	0,0	3 691	0,5	3 368	0,5	277	0,2
Ersatzkassen für Angestellte	140 189	8,7	24 048	3,2	—	—	—	—	22 944	9,2	1 101	0,2	3	0,0	94 585	12,9	89 641	14,1	21 556	18,4
Gesetzliche																				
Unfallversicherung	76 977	4,8	63 435	8,3	2 414	16,4	8 311	31,9	7 541	3,0	40 975	9,1	4 194	23,5	13 097	1,8	2 195	0,3	445	0,4
davon:																				
Gewerbliche Berufs- genossenschaften	51 779	3,2	49 490	6,5	2 386	16,2	91	0,3	6 055	2,4	37 603	8,3	3 355	18,8	1 909	0,3	1 585	0,3	380	0,3
Landwirtschaftliche Be- rufsgenossenschaften	10 084	0,6	9 552	1,3	13	0,1	8 204	31,5	72	0,0	1 131	0,3	132	0,7	523	0,1	385	0,1	9	0,0
Gemeinde-Unfall- versicherungsverbände	11 121	0,7	2 319	0,3	5	0,0	11	0,0	725	0,3	1 027	0,2	551	3,1	8 769	1,2	122	0,0	33	0,0
Feuerwehrunfallkassen	46	0,0	39	0,0	5	0,0	3	0,0	9	0,0	17	0,0	5	0,0	6	0,0	—	—	1	0,0
Ausführungsbehörden für:																				
Unfallversicherung des Bundes	1 088	0,1	1 008	0,1	—	—	—	—	212	0,1	733	0,2	63	0,4	73	0,0	72	0,0	7	0,0
Unfallversicherung der Länder	2 073	0,1	922	0,1	4	0,0	2	0,0	433	0,2	407	0,1	56	0,3	1 157	0,2	29	0,0	14	0,0
Unfallversicherung der Gemeinden	786	0,0	125	0,0	1	0,0	—	—	35	0,0	57	0,0	32	0,2	660	0,1	2	0,0	1	0,0
Gesetzliche																				
Rentenversicherung	550 138	34,1	455 163	59,8	10 332	70,0	12 957	49,7	182 202	72,8	247 071	54,8	2 601	14,6	94 908	12,9	83 216	13,1	67	0,1
davon:																				
Rentenversicherung der Arbeiter	304 575	18,9	249 295	32,8	5 461	37,0	—	—	2 257	0,9	239 783	53,2	1 794	10,1	55 280	7,5	47 273	7,5	—	—
Rentenversicherung der Angestellten	219 849	13,6	183 864	24,2	4 850	32,9	—	—	177 733	71,0	508	0,1	773	4,3	35 985	4,9	33 515	5,3	—	—
Bundesknappschaft	11 561	0,7	9 040	1,2	17	0,1	—	—	2 212	0,9	6 780	1,5	31	0,2	2 521	0,3	2 349	0,4	—	—
Altershilfe für Landwirte	14 153	0,9	12 964	1,7	4	0,0	12 957	49,7	—	—	—	—	3	0,0	1 122	0,2	79	0,0	67	0,1
Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge	62 233	3,9	14 684	1,9	880	6,0	447	1,7	8 556	3,4	4 231	0,9	570	3,2	44 189	6,0	43 970	6,9	3 360	2,9
davon:																				
Kriegsopferversorgung	36 819	2,3	8 916	1,2	683	4,6	188	0,7	5 840	2,3	2 117	0,5	88	0,5	25 442	3,5	25 400	4,0	2 461	2,1
Kriegsopferfürsorge	25 414	1,6	5 768	0,8	197	1,3	259	1,0	2 716	1,1	2 114	0,5	482	2,7	18 747	2,5	18 570	2,9	899	0,8
Arbeitsförderung	147 308	9,1	97 959	12,9	978	6,6	257	1,0	18 359	7,3	73 223	16,2	5 142	28,8	49 349	6,7	7 461	1,2	—	—
Sozialhilfe	52 319	3,2	6 236	0,8	52	0,4	110	0,4	457	0,2	1 479	0,3	4 138	23,2	39 991	5,4	15 161	2,4	6 092	5,2
Insgesamt	1 612 349	100	760 088	100	14 751	100	26 064	100	250 402	100	451 038	100	17 833	100	735 276	100	633 838	100	116 985	100

¹⁾ Einschl. Mithelfender Familienangehöriger. — ²⁾ Einschl. Arbeiter in der Landwirtschaft, jedoch ohne Heimarbeiter. — ³⁾ Auszubildende, Heimarbeiter, Beschäftigte in einer Werkstatt für Behinderte, Berufssoldaten, Ordensbrüder, Nonnen.

nahme 127 700 oder 68,4 % erwerbstätig und die übrigen 59 120 oder 31,6 % nicht erwerbstätig. Von den Erwerbstätigen waren nach Abschluß der Rehabilitation 82,0 % im gleichen Berufsabschnitt, 17,0 % in einem anderen tätig; knapp 1 % kehrte nach Beendigung der Rehabilitationsmaßnahme nicht ins Erwerbsleben zurück. Von den Berufsabschnitten, deren Berufstätige durch die Rehabilitationsmaßnahme in überdurchschnittlichem Umfang in einen anderen Berufsabschnitt umgesetzt wurden, seien die Schlosser, Mechaniker und zugeordneten Berufe, ferner die Elektriker, die Ernährungsberufe, die Tischler und Modellbauer, die Warenkaufleute und die allgemeinen Dienstleistungsberufe erwähnt (siehe Tabelle 4, S. 826). Von den Nichterwerbstätigen fanden durch die Rehabilitationsmaßnahme 32,4 % Zugang zum Erwerbsleben, die übrigen 67,6 % blieben weiterhin nichterwerbstätig.

1.5 Rehabilitanden nach Familienstand und Ausländereigenschaft

Als weiteres persönliches Merkmal wurde der Familienstand der Rehabilitanden erfaßt. Nach den Angaben der Rehabilitationsträger war dies bei 214 000 Personen mangels Angaben nicht möglich; 831 000 Rehabilitanden waren verheiratet und 568 000 unverheiratet. Unter den Männern war der Anteil der Verheirateten mit 68,2 % wesentlich höher als bei den Frauen mit 47,8 %.

Die im Jahr 1983 gewährten Rehabilitationsmaßnahmen betrafen fast durchweg deutsche Staatsangehörige. Nur knapp 73 000 waren Ausländer, die hauptsächlich von der Krankenversicherung (34 000) und von der Rentenversicherung (21 000) betreut wurden.

Tabelle 4: Rehabilitanden berufsfördernder Maßnahmen 1983 nach Berufsabschnitt vor der Rehabilitationsmaßnahme und durch diese bedingte Veränderung

Berufsabschnitt ¹⁾	Insgesamt			
	zusammen	davon nach der Rehabilitationsmaßnahme		
		mit gleichem Berufsabschnitt	mit anderem Berufsabschnitt	nicht erwerbstätig
Anzahl	%			
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	2 457	79,6	19,0	1,4
Bergleute, Mineralgewinner	1 722	91,5	8,1	0,4
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	568	80,6	18,7	0,7
Keramiker, Glasmacher	478	85,8	13,8	
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	1 398	83,2	16,2	0,4
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	1 358	81,1	17,7	1,2
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	649	84,3	15,4	0,3
Metallerzeuger, -bearbeiter	4 403	79,8	19,3	0,9
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	13 779	75,7	22,9	1,4
Elektriker	3 614	77,0	21,3	1,8
Montierer und Metallberufe, anderweitig nicht genannt	3 070	82,5	17,1	0,4
Textil- und Bekleidungsberufe	2 163	83,9	15,3	0,8
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	524	85,9	13,9	0,2
Ernährungsberufe	5 728	75,9	22,9	1,3
Bauberufe	13 380	83,3	15,7	1,0
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	2 789	79,2	19,8	1,0
Tischler, Modellbauer	2 506	77,8	20,4	1,8
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	2 813	80,0	19,2	0,8
Warenprüfer, Versandfertigmacher	1 825	86,3	13,3	0,4
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	6 600	84,7	15,0	0,4
Maschinisten und zugehörige Berufe	1 892	84,5	15,1	0,3
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	278	84,9	14,4	0,7
Techniker, Technische Sonderfachkräfte	1 924	84,3	14,8	0,9
Warenkaufleute	6 899	77,3	21,8	0,8
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	992	80,8	18,6	0,5
Verkehrsberufe	11 682	84,3	15,2	0,5
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	8 887	93,7	5,7	0,5
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	2 032	82,5	16,4	1,1
Schriftwerkschaffende, schriftwerkordnende sowie künstlerische Berufe	1 155	88,4	10,8	0,8
Gesundheitsdienstberufe	3 079	82,8	15,4	1,9
Sozial- und Erziehungsberufe, anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	1 463	79,3	18,8	1,9
Allgemeine Dienstleistungsberufe	8 330	77,4	21,4	1,2
Sonstige Arbeitskräfte	7 305	87,0	11,9	1,1
Erwerbstätige zusammen	127 742	82,0	17,0	1,0
Nichterwerbstätige ²⁾	59 120	—	32,4	67,6
Insgesamt	186 862	56,1	21,9	22,0

¹⁾Nach der Klassifizierung der Berufe 1975. — ²⁾ Ist in der Klassifizierung der Berufe 1975 nicht enthalten.

1.6 Rehabilitanden nach Art der Behinderung

Die Art der Behinderung kann sowohl im Zusammenhang mit der Maßnahme, auf die sie gerichtet ist, betrachtet werden, als auch im Hinblick auf den Rehabilitanden, der an ihr leidet. In der Rehabilitationsstatistik werden die Behinderungen der Rehabilitanden insofern maßnahmenbezogen erfaßt, als die Rehabilitationsträger die Behinderungen angeben, derentwegen die Maßnahme durchgeführt wird, und zwar ohne Rücksicht auf etwa sonst noch bei einem Rehabilitanden vorliegende Behinderungen, die möglicherweise sogar schwerer sind. Ungeachtet dessen wird im folgenden die Behinderung personenbezogen

dargestellt, da die meisten Ergebnisse in dieser Weise aufbereitet und mehrere Maßnahmen für ein und denselben Rehabilitanden nur dann nachgewiesen werden, wenn sie sich auf die gleiche Behinderung beziehen.

In der Statistik werden insgesamt 37 verschiedene Behinderungsarten auf der Grundlage der ICD⁴⁾ unterschieden, die zum Zwecke einer vereinfachten Darstellung in 14 Gruppen zusammengefaßt wurden.

Danach stehen Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes mit einem Anteil von 22,4 % der Rehabilitanden im Vordergrund; es folgen Krankheiten des Kreislaufsystems mit einem Anteil von 19,5 % und seelische Störungen mit einem Anteil von 14,9 %. Unter den Kreislaufkrankheiten stehen Herzkrankheiten mit einem Anteil von 11,3 % im Vordergrund, unter den seelischen Störungen Psychosen (3,0 %), umschriebene Entwicklungsrückstände (2,5 %) sowie Alkoholabhängigkeit (1,8 %).

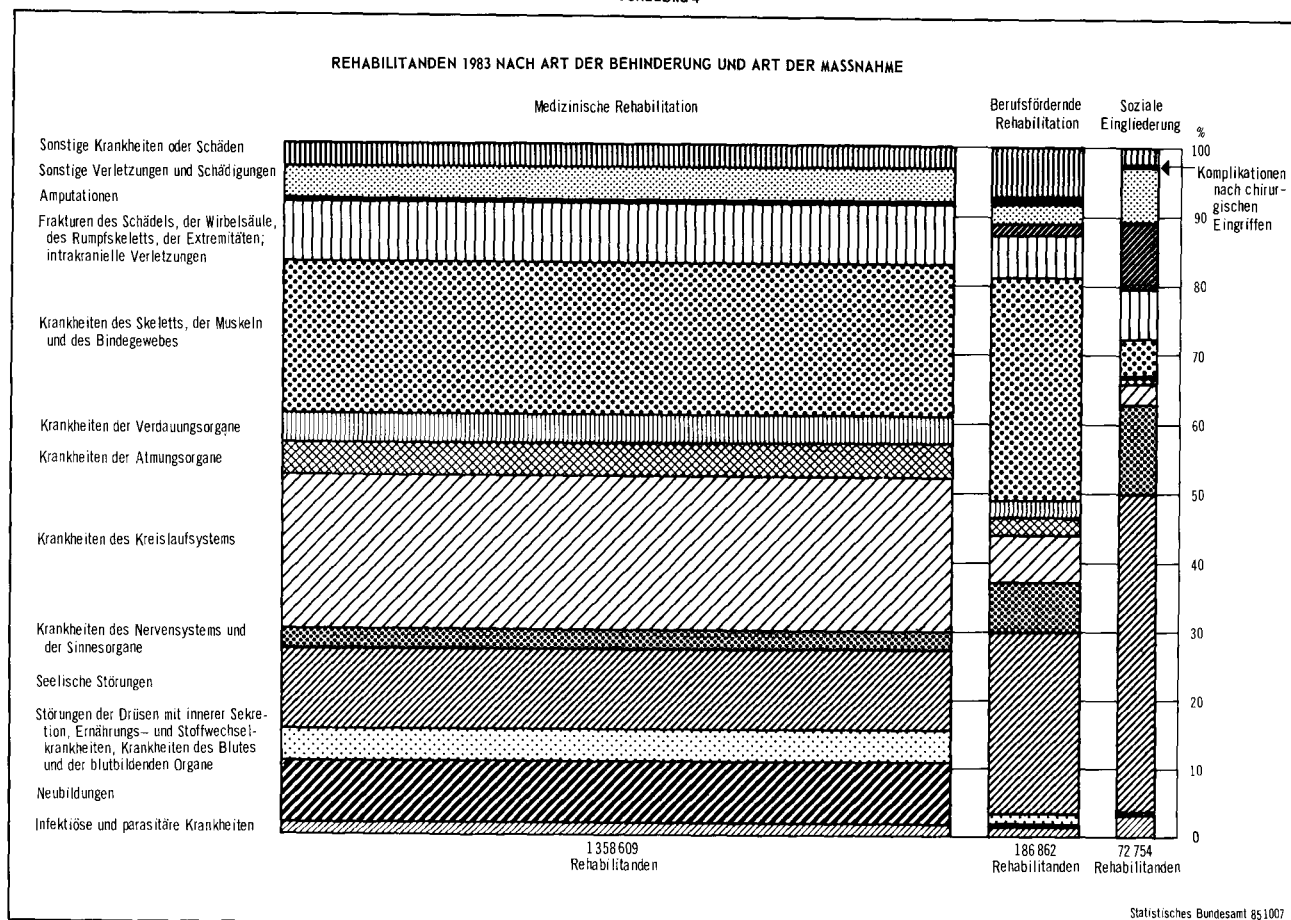
Jeder zwölfte Rehabilitand litt an einer Fraktur des Schädels, der Wirbelsäule, des Rumpfskeletts, der Extremitäten oder an einer intrakraniellen Verletzung, das heißt an einer Verletzung innerhalb des Schädels. Sonstige Verletzungen oder Schädigungen kamen außerdem bei weiteren 4,5 % der Rehabilitanden vor. Einen beträchtlichen Anteil machten auch Rehabilitanden mit Neubildungen (7,5 %) aus, ferner solche, die an Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten sowie Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe litten (4,4 %), und schließlich Rehabilitanden mit Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane (3,8 %).

Abweichende Strukturen zeigen sich bei den Teilnehmern an berufsfördernden Maßnahmen sowie an Maßnahmen zur sozialen Eingliederung. Berufsfördernde Maßnahmen wurden außer Rehabilitanden mit Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes (31,9 %) hauptsächlich seelisch Gestörten (26,5 %) gewährt. Diese Behindertengruppe hatte bei den Maßnahmen zur sozialen Eingliederung sogar einen Anteil von 46,1 % aller Rehabilitanden. Bei der letztgenannten Maßnahmengattung waren auch die Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane überdurchschnittlich häufig (mit 13,0 %) vertreten. Krankheiten des Kreislaufsystems spielen dagegen sowohl bei berufsfördernden Maßnahmen mit einem Anteil von 6,8 % als auch bei den Maßnahmen zur sozialen Eingliederung (2,9 %) eine untergeordnete Rolle. Maßnahmen zur sozialen Eingliederung wurden verhältnismäßig häufig auch bei Rehabilitanden mit einer traumatischen Abtrennung von Gliedmaßen oder Teilen von Gliedmaßen durchgeführt. Jeder zehnte Rehabilitand hatte eine solche Behinderung.

Diese dargestellte Verteilung steht auch im Zusammenhang mit trägerspezifischen Besonderheiten: So waren 54 % der Rehabilitanden der Unfallversicherung von einer Fraktur des Schädels, der Wirbelsäule, des Rumpfskeletts, der Extremitäten oder einer intrakraniellen Verletzung

⁴⁾ Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1979. 9. Revision.

Schaubild 4



betroffen, weitere 38 % durch eine sonstige Verletzung oder Schädigung behindert. Bei den Rehabilitanden der Sozialhilfe litten 73,6 % an einer seelischen Störung.

1.7 Rehabilitanden nach Ursache der Behinderung

Da bei einer Krankheit als Ursache der Behinderung grundsätzlich die Krankheit selbst als Ursache gilt, ist

angesichts der dargestellten Verteilung der Rehabilitanden auf die Behinderungsarten Krankheit als Ursache der Behinderung am häufigsten gemeldet worden, nämlich bei 76,2 % der Rehabilitanden; danach folgen Arbeitsunfälle (einschl. Wege- und Betriebswegeunfälle) mit einem Anteil von 5,5 %, häusliche oder nicht näher bezeichnete Unfälle (4,8 %), Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen (3,6 %), angeborene Behinderungen

Tabelle 5: Rehabilitanden 1983 nach Art der Behinderung und Trägern der Maßnahme

Art der Behinderung	Insgesamt	Davon nach Trägern					
		gesetzliche			Kriegsopfer- versorgung und Kriegsopfer- fürsorge	Arbeits- förderung	Sozial- hilfe
		Kranken- versicherung	Unfall- versicherung	Renten- versicherung			
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	28 035	3 423	512	17 896	4 022	1 620	562
Neubildungen	121 576	82 077	—	39 195	113	148	43
Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten, Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	70 342	43 750	—	23 455	292	2 644	201
Seelische Störungen	239 927	77 794	1	75 803	1 338	46 475	38 516
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	80 810	26 767	271	9 140	6 347	11 150	7 135
Krankheiten des Kreislaufsystems	314 942	209 181	31	93 743	3 165	8 356	466
Krankheiten der Atmungsorgane	69 041	21 850	1 938	40 237	1 383	3 572	61
Krankheiten der Verdauungsorgane	61 263	31 469	7	25 582	1 060	3 114	31
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	360 888	104 718	153	201 014	6 332	45 868	2 803
Schädelfraktur, Frakturen der Wirbelsäule, des Rumpfskeletts, der Extremitäten; intrakranielle Verletzungen	129 369	71 518	41 413	5 228	4 554	6 197	459
Traumatische Abtrennung von Gliedmaßen oder Teilen von Gliedmaßen (Amputationen)	17 143	411	2 680	220	12 263	1 462	107
Sonstige Verletzungen und Schädigungen	72 868	18 270	29 024	1 293	20 128	3 924	229
Komplikationen nach chirurgischen Eingriffen (einschließlich postoperative Zustände)	1 404	222	1	52	97	983	49
Sonstige Krankheiten oder Schäden	64 741	31 924	946	17 280	1 139	11 795	1 657
Insgesamt	1 612 349	723 374	76 977	550 138	62 233	147 308	52 319

Tabelle 6: Rehabilitanden 1983 nach Art der Behinderung und Art der Maßnahme

Art der Behinderung	Insgesamt ¹⁾		Medizinische		Berufsfördernde		Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	
	Rehabilitationsmaßnahmen							
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	28 035	1,7	23 351	1,7	2 478	1,3	2 291	3,1
Neubildungen	121 576	7,5	121 155	8,9	394	0,2	30	0,0
Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselfunktionen, Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	70 342	4,4	66 749	4,9	3 202	1,7	400	0,5
Seelische Störungen	239 927	14,9	157 422	11,6	49 564	26,5	33 510	46,1
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	60 810	3,8	38 177	2,8	13 382	7,2	9 456	13,0
Krankheiten des Kreislaufsystems	314 942	19,5	300 264	22,1	12 623	6,8	2 084	2,9
Krankheiten der Atmungsorgane	69 041	4,3	63 642	4,7	4 841	2,6	573	0,8
Krankheiten der Verdauungsorgane	61 263	3,8	56 533	4,2	4 574	2,4	167	0,2
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	360 888	22,4	297 499	21,9	59 621	31,9	3 909	5,4
Schädelfraktur, Frakturen der Wirbelsäule, des Rumpfskeletts, der Extremitäten; intrakranielle Verletzungen	129 369	8,0	114 814	8,5	12 007	6,4	5 472	7,5
Traumatische Abtrennung von Gliedmaßen oder Teilen von Gliedmaßen (Amputationen)	17 143	1,1	7 064	0,5	3 448	1,8	7 285	10,0
Sonstige Verletzungen und Schädigungen	72 868	4,5	62 285	4,6	6 389	3,4	5 372	7,4
Komplikationen nach chirurgischen Eingriffen (einschl. postoperative Zustände)	1 404	0,1	295	0,0	1 001	0,5	110	0,2
Sonstige Krankheiten oder Schäden	64 741	4,0	49 359	3,6	13 338	7,1	2 095	2,9
Insgesamt	1 612 349	100	1 358 609	100	186 862	100	72 754	100

¹⁾ Ohne Mehrfachzählung.

(2,9 %), Verkehrsunfälle (1,1 %) sowie Berufskrankheiten (0,6 %). Arbeitsunfälle waren bei Männern wesentlich häufiger als bei Frauen (7,7 gegenüber 2,8 %); Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen kamen fast nur bei Männern vor. Behinderungen infolge häuslicher oder

ter der Voraussetzung erfolgt, daß die Maßnahmen vom selben Träger durchgeführt werden. Auch dieses — eingeschränkte — Prinzip kann von der Krankenversicherung und der Kriegsoferversorgung nicht realisiert werden; beide Träger können nämlich für eine Person nur jeweils eine einzige durchgeführte Maßnahme mitteilen. Aber auch bei den übrigen Trägern lag der Durchschnitt der Rehabilitationsmaßnahmen je Rehabilitanden kaum über 1; am höchsten noch bei der Unfallversicherung und bei der Kriegsoferversorgung mit jeweils 1,2. Die strukturelle Gliederung der Maßnahmen nach Art des Trägers sowie Art der Maßnahmen gleicht daher weitgehend derjenigen der Rehabilitanden; es erübrigt sich deshalb, hierauf im einzelnen nochmals einzugehen.⁵⁾

Es sei lediglich angemerkt, daß bedingt durch unterschiedliche Zuständigkeiten der Träger berufsfördernde Maßnahmen nur von der Unfallversicherung, der Rentenversicherung, der Kriegsoferversorgung, der Arbeitsförderung und der Sozialhilfe mitgeteilt wurden, Maßnahmen zur sozialen Eingliederung lediglich von der Unfallversicherung, von der Kriegsoferversorgung und von der Sozialhilfe. Medizinische Rehabilitationen wurden mit Ausnahme der Kriegsoferversorgung und der Arbeitsförderung von allen Trägern gemeldet.

Tabelle 7: Rehabilitanden 1983 nach Ursache der Behinderung und Geschlecht

Ursache der Behinderung	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Angeborene Behinderung	46 021	2,9	26 041	2,9	19 980	2,8
Arbeitsunfall, einschließlich Wege- und Betriebswegeunfall	88 274	5,5	68 043	7,7	20 231	2,8
Verkehrsunfall	17 298	1,1	11 709	1,3	5 589	0,8
Häuslicher, sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	77 578	4,8	29 174	3,3	48 404	6,7
Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	58 111	3,6	56 172	6,3	1 939	0,3
Berufskrankheit	9 471	0,6	5 908	0,7	3 563	0,5
Sonstige Krankheit einschließlich Impfschaden	1 228 218	76,2	638 006	71,9	590 212	81,4
Sonstige Ursache oder mehrere Ursachen	87 378	5,4	52 349	5,9	35 029	4,8
Insgesamt	1 612 349	100	887 402	100	724 947	100

sonstiger nicht näher bezeichneter Unfälle traten dagegen bei Frauen wesentlich häufiger auf als bei Männern (6,7 gegenüber 3,3 %). Ähnliches gilt für die Anteile krankheitsbedingter Behinderungen: 81,4 % bei Frauen, aber nur 71,9 % bei Männern.

2 Rehabilitationsmaßnahmen

Für die 1,612 Mill. Rehabilitanden wurden 1983 1,671 Mill. Rehabilitationsmaßnahmen durchgeführt; auf den einzelnen Rehabilitanden entfiel damit im Durchschnitt rein rechnerisch etwas mehr als eine Rehabilitationsmaßnahme. Bei dieser Feststellung ist allerdings zu beachten, daß entgegen der ursprünglichen Absicht in der Rehabilitationsstatistik eine Zusammenführung verschiedener Maßnahmen, die denselben Rehabilitanden betreffen, nur un-

2.1 Rehabilitationsmaßnahmen nach Art und Dauer

Bei den medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen werden in der Statistik stationäre Behandlung, sonstige Maßnahmen sowie die Kombination beider Maßnahmen unterschieden. Bei den letztgenannten handelt es sich um Maßnahmen der Belastungserprobung oder der Arbeitstherapie. Gemeldet wurden fast ausschließlich stationäre Behandlungen, nämlich 1 356 000 von insgesamt 1 383 000. Sonstige Maßnahmen allein kamen nur bei knapp 22 000 Rehabilitanden vor, eine Maßnahmenkombination von stationärer Behandlung mit sonstigen Maßnahmen nur bei 4 400 Rehabilitanden.

⁵⁾ Bei der Rentenversicherung, die ihre Statistik 1982 umgestellt und im Zusammenhang damit die personenbezogene Erfassung von Rehabilitationsmaßnahmen begonnen hat, ist für die Zukunft mit einer höheren „Zusammenführungsquote“ zu rechnen.

Tabelle 8: Rehabilitanden und Rehabilitationsmaßnahmen 1983 nach Trägern und Art der Maßnahme

Träger der Rehabilitationsmaßnahme	Rehabilitanden				Rehabilitationsmaßnahmen							
	insgesamt ¹⁾	und zwar mit			zusammen	Anzahl			je Rehabilitand			
		medizinischen	berufsfördernden	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung		Rehabilitationsmaßnahmen	berufsfördernde	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	zusammen	medizinische Rehabilitationsmaßnahmen	berufsfördernde	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung
Gesetzliche Krankenversicherung												
Ortskrankenkassen	360 592	360 592	—	—	360 592	360 592	—	—	1,0	1,0	—	—
Betriebskrankenkassen	110 758	110 758	—	—	110 758	110 758	—	—	1,0	1,0	—	—
Innungskrankenkassen	33 410	33 410	—	—	33 496	33 496	—	—	1,0	1,0	—	—
Landwirtschaftliche Krankenkassen	24 461	24 461	—	—	24 461	24 461	—	—	1,0	1,0	—	—
See-Krankenkasse	1 695	1 695	—	—	1 695	1 695	—	—	1,0	1,0	—	—
Bundesknappschaft	47 198	47 198	—	—	47 198	47 198	—	—	1,0	1,0	—	—
Ersatzkassen für Arbeiter	5 071	5 071	—	—	5 071	5 071	—	—	1,0	1,0	—	—
Ersatzkassen für Angestellte	140 189	140 189	—	—	140 189	140 189	—	—	1,0	1,0	—	—
Zusammen	723 374	723 374	—	—	723 460	723 460	—	—	1,0	1,0	—	—
Gesetzliche Unfallversicherung												
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	51 779	45 454	8 202	1 363	64 924	54 088	9 274	1 562	1,3	1,2	1,1	1,1
Landwirtschaftl. Berufsgenossenschaften	10 084	9 928	153	13	10 622	10 447	162	13	1,1	1,1	1,1	1,0
Gemeinde-Unfallversicherungsverbände	11 121	9 228	85	2 774	12 705	9 719	105	2 881	1,1	1,1	1,2	1,0
Feuerwehrunfallkassen	46	45	1	—	46	45	1	—	1,0	1,0	1,0	—
Ausführungsbehörden für Unfallversicherung des Bundes	1 088	971	15	107	1 206	1 081	15	110	1,1	1,1	1,0	1,0
Ausführungsbehörden für Unfallversicherung der Länder	2 073	1 942	35	139	2 322	2 135	37	150	1,1	1,1	1,1	1,1
Ausführungsbehörden für Unfallversicherung der Gemeinden	786	660	4	176	883	696	4	183	1,1	1,1	1,0	1,0
Zusammen	76 977	68 228	8 495	4 572	92 708	78 211	9 598	4 899	1,2	1,1	1,1	1,1
Gesetzliche Rentenversicherung												
Rentenversicherung der Arbeiter	304 575	283 886	20 863	—	319 743	297 742	22 001	—	1,0	1,0	1,1	—
Rentenversicherung der Angestellten	219 849	215 247	4 603	—	220 263	215 280	4 983	—	1,0	1,0	1,1	—
Bundesknappschaft	11 561	10 433	1 129	—	12 319	11 188	1 131	—	1,1	1,1	1,0	—
Altershilfe für Landwirte	14 153	14 153	—	—	14 164	14 164	—	—	1,0	1,0	—	—
Zusammen	550 138	523 719	26 595	—	566 489	538 374	28 115	—	1,0	1,0	1,1	—
Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge												
Kriegsopferversorgung	36 819	36 819	—	—	37 025	37 025	—	—	1,0	1,0	—	—
Kriegsopferfürsorge	25 414	—	2 633	23 531	30 489	—	2 777	27 712	1,2	—	1,1	1,2
Zusammen	62 233	36 819	2 633	23 531	67 514	37 025	2 777	27 712	1,1	1,0	1,1	1,2
Arbeitsförderung	147 308	—	147 308	—	165 297	—	165 297	—	1,1	—	1,1	—
Sozialhilfe	52 319	6 469	1 831	44 651	55 549	6 819	1 839	46 891	1,1	1,1	1,0	1,1
Insgesamt	1 612 349	1 358 609	186 862	72 754	1 671 017	1 383 889	207 626	79 502	1,0	1,0	1,1	1,1

¹⁾ Ohne Mehrfachzählung.

Unter den insgesamt gemeldeten 205 700 berufsfördernden Maßnahmen gab es 141 700 Hilfen zur Erlangung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes; unter den übrigen, der Zahl nach wesentlich geringeren Maßnahmen sind 12 600 Ausbildungs-, 17 900 Umschulungs- und 1 900 Fortbildungsmaßnahmen zu erwähnen. Der Berufsfindung und Arbeitsprobung dienten 6 500, der Berufsvorbereitung 8 800 Maßnahmen. Außerdem wurden 10 600 Rehabilitanden in einer Werkstatt für Behinderte gefördert.

Bei den Maßnahmen zur sozialen Eingliederung wird zwischen pädagogischen bzw. schulisch-pädagogischen Maßnahmen (24 000), Maßnahmen in einer Werkstatt für Behinderte (15 000) sowie sonstigen Maßnahmen (40 300) unterschieden. Dabei stellen die pädagogischen bzw. schulisch-pädagogischen Maßnahmen Hilfen für Kinder vor Beginn des Schulalters sowie schulbegleitende Hilfen einschließlich der Vorbereitung hierzu dar. Hilfen in Werkstätten für Behinderte, die im Arbeitstrainingsbereich geleistet werden, gelten als berufsfördernde Maßnahmen, Hilfen im Arbeitsbereich als Maßnahmen zur sozialen Eingliederung.

Soweit Maßnahmen in einer Einrichtung mit stationärer oder teilstationärer Betreuung erbracht werden oder in

anderer Weise auf eine bestimmte Dauer angelegt sind, wird diese Dauer auch statistisch ermittelt.

Bei den medizinischen Maßnahmen sind Angaben über die Dauer nur für die stationäre Behandlung mitgeteilt

Tabelle 9: Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen 1983 nach Art und Dauer der Maßnahme

Dauer der Maßnahme	Insgesamt	Davon		
		stationäre Behandlung	sonstige Maßnahme	stationäre Behandlung und sonstige Maßnahme
Medizinische Maßnahmen insgesamt ¹⁾	1 382 513	1 356 318	21 781	4 414
Maßnahmen mit Angabe der Dauer	1 360 575	1 356 162	—	4 413
nach der Dauer				
von ... bis				
unter ... Monate				
unter 2	1 172 635	1 168 640	—	3 995
2 — 3	105 881	105 713	—	168
3 — 6	58 222	58 060	—	162
6 — 9	14 261	14 209	—	52
9 — 12	3 085	3 063	—	22
12 — 24	3 860	3 846	—	14
24 und mehr	2 631	2 631	—	—

¹⁾ Ohne 1 376 weitere Maßnahmen, bei denen eine entsprechende Aufteilung nicht möglich ist.

Tabelle 10: Berufsfördernde Rehabilitationsmaßnahmen 1983
nach Art und Dauer der Maßnahme

Dauer der Maßnahme	Insgesamt	Davon							
		Hilfe zur Erlangung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes	Berufsfindung und Arbeitserprobung	Berufsvorbereitung ¹⁾	Ausbildung	Umschulung	Fortbildung	Maßnahme in einer Werkstatt für Behinderte	sonstige Maßnahme
Berufsfördernde Maßnahmen insgesamt ²⁾	205 706	141 677	6 541	8 789	12 627	17 892	1 884	10 570	5 726
Maßnahmen mit Angabe der Dauer	64 029	—	6 541	8 789	12 627	17 892	1 884	10 570	5 726
nach der Dauer									
von ... bis unter ... Monate									
unter 2	13 113	—	5 863	504	92	660	247	132	5 615
2 — 3	1 200	—	175	443	68	357	109	37	11
3 — 6	5 576	—	390	2 088	203	2 389	211	285	10
6 — 9	2 245	—	14	405	163	1 026	253	378	6
9 — 12	2 938	—	7	1 519	95	971	164	173	9
12 — 24	21 191	—	81	3 551	1 059	8 896	366	7 180	58
24 und mehr	17 766	—	11	279	10 947	3 593	534	2 385	17

¹⁾ Einschl. einer wegen der Behinderung erforderlichen Grundausbildung. — ²⁾ Ohne 1920 weitere Maßnahmen, bei denen eine entsprechende Aufteilung nicht möglich ist.

worden, und zwar für 98 % derartiger Maßnahmen. Für die sonstigen Maßnahmen — Belastungserprobung und Arbeitstherapie — war eine sinnvolle Angabe der Dauer der Maßnahme offensichtlich nicht möglich. Zu 86,2 % dauerten die stationären Behandlungen weniger als zwei Monate; weitere 7,8 % beanspruchten zwei bis drei Monate, und 4,3 % lagen zwischen einem viertel und einem halben Jahr. Länger als ein halbes Jahr dauerten insgesamt nur 1,8 % aller stationären Behandlungen.

Bei den berufsfördernden Maßnahmen war eine sinnvolle Angabe der Dauer nur bei 31,1 % der Hilfen, die zur Erlangung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes bestanden, möglich. Soweit Angaben über die Dauer gemacht werden konnten, stellt sich die Verteilung anders dar als bei den

in einer Werkstatt für Behinderte hin. Unter den Maßnahmen, die der Berufsvorbereitung dienten, waren solche mit einer Dauer zwischen einem viertel und einem halben Jahr sowie zwischen einem und zwei Jahren besonders häufig (23,8 bzw. 40,4 %).

Von überwiegend langer Dauer waren die Maßnahmen zur sozialen Eingliederung: Bei 73,8 % betrug die Dauer dieser Maßnahme mindestens ein Jahr, darunter bei 54,5 % sogar zwei Jahre oder mehr. Außer Betracht bleiben wiederum die „sonstigen Maßnahmen“, die etwa die Hälfte der Maßnahmen zur sozialen Eingliederung ausmachten und für die eine Dauer nicht angegeben wurde.

Tabelle 11: Rehabilitationsmaßnahmen 1983
zur sozialen Eingliederung nach Art und Dauer der Maßnahme

Dauer der Maßnahme	Insgesamt	Davon		
		pädagogische und/oder schulisch-pädagogische Maßnahme	Maßnahme in einer Werkstatt für Behinderte	sonstige Maßnahme
Maßnahmen zur sozialen Eingliederung insgesamt ¹⁾	79 257	23 981	14 984	40 292
Maßnahmen mit Angabe der Dauer	38 959	23 977	14 984	—
nach der Dauer				
von ... bis unter ... Monate				
unter 2	4 368	3 715	653	—
2 — 3	579	491	88	—
3 — 6	2 586	1 923	663	—
6 — 9	1 457	1 195	262	—
9 — 12	1 223	982	241	—
12 — 24	7 530	4 828	2 702	—
24 und mehr	21 216	10 843	10 373	—

¹⁾ Ohne 245 weitere Maßnahmen, bei denen eine entsprechende Aufteilung nicht möglich ist.

medizinischen Maßnahmen. Nur ein Fünftel der berufsfördernden Maßnahmen dauerte weniger als zwei Monate, weitere 18,7 % umfaßten zwei Monate bis zu einem Jahr; 33,1 % erstreckten sich auf ein bis zwei Jahre und 27,7 % auf zwei Jahre oder länger. Von überwiegend kürzerer Dauer waren Hilfen zur Berufsfindung und Arbeitserprobung; besonders lang zogen sich Ausbildungs-, Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen sowie Maßnahmen

2.2 Rehabilitationsmaßnahmen nach dem Ergebnis

Die statistischen Feststellungen über das Ergebnis der Rehabilitationsmaßnahmen leiden darunter, daß es der Krankenversicherung und der Kriegsopferversorgung nicht möglich ist, Aussagen zu allen vorgesehenen Merkmalsausprägungen zu machen; sie können nur darüber berichten, ob ein Patient aus stationärer Heilbehandlung entlassen wurde oder die Maßnahme vorzeitig abgebrochen hat oder ob sie durch seinen Tod beendet wurde. Zum Zwecke einer einheitlichen Darstellung werden die Entlassungen der Merkmalsausprägung „Eingliederung bzw. Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit erreicht“ zugerechnet; Beendigung durch Tod wird unter der Kategorie „Eingliederung im Berichtsjahr aus sonstigen Gründen nicht erreicht“ erfaßt, und lediglich der vorzeitige Abbruch einer Maßnahme ist adäquat in einer hierfür allgemein vorgesehenen Kategorie erfaßbar. Diese die Aussagefähigkeit der Statistik betreffenden Hinweise sind zum Verständnis der nachfolgenden Ergebnisdarstellungen erforderlich. Insbesondere die fehlende Möglichkeit dieser beiden genannten Rehabilitationsträger, „differenziertere“ Feststellungen über das Ergebnis der Maßnahmen zu treffen, hat dazu geführt, daß die Statistik bei 87,9 % der medizinischen Maßnahmen das Ergebnis „Eingliederung bzw. Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit erreicht“ nachweist; während aber die Krankenversicherung und

Tabelle 12: Rehabilitationsmaßnahmen 1983 nach Art und Ergebnis der Maßnahme

Ergebnis der Maßnahme	Insgesamt		Davon					
			medizinische Rehabilitationsmaßnahmen		berufsfördernde		Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Eingliederung bzw. Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit erreicht	1 312 004	78,5	1 216 350	87,9	79 047	38,1	16 607	20,9
Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit möglich	26 431	1,6	—	—	26 431	12,7	—	—
Eingliederung nach medizinischen Maßnahmen möglich	42 391	2,5	39 234	2,8	2 872	1,4	285	0,4
Eingliederung nach berufsfördernden Maßnahmen möglich	37 665	2,3	30 564	2,2	6 713	3,2	388	0,5
Eingliederung nach sozialen Maßnahmen möglich	3 431	0,2	421	0,0	626	0,3	2 384	3,0
Eingliederung aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich	49 256	2,9	47 204	3,4	605	0,3	1 447	1,8
Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit mangels Arbeitsplatz nicht möglich	980	0,1	—	—	980	0,5	—	—
Eingliederung im Berichtsjahr wegen des vorzeitigen Abbruchs der Maßnahme nicht möglich	20 826	1,2	14 577	1,1	5 658	2,7	591	0,7
Eingliederung im Berichtsjahr aus sonstigen Gründen nicht erreicht	117 595	7,0	33 632	2,4	81 803	39,4	2 160	2,7
Maßnahme dauert noch an	48 610	2,9	—	—	—	—	48 610	61,1
Ohne Angabe	11 828	0,7	1 907	0,1	2 891	1,4	7 030	8,8
Insgesamt ...	1 671 017	100	1 383 889	100	207 626	100	79 502	100

die Kriegsoferversorgung, auf die zusammen 55 % der medizinischen Maßnahmen entfielen, entsprechende Quoten von 98,0 bzw. 94,4 % aufwiesen, waren diese bei der Unfallversicherung und bei der Rentenversicherung, die über den vollen Katalog der Merkmalsausprägungen berichten können, mit 71,4 bzw. 76,8 % wesentlich niedriger. Noch niedriger war dieser Anteil bei der Sozialhilfe mit knapp 50 %.

Bei den berufsfördernden Maßnahmen wurde nur für 38,1 % der Maßnahmen die Eingliederung bzw. Fortsetzung oder Aufnahme einer Tätigkeit erreicht, bei weiteren 17,6 % erschien eine Eingliederung — zum Teil nach Durchführung weiterer Maßnahmen — möglich. Nur in wenigen Fällen wurde der Rehabilitationserfolg aus gesundheitlichen Gründen oder wegen eines fehlenden Arbeitsplatzes vereitelt. Auch ein vorzeitiger Abbruch der Maßnahme stand nur bei 2,7 % aller Fälle dem Eingliederungserfolg entgegen. Zahlreich waren dagegen diejenigen Fälle, bei denen eine Eingliederung „aus sonstigen Gründen“ nicht möglich war (39,4 %). Dies wurde fast ausschließlich von der Bundesanstalt für Arbeit gemeldet; dabei handelt es sich um Fälle, bei denen die Arbeitsförderung Eingliederungsvorschläge für einen anderen Träger gemacht hat, ferner um Berufsberatungen, die nicht zu einer weiteren berufsfördernden Maßnahme geführt haben, weil zum Beispiel der Rehabilitand eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen wird, sowie schließlich um Fälle, bei denen wegen mangelnder Eignung oder fehlender Bereitschaft des Rehabilitand-en eine weitere Maßnahme nicht eingeleitet werden konnte.

Die Ergebnisdarstellung der Maßnahmen zur sozialen Eingliederung ist entscheidend durch einen hohen Anteil von sogenannten „Dauerfällen“ (61,1 %) geprägt, die fast ausschließlich von der Sozialhilfe und der Kriegsoferversorgung

gemeldet wurden. Bei weiteren 20,9 % wurde eine Eingliederung erreicht, bei 3,9 % erschien sie — zumeist nach Durchführung weiterer Maßnahmen zur sozialen Eingliederung — möglich. Die Dauermaßnahmen sollen ab 1984 nicht mehr jährlich, sondern erst nach ihrem endgültigen Abschluß gemeldet werden. Damit wird sich bei künftigen Erhebungen die Ergebnisstruktur dieser Maßnahmen anders darstellen.

Dr. Dieter Deininger

Öffentliche Finanzwirtschaft im ersten Halbjahr 1985

Ergebnis der Vierteljährlichen Kassenstatistik

Vorbemerkung

Die Ergebnisse der Vierteljährlichen Kassenstatistik vermitteln ein aktuelles Bild über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Laufe eines Rechnungsjahres. Bei einem kontinuierlichen Haushaltsvollzug ohne gravierende finanzpolitische Änderungen lassen — wie die Erfahrung zeigt — die Ergebnisse des ersten Halbjahres auch Schlüsse auf die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung im gesamten Haushaltsjahr zu. Im Jahr 1984 und im ersten Halbjahr 1985 sind die öffentlichen Haushalte jedoch durch einige finanz- und steuerpolitische Sondereinflüsse geprägt worden, so daß die Halbjahresergebnisse nicht typisch für den weiteren Haushaltsablauf sein dürften.

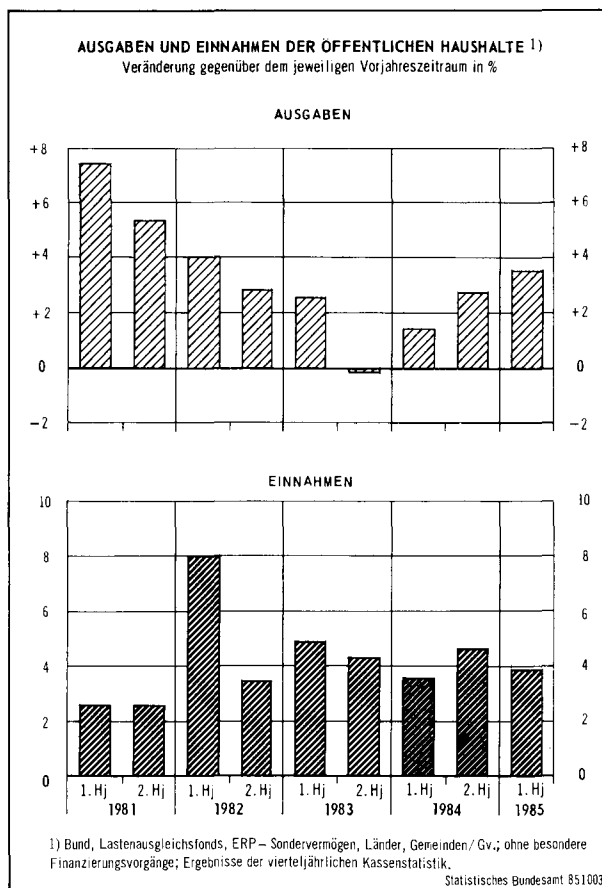
Zum Berichtskreis der Vierteljährlichen Kassenstatistik zählen die Gebietskörperschaften Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) sowie der Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen. Angaben über die öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen werden in der Vierteljährlichen Kassenstatistik nicht erfaßt und sind deshalb nur mit geschätzten Beträgen in das jeweilige Jahresergebnis einbezogen.

Gesamtentwicklung

Nach den vorliegenden Halbjahresdaten haben die öffentlichen Haushalte auch 1985 ihre Politik der Ausgabenbegrenzung fortgesetzt. Mit insgesamt 273,7 Mrd. DM lag das Ausgabevolumen im ersten Halbjahr 1985 um 3,5 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Deutlich unter dieser Zuwachsrate blieben die Länder, aus deren Kassen mit 110,5 Mrd. DM sogar nur 2,9 % mehr als im ersten Halbjahr 1984 abflossen. Trotz einer vorgezogenen Liquiditätshilfe an die Rentenversicherung waren auch die Bundesausgaben von 134,4 Mrd. DM nur um 3,5 % höher als vor Jahresfrist.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände dagegen wurden im ersten Halbjahr 1985 durch erhöhte Unterhaltsaufwendungen für ihr Sachvermögen und ganz besonders durch einen starken Anstieg der Sozialausgaben belastet. Sie hatten deshalb trotz weiterer Reduzierungen bei den Investitionsausgaben um 4,1 % höhere Ausgaben als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres zu verzeichnen und kamen auf insgesamt 63,7 Mrd. DM.

Einnahmen flossen im ersten Halbjahr 1985 in Höhe von 240,9 Mrd. DM in die öffentlichen Kassen, das waren 3,8 %



mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1984. Bei unterschiedlichen Einnahmenschwerpunkten ist der Zuwachs aller Haushaltsebenen prozentual etwa gleich hoch ausgefallen (Bund: + 3,2 % auf 109,3 Mrd. DM; Länder: + 3,5 % auf 102,7 Mrd. DM und Gemeinden/Gv.: + 3,4 % auf 63,9 Mrd. DM). Lediglich beim ERP-Sondervermögen haben sich die Einnahmen aufgrund außergewöhnlich hoher Darlehensrückflüsse im ersten Halbjahr 1985 um über ein Drittel auf 2,1 Mrd. DM erhöht.

Bestimmend für die unterschiedliche Entwicklung der Finanzierungssalden waren in erster Linie die Ausgaben. Während bei den Ländern der geringe Ausgabenanstieg zu einer leichten Verminderung des Finanzierungsdefizits auf 8,3 Mrd. DM führte, ergab sich beim Bund vor allem aufgrund der erwähnten Sonderzahlungen an die Rentenversicherung im ersten Halbjahr 1985 eine Verschlechterung um über 1 Mrd. DM auf knapp 25 Mrd. DM. Bei den Gemeinden/Gv. schmolz der im Vorjahr erstmals positive Finanzierungsüberschuß inzwischen wieder auf 159,6 Mill. DM zusammen. Durch die außergewöhnlich günstige Kassenlage beim ERP-Sondervermögen (Finanzierungssaldo im 1. Halbjahr 1984: — 847 Mill. DM; 1. Halbjahr 1985: + 31 Mill. DM) ergab sich schließlich für die öffentlichen Haushalte zusammen im Berichtszeitraum nur eine relativ geringe Erhöhung des Finanzierungsdefizits um knapp eine halbe Milliarde auf insgesamt 33,2 Mrd. DM.

Zur Deckung der Finanzierungslücke standen im ersten Halbjahr 1985 25,3 Mrd. DM aus Kreditmarktmitteln (nach Abzug der Schuldentilgungen von 46,7 Mrd. DM) zur Verfügung. Die Länder und die Gemeinden/Gv. setzten einen

Tabelle 1: Ausgaben und Einnahmen nach Arten und Körperschaftsgruppen

Mill. DM

Ausgabe-/Einnahmeart	Insgesamt		Bund		Lastenausgleichs- fonds		ERP- Sondervermögen		Länder		Gemeinden/Gv.	
	1. Halbjahr											
	1984	1985	1984 ¹⁾	1985	1984	1985	1984	1985	1984 ¹⁾	1985	1984	1985
Personalausgaben	81 423	84 817	17 985	18 792	—	—	—	—	45 728	47 500	17 710	18 526
Laufender Sachaufwand	37 531	38 414	16 001	15 965	6	5	1	1	9 350	9 605	12 174	12 837
Zinsausgaben												
an öffentlichen Bereich	359	304	—	—	—	—	—	—	247	187	112	118
an andere Bereiche	28 470	30 301	15 623	16 489	—	—	240	263	9 192	10 127	3 416	3 423
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse												
an öffentlichen Bereich	69 038	73 869	38 955 ²⁾	41 965 ²⁾	16	16	—	—	16 962	18 039	13 106	13 849
an andere Bereiche	52 236	53 093	27 100	26 959	743	683	10	10	12 777	12 871	11 606	12 570
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	41 130	43 162	—	—	—	—	—	—	1 217	1 330	10 651	11 243
Ausgaben d. laufenden Rechnung	227 926	237 637	115 663	120 170	765	704	251	274	93 038	96 998	47 472	50 080
Baumaßnahmen	12 421	12 034	1 746	1 888	—	—	—	—	2 013	1 891	8 662	8 255
Erwerb von Sachvermögen	4 007	4 448	454	502	—	—	—	—	784	825	2 769	3 122
Vermögensübertragungen												
an öffentlichen Bereich	7 043	6 220	2 689	2 301	—	—	—	—	3 660	3 253	694	666
an andere Bereiche	9 788	9 517	4 621	4 687	187	151	—	—	4 304	3 941	676	737
Darlehen												
an öffentlichen Bereich	1 713	1 857	1 293	1 451	—	—	353	317	68	88	—	—
an andere Bereiche	7 353	7 057	2 026	2 083	17	16	1 799	1 469	3 003	3 040	507	448
Erwerb von Beteiligungen	1 998	1 936	1 327	1 319	—	—	—	26	203	218	469	373
Tilgungsausgaben												
an öffentlichen Bereich	609	621	—	—	—	—	—	—	292	260	318	361
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	8 300	7 621	—	—	—	—	—	—	2	2	338	308
Ausgaben der Kapitalrechnung	36 633	36 069	14 155	14 231	204	167	2 152	1 812	14 325	13 516	13 757	13 655
Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge	264 559	273 707	129 818	134 401	969	871	2 403	2 086	107 362	110 514	61 229	63 735
Steuern und steuerähnliche Abgaben	185 945	193 487	91 934 ³⁾	95 239 ³⁾	1	2	—	—	71 640	74 801	22 369	23 446
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	19 406	20 495	9 141	9 607	—	—	2	2	3 737	4 002	6 526 ⁴⁾	6 884 ⁴⁾
Zinseinnahmen												
vom öffentlichen Bereich	281	174	250	168	—	—	24	—	6	6	—	—
von anderen Bereichen	1 203	1 496	538	610	1	1	338	508	326	377	—	—
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse												
vom öffentlichen Bereich	41 795	43 978	161	138	762	687	—	—	14 557	14 933	26 316	28 221
von anderen Bereichen	3 127	3 159	322	276	1	1	—	—	1 856	1 852	949	1 030
Sonstige laufende Einnahmen	13 103	13 564	1 690	1 957	4	3	0	1	3 174	3 299	8 235	8 304
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	41 130	43 162	—	—	—	—	—	—	1 217	1 330	10 651	11 243
Einnahmen d. laufenden Rechnung	223 730	233 190	104 036	107 994	769	694	365	511	94 079	97 939	53 744	56 642
Veräußerung von Vermögen	3 337	2 320	865	65	1	—	156	159	152	253	2 164	1 843
Vermögensübertragungen												
vom öffentlichen Bereich	6 944	6 281	—	—	—	—	—	—	3 231	2 772	3 713	3 509
von anderen Bereichen	1 991	1 700	22	19	—	—	—	—	121	100	1 847	1 581
Darlehensrückflüsse												
vom öffentlichen Bereich	411	341	275	268	—	—	65	—	70	73	—	—
von anderen Bereichen	3 047	3 641	768	984	120	111	970	1 447	877	763	313	336
Schuldenaufnahmen												
beim öffentlichen Bereich	1 032	1 075	—	—	—	—	—	—	694	788	338	286
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	8 300	7 621	—	—	—	—	—	—	2	2	338	308
Einnahmen der Kapitalrechnung	8 461	7 738	1 931	1 336	121	111	1 192	1 607	5 142	4 748	8 036	7 246
Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	232 191	240 928	105 967	109 330	890	805	1 556	2 117	99 221	102 687	61 780	63 888
Finanzierungssaldo ⁵⁾	- 32 732	- 33 206	- 23 795	- 24 988	- 79	- 66	- 847	+ 31	- 8 566	- 8 343	+ 556	+ 160
Bes. Finanzierungsvorgänge												
Ausgaben	42 425	49 506	22 109	29 307	—	—	490	625	13 042	12 635	6 783	6 940
Schuldentilgung am Kreditmarkt	39 324	46 681	22 109 ⁶⁾	29 307 ⁶⁾	—	—	490	625	12 751	12 611	3 975	4 139
Rückzahlung innerer Darlehen	15	14	—	—	—	—	—	—	—	—	15	14
Zuführung an Rücklagen Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	2 004	2 175	—	—	—	—	—	—	50	23	1 954	2 152
Einnahmen	1 082	637	—	—	—	—	—	—	242	1	840	636
Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	66 865	73 884	42 333	52 187	—	—	916	450	17 640	15 326	5 976	5 920
Innere Darlehen	65 132	71 990	42 219 ⁶⁾	52 074 ⁶⁾	—	—	916	450	17 550	15 265	4 448	4 201
Entnahmen aus Rücklagen	9	44	—	—	—	—	—	—	—	—	9	44
Überschüsse aus Vorjahren	1 545	1 699	—	—	—	—	—	—	26	24	1 520	1 675
Münzeinnahmen	65	37	—	—	—	—	—	—	65	37	—	—
Kassenmäßiger Überschuß (+)/ Fehlbetrag (-)	114	113	114	113	—	—	—	—	—	—	—	—
Kassenmäßiger Überschuß (+)/ Fehlbetrag (-)	- 8 291	- 8 829	- 3 571	- 2 107	- 79	- 66	- 421	- 144	- 3 968	- 5 652	- 251	- 860

¹⁾ Abweichungen zu den bereits veröffentlichten Daten durch Angleichung an den aktuellen Berichtsstand. — ²⁾ Einschl. Ergänzungszuweisungen des Bundes an finanzschwache Länder im Rahmen des Finanzausgleichs (1. Halbjahr 1984: 908,4 Mill. DM; 1. Halbjahr 1985: 891,8 Mill. DM). — ³⁾ Einschl. Umsatzsteueranteil für Ergänzungszuweisungen (siehe Fußnote 2). — ⁴⁾ Einschl. Ersatz von sozialen Leistungen. — ⁵⁾ Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ± Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. — ⁶⁾ Einschl. Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe.

ganz erheblichen Teil der neu aufgenommenen Mittel zur Tilgung alter Schulden ein; ihre Nettokreditaufnahme zur Finanzierung der Ausgaben belief sich auf lediglich 2,7 bzw. 0,1 Mrd. DM. Neben den Fremdmitteln standen noch 0,1 Mrd. DM aus Münzeinnahmen zur Verfügung. Da per Saldo gleichzeitig 0,5 Mrd. DM den Rücklagen zugeführt wurden und rund 0,6 Mrd. DM an Fehlbeträgen aus Vorjahren abzudecken waren, verblieb im ersten Halbjahr 1985 ein Ausgabenüberschuß von 8,8 Mrd. DM (1. Halbjahr 1984: 8,3 Mrd. DM), der aus Kassenbeständen oder über Kassenverstärkungskredite finanziert werden mußte.

Ausgaben nach Arten

Auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte hat sich auch im ersten Halbjahr 1985 die Struktur weiter zu Lasten der Kapitalrechnung (— 1,5 %) und hier besonders der Investitionsausgaben entwickelt. Das Gewicht der laufenden Rechnung (+ 4,3 %) erhöhte sich dabei einmal aufgrund materieller Mehrausgaben, die sicher auch im gesamten Jahresergebnis die Entwicklung beeinflussen werden (z. B. bei der Vermögensunterhaltung und den Sozialausgaben). Zum anderen spielen im Halbjahresergebnis aber auch noch veränderte Zahlungsrhythmen eine Rolle, die im weiteren Jahresverlauf sicher an Wirkung verlieren (z. B. vorgezogene Leistungen an die Sozialversicherung).

Die größte Position der laufenden Rechnung, die Ausgaben für das aktive und im Ruhestand befindliche Personal, verzeichnete im ersten Halbjahr 1985 eine vergleichsweise kräftige Zunahme von 4,2 % und erreichte ein Volumen von 84,8 Mrd. DM. Die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst sind zu Jahresbeginn 1985 erstmals wieder spürbar angehoben worden, nachdem sie in den beiden Jahren zuvor nur geringfügig (Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhne) oder überhaupt nicht (Beamtenbesoldung) zugenommen hatten.

Der laufende Sachaufwand liegt mit 38,4 Mrd. DM um 2,4 % über dem Vorjahresniveau. Im einzelnen verbergen sich hinter dieser relativ geringen Zunahme allerdings unterschiedliche und teilweise gegenläufige Entwicklungen. Erheblich mehr als 1984 (+ 11,3 %) gab der Bund im ersten Halbjahr 1985 für die Unterhaltung seines unbeweglichen Vermögens — insbesondere Straßen — aus. Da aber infolge des sehr unregelmäßigen Mittelabrufs gleichzeitig rund 6,5 % weniger für militärische Beschaffungen und Anlagen zu leisten waren, blieben seine gesamten laufenden Sachausgaben etwa auf dem Vorjahresniveau (16,0 Mrd. DM).

Bei den Ländern insgesamt liegt der laufende Sachaufwand im ersten Halbjahr 1985 bei 9,6 Mrd. DM und damit nur um 2,7 % höher als 1984. Doch stehen hier recht kräftigen Mehrausgaben für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens (Straßen, Brücken, Plätze usw.) bei der Mehrzahl der Länder vereinzelt erhebliche Ausgaberrückgänge gegenüber.

Auch die Kommunen wendeten mit 12,8 Mrd. DM wiederum deutlich mehr auf (+ 5,5 %) als im ersten Halbjahr 1984, ebenfalls wegen verstärkter Ausbesserungs- und

Tabelle 2: Ausgaben und Einnahmen nach Arten und Körperschaftsgruppen
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Prozent

Halbjahr	Ausgaben						Einnahmen	
	insgesamt ¹⁾	darunter					insgesamt ²⁾	darunter Steuern und steuerähnliche Abgaben
		Personausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	Baumaßnahmen		
Bund								
1981 1. Hj	+ 9,6	+ 6,5	+ 17,3	+ 44,2	+ 7,9	- 14,7	+ 4,4	+ 1,7
2. Hj	+ 6,4	+ 5,6	+ 0,4	+ 9,9	+ 12,3	- 6,9	+ 3,1	+ 3,1
1982 1. Hj	+ 4,5	+ 0,4	+ 1,7	+ 21,5	+ 2,6	- 23,0	+ 12,7	+ 2,9
2. Hj	+ 5,5	+ 1,5	+ 12,0	+ 25,0	+ 2,5	+ 6,8	+ 0,4	+ 0,2
1983 1. Hj	+ 2,3	+ 2,6	+ 0,3	+ 14,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,9
2. Hj	- 0,5	+ 1,7	+ 10,0	+ 30,4	- 11,2	+ 3,6	+ 5,1	+ 5,7
1984 1. Hj	+ 0,6	+ 1,0	- 3,5	+ 1,4	+ 2,9	+ 2,5	+ 0,8	+ 5,4
2. Hj	+ 3,6	+ 0,8	+ 9,7	+ 8,3	- 0,7	- 0,7	+ 6,8	+ 2,2
1985 1. Hj	+ 3,5	+ 4,5	- 0,2	+ 5,5	+ 4,3	+ 8,1	+ 3,2	+ 3,6
Länder								
1981 1. Hj	+ 4,2	+ 5,3	+ 2,8	+ 27,3	+ 3,4	+ 0,1	+ 2,8	+ 1,3
2. Hj	+ 3,1	+ 6,6	+ 6,4	+ 16,3	+ 2,9	- 6,7	+ 1,1	- 0,1
1982 1. Hj	+ 5,9	+ 3,9	+ 7,0	+ 30,7	+ 5,0	- 3,3	+ 3,8	+ 2,6
2. Hj	+ 0,6	+ 2,5	+ 0,8	+ 23,6	- 1,8	+ 2,7	+ 5,0	+ 4,1
1983 1. Hj	+ 3,0	+ 3,8	+ 1,4	+ 21,2	+ 0,5	- 5,9	+ 4,6	+ 4,7
2. Hj	+ 0,4	+ 2,3	+ 3,7	+ 10,7	- 3,2	- 4,8	+ 2,7	+ 5,5
1984 1. Hj	+ 1,7	+ 1,7	+ 6,2	+ 8,6	- 0,6	- 6,2	+ 5,9	+ 8,8
2. Hj	+ 3,2	+ 1,0	+ 3,6	+ 9,2	+ 4,1	- 0,1	+ 2,8	+ 2,1
1985 1. Hj	+ 2,9	+ 3,9	+ 2,7	+ 9,3	+ 3,9	- 6,1	+ 3,5	+ 4,4
Gemeinden/Gv.								
1981 1. Hj	+ 5,8	+ 5,5	+ 7,9	+ 12,7	+ 7,2	+ 0,6	- 0,7	- 5,8
2. Hj	+ 4,2	+ 7,5	+ 5,8	+ 18,8	+ 9,9	- 5,1	+ 1,9	- 0,5
1982 1. Hj	+ 1,6	+ 2,4	+ 5,7	+ 20,5	+ 11,6	- 12,6	+ 5,7	+ 1,0
2. Hj	- 2,2	+ 1,6	- 0,3	+ 9,9	+ 5,1	- 12,7	- 0,5	+ 2,5
1983 1. Hj	- 1,5	+ 2,1	- 1,9	- 2,1	+ 2,3	- 13,1	+ 3,4	+ 5,6
2. Hj	- 1,7	+ 2,2	+ 0,0	- 7,4	+ 2,7	- 10,0	+ 2,7	+ 5,2
1984 1. Hj	+ 1,4	+ 2,1	+ 7,3	- 3,6	+ 4,9	- 6,7	+ 3,6	+ 7,4
2. Hj	+ 1,9	+ 1,7	+ 5,0	+ 0,1	+ 4,9	- 2,7	+ 3,5	+ 5,6
1985 1. Hj	+ 4,1	+ 4,6	+ 5,5	+ 0,4	+ 6,9	- 4,7	+ 3,4	+ 4,8

¹⁾ Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge. — ²⁾ Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge.

sonstiger Unterhaltungsmaßnahmen an Gebäuden, Straßen und anderen Grundstücken.

Die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte sind mit 6,2 % im ersten Halbjahr 1985 trotz weiter nachgebender Zinssätze wieder stärker gestiegen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die relativ hohe Neuverschuldung der vergangenen Jahre führte vor allem bei den Ländern zu überdurchschnittlich starkem Anwachsen um 9,3 % auf insgesamt 10,3 Mrd. DM. Eine deutliche Verlangsamung dieses Trends läßt sich bisher lediglich in den Länderhaushalten von Hessen (+ 4,6 %), Baden-Württemberg (+ 2,4 %) und in Berlin [West] (+ 1,6 %) erkennen. Vergleichsweise günstig entwickelten sich die Zinsausgaben des Bundes (+ 5,5 % auf 16,5 Mrd. DM), da er seine Nettokreditaufnahme in den letzten drei Jahren fühlbar vermindern konnte. Den deutlichsten Erfolg weisen jedoch die Gemeinden/Gv. auf. Aufgrund ihrer geringen Neuverschuldung am Kreditmarkt im Jahr 1984 lagen ihre Zinsausgaben von 3,5 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1985 nur minimal über dem entsprechenden Vorjahreswert (+ 0,4 %).

Die unterschiedlichen Anlässe und Gründe für die laufenden Zuweisungen der öffentlichen Haushalte untereinander

der sowie ihre laufenden Zuschüsse an den nicht öffentlichen Sektor erfordern eine detailliertere Betrachtung nach einzelnen Haushaltsebenen.

Der Bund leistete im ersten Halbjahr 1985 insgesamt rund 42 Mrd. DM oder 7,7 % mehr Zuweisungen an öffentliche Haushalte als im gleichen Vorjahreszeitraum. Vorgezogene Zahlungen an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 6,4 Mrd. DM (1. Halbjahr 1984: 3,1 Mrd. DM) zur Vermeidung temporärer Liquiditätsengpässe waren die Hauptursache für die kräftige Zunahme. An die Bundesanstalt für Arbeit braucht der Bund 1985 voraussichtlich keine Liquiditätshilfe zu zahlen, da sich ihre Finanzsituation durch gesetzliche Maßnahmen (Einnahmeverbesserungen und Ausgabebeschränkungen) sowie durch eine rückläufige Zahl der Arbeitslosengeldbezieher und deutlich geringerer Zahl der Kurzarbeiter anhaltend verbessert hat. Die laufenden Bundeszuschüsse an nicht öffentliche Bereiche (private Haushalte, Wirtschaftsunternehmen, sonstige Institutionen sowie das Ausland) blieben mit 27,0 Mrd. DM geringfügig unter dem entsprechenden Vorjahreswert, da umfangreichen Mehrausgaben für die Arbeitslosenhilfe (zunehmende Zahl längerfristig Arbeitsloser) und die Weltraumforschung (verstärkte Mittelabflüsse an die ESA und die NASA) geringere Aufwendungen für Kindergeld, Kriegsopfersversorgung und -fürsorge (abnehmende Zahl der Anspruchsberechtigten) sowie die Förderung von Kohle und Stahl (überhöhte Vorjahreswerte infolge von Nachzahlungen für 1983 sowie allmähliches Auslaufen der Stahlsubventionen) gegenüberstanden.

Zwei gegenläufige Tendenzen stehen hinter der relativ kräftigen Zunahme der Länderzuweisungen an öffentliche Haushalte um 6,5 % auf rund 18 Mrd. DM. Die nochmalige Aufstockung der Länderleistungen im kommunalen Finanzausgleich hat bereits im ersten Halbjahr 1985 zu verstärkten Mittelabflüssen an die Gemeinden/Gv. geführt (+ 8,6 %). Aufgrund zahlungstechnischer Besonderheiten ergab sich allerdings in den einzelnen Ländern bis Ende Juni ein sehr unterschiedliches Bild. So lagen die allgemeinen Zuweisungen an Gemeinden/Gv. beispielsweise in Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr 1985 um 26,7 %, in Bayern dagegen lediglich um 3,2 % über den entsprechenden Kassenabflüssen des Vorjahres. 6,3 % niedriger als im ersten Halbjahr 1984 waren insgesamt die Zahlungen der Länder im Rahmen des Länderfinanzausgleichs, doch ergibt auch hier die Abrechnung im Laufe des Jahres erhebliche Schwankungen und Unterschiede zwischen den ausgleichspflichtigen Ländern (z. B. Hessen: + 71,3 %; Hamburg: — 90,3 %). Nur geringfügig höher als im ersten Halbjahr 1984 fielen die Zahlungen der Länder an den nicht öffentlichen Sektor aus. Von den insgesamt 12,9 Mrd. DM flossen 3,6 Mrd. DM Zuschüsse und Schuldendiensthilfen an Unternehmen, rund 3,7 Mrd. DM an soziale oder ähnliche Einrichtungen und 0,9 Mrd. DM ins Ausland; auf 4,6 Mrd. DM beliefen sich die Zahlungen an private Haushalte, hauptsächlich Leistungen des Sozialbereichs. Alle Einzelposten blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Die höheren Zuweisungen der Gemeinden/Gv. (+ 5,7 %) an öffentliche Haushalte haben ihre Ursache einmal in gestiegenen Umlagen an die Gemeindeverbände

(+ 5,7 %), auf die über zwei Drittel des Gesamtbetrages von 13,8 Mrd. DM entfielen. Noch etwas stärker erhöhten sich die übrigen laufenden Zahlungen an öffentliche Haushalte (+ 6,0 %), in erster Linie Zuweisungen an kommunale Zweckverbände, Krankenhausumlagen an das Land sowie Erstattungen der Gemeinden/Gv. untereinander für Gast Schüler, Sozialhilfe und verschiedene andere Leistungen.

Eine der wesentlichen Ursachen für die kräftige Zunahme der laufenden Zuschüsse der Gemeinden/Gv. im ersten Halbjahr 1985 waren die beträchtlichen Mehrausgaben für Sozialhilfe und ähnliche Leistungen von 9,0 %. Sie machen fast 84 % aller laufenden Zuschüsse (Gesamtbetrag: 12,6 Mrd. DM) oder mehr als ein Fünftel aller laufenden Ausgaben der Gemeinden/Gv. aus. Von kommunaler Seite wird für diese Entwicklung in erster Linie die zunehmende Sozialhilfe für längerfristig Arbeitslose verantwortlich gemacht, die keine oder unzureichende Arbeitslosenhilfe beziehen und damit die kommunalen Sozialtats in immer stärkerem Maße belasten.

Angesichts der schwierigen Auftragslage und der hohen Arbeitslosigkeit im Baubereich kommt der Kapitalrechnung der öffentlichen Haushalte — hier natürlich ganz besonders ihren Bauinvestitionen — eine außerordentliche Bedeutung zu. Nach wie vor sind die Ausgaben der Kapitalrechnung über das gesamte Halbjahresergebnis 1985 gesehen leicht rückläufig (— 1,5 %). Bei differenzierter Betrachtung lassen sich im einzelnen jedoch einige positive Ansatzpunkte erkennen. Insbesondere die Entwicklung der öffentlichen Bauausgaben, die mit einem Rückgang von 3,1 % auf 12,0 Mrd. DM auf den ersten Blick konjunkturpolitisch nicht zufriedenstellt, läßt sich durch eine sachlich und zeitlich genauere Analyse zutreffender beurteilen.

Zunächst ist festzustellen, daß der Bund im Halbjahresergebnis bereits ein stattliches Plus seiner Bauausgaben — insbesondere für Straßen — um über 8 % aufweist. Sowohl bei den Ländern insgesamt als auch bei den Gemeinden/Gv. waren die Bauausgaben im ersten Halbjahr 1985 dagegen noch weiter rückläufig (— 6,1 bzw. — 4,7 %). Eine Ausnahme bilden im staatlichen Bereich die Bauausgaben in Hessen (+ 15,0 %), Rheinland-Pfalz (+ 9,1 %) und Bayern (+ 4,9 %). Im Zeitablauf ist jedoch nach dem schlechten, auf den strengen Winter zurückzuführenden Ergebnis des ersten Quartals im zweiten Vierteljahr 1985 bei den Ländern eine Stabilisierung ihrer Bauausgaben auf dem Vorjahresniveau und bei den Gemeinden/Gv. eine deutliche Abschwächung des Rückgangs (1. Vierteljahr: — 8,0 %; 2. Vierteljahr: — 2,1 %) festzustellen. Das relativ günstige finanzielle Gesamtergebnis der kommunalen Haushalte im Jahr 1984 gab Veranlassung, mit einer Zunahme der kommunalen Bauinvestitionen im Jahr 1985 zu rechnen. Ob dieses Ziel im Jahresergebnis erreicht wird, ist anhand der vorliegenden Daten nur schwer einzuschätzen.

Im Gegensatz zu den Baumaßnahmen haben die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen ganz erheblich zugenommen (+ 11,0 % auf 4,4 Mrd. DM) und damit bei den Sachinvestitionen insgesamt sogar zu einem leichten

Tabelle 3: Bauausgaben nach Aufgabenbereichen und Körperschaftsgruppen
Mill. DM

Aufgabenbereich	Insgesamt		Bund		Länder		Gemeinden/Gv.	
	1. Halbjahr							
	1984 ¹⁾	1985	1984	1985	1984 ¹⁾	1985	1984	1985
Bausausgaben insgesamt	12 421	12 034	1 746	1 888	2 013	1 891	8 662	8 255
Schulen	1 231	1 048	—	—	121	96	1 109	951
Hochschulen	347	320	—	—	347	320	—	—
Einrichtungen des Gesundheitswesens ..	37	43	1	1	37	42	—	—
Abwasserbeseitigung	1 590	1 673	—	—	—	—	1 590	1 673
Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	109	106	—	—	109	106	—	—
Straßen	3 913	4 030	1 325	1 456	437	384	2 151	2 190
Übrige Aufgabenbereiche	5 195	4 816	421	430	962	944	3 813	3 442

¹⁾ Abweichungen zu den bereits veröffentlichten Daten durch Angleichung an den aktuellen Berichtsstand.

Plus von 0,3 % gegenüber dem Ergebnis des ersten Halbjahres 1984 geführt. Eine Aussage über die allgemeine Tendenz der Ausgaben oder sogar ein Rückschluß auf das Investitionsverhalten der öffentlichen Haushalte wäre allerdings wegen der von Land zu Land sehr unterschiedlichen Kassenbewegungen im ersten Halbjahr 1985 verfrüht.

Auch bei den Vermögensübertragungen sind die Kassenergebnisse im Verlauf eines Jahres stärker durch Schwankungen des Mittelabflufs — insbesondere bei den Investitionszuschüssen an nachgeordnete Haushalte — beeinflusst. Einige spezifische Entwicklungen lassen sich jedoch bereits erkennen. Der kräftige Rückgang der Vermögensübertragungen an öffentliche Haushalte um 11,7 % auf 6,2 Mrd. DM hat seine Ursache einmal darin, daß der Bund ab 1985 nicht mehr die Investitionsausgaben der Krankenhäuser von Ländern und Gemeinden/Gv. mitfinanziert und dafür u. a. die Bausparförderung alleine trägt. Dies führte im ersten Halbjahr 1985 zu einem erheblichen Rückgang seiner Investitionszuweisungen an die Länder um über 15 %. Auch die Länder insgesamt zahlten im ersten Halbjahr 1985 über 10 % weniger Investitionszuweisungen an die Gemeinden/Gv.; aufgrund des unterschiedlichen Mittelabflusses ergaben sich dabei aber im einzelnen zum Beispiel Zunahmen von 21,8 % im Saarland auf der einen und Rückgänge um über ein Viertel in Bayern auf der anderen Seite.

Leicht zurückgegangen (— 2,8 %) sind im ersten Halbjahr 1985 die Vermögensübertragungen an den nicht öffentlichen Bereich. Das Halbjahresergebnis läßt sich allerdings auch bei dieser Position wegen verschiedenartiger Einflußfaktoren und schwankender Zahlungsrhythmen kaum analysieren.

Einnahmen nach Arten

Zu den relativ günstigen Entwicklungen der laufenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte (+ 4,2 % gegenüber dem 1. Halbjahr 1984) trugen — trotz einiger retardierender Sonderfaktoren — in erster Linie die Steuern bei. Insgesamt flossen im ersten Halbjahr 1985 193,5 Mrd. DM und damit 4,1 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum an Steuern und steuerähnlichen Abgaben in die öffentlichen Kassen (ohne Anteile der Europäischen Gemeinschaften an den Zöllen und der Umsatzsteuer). Von dem gesamten Steueremehrtrag von 7,5 Mrd. DM gegen-

über dem ersten Halbjahr 1984 entfielen allein 4,4 Mrd. DM auf die Lohnsteuer. Ihre kräftige Zunahme von 7,1 % resultierte einmal aus einem Anstieg der Beschäftigtenzahl sowie einem weiteren Abbau der Kurzarbeit; zum anderen haben aber auch die versteuerten Verdienste der Beschäftigten durch die Tarifierhebung 1985 sowie aufgrund der arbeitskampfbedingten Einnahmeausfälle des Vorjahres deutlich zugenommen. Weitere kräftige Mehreinnahmen (+ 2,6 Mrd. DM) erzielten die öffentlichen Haushalte aus der Körperschaftsteuer, weil viele Unternehmen aufgrund ihrer günstigeren Ertragslage höhere Vorauszahlungen leisteten. Mit verursacht wird der außerordentlich hohe Anstieg von 20,8 % gegenüber dem ersten Halbjahr 1984 aber auch durch das allmähliche Auslaufen der 1982 eingeführten Investitionszulage, die Steuerpflichtigen zum Anreiz zu Neuinvestitionen steuerentlastend gewährt wird. Grundsätzlich beeinflussten dieser Effekt sowie die verbesserte Gewinnsituation der Wirtschaft auch das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer im ersten Halbjahr 1985 positiv. Der weitere Anstieg der Steuererstattungsfälle durch veranlagungspflichtig gewordene Arbeitnehmer (Überschreitung der Veranlagungsgrenzen) wirkte jedoch gleichzeitig dämpfend, so daß das Gesamtaufkommen dieser Steuer nicht ganz so stark (+ 5,6 % oder + 0,7 Mrd. DM) über dem vergleichbaren Vorjahreswert lag.

Der Rückgang des Umsatzsteueraufkommens um 1,5 % auf 55,1 Mrd. DM war nicht zuletzt Folge der Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft zum 1. Juli 1984. Allerdings kommt in der Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens auch die relativ verhaltene Nachfrage der privaten Haushalte zum Ausdruck. Während nämlich die Umsatzsteuer auf Einfuhren im ersten Halbjahr 1985 sogar noch relativ kräftig zunahm (+ 6,9 %), ergab sich bei der Steuer auf Inlandsumsätze ein überproportional starker Einbruch um 9,4 %.

Unter den übrigen Steuerquellen brachten lediglich die kommunale Gewerbesteuer (+ 5,6 % oder 0,8 Mrd. DM) sowie die Kraftfahrzeugsteuer (+ 6,7 % oder 0,3 Mrd. DM) nennenswerte Mehrerträge.

Nach der Verteilung der Gemeinschaftssteuern und der Abführung der Gewerbesteuerumlage hat sich im ersten Halbjahr 1985 bei Ländern (+ 4,4 % auf 74,8 Mrd. DM) und Gemeinden/Gv. (+ 4,8 % auf 23,4 Mrd. DM) eine etwas stärkere Zunahme der Steuereinnahmen ergeben. Die Steuern des Bundes entwickelten sich dagegen mit

+ 3,6 % verhaltener und erreichten insgesamt 95,2 Mrd. DM.

Verstärkt flossen den öffentlichen Haushalten im Berichtszeitraum Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit zu (+ 5,6 %). Von den insgesamt 20,5 Mrd. DM entfiel dabei fast die Hälfte auf den Bund, bei dem sich insbesondere der Bundesbankgewinn seit Beginn der 80er Jahre zu einer ständigen und immer ergiebigeren Einnahmequelle entwickelt hat. Da diese Gewinnabführung gegenüber dem ersten Halbjahr 1984 erneut um 0,4 Mrd. DM gestiegen ist, erzielte der Bund 5,1 % mehr Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit. Im aggregierten Ergebnis aller Länder ergab sich sogar noch eine höhere Zunahme (+ 7,1 %), die allerdings fast ausschließlich auf Einnahmeverbesserungen in Schleswig-Holstein (+ 17,1 %), Niedersachsen (+ 11,9 %), Hamburg (+ 31,8 %) und Bremen (+ 31,3 %) zurückgeht, während bei den übrigen Ländern im ersten Halbjahr 1985 nur geringe Mehreinnahmen oder sogar Mindereinnahmen zu verzeichnen waren. Ein außerordentlich hohes Gewicht haben die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit mit 1,5 Mrd. DM in Niedersachsen aufgrund der Förderabgabe der Mineralölgesellschaften. Bei den Gemeinden/Gv. läßt sich die statistisch nachgewiesene Position nicht eindeutig interpretieren, da sie — aus erhebungstechnischen Gründen — neben den eigentlichen Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit auch den Ersatz von Sozialhilfeausgaben durch Dritte einschließt.

Die laufenden Zuweisungen von öffentlichen Haushalten, die für Länder und Gemeinden/Gv. neben den Steuern eine der wichtigsten Einnahmequellen darstellen, wurden bereits bei den entsprechenden Ausgabepositionen der Zuweisungsgeber ausführlich dargestellt.

Unter den "sonstigen laufenden Einnahmen" werden statistisch auch die Gebühreneinnahmen für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen (Benutzungsgebühren) nachgewiesen, in erster Linie ein Finanzierungsinstrument der Gemeinden und Stadtstaaten. Die Kommunen haben mit insgesamt 8,3 Mrd. DM kaum mehr eingenommen als im ersten Halbjahr 1984. Bei den Ländern (einschl. Stadtstaaten) ergab sich dagegen ein Plus der sonstigen laufenden Einnahmen von 3,9 % auf 3,3 Mrd. DM, wobei die Gebühren sogar noch etwas stärker, nämlich um 5,2 % auf 2,5 Mrd. DM zunahmen.

In der Kapitalrechnung der öffentlichen Haushalte blieben die Einnahmen im ersten Halbjahr 1985 insgesamt um 8,5 % unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Ausschlaggebend waren dabei einige gewichtige Sonderfaktoren. Beim Bund rührte der außerordentlich starke Rückgang von 30,8 % auf 1,3 Mrd. DM vor allem daher, daß im Vorjahr Mehreinnahmen aus der Veräußerung von VEBA-Aktien von rund 800 Mill. DM erzielt worden waren, während im ersten Halbjahr 1985 insgesamt aus Vermögenserlösen nur ein sehr geringer Betrag von 65,3 Mill. DM in die Bundeskassen floß. Da sich der Bund aufgrund der schon erwähnten Entflechtung der Mischfinanzierung seit Jahresbeginn nicht mehr an den Investitionsausgaben für öffentliche Krankenhäuser beteiligt, sind die Einnahmen der Länder aus Investitionszuweisungen vom Bund drastisch zurückgegangen (— 16,7 % auf 2,3 Mrd. DM). Ver-

stärkt wurde dieser Einnahmerückgang noch dadurch, daß einige Länder bereits im Jahr 1985 die Bundesmittel für die Wohnungsbausparprämien nicht mehr im Landeshaushalt vereinnahmten und weiterleiten (bei den anderen Ländern erfolgt diese Umstellung in Abstimmung mit dem Bundesnachweis erst ab 1986). Im übrigen erbrachte lediglich die Veräußerung von Beteiligungen in Baden-Württemberg und Hamburg zusammen noch ein geringes Plus von rund 100 Mill. DM, so daß die Ländereinnahmen der Kapitalrechnung insgesamt um 7,7 % oder 0,4 Mrd. DM niedriger ausfielen als vor Jahresfrist.

Die kommunalen Einnahmen der Kapitalrechnung waren im ersten Halbjahr 1985 ebenfalls bei allen wichtigen Hauptpositionen rückläufig und blieben mit insgesamt 7,2 Mrd. DM um fast 10 % unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Den relativ stärksten Einbruch (— 14,8 %) verzeichneten dabei die Erlöse aus der Veräußerung von gemeindeeigenen Vermögen. Auch bei ihrer wichtigsten Einnahmequelle der Kapitalrechnung, den als "Vermögensübertragungen" nachgewiesenen Zuweisungen anderer öffentlicher Haushalte für investive Zwecke, hatten die Gemeinden/Gv. im ersten Halbjahr 1985 Einbußen von 5,5 % zu verzeichnen, und zwar hauptsächlich wegen geringerer Investitionszuweisungen von Ländern (— 5,0 % auf 2,9 Mrd. DM). Wohl aufgrund zahlungstechnischer Überschneidungen ist dabei der Rückgang der entsprechenden Ausgabeposition der Länder im ersten Halbjahr 1985 sogar doppelt so stark ausgefallen (— 10,5 %). Die kräftige Abnahme der Vermögensübertragungen von nicht öffentlichen Haushalten um 14,4 % auf 1,6 Mrd. DM ergibt sich hauptsächlich aus geringeren Beitragseinnahmen für die Erschließung, den Ausbau oder die Wiederherstellung kommunaler Straßen, Abwasserbeseitigungsanlagen so-

**Tabelle 4: Öffentliche Schulden¹⁾
nach Arten und Körperschaftsgruppen
Mill. DM**

Schuldner	Stand am			
	30. 6. 1984	31. 12. 1984	31. 3. 1985	30. 6. 1985
Fundierte Schulden (ohne Schulden bei Verwaltungen)				
Bund	353 059	365 532	377 380	384 333
dar.: Lastenausgleichs-				
fonds	1 646	1 647	1 628	1 656
ERP-Sondervermögen	6 027	6 458	6 468	6 285
Länder	215 981	229 225	230 463	233 713
Gemeinden/Gv.	100 480	101 158	101 355	101 146
Insgesamt	675 547	702 373	715 666	725 477
Schulden bei Verwaltungen				
Bund	7	7	7	6
dar.: Lastenausgleichs-				
fonds	7	7	7	6
ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
Länder	26 107	26 791	26 808	27 220
Gemeinden/Gv.	8 148	8 195	8 232	8 114
Insgesamt	34 263	34 993	35 046	35 340
Schwebende Schulden/Kassenkredite				
Bund	—	1 773	5 442	—
dar.: Lastenausgleichs-				
fonds	—	—	—	—
ERP-Sondervermögen	231	100	130	190
Länder	1 075	1 321	1 609	2 405
Gemeinden/Gv.	1 875	1 738	1 679	1 706
Insgesamt	3 181	4 932	8 859	4 300

¹⁾ Zum 31. Dezember 1984 Ergebnis der jährlichen Schuldenstatistik, sonst Ergebnisse der vierteljährlichen Schuldenstatistik, ohne Zweckverbände.

wie sonstiger Einrichtungen der Ver- und Entsorgung. Sie dürfte größtenteils auf den rückläufigen Wohnungsneubau in den Kommunen zurückzuführen sein.

Schulden

Am 30. Juni 1985 waren die öffentlichen Haushalte insgesamt mit 725,5 Mrd. DM verschuldet (ohne Schulden der Verwaltungen untereinander in Höhe von 35,3 Mrd. DM). Seit Jahresbeginn sind die öffentlichen Schulden damit um insgesamt 23,1 Mrd. DM und gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres um 49,9 Mrd. DM gestiegen.

Die von Januar bis Juni 1985 neu aufgenommenen Mittel stammen ausschließlich vom inländischen Kreditmarkt. Die Verschuldung bei ausländischen Kreditinstituten oder sonstigen ausländischen Stellen wurde dagegen per Saldo um 1 Mrd. DM abgebaut, und auch die Investitionshilfeabgabe war am 30. Juni bis auf einen Restbetrag von gut 140 Mill. DM getilgt. Der Stand der Ausgleichsforderungen und sonstigen Altverbindlichkeiten blieb gegenüber Jahresanfang 1985 fast unverändert.

Von dem Gesamtbetrag der öffentlichen Schulden am 30. Juni 1985 entfielen 384,3 Mrd. DM auf den Bund, 233,7 Mrd. DM auf die Länder, 101,1 Mrd. DM auf die Gemeinden/Gv. und 6,3 Mrd. DM auf das ERP-Sondervermögen.

Dipl.-Volkswirt Hans Rehm

Personal des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 1984

Vorbemerkung

Mit dem vorliegenden Bericht über den Gesamtbereich des öffentlichen Dienstes¹⁾ wird die Darstellung der Personalstandstatistik 1984 in diesem Rahmen abgeschlossen²⁾. Die Erhebung umfaßte das voll- und teilzeitbeschäftigte Personal im unmittelbaren öffentlichen Dienst (Behörden, Gerichte und Einrichtungen des Bundes und der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände, Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost) und im mittelbaren öffentlichen Dienst (Sozialversicherungsträger, Bundesanstalt für Arbeit und Träger der Zusatzversorgung). Entsprechend den erhebungsrechtlichen Bestimmungen werden die Beschäftigten, die am 30. Juni 1984 in einem unmittelbaren entgeltspflichtigen Dienst- bzw. Arbeitsvertragsverhältnis zu einer berichtspflichtigen Dienststelle standen, in der Gliederung nach der Art des Dienstverhältnisses nachgewiesen.

Beschäftigungspolitische Impulse durch mehr Teilzeitarbeit

Wie im Vorjahr stand die Personalentwicklung des öffentlichen Dienstes im Zeichen deutlich erkennbarer Zurückhaltung. Mit einer Beschäftigtenzahl von insgesamt 4,55 Mill.³⁾ lag der Personalbestand am 30. Juni 1984 nur um 14 000 oder 0,3 % über dem entsprechenden Vorjahresstand, wobei der Zuwachs an Teilzeitarbeitsplätzen (+ 4,3 %) den Rückgang bei den Vollbeschäftigten (- 0,5 %) überdeckte. Im Zuge dieser seit geraumer Zeit zu beobachteten Tendenz hat sich der Anteil der öffentlichen Bediensteten, die Teilzeit arbeiten, bis zum Erhebungstichtag auf 16 % erhöht. Rechnet man zu den 4,55 Mill. noch die Soldaten der Bundeswehr⁴⁾, die im Rahmen der Personalstandstatistik nicht erfaßt werden, anhand der im Bundeshaushaltsplan veröffentlichten Sollstärke hinzu, so wurden Mitte 1984 insgesamt 5 Mill. Beschäftigte in den Lohn- und Gehaltslisten der öffentlichen Hand geführt.

Von dem erfaßten Personal standen 4,06 Mill. in einem Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnis auf Dauer⁵⁾, 272 000 Personen befanden sich in einem Ausbildungsverhältnis und 218 000 Angestellte und Arbeiter hatten einen befristeten Arbeitsvertrag. Im Vergleich zum Vorjahr blieb die Zahl der in Ausbildung befindlichen Personen nahezu konstant. Während die Dauerbeschäftigten um

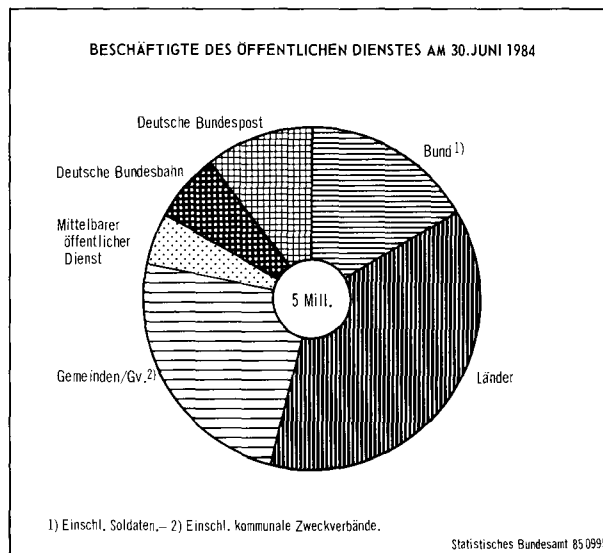
¹⁾ Ohne Soldaten.

²⁾ Siehe hierzu Breidenstein, W.: „Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1984“ in WiSta 1/1985, S. 13 ff und Fachserie 14, Reihe 6, „Personal des öffentlichen Dienstes 1984“.

³⁾ Siehe Fußnote 1.

⁴⁾ Einschl. Wehrpflichtige.

⁵⁾ Einschl. Beamte auf Probe, auf Widerruf bzw. auf Zeit.



knapp 17 000 zurückgingen, nahmen die Zeitvertragskräfte um 30 000 zu. Diese Entwicklung deutet darauf hin, daß bei Neueinstellungen in den öffentlichen Dienst verstärkt Zeitverträge u. a. auch im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abgeschlossen werden.

Tabelle 1: Personal im öffentlichen Dienst

Stichtag 30. 6. Beschäftigungsbereich	Voll- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	Insgesamt ¹⁾	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
				1 000	%
1980	3 801,5	618,4	4 419,9	+ 52,0	+ 1,2
1981	3 846,6	651,5	4 498,1	+ 78,2	+ 1,8
1982	3 850,8	681,2	4 532,0	+ 33,9	+ 0,8
1983	3 837,9	701,9	4 539,9	+ 7,9	+ 0,2
1984	3 821,2	732,6	4 553,8	+ 13,9	+ 0,3
davon (1984):					
Unmittelbarer öffentlicher Dienst ..	3 605,7	705,4	4 311,2	+ 11,9	+ 0,3
Gebietskörperschaften	2 828,4	595,0	3 423,4	+ 19,8	+ 0,6
Kommunale Zweckverbände	34,4	12,1	46,5	+ 0,9	+ 2,0
Deutsche Bundesbahn	306,9	3,1	310,1	- 13,6	- 4,2
Deutsche Bundespost	436,0	95,2	531,2	+ 4,8	+ 0,9
Mittelbarer öffentlicher Dienst	215,5	27,1	242,6	+ 2,0	+ 0,9

¹⁾ Ohne Soldaten.

Weniger Arbeitsplätze für Vollbeschäftigte

Im unmittelbaren öffentlichen Dienst waren am 30. Juni 1984 4,3 Mill. Beschäftigte tätig, davon übten 3,61 Mill. Personen ihren Beruf auf Vollzeitstellen aus, weitere 705 000 arbeiteten im Rahmen eines Teilzeitarbeitsvertrages in der Regel als Halbtagskräfte. Binnen Jahresfrist ist damit die Zahl der Vollbeschäftigten um 18 000 (- 0,5 %) zurückgegangen, die der Teilzeitbeschäftigten dagegen um 29 400 (+ 4,3 %) gestiegen.

Innerhalb der einzelnen Beschäftigungsbereiche melden die Bundesbehörden (einschl. der rechtlich unselbstständigen Wirtschaftsunternehmen des Bundes) Mitte 1984 330 800 Bedienstete (- 0,3 %); davon arbeiteten 313 700 als Vollzeit- und 17 100 als Teilzeitkräfte. Hierbei stand dem Abbau von 1 900 Vollzeitstellen ein Anstieg der Teilzeitarbeitsplätze um 900 gegenüber. Im Zuge weiterer Personaleinsparungen hat die Deutsche Bundesbahn ih-

ren Personalstand auf 310 000 Beschäftigte (— 4,2 %) verringert. Die Zahl der Vollbeschäftigten nahm um 12 800 auf nunmehr 306 900 Arbeitskräfte und die der Teilzeitarbeitskräfte um 800 auf 3 100 ab. Der Mitarbeiterstamm der

Tabelle 2: Personal im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach dem Dienstverhältnis

1 000

Beschäftigungsbereich	30. 6. 1984				Dagegen 30. 6. 83
	Beamte und Richter	Ange- stellte	Arbeiter	insgesamt	
Vollbeschäftigte					
Gebietskörperschaften	1 215,5	1 063,8	549,1	2 828,4	2 832,4
Bund ¹⁾	114,6	89,6	109,5	313,7	315,6
Länder	954,1	462,4	161,3	1 577,8	1 586,5
Gemeinden/Gv.	146,8	511,8	278,4	937,0	930,3
Kommunale Zweckverbände	2,0	21,5	10,9	34,4	34,0
Deutsche Bundesbahn	176,7	6,9	123,3	306,9	319,7
Deutsche Bundespost	296,4	34,0	105,7	436,0	437,2
Insgesamt	1 690,6	1 126,1	789,0	3 605,7	3 623,4
dagegen am 30. 6. 1983	1 701,0	1 127,4	795,0	x	x
Teilzeitbeschäftigte					
Gebietskörperschaften	111,2	291,2	192,5	595,0	571,2
Bund	0,6	12,1	4,3	17,1	16,2
Länder	107,5	167,9	42,5	317,9	301,4
Gemeinden/Gv.	3,1	111,3	145,7	260,1	253,6
Kommunale Zweckverbände	0,0	5,0	7,1	12,1	11,6
Deutsche Bundesbahn	0,5	0,7	2,0	3,1	3,9
Deutsche Bundespost	7,8	24,3	63,1	95,2	89,1
Insgesamt	119,6	321,2	264,7	705,4	676,0
dagegen am 30. 6. 1983	110,8	304,4	260,7	x	x

¹⁾ Ohne Soldaten.

Deutschen Bundespost umfaßte am 30. Juni 1984 531 200 Beschäftigte. Während die Zahl der Vollbeschäftigten um 1 200 auf 436 000 Mitarbeiter zurückging, erhöhte sich die Zahl der Teilzeitarbeitskräfte um 6 100 auf 95 200 Personen.

Die Behörden, Gerichte und Einrichtungen der Länder wiesen am Erhebungsstichtag eine Personalstärke von knapp 1,9 Mill. Beschäftigten auf; das waren knapp 8 000 oder 0,4 % mehr als im Vorjahr. Während die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze um gut 16 000 erhöht wurde, verringerte sich die Zahl der vollbeschäftigten Mitarbeiter um 8 700.

Im kommunalen Bereich (Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände) waren am 30. Juni 1984 1,24 Mill. Bedienstete tätig; davon fungierten 971 000 als Vollzeitkräfte, während 272 000 ein Arbeitsverhältnis mit verkürzter Arbeitszeit hatten. Mit einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um 14 000 oder 1,1 % wiesen die Kommunen den größten Personalzuwachs innerhalb des öffentlichen Dienstes auf, der sich sowohl auf Vollzeit- (+ 7 100 oder 0,7 %) als auch auf Teilzeitarbeitsplätze (+ 7 000 oder 2,6 %) erstreckte.

Mehr Angestellte

Von den 4,31 Mill. Beschäftigten des unmittelbaren öffentlichen Dienstes bildeten die Beamten (einschl. Richter) mit 1,81 Mill. die stärkste Personalgruppe, 1,45 Mill. waren im Angestelltenverhältnis beschäftigt und 1,05 Mill. waren Arbeiter. Gegenüber dem Vorjahr wurden 15 500 Angestellte mehr beschäftigt, während die Zahl der Beamten (— 1 600) und die der Arbeiter (— 2 000) zurückgegangen

ist. Hierbei waren alle Statusgruppen von der rückläufigen Personalentwicklung im Bereich der Vollbeschäftigten betroffen. In besonderem Maße galt dies für Beamte (— 10 400); hierfür dürften insbesondere ein auf Länderebene reduziertes Ausbildungsangebot sowie Umschichtungen von Voll- auf Teilzeitbeschäftigung eine Rolle gespielt haben.

Weniger Vollbeschäftigte im Bildungswesen

Das Personal des Bundes und der Länder kann jährlich entsprechend dem Funktionenplan der Haushaltssystematik im Wege der Aufbereitung nach Aufgabenbereichen gegliedert werden. Die funktionale Gliederung der Gemeindebediensteten wird nur in dreijährlichem Turnus durchgeführt. Die zuletzt verfügbaren Daten stammen aus dem Jahr 1983, so daß die entsprechenden Daten für 1984 geschätzt werden mußten.

Bei einer Betrachtung des vollbeschäftigten Personals der Gebietskörperschaften zeigen sich deutlich die Schwerpunkte des Personaleinsatzes in den vier Aufgabenbereichen Bildungswesen, politische Führung und zentrale Verwaltung, Krankenhauswesen sowie öffentliche Sicherheit und Ordnung. Rund zwei Drittel der Beschäftigten von Bund, Ländern und Gemeinden/Gemeindeverbänden arbeiten bei Dienststellen dieser Aufgabenbereiche für das Gemeinwohl.

Tabelle 3: Vollbeschäftigtes Personal der Gebietskörperschaften nach Aufgabenbereichen

1 000

Aufgabenbereich	30. 6. 1984				Dagegen 30. 6. 1983
	Bund ¹⁾	Länder	Gemeinden/Gv. ²⁾	insgesamt	
Verwaltung	310,6	1 388,2	664,0	2 362,8	2 370,1
Allgemeine Dienste	271,7	559,1	248,6	1 079,4	1 080,6
Politische Führung und zentrale Ver- waltung ³⁾	70,5	215,3	189,7	475,5	475,4
dar.: Steuer- und Finanzverwaltung	41,8	115,5	40,4	197,7	197,9
Verteidigung	171,3	—	—	171,3	172,1
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	28,1	211,6	58,9	298,6	299,6
Rechtsschutz	1,8	132,2	—	134,0	133,5
Bildungswesen, Wissen- schaft, Forschung ⁴⁾	9,4	654,6	104,0	768,0	780,2
dar.: Schulen und vorschulische Bildung ⁵⁾	—	487,7	71,2	558,9	571,5
Soziale Sicherung	1,1	51,8	75,3	128,2	126,9
Gesundheitswesen, Sport und Erholung	0,6	19,4	63,2	83,2	81,8
dar.: Krankenhäuser	—	0,3	1,0	1,3	1,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemein- schaftsdienste	—	29,3	123,8	153,1	150,9
Ernährung, Land- wirtschaft und Forsten	0,7	22,1	3,7	26,5	26,5
Energie- und Wasserwirtschaft ⁶⁾	3,4	12,2	5,6	21,2	20,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	23,7	39,7	39,8	103,2	102,4
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	3,1	59,2	67,1	129,4	128,3
Krankenhäuser ⁷⁾	—	130,4	205,9	336,3	334,0
Insgesamt	313,7	1 577,8	937,0	2 828,4	2 832,4

¹⁾ Ohne Soldaten. — ²⁾ Gemeinden/Gv. nach Aufgabenbereichen geschätzt. — ³⁾ Einschl. auswärtige Angelegenheiten. — ⁴⁾ Einschl. kulturelle Angelegenheiten. — ⁵⁾ Einschl. Unterrichtsverwaltung. — ⁶⁾ Einschl. Gewerbe, Dienstleistungen. — ⁷⁾ Mit kaufmännischer Buchführung.

Die Entwicklung des Personaleinsatzes im Vergleich zum Vorjahr zeigt, daß sich der Rückgang bei den Vollbeschäftigten auf das Bildungswesen konzentriert hat, hier vor allem auf das Schulwesen, in dem 12 600 Vollzeitarbeitsplätze weggefallen sind. Nicht nur die geringere Ausbildungskapazität (— 6 000), sondern auch die Bemühungen der Landesregierungen, bisher vollbeschäftigte Lehrer für eine Teilzeitbeschäftigung zu interessieren, dürften hierzu geführt haben. Daß dieses Vorhaben zumindest Teilerfolge zeitigte, belegt der Zugang von rund 6 000 teilzeitbeschäftigten Lehrern. In den übrigen Aufgabenbereichen ergaben sich keine nennenswerten Veränderungen, wobei jedoch Personalzunahmen, die hauptsächlich auf die Personalpolitik der Gemeinden zurückzuführen waren, überwogen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß dieser Personalzuwachs insbesondere durch Ausbildungs- und Zeitarbeitsverträge entstanden ist.

Mehr Personal im mittelbaren öffentlichen Dienst

Bei den erfaßten Institutionen des mittelbaren öffentlichen Dienstes waren am 30. Juni 1984 215 500 Voll- und 27 100 Teilzeitbeschäftigte eingesetzt; binnen Jahresfrist ist der Personalstand damit um 900 Voll- und 1 100 Teilzeitkräfte gestiegen. Neben durchgängigen Personalverstärkungen im Teilzeitbereich hat hierzu speziell die Bereitstellung neuer Ausbildungsplätze bei den Sozialversicherungsträgern beigetragen.

Tabelle 4: Personal im mittelbaren öffentlichen Dienst nach dem Dienstverhältnis
1 000

Beschäftigungsbereich	30. 6. 1984			Dagegen 30. 6. 1983	
	Beamte	Ange-stellte ¹⁾	Arbeiter	insgesamt	
Vollbeschäftigte	25,7	179,3	10,5	215,5	214,6
Sozialversicherungsträger					
unter Bundesaufsicht	4,3	65,4	3,9	73,6	72,6
unter Länderaufsicht	7,5	72,5	5,6	85,6	85,5
Bundesanstalt für Arbeit	13,6	40,2	1,0	54,8	55,1
Träger der Zusatzversorgung	0,2	1,1	0,1	1,4	1,4
Teilzeitbeschäftigte	0,5	15,9	10,8	27,1	26,0
Sozialversicherungsträger					
unter Bundesaufsicht	0,1	4,5	4,2	8,8	8,4
unter Länderaufsicht	0,2	6,5	4,3	11,0	10,6
Bundesanstalt für Arbeit	0,2	4,7	2,3	7,2	6,8
Träger der Zusatzversorgung	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1

¹⁾ Einschl. DO-Angestellte bei den Sozialversicherungsträgern.

Personal in Ausbildung auf Vorjahresniveau

In der personalrechtlichen Abgrenzung des öffentlichen Dienstes zählen zum Personal in Ausbildung die Beamtenanwärter, die den gesetzlich vorgeschriebenen Vorbereitungsdienst ableisten, Auszubildende, Lernschwestern und Krankenpflegeschüler sowie Personen, die für eine Ausbildung im Beamtenverhältnis vorbereitet werden.

Am Erhebungsstichtag befanden sich 271 700 Personen in einem Ausbildungsverhältnis im öffentlichen Dienst; dies entsprach einem Anteil von 6 % aller dort Beschäftigten bzw. von 7,1 % der Vollbeschäftigten. Damit hielt sich die Ausbildungskapazität im Vorjahresrahmen. Der Schwerpunkt der Ausbildung lag mit 128 000 Personen bei den Länderbehörden, die zwar 2 400 Ausbildungsplät-

Tabelle 5: Personal in Ausbildung im öffentlichen Dienst

Stichtag 30. 6. Beschäftigungsbereich	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter	Insgesamt	
	1 000			%(¹⁾)	
1980	134,0	85,0	34,8	253,8	6,6
1981	132,2	86,2	37,5	255,8	6,7
1982	139,3	89,9	39,1	268,4	7,0
1983	131,8	89,4	50,2	271,4	7,1
1984	120,7	98,3	52,7	271,7	7,1
davon (1984):					
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	117,9	85,1	52,7	255,7	7,1
Bund	9,3	1,9	3,6	14,9	4,7
Länder	91,1	28,6	8,4	128,2	8,1
Gemeinden/Gv.	11,4	52,4	6,8	70,7	7,5
Kommunale Zweckverbände ...	0,0	2,0	0,3	2,3	6,8
Deutsche Bundesbahn	0,8	—	11,8	12,6	4,1
Deutsche Bundespost	5,2	0,1	21,6	27,0	6,2
Mittelbarer öffentlicher Dienst ...	2,7	13,3 ²⁾	0,0	16,0	7,4

¹⁾ Anteil an der jeweiligen Gesamtzahl aller Vollbeschäftigten. — ²⁾ Einschl. DO-Angestellte bei den Sozialversicherungsträgern.

ze weniger zur Verfügung stellten, auf das vollbeschäftigte Landespersonal bezogen aber die höchste Ausbildungsquote (8,1 %) unter den Beschäftigungsbereichen aufwiesen. Maßgebend hierfür ist das Ausbildungsmonopol, das die Länder auf dem Gebiet der Lehrer- und Juristenausbildung und praktisch auch im Polizeiwesen besitzen. Hierbei strebt zumindest im Bereich der Juristen ein Teil der Ausbildungsjahrgänge keine Übernahme in den öffentlichen Dienst an. Die geringste Ausbildungsquote war mit 4,1 % bei der Deutschen Bundesbahn zu verzeichnen, die ihr entsprechendes Angebot um 4 200 Plätze gegenüber dem Vorjahr reduzierte. Demgegenüber bildeten die Gemeinden (+ 4 000), die Deutsche Bundespost (+ 1 000) und der mittelbare öffentliche Dienst (+ 1 700) mehr junge Menschen aus.

Dr. Werner Breidenstein

Steuer- und Sozialabgabenbelastung ausgewählter Arbeitnehmerhaushalte 1966 bis 1984

Vorbemerkung

Die Belastung privater Haushalte durch Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie durch Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (im folgenden werden beide zusammen kurz als „Abzüge“ bezeichnet) ist sicherlich neben der Arbeitslosigkeit eines der besonders problematischen Themen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Nicht umsonst standen und stehen Art, Umfang und Zeitpunkt der geplanten Reform der Lohn- und Einkommensteuer im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Ebenso strittig ist die zumutbare Grenzbelastung der Erwerbstätigen durch die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, vor allem zur gesetzlichen Rentenversicherung. Im Interesse einer Versachlichung und statistischen Absicherung der zuweilen stark emotional geführten Debatte erscheint es sinnvoll, anhand der Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen die strukturellen Unterschiede in der Belastung verschiedener Arbeitnehmergruppen sichtbar zu machen und auch in der zeitlichen Entwicklung darzustellen.

Die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die bereits 1949 eingeführt wurden, stellen kleine Einkommens- und Verbrauchsstichproben für ausgewählte Gruppen der Bevölkerung dar. Erfaßt werden monatlich etwa 1 000 Haushalte dreier ausgewählter Haushaltstypen: Zweipersonenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern, Vierpersonenhaushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen und Vierpersonenhaushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen. Zweck der laufenden Wirtschaftsrechnungen ist es, nachzuweisen, wie sich für homogene Haushaltstypen im Zeitablauf die Ausgabenstruktur ändert¹⁾; außerdem bieten sie die Grundlage für die Berechnung von drei der insgesamt fünf Preisindizes für die Lebenshaltung in der Bundesrepublik Deutschland²⁾.

Die Beschränkung der Aussagen auf die in den laufenden Wirtschaftsrechnungen erfaßten Arbeitnehmerhaushalte hat den Vorteil, daß die Veränderungen in der Belastung des Einkommens durch Abzüge in einer längeren Zeitreihe und jährlich nachgewiesen werden können, so daß zum Beispiel Auswirkungen von Steuerreformen unmittelbar erkennbar sind und daß die Belastungsquote nicht durch Änderungen in der Struktur der Haushalte, insbesondere

hinsichtlich der Zahl der unselbständig Tätigen, beeinflußt wird. Trotz des relativ kleinen Stichprobenumfangs sind die ermittelten Belastungsquoten, wie Vergleichsrechnungen mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 gezeigt haben, durchaus als zuverlässig und realistisch anzusehen. Sobald die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 vorliegen, soll dem Problem der Belastung der Einkommen durch Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie durch Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung noch einmal in größerem Rahmen unter Einbeziehung der Selbständigenhaushalte nachgegangen werden.

Zur Abgrenzung des steuerpflichtigen Einkommens

Die Gesamtbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens von Arbeitnehmern hängt entscheidend von der Art und Höhe der Einkommen sowie von der Einbindung der im Haushalt lebenden Person in das System der gesetzlichen Sozialversicherung ab.

Die Belastung durch Steuern und Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung wird üblicherweise am Haushaltsbruttoeinkommen gemessen. Die Steuern auf das Einkommen richten sich nach dem zu versteuernden Einkommen. Wird von den Haushaltsmitgliedern eines Haushalts nur Lohnsteuer bezahlt, so ist der Jahreslohn eines jeden Erwerbstätigen der Ausgangspunkt für die Besteuerung, von dem im Regelfall der Arbeitnehmerfreibetrag, die Werbungskosten- und Sonderausgabenpauschbeträge sowie die Vorsorgepauschale abzusetzen sind. Zu diesen Regelfreibeträgen können Altersfreibeträge, Pauschbeträge für Behinderte sowie über die Pauschalbeträge hinausgehende Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, wie zum Beispiel Freibeträge für in Ausbildung befindliche Kinder sowie ab 1983 wieder Kinderfreibeträge hinzukommen. Die Höhe der Lohnsteuer richtet sich ferner nach der Steuerklasse des Erwerbstätigen, die auf der Lohnsteuerkarte eingetragen ist. Für nur vorübergehend oder aus Hilfsweise Beschäftigte erfolgt die Versteuerung pauschal durch den Arbeitgeber.

Ohne Kenntnis der genannten Einzelheiten (die in den Statistiken über Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte nicht erhoben werden können) ist die Bewertung der Steuerbelastung von Lohnsteuerpflichtigen mitunter schwierig. Dies gilt erst recht für Haushalte mit Personen, die lohn- und einkommensteuerpflichtig sind. Hier ist die Bemessungsgrundlage der zu zahlenden Einkommensteuer das „zu versteuernde Einkommen“, das sich aus der Summe der Einkünfte von sieben Einkunftsarten, die das Einkommensteuergesetz kennt, nach Abzug von Sonderausgaben, außergewöhnlichen Belastungen und weiteren Freibeträgen ergibt. Nicht alle Einkünfte, die im Haushaltsbruttoeinkommen enthalten sind, unterliegen überhaupt oder in voller Höhe der Besteuerung. Das gilt vor allem für die Masse der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, von denen lediglich der Ertragsanteil versteuert werden muß. Gänzlich steuerfrei sind in der Regel die meisten sonstigen staatlichen Transfers (Kindergeld, Wohngeld u. ä.). Hinzu kommt, daß das Einkommensteuergesetz auch negative Einkünfte (Verluste aus einer oder

¹⁾ Siehe Kunz, D. und Euler, M.: „Möglichkeiten und Grenzen der laufenden Wirtschaftsrechnungen“ in WiSta 6/1972, S. 321 ff.

²⁾ Siehe Rasch, H. G.: „Zur Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1980“ in WiSta 7/1984, S. 640 ff.

mehreren Einkunftsarten) kennt, die mit den übrigen Einkünften verrechnet werden können, so daß unter Umständen trotz hoher Bruttoeinkommen aus einer Einkunftsart keine Einkommensteuer zu zahlen ist. Zu den möglichen negativen Einkünften gehören neben den Einkünften aus Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, insbesondere aus der Nutzung des eigenen Hauses. Von dem ohnehin sehr niedrig angesetzten steuerlichen Mietwert (zur Zeit 1,4 % des Einheitswertes des eigenen Hauses) werden außer den Schuldzinsen (maximal bis zur Höhe des steuerlichen Mietwertes) erhöhte Absetzungen nach § 7b bzw. § 54 des Einkommensteuergesetzes oder nach § 14a oder § 15 des Berlinförderungsgesetzes abgesetzt.

Im Gegensatz zur steuerlichen Behandlung werden bei Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte grundsätzlich positive Werte für die Nutzung von eigenen Häusern errechnet und nachgewiesen. Dies geschieht in der Form, daß anhand der Angaben über Wohnfläche, Ausstattung und Baualter mit Hilfe der Quadratmetermiete vergleichbarer Mietwohnungen ein Mietwert für Eigentümerwohnungen ermittelt wird, von dem lediglich die Betriebskosten, nicht aber Abschreibungen und Zinsen abgesetzt werden. Durch dieses Verfahren soll die Vergleichbarkeit der Struktur der Budgets von Eigentümer- und Hauptmieterhaushalten gesichert werden. Es führt aber zwangsläufig dazu, daß vor allem für solche Eigentümerhaushalte, die

noch die steuerlichen Vorteile der oben genannten Paragraphen des Einkommensteuer- bzw. Berlinförderungsgesetzes in Anspruch nehmen können, das errechnete Haushaltsbruttoeinkommen wesentlich höher ist als das zu versteuernde Einkommen.

Die Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung richten sich ausschließlich nach der Höhe des Einkommens aus unselbständiger Arbeit. Auch hier ist die Wahl des Haushaltsbruttoeinkommens als Bezugswert für die Höhe der Belastung nur aus dem Bestreben heraus verständlich, eine einheitliche Meßgröße für alle Abzüge zu finden.

Steuer- und Sozialabgabenbelastung beim Haushaltstyp 2

In den laufenden Wirtschaftsrechnungen werden für die Auswahl der in die Stichprobe einzubeziehenden Haushalte bei den hier dargestellten Haushaltstypen 2 und 3 außer den Haushaltsstrukturen (Ehepaar mit zwei Kindern) auch Einkommensgrenzen vorgegeben, um hinsichtlich der Höhe des Einkommens möglichst homogene Haushalte in der Erhebung zu haben. Die Ergebnisse gelten somit nur für einen eng abgegrenzten Haushaltstyp; sie sind aber trotz des relativ geringen Stichprobenumfanges für diesen Typ aussagefähig. Die Einkommensgrenzen werden seit 1964 jährlich entsprechend den Veränderun-

Tabelle 1: Einkommen und Abzüge der Arbeitnehmerehepaare¹⁾ mit zwei Kindern und mittlerem Einkommen²⁾ (Haushaltstyp 2) je Haushalt und Monat

Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	1966		1970		1974		1978		1982		1983		1984		1966 = 100
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	
Bezugsperson Angestellter															
Haushaltsbruttoeinkommen	1 209	100	1 536	100	2 487	100	3 330	100	4 156	100	4 348	100	4 473	100	370
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 105	91,4	1 396	90,9	2 220	89,3	2 916	87,5	3 526	84,8	3 683	84,7	3 778	84,5	342
und zwar: der Bezugsperson	1 094	90,5	1 392	90,6	2 205	88,7	2 896	87,0	3 509	84,4	3 655	84,1	3 724	83,3	341
Einkommen aus Vermietung und Verpachtung	11	0,9	12	0,8	45	1,8	45	1,4	127	3,1	128	2,9	168	3,8	1 503
Steuern auf Einkommen und Vermögen	72	5,9	133	8,7	306	12,3	372	11,2	461	11,1	485	11,2	506	11,3	706
dar.: Lohnsteuer	66	5,4	119	7,7	282	11,4	354	10,6	437	10,5	456	10,5	476	10,6	724
Kirchensteuer	6	0,5	11	0,7	24	1,0	17	0,5	23	0,5	24	0,6	25	0,6	429
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ³⁾	83	6,9	148	9,6	259	10,4	396	11,9	509	12,2	539	12,4	584	13,1	699
für gesetzliche Rentenversicherung ⁴⁾	72	6,0	125	8,2	206	8,3	293	8,8	370	8,9	400	9,2	432	9,6	596
für gesetzliche Krankenversicherung	11	0,9	23	1,5	53	2,2	103	3,1	138	3,3	140	3,2	152	3,4	1 372
Abzüge insgesamt	155	12,8	281	18,3	565	22,7	768	23,1	969	23,3	1 024	23,6	1 089	24,4	702
Bezugsperson Arbeiter															
Haushaltsbruttoeinkommen	1 157	100	1 487	100	2 380	100	3 215	100	3 833	100	3 997	100	4 137	100	358
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 024	88,5	1 337	89,9	2 092	87,9	2 755	85,7	3 243	84,6	3 346	83,7	3 465	83,8	338
und zwar: der Bezugsperson	1 002	86,7	1 327	89,2	2 064	86,7	2 695	83,8	3 190	83,2	3 264	81,7	3 362	81,3	335
Einkommen aus Vermietung und Verpachtung	15	1,3	26	1,7	61	2,6	59	1,8	103	2,7	141	3,5	165	4,0	1 124
Steuern auf Einkommen und Vermögen	61	5,3	126	8,5	278	11,7	326	10,1	402	10,5	402	10,1	428	10,3	697
dar.: Lohnsteuer	56	4,8	113	7,6	257	10,8	312	9,7	382	10,0	381	9,5	405	9,8	725
Kirchensteuer	5	0,5	10	0,7	22	0,9	14	0,4	19	0,5	19	0,5	21	0,5	389
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ³⁾	112	9,7	162	10,9	276	11,6	416	12,9	514	13,4	538	13,4	572	13,8	509
für gesetzliche Rentenversicherung ⁴⁾	72	6,3	116	7,8	193	8,1	274	8,5	340	8,9	361	9,0	387	9,4	534
für gesetzliche Krankenversicherung	40	3,5	46	3,1	83	3,5	142	4,4	173	4,5	177	4,4	185	4,5	462
Abzüge insgesamt	174	15,0	289	19,4	554	23,3	742	23,1	916	23,9	940	23,5	1 000	24,2	575

¹⁾ Bezugsperson Angestellter oder Arbeiter. — ²⁾ Mit mittlerem Einkommen aus unselbständiger Arbeit der alleinverdienenden Bezugsperson (1984: monatliches Bruttoarbeitslohn zwischen 2 500 und 3 800 DM). — ³⁾ Nur Arbeitnehmerbeiträge. — ⁴⁾ Einschl. Arbeitslosenversicherung.

gen der Bruttolöhne und -gehälter der Einkommensentwicklung angepaßt. Beim Haushaltstyp 2 soll das Bruttoarbeitseinkommen der alleinverdienenden Bezugsperson, die als Arbeiter oder Angestellter tätig ist, im Schnitt dem Durchschnittsentgelt eines männlichen Arbeiters bzw. Angestellten entsprechen. Für das Jahr 1984 sollte das monatliche Bruttoeinkommen der Bezugsperson zwischen 2 500 und 3 800 DM liegen³⁾; der Bruttolohn von männlichen Industriearbeitern lag, auf den Monat umgerechnet, bei 2 972 DM, von männlichen Angestellten in Handel und Industrie bei 3 996 DM⁴⁾.

Im Jahr 1984 betrug bei den in die Erhebung einbezogenen Ehepaaren des Haushaltstyps 2, in denen die Bezugsperson als Angestellter⁵⁾ tätig war, das monatliche Haushaltsbruttoeinkommen 4 473 DM, von denen — entsprechend der Auswahlmerkmale — das Bruttoarbeitseinkommen des Ehemannes 3 778 DM (84,5 %) ausmachte (siehe Tabelle 1). Von dem Haushaltsbruttoeinkommen waren für Steuern auf Einkommen und Vermögen 506 DM (11,3 %) zu zahlen; der größte Teil entfiel auf die Lohnsteuer (476 DM). Die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (nur Arbeitnehmerbeiträge) betrugen 584 DM (13,1 %); davon entfielen 432 DM (9,6 %) auf die gesetzliche Rentenversicherung (einschl. Arbeitslosenversicherung), 152 DM auf die Krankenversicherung (3,4 %). Somit machten die Abzüge in Form von Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie von Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung im Schnitt fast ein Viertel des Haushaltsbruttoeinkommens des hier behandelten Haushaltstyps aus. Für Arbeiter-ehepaare mit zwei Kindern und mittlerem Einkommen ergibt sich bei einem etwas niedrigeren Haushaltsbruttoeinkommen (und entsprechend niedrigeren Steuern) für 1984 eine gleiche Belastungsquote wie für die vergleichbaren Angestellten-ehepaare, wie aus Tabelle 1 hervorgeht.

Tabelle 1 enthält auch Vergleichswerte für ausgewählte Jahre ab 1966. Hinsichtlich der Einkommensentwicklung ab 1966 ist zu beachten, daß für die in den laufenden Wirtschaftsrechnungen einbezogenen Haushaltstypen Einkommensgrenzen vorgegeben werden, die den zu erwartenden nominalen Veränderungen der Renten (Typ 1) bzw. Löhne und Gehälter (Typ 2 und 3) angepaßt werden. Wird etwa eine Bezugsperson in eine höhere Tarif- oder Gehaltsgruppe eingestuft oder tritt sie eine neue Stellung mit deutlich höherem Einkommen an und überschreitet dadurch die obere festgesetzte Einkommensgrenze, so scheidet sie aus der Erhebung aus. Der Anstieg des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit von 1966 bis 1984 um mehr als rund das Dreieinhalbfache für die hier

³⁾ Siehe Euler, M.: „Budgets ausgewählter privater Haushalte 1984“ in WiSta 6/1985, S. 493 ff.

⁴⁾ Siehe Schulz, U.: „Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1984“ in WiSta 3/1985, S. 254, Tabelle 2. Der Monatslohn entspricht dem 4,345fachen des Bruttowochenlohns.

⁵⁾ Bei den laufenden Veröffentlichungen der Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen in WiSta und in der Fachserie 15, Reihe 1, wird aus Raumgründen auf eine Aufteilung nach der sozialen Stellung der Bezugsperson innerhalb der Haushaltstypen 2 und 3 verzichtet. Im Rahmen der Aufbereitung erfolgt jedoch für die Jahre ab 1965 eine solche Differenzierung. Für speziellere Untersuchungen und zur Erklärung scheinbar unrealistischer Ergebnisse vor allem hinsichtlich der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und der freiwilligen Beiträge zur Krankenversicherung sowie der Aufwendungen für die Gesundheitspflege sind derartige Informationen unverzichtbar; siehe Euler, M.: „Einfluß der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes auf Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte“ in WiSta 11/1978, S. 730 ff., und „Budgets ausgewählter privater Haushalte 1984“ in WiSta 6/1985, S. 497 bis 499 und S. 501.

nachgewiesenen Bezugspersonen wird also wesentlich durch die vorgegebenen Auswahlrichtlinien bestimmt und stellt kein autonomes statistisches Ergebnis im engeren Sinn dar. Die Tatsache, daß sich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Veränderung fast genau mit der Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer für den genannten Zeitraum deckt (Anstieg von 1966 bis 1984 auf das 3,5fache⁶⁾) zeigt jedoch, daß die Vorgaben nicht unrealistisch waren.

Einen extrem hohen Anstieg weisen bei den hier dargestellten Haushaltstypen die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung auf, die bei den Angestellten-ehepaaren etwa fünfzehnmal so hoch waren wie 1966, bei den Arbeiter-ehepaaren etwa elfmal. Dafür gibt es eine einfache Erklärung. Bei den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung handelt es sich bei den hier dargestellten Haushalten durchweg um den unterstellten Mietwert für Eigentümerwohnungen. Wie Tabelle 2 zeigt, gab es Mitte der 60er Jahre nur relativ wenige Eigentümerhaushalte in dem hier dargestellten Haushaltstyp (1966: 13,2 %), dagegen war 1984 rund ein Drittel der Haushalte Eigentümer des Hauses oder der Wohnung. Die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung machten 1966 nur etwa 1 % des gesamten Haushaltsbruttoeinkommens aus, 1983 3,8 %; trotz des beträchtlichen Anstiegs ist also die Bedeutung dieses Einkommens für das Gesamtsystem relativ gering geblieben.

Bei den Angestellten-ehepaaren ergibt sich für die Pflichtbeiträge zur Krankenversicherung eine ähnlich hohe Steigerungsquote wie für die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung. Auch hier ist die Ursache leicht zu finden. Während Arbeiter grundsätzlich in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind, entfällt bei Angestellten, deren Einkommen eine bestimmte Höhe (Beitragsbemessungsgrenze) übersteigt, die Versicherungspflicht. 1966 traf dies noch für zwei Drittel der im Haushaltstyp 2 erfaßten Angestelltenhaushalte zu, 1984 für weniger als ein Viertel (siehe Tabelle 2).

Die Entwicklung der Gesamtbelastung beim Haushaltstyp 2

So interessant die Entwicklung einzelner Einkommens- und Ausgabenarten sein mag, ist für die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Haushalte die Entwicklung der Gesamtbelastung entscheidend. Hier ergibt sich aus Tabelle 1 eine Feststellung, die auf den ersten Blick überraschen mag. Zwar stieg der Anteil der Abzüge am Haushaltsbruttoeinkommen sowohl bei den Angestellten- als auch bei den Arbeiter-ehepaaren von 12,8 bzw. 15,0 % im Jahr 1966 auf jeweils 22,7 bzw. 23,3 % im Jahr 1974, doch nahm er bis 1984 nur noch um einen Prozentpunkt zu. Auch hierfür gibt es mehrere Gründe, die sehr vielschichtig sind und bei Einkommensanalysen häufig nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt werden. Dazu gehören:

⁶⁾ Siehe Lützel, H. und Mitarbeiter: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1984“ in WiSta 8/1985, S. 603 ff. sowie S. 337*.

Tabelle 2: Arbeitnehmerehepaare¹⁾ mit zwei Kindern und mittlerem Einkommen²⁾ (Haushaltstyp 2) nach dem Anteil der Haushalte mit ausgewählten Einkommen bzw. Abzügen

Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen
Prozent

Gegenstand der Nachweisung	1966	1970	1974	1978	1982	1983	1984
Bezugsperson Angestellter							
Haushalte mit:							
Haushaltsbruttoeinkommen	100	100	100	100	100	100	100
dar. Einkommen aus Vermietung und Verpachtung	14,8	9,9	21,3	17,5	33,5	33,8	32,9
Lohnsteuer	96,9	98,4	98,8	99,6	99,3	99,0	99,4
Kirchensteuer	92,2	93,8	91,6	88,8	84,7	84,8	86,2
Pflichtbeiträgen ³⁾							
für gesetzliche Rentenversicherung ⁴⁾	86,9	98,8	98,8	99,8	99,5	99,2	99,4
für gesetzliche Krankenversicherung	32,7	44,5	62,1	72,3	76,9	74,5	77,2
Bezugsperson Arbeiter							
Haushaltsbruttoeinkommen	100	100	100	100	100	100	100
dar. Einkommen aus Vermietung und Verpachtung	15,0	20,9	23,3	20,7	30,2	34,3	34,4
Lohnsteuer	91,7	96,3	98,8	99,4	98,4	98,0	98,0
Kirchensteuer	87,7	87,8	89,8	88,3	84,3	82,5	81,1
Pflichtbeiträgen ³⁾							
für gesetzliche Rentenversicherung ⁴⁾	96,6	97,4	99,2	99,6	98,6	98,5	98,7
für gesetzliche Krankenversicherung	94,4	96,4	98,2	99,3	97,5	97,5	98,0

¹⁾ Bezugsperson Angestellter oder Arbeiter. — ²⁾ Mit mittlerem Einkommen aus unselbständiger Arbeit der alleinverdienenden Bezugsperson (1984: monatliches Bruttoarbeits Einkommen zwischen 2 500 und 3 800 DM). — ³⁾ Nur Arbeitnehmerbeiträge. — ⁴⁾ Einschl. Arbeitslosenversicherung.

— Veränderungen im Steuerrecht

Im Zeitraum von 1966 bis 1984 sind zahlreiche Bestimmungen im Einkommensteuergesetz wirksam geworden, die sich zum Teil nachhaltig auf die von den hier dargestellten Ehepaaren zu zahlende Lohn- bzw. Einkommensteuer ausgewirkt haben. Genannt seien hier vor allem die ab 1975 gültige Einführung eines einheitlichen Kindergeldes und die damit verbundene Aufhebung von Steuerfreibeträgen für Kinder sowie die durch das Einkommensteuerreformgesetz vom 5. 8. 1974 bzw. das Steueränderungsgesetz vom 30. 11. 1978 erfolgten sonstigen Regelungen. Zu beachten ist, daß den dadurch eingetretenen Entlastungen für die hier dargestellten Arbeitnehmerhaushalte des Typs 2 kaum eine spürbare Mehrbelastung durch die Steuerprogression gegenübersteht, weil dafür die Höhe des (zu versteuernden) Einkommens zu niedrig war.

— Wahl des Haushaltsbruttoeinkommens als Meßgröße für die Belastung

Wie bereits ausgeführt wurde, wird die Gesamtbelastung üblicherweise am Haushaltsbruttoeinkommen gemessen. Daß diese Hilfsgröße für die hier zu untersuchenden Haushalte nicht besonders geeignet ist, ist unschwer zu erkennen. Die Bezugsperson ist nach den Auswahlrichtlinien alleiniger Bezieher von Arbeitseinkommen. Nach der Höhe der vorgegebenen Einkommensgrenzen ist sie durchweg nur lohnsteuerpflichtig, es sei denn, die übrigen (steuerpflichtigen) Einkünfte überschreiten den steuerfreien Betrag (1984: 800 DM). Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung richten sich ausschließlich nach der Höhe des Lohnes bzw. des Gehaltes. Demzufolge erscheint im vorliegenden Fall die Wahl des Bruttoarbeits Einkommens der Bezugsperson als Bezugsgröße methodisch sau-

Tabelle 3: Anteil der Abzüge bei Arbeitnehmerehepaaren¹⁾ mit zwei Kindern und mittlerem Einkommen²⁾ (Haushaltstyp 2) am Haushaltsnettoeinkommen und am Bruttoarbeits Einkommen der Bezugsperson

Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen
Prozent

Gegenstand der Nachweisung	Anteil der Abzüge am													
	Haushaltsbruttoeinkommen							Bruttoarbeits Einkommen der Bezugsperson						
	1966	1970	1974	1978	1982	1983	1984	1966	1970	1974	1978	1982	1983	1984
Bezugsperson Angestellter														
Abzüge insgesamt	12,8	18,3	22,7	23,1	23,3	23,6	24,4	14,2	20,2	25,6	26,5	27,6	28,0	29,3
Steuern auf Einkommen und Vermögen ..	5,9	8,7	12,3	11,2	11,1	11,2	11,3	6,5	9,6	13,9	12,8	13,1	13,3	13,6
dar.: Lohnsteuer	5,4	7,7	11,3	10,6	10,5	10,5	10,6	6,0	8,5	12,8	12,2	12,4	12,5	12,8
Kirchensteuer	0,5	0,7	1,0	0,5	0,5	0,6	0,6	0,5	0,8	1,1	0,6	0,6	0,7	0,7
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ³⁾	6,9	9,6	10,4	11,9	12,2	12,4	13,1	7,6	10,6	11,7	13,7	14,5	14,8	15,7
gesetzliche Rentenversicherung ⁴⁾	6,0	8,2	8,3	8,8	8,9	9,2	9,6	6,6	9,0	9,3	10,1	10,6	10,9	11,6
gesetzliche Krankenversicherung	0,9	1,5	2,2	3,1	3,3	3,2	3,4	1,0	1,6	2,4	3,6	3,9	3,8	4,1
Bezugsperson Arbeiter														
Abzüge insgesamt	15,0	19,4	23,3	23,1	23,9	23,5	24,2	17,4	21,8	26,9	27,5	28,7	28,8	29,7
Steuern auf Einkommen und Vermögen ..	5,3	8,5	11,7	10,1	10,5	10,1	10,3	6,1	9,5	13,5	12,1	12,6	12,3	12,7
dar.: Lohnsteuer	4,8	7,6	10,8	9,7	10,0	9,5	9,8	5,6	8,5	12,4	11,6	12,0	11,7	12,1
Kirchensteuer	0,5	0,7	0,9	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,7	1,0	0,5	0,6	0,6	0,6
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ³⁾	9,7	10,9	11,6	12,9	13,4	13,4	13,8	11,2	12,2	13,4	15,4	16,1	16,5	17,0
gesetzliche Rentenversicherung ⁴⁾	6,3	7,8	8,1	8,5	8,9	9,0	9,4	7,2	8,7	9,4	10,2	10,7	11,1	11,5
gesetzliche Krankenversicherung	3,5	3,1	3,5	4,4	4,5	4,4	4,5	4,0	3,5	4,0	5,3	5,4	5,4	5,5

¹⁾ Bezugsperson Angestellter oder Arbeiter. — ²⁾ Mit mittlerem Einkommen aus unselbständiger Arbeit der alleinverdienenden Bezugsperson (1983: monatliches Bruttoarbeits Einkommen zwischen 2 500 und 3 800 DM). — ³⁾ Nur Arbeitnehmerbeiträge. — ⁴⁾ Einschl. Arbeitslosenversicherung.

berer als die Wahl des Haushaltseinkommens. Laut Lohnsteuertabelle waren bei einem Bruttomonatsgehalt von 3 724 DM (Angestellte) in Steuerklasse III/2 517 DM zu entrichten, bei einem Lohn von 3 362 DM (Arbeiter) 422 DM. Diese Tabellenwerte decken sich weitgehend mit den aus den Anschreibungen der Haushalte ermittelten steuerlichen Belastungen.

Die aus der Wahl der Bezugsgröße resultierenden Unterschiede sind Tabelle 3 zu entnehmen. Hier werden den Belastungen des Haushaltsbruttoeinkommens die Belastungen des Bruttoarbeitseinkommens der Bezugsperson gegenübergestellt. Gemessen am Haushaltsbruttoeinkommen stieg zwar die Belastung der hier dargestellten Haushalte durch die gezahlten Pflichtbeiträge von 1966 (6,9 %) bis 1984 (13,1 %) kontinuierlich, die Belastung durch Steuern auf Einkommen und Vermögen stagnierte jedoch von 1978 bis 1984 bei einer Quote von jeweils 10,5 bzw. 10,6 % des Haushaltsbruttoeinkommens. Gemessen am Bruttoarbeitseinkommen der Bezugsperson ergab sich dagegen im gleichen Zeitraum eine — wenn auch geringe — Steigerung der Steuerbelastungsquote von 12,2 % im Jahr 1978 auf 12,8 % im Jahr 1984.

— Steuerart

Während die Lohnsteuer auf das Einkommen aus unselbständiger Arbeit abgestellt ist, werden in der Einkommensteuer alle steuerpflichtigen Einkommen des Haushalts erfaßt. Der Anteil derjenigen Haushalte

des Typs 2, die neben der im Abzugsverfahren erhobenen Lohnsteuer auch Einkommensteuer entrichteten, ist so gering (im langjährigen Durchschnitt deutlich unter 1 % aller erfaßten Haushalte des Typs 2), daß für sie kein statistisch gesicherter Nachweis möglich ist. Die Zahl derjenigen Haushalte, die zur Einkommensteuer veranlagt wurden, also eine Einkommensteuererklärung abgegeben hatten, muß u. a. deshalb zwangsläufig höher sein, weil Haushalte mit eigenem Haus oder eigener Wohnung automatisch zur Einkommensteuer veranlagt werden. Gerade für diesen Personenkreis dürfte aber der Einkommensteuerbescheid in der Regel nicht zu einer Erhöhung, sondern eher zu einer Minderung der Steuerbelastungsquote geführt haben, vor allem dann, wenn erhöhte Abschreibungen nach § 7b ESt-Gesetz in Anspruch genommen werden konnten und diese nicht bereits in der Lohnsteuerkarte berücksichtigt sind (in diesem Fall ist bereits die vom Arbeitgeber einbehaltenen Lohnsteuer entsprechend gemindert).

Abgabenbelastung beim Haushaltstyp 3

Für den Haushaltstyp 3 sollte bei sonst gleicher Zusammensetzung wie Typ 2 für 1984 das Bruttoarbeitseinkommen der Bezugsperson, die als Angestellter oder Beamter tätig war, mindestens 4 550 DM betragen und das Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 4 850 und 6 650 DM liegen.

Tabelle 4: Einkommen und Abzüge der Arbeitnehmerehepaare¹⁾ mit zwei Kindern und höherem Einkommen²⁾ (Haushaltstyp 3) je Haushalt und Monat

Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	1966		1970		1974		1978		1982		1983		1984		1966 = 100
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	
Bezugsperson Angestellter															
Haushaltsbruttoeinkommen	2 211	100	2 633	100	3 924	100	5 134	100	6 548	100	6 767	100	7 038	100	318
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	2 074	93,8	2 465	93,6	3 618	92,2	4 632	90,2	5 771	88,1	5 982	88,4	6 125	87,0	295
und zwar: der Bezugsperson	2 057	93,0	2 447	92,9	3 588	91,4	4 578	89,2	5 639	86,1	5 840	86,3	5 979	85,0	291
Einkommen aus Vermietung und Verpachtung	22	1,0	39	1,5	77	1,9	104	2,0	258	3,9	275	4,1	418	5,9	1 880
Steuern auf Einkommen und Vermögen	235	10,6	328	12,4	660	16,8	853	16,6	1 050	16,0	1 079	15,9	1 102	15,7	469
dar.: Lohnsteuer	215	9,7	291	11,1	604	15,4	804	15,7	982	15,0	1 011	14,9	1 034	14,7	480
Kirchensteuer	19	0,9	24	0,9	48	1,2	46	0,9	59	0,9	61	0,9	61	0,9	320
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ³⁾	41	1,8	126	4,8	218	5,6	368	7,2	511	7,8	553	8,2	598	8,5	1 473
für gesetzliche Rentenversicherung ⁴⁾	40	1,8	125	4,8	216	5,5	365	7,1	502	7,7	544	8,0	587	8,3	1 478
für gesetzliche Krankenversicherung	1	0,0	1	0,0	2	0,1	3	0,1	8	0,1	9	0,1	11	0,2	1 270
Abzüge insgesamt	275	12,5	453	17,2	879	22,4	1 221	23,8	1 561	23,8	1 632	24,1	1 701	24,2	617
Bezugsperson Beamter															
Haushaltsbruttoeinkommen	2 273	100	2 669	100	4 051	100	5 127	100	6 583	100	6 860	100	7 001	100	308
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	2 071	91,1	2 387	89,4	3 594	88,7	4 454	86,9	5 545	84,2	5 744	83,7	5 746	82,1	277
und zwar: der Bezugsperson	2 052	90,3	2 370	88,8	3 561	87,9	4 401	85,8	5 411	82,2	5 615	81,8	5 588	79,8	272
Einkommen aus Vermietung und Verpachtung	33	1,5	54	2,0	46	1,1	101	2,0	332	5,0	436	6,4	536	7,7	1 625
Steuern auf Einkommen und Vermögen	238	10,5	334	12,5	675	16,7	785	15,3	973	14,8	1 056	15,4	1 054	15,1	443
dar.: Lohnsteuer	217	9,5	296	11,1	620	15,3	734	14,3	908	13,8	985	14,4	978	14,0	451
Kirchensteuer	20	0,9	26	1,0	50	1,2	48	0,9	60	0,9	67	1,0	65	0,9	329
Abzüge insgesamt ⁵⁾	240	10,6	336	12,6	678	16,7	791	15,4	990	15,0	1 074	15,7	1 074	15,3	447

¹⁾ Bezugsperson Angestellter oder Beamter. — ²⁾ 1984: Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 4 850 und 6 650 DM, darunter Bruttoeinkommen der Bezugsperson mindestens 4 550 DM. — ³⁾ Nur Arbeitnehmerbeiträge. — ⁴⁾ Einschl. Arbeitslosenversicherung. — ⁵⁾ Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung fallen hier nur in Ausnahmefällen an.

Vieles von dem, was für die Haushalte des Typs 2 ausgeführt wurde, gilt auch hier. Es soll deshalb nur auf Besonderheiten in den einzelnen Tabellen eingegangen werden, die sich zum Teil mit den für den Typ 2 nachgewiesenen Tendenzen decken, zum Teil bestehen jedoch deutliche Unterschiede. Sowohl bei Angestelltehepaaren als

Tabelle 5: Arbeitnehmerehepaare¹⁾ mit zwei Kindern und höherem Einkommen²⁾ (Haushaltstyp 3) nach dem Anteil der Haushalte mit ausgewählten Einkommen bzw. Abzügen
Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen
Prozent

Haushalte mit ...	1966	1970	1974	1978	1982	1983	1984
Bezugsperson Angestellter							
Haushaltsbruttoeinkommen	100	100	100	100	100	100	100
dar.: Einkommen aus Vermietung und Verpachtung	25,4	27,8	44,0	41,5	55,7	60,2	65,8
Lohnsteuer	97,9	98,1	98,7	99,2	99,0	99,5	99,6
Kirchensteuer	91,3	88,0	85,3	80,3	81,5	79,5	79,4
Pflichtbeiträgen ³⁾ für gesetzliche Rentenversicherung ⁴⁾	46,1	97,7	98,9	98,8	99,1	99,4	99,7
für gesetzliche Krankenversicherung	4,3	3,4	4,1	5,6	10,6	10,1	9,8
Bezugsperson Beamter							
Haushaltsbruttoeinkommen	100	100	100	100	100	100	100
dar.: Einkommen aus Vermietung und Verpachtung	42,2	32,6	50,3	43,3	62,7	68,0	71,9
Lohnsteuer	98,4	99,5	99,7	99,8	99,6	99,9	99,6
Kirchensteuer	96,0	93,1	90,4	87,8	87,8	89,2	88,1

¹⁾ Bezugsperson: Angestellter oder Beamter. — ²⁾ 1984: Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 4 850 und 6 650 DM, darunter Bruttoeinkommen der Bezugsperson mindestens 4 550 DM. — ³⁾ Nur Arbeitnehmerbeiträge. — ⁴⁾ Einschl. Arbeitslosenversicherung.

auch bei Beamtenehepaaren mit höherem Einkommen ist die relative Zunahme des Haushaltsbruttoeinkommens und des Bruttoarbeitseinkommens des Ehemanns insgesamt, vor allem aber für die Jahre 1966 bis 1974, deutlich niedriger als die der Angestellten- und der Arbeiterehepaare des Typs 2. Soweit die Gehälter von Angestellten betroffen sind, lassen sich aufgrund der Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturhebung ähnliche Tendenzen

nachweisen⁷⁾. Die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung sind bei den Ehepaaren mit höherem Einkommen ähnlich stark gestiegen wie bei den Haushalten des Typs 2, nämlich um das 19fache bzw. 16fache (siehe Tabelle 4). Der Anteil der Bezieher derartiger Einkommen, der mit dem Anteil der Haus- und Wohnungseigentümer weitgehend identisch ist, war bei den Haushalten des Typs 3 1984 etwa doppelt so hoch (65,8 % bei den Angestellten, 71,9 % bei den Beamten, siehe Tabelle 5) wie bei den Arbeitnehmerehepaaren mit mittlerem Einkommen laut Tabelle 2.

Der höchste Zuwachs bei den Abzügen ergibt sich bei den Angestelltenhaushalten des Typs 3 für die Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (Anstieg auf das knapp 15fache). Wie Tabelle 5 zeigt, sind im Zeitraum zwischen 1966 und 1970 praktisch alle erfaßten Angestelltenhaushalte des Typs 3 durch den relativ starken Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze rentenversicherungspflichtig geworden, während 1966 nur knapp jeder zweite der Versicherungspflicht unterlag. Die Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer zur Krankenversicherung sind zwar auch in dem Beobachtungszeitraum kräftig gestiegen, jedoch sind sowohl der Anteil der Pflichtversicherungsbeiträge als auch die dadurch entstandene Belastung des Haushaltsbruttoeinkommens für die hier dargestellten Angestelltehepaare und erst recht für die Beamtenehepaare von untergeordneter Bedeutung. Auffällig ist auch — wie beim Haushaltstyp 2 — der Rückgang der Kirchensteuerzahler, der bei den Angestellten etwas höher war (1966: 91,3 %, 1984: 79,4 %) als bei den Beamten (1966: 96,0 %, 1984: 88,1 %, siehe Tabelle 5).

Die Gesamtbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens durch Abzüge war 1984 bei den Angestelltehepaaren des Typs 3 trotz ihres höheren Einkommens mit 24,2 % wegen der verschwindend geringen Pflichtbeiträge zur Krankenversicherung nicht höher als die der Angestellten- und Arbeiterehepaare des Typs 2. Bei den Beamtenehe-

⁷⁾ Siehe Kloß, H. G.: „Schichtung der Angestelltenverdienste 1978“ in WiSta 2/1983, S. 155, Tabelle 18.

Tabelle 6: Anteil der Abzüge bei Arbeitnehmerehepaaren¹⁾ (Haushaltstyp 3) mit zwei Kindern und höherem Einkommen²⁾ am Haushaltsnettoeinkommen und am Bruttoarbeitseinkommen der Bezugsperson
Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	Anteil der Abzüge am													
	Haushaltsbruttoeinkommen							Bruttoarbeitseinkommen der Bezugsperson						
	1966	1970	1974	1978	1982	1983	1984	1966	1970	1974	1978	1982	1983	1984
Bezugsperson Angestellter														
Abzüge insgesamt	12,5	17,2	22,4	23,8	23,8	24,1	24,2	13,4	18,5	24,5	26,7	27,7	27,9	28,4
Steuern auf Einkommen und Vermögen	10,6	12,4	16,8	16,6	16,0	15,9	15,7	11,4	13,4	18,4	18,6	18,6	18,5	18,4
dar.: Lohnsteuer	9,7	11,1	15,4	15,7	15,0	14,9	14,7	10,5	11,9	16,8	17,6	17,4	17,3	17,3
Kirchensteuer	0,9	0,9	1,2	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	1,0	1,3	1,0	1,1	1,0	1,0
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ³⁾	1,8	4,8	5,6	7,2	7,8	8,2	8,5	2,0	5,1	6,1	8,0	9,1	9,5	10,0
Gesetzliche Rentenversicherung ⁴⁾	1,8	4,8	5,5	7,1	7,7	8,0	8,3	1,9	5,1	6,0	8,0	8,9	9,3	9,8
Gesetzliche Krankenversicherung	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Bezugsperson Beamter														
Abzüge insgesamt	10,6	12,6	16,7	15,4	15,0	15,7	15,3	11,7	14,2	19,0	18,0	18,3	19,1	19,2
Steuern auf Einkommen und Vermögen	10,5	12,5	16,7	15,3	14,8	15,4	15,1	11,6	14,1	19,0	17,8	18,0	18,8	18,9
dar.: Lohnsteuer	9,5	11,1	15,3	14,3	13,8	14,4	14,0	10,6	12,5	17,4	16,7	16,8	17,5	17,5
Kirchensteuer	0,9	1,0	1,2	0,9	0,9	1,0	0,9	1,0	1,1	1,4	1,1	1,1	1,2	1,2
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ³⁾	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,3	0,3

¹⁾ Bezugsperson: Angestellter oder Beamter. — ²⁾ 1984: Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 4 850 und 6 650 DM, darunter Bruttoeinkommen der Bezugsperson mindestens 4 550 DM. — ³⁾ Nur Arbeitnehmerbeiträge. — ⁴⁾ Einschl. Arbeitslosenversicherung.

paaren war die Gesamtbelastung wegen der minimalen nachgewiesenen Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung sogar wesentlich niedriger.

Auswirkung der Steuererstattung

Den gezahlten Steuern auf Einkommen und Vermögen stehen die Erstattungen von zuviel gezahlten Steuern gegenüber, die den Haushalten während des Erhebungsjahres zufließen. Diese Erstattungen werden, wie alle öffentlichen und privaten empfangenen Transferzahlungen, in das Haushaltsbruttoeinkommen einbezogen. Zum Nachweis der effektiven Steuerbelastung ist es sinnvoll, die im Erhebungsjahr erhaltenen Steuerrückzahlungen sowohl vom Haushaltsbruttoeinkommen als auch von den gezahlten Steuern des Vorjahres abzusetzen und danach die Steuerbelastungsquote neu zu berechnen. Dies geschieht für 1983 in der Tabelle 7. Es zeigt sich, daß bei Saldierung

Tabelle 7: Steuerbelastung ausgewählter Arbeitnehmer-ehepaare mit zwei Kindern (Haushaltstyp 2 und 3) 1983 mit und ohne Berücksichtigung der im Jahr 1984 erfolgten Steuerrückerstattung je Haushalt und Monat
Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	Haushaltstyp 2 ¹⁾		Haushaltstyp 3 ²⁾	
	Bezugsperson			
	Ange- stellter	Ar- beiter	Ange- stellter	Be- amter
DM				
Haushaltsbruttoeinkommen 1983	4 348	3 997	6 767	6 860
Rückerstattung von Steuern auf Einkommen und Vermögen 1984	57	58	136	129
Haushaltsbruttoeinkommen nach Steuerrückerstattung	4 291	3 940	6 631	6 731
Steuern auf Einkommen und Vermögen ohne Abzug der Steuerrückerstattung	485	402	1 079	1 056
nach Abzug der Steuerrückerstattung	428	345	943	927
Prozent				
Belastung des Haushaltsbrutto- einkommens durch Steuern auf Einkommen und Vermögen ohne Abzug der Steuerrückerstattung	11,2	10,1	15,9	15,4
nach Abzug der Steuerrückerstattung	10,0	8,7	14,2	13,8

¹⁾ Angestellten- und Arbeiterehepaare mit 2 Kindern mit mittlerem Einkommen aus unselbständiger Arbeit der alleinverdienenden Bezugsperson (1984: monatliches Bruttoarbeitslohn zwischen 2 500 und 3 800 DM). — ²⁾ Angestellten- und Beamtenehepaare mit 2 Kindern und höherem Einkommen (1984: Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 4 850 und 6 650 DM, darunter Bruttoeinkommen der Bezugsperson mindestens 4 550 DM).

der gezahlten und rückerstatteten Steuern auf Einkommen und Vermögen die Belastungsquote bei allen nachgewiesenen Haushaltstypen um jeweils knapp 2 Prozentpunkte sinkt, zum Beispiel bei den Angestellten-ehepaaren des Typs 3 von 15,9 auf 14,2 % und den vergleichbaren Beamtenehepaaren von 15,4 auf 13,8 %. Die Steuerrückzahlungen machten, wie sich aus der Tabelle 7 leicht errechnen läßt, zwischen etwa 12 % (Typ 3) und rund 14 % (Arbeiterhaushalte des Typs 2) der ursprünglich gezahlten Steuern aus.

Alternativrechnung zur Kranken- und Altersvorsorge

Je intensiver man sich mit den Problemen der Belastung der Haushalte durch Abzüge beschäftigt, desto mehr kommt man zu der Überzeugung, daß nicht nur das Haushaltsbruttoeinkommen zumindest für die hier dargestellten

Arbeitnehmerhaushalte eine sachlogisch wenig befriedigende Meßgröße für die Höhe der Belastung ist, sondern daß auch die Beschränkung der Abzüge auf die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung zu Mißverständnissen und Fehlschlüssen führen kann. Die wirtschaftliche Lage derjenigen Haushalte, in denen einzelne oder gar mehrere Haushaltsmitglieder ihre Vorsorge gegen Erkrankung und ihre Altersversorgung durch freiwillige Beiträge zu Versicherungen oder durch erhöhte Sparleistungen finanzieren müssen, wird dadurch viel zu günstig dargestellt⁸⁾. Wenn man von den wenigen Ausnahmefällen absieht, in denen Personen, die nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind, ganz auf eine Absicherung des Krankheitsrisikos verzichten, besteht der Unterschied zwischen Pflichtbeiträgen und freiwilligen Zahlungen für Krankenversicherungen darin, daß die Pflichtbeiträge vom Arbeitgeber einbehalten werden, während die freiwilligen Beiträge in der Regel in Form von Daueraufträgen vom Konto des Arbeitnehmers abgebucht werden. Die scheinbar höhere finanzielle Leistungsfähigkeit der freiwillig Versicherten — ausgedrückt in Prozent des Bruttoeinkommens — entpuppt sich bei genauerer Analyse als Fiktion. Faßt man nämlich Pflichtbeiträge und freiwillige Zahlungen für Krankenversicherungen sowie selbstbezahlte Medikamente, Arzt- und Krankenhausleistungen zusammen und zieht davon Erstattungen von Krankenkassen, Beihilfen im öffentlichen Dienst u. ä. ab, so ergibt sich unabhängig von der sozialen Stellung der Bezugsperson für die Haushalte des Typs 2 und 3 sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Einkommen eine fast gleiche Belastung⁹⁾. Für die oft zitierten angeblichen Privilegien der Beamten oder der Angestellten im öffentlichen Dienst hinsichtlich ihrer Aufwendungen für Gesundheitspflege und Krankenversicherung finden sich bei den in den laufenden Wirtschaftsrechnungen erfaßten Haushaltstypen keine Anhaltspunkte.

Etwas schwieriger ist eine vergleichbare Rechnung für die verschiedenen möglichen Arten der Altersvorsorge. Hier können lediglich den Pflichtbeiträgen für die Rentenversicherung die freiwilligen Zahlungen an Ersatzkassen, Pensionskassen und Lebensversicherungsunternehmen zugerechnet werden. In der Regel dürfte aber zusätzlich ein nicht quantifizierbarer Teil der Ersparnisbildung zur Sicherung des eigenen Lebensabends und der Versorgung der Familienmitglieder bestimmt sein. Das gilt insbesondere für Selbstständige, aber auch für Angestellte mit höherem Einkommen, deren spätere Rente durch die festgelegten Höchstbeiträge (1984: 1 000 DM für Pflichtbeiträge) auf ein Niveau fixiert ist, das deutlich unter ihrem derzeitigen Arbeitseinkommen liegt. Für Beamte ist die Altersversorgung ohne zusätzliche Aufwendungen insoweit sichergestellt, als ihnen bei Erfüllung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen maximal 75 % ihrer Bezüge als Pension gezahlt werden. Die Pension muß aber — im Gegensatz zur Rente, von der nur der Ertragsanteil zu versteuern ist — voll versteuert werden, so daß auch der Beamte in gewissem Umfang private Altersvorsorge be-

⁸⁾ Siehe dazu auch Euler, M.: „Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik“ in WiSta 1/1985, S. 60.

⁹⁾ Siehe WiSta 6/1985, S. 501, Tabelle 11.

treiben muß, wenn er nicht nach der Pensionierung eine deutliche Kürzung der ihm zur Verfügung stehenden Mittel in Kauf nehmen will.

Das Ergebnis einer Alternativrechnung zur Berechnung der Abzüge als Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und Steuern auf Einkommen und Vermögen für 1984 ist in Tabelle 8 dargestellt. Das Haushaltsbruttoeinkommen ist hier vermindert um die Beihilfen und Erstattungen im Krankheitsfall, die Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung sind ergänzt um die freiwilligen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, Prämien für

gleichbare Werte von 22,3 bzw. 16,1 %¹⁰⁾. Die Abstände in den Belastungsquoten zwischen den Angestelltenhaushalten des Typs 3 und denen des Typs 2 bzw. den Beamtenhaushalten und den Angestelltenhaushalten des Typs 3 verringern sich aber nicht wesentlich.

Dipl.-Volkswirt Manfred Euler

Tabelle 8: Einkommen und Aufwendungen von Arbeitnehmerhepaaren mit zwei Kindern und mittlerem bzw. höherem Einkommen 1984 je Haushalt und Monat
Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	Haushaltstyp 2 ¹⁾				Haushaltstyp 3 ²⁾			
	Bezugsperson							
	Angestellter		Arbeiter		Angestellter		Beamter	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Haushaltsbruttoeinkommen abzüglich Beihilfen, Erstattungen ³⁾ . . .	4 469	100	4 134	100	7 022	100	6 621	100
Eigene Aufwendungen für Alters- und Krankenvorsorge zusammen	766	17,1	675	16,3	1 031	14,7	424	6,4
Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ⁴⁾	432	9,7	387	9,4	587	8,4	13	0,2
Freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung, Lebensversicherung u. ä.	100	2,2	77	1,9	146	2,1	95	1,4
Aufwendungen für Gesundheitspflege und Krankenversicherung abzüglich Beihilfen, Erstattungen u. ä. ³⁾	234	6,2	211	5,1	297	4,2	317	4,8
Steuern auf Einkommen und Vermögen	506	11,3	428	10,4	1 102	15,7	1 054	15,9
Aufwendungen zur Alters- und Krankenvorsorge, Steuern auf Einkommen und Vermögen insgesamt	1 271	28,4	1 103	26,7	2 133	30,4	1 479	22,3

¹⁾ Mit mittlerem Einkommen aus unselbständiger Arbeit der alleinverdienenden Bezugspersonen (1984: monatliches Bruttoarbeitslohn zwischen 2 500 und 3 800 DM). — ²⁾ 1984: Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 4 850 und 6 650 DM, darunter Bruttoeinkommen der Bezugsperson mindestens 4 550 DM. — ³⁾ Beihilfen und Erstattungen für selbst gezahlte Aufwendungen im Krankheitsfall. — ⁴⁾ Nur Arbeitnehmerbeiträge, einschl. Arbeitslosenversicherung.

¹⁰⁾ Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß im öffentlichen Dienst in der Regel bei vergleichbaren Dienstposten die Bruttoeinkünfte eines Beamten, u. a. wegen der Pensionsansprüche ohne Eigenleistung, niedriger sind als die eines Angestellten. So erhielt 1985 ein neu eingestellter, unverheirateter Beamter der Besoldungsgruppe A 13 Bruttoeinkünfte (einschl. Ortszuschlag) in Höhe von 3 391 DM, ein nach BAT II a eingestellter Angestellter unter sonst gleichen Voraussetzungen 3 500 DM, also 109 DM (etwa 3 %) mehr. Daß bei Einbeziehung der Angestellten außerhalb des öffentlichen Dienstes der Abstand noch größer werden würde, läßt die Tatsache vermuten, daß 1985 im Durchschnitt aller im Haushaltstyp 3 erfaßten Bezugspersonen, die als Angestellte tätig waren, die Bruttoeinkünfte aus unselbständiger Arbeit fast um 7 % höher waren als die der beamteten Bezugspersonen (siehe Tabelle 4).

Lebensversicherungen, Pensionskassen u. ä., und die selbstgezahlten Aufwendungen für Gesundheitspflege sowie Pflicht- und freiwillige Beiträge zur Krankenversicherung sind reduziert um die daraufhin erhaltenen Beihilfen des Arbeitgebers und Erstattungen der Krankenkassen. Addiert man die auf Einkommen und Vermögen gezahlten Steuern und die dargestellten Aufwendungen zur Alters- und Krankenvorsorge und setzt sie in Relation zum Haushaltsbruttoeinkommen, so kommt man zu deutlich höheren Werten als bei den in Tabelle 1 und 4 dargestellten Anteilswerten der Abzüge. Dies gilt insbesondere für die einkommensstärkeren Haushalte des Typs 3. Bei den Angestelltenhaushalten liegt der Anteilswert für die dargestellten Aufwendungen bei 30,4 %, für die Abzüge bei 24,1 %; bei den Beamtenhaushalten ergeben sich ver-

Preise im September 1985

Ausgewählte Preisindizes

1980 = 100

Nachdem sich die hier zu besprechenden Preisindizes (Preise für gewerbliche Erzeugnisse, Groß- und Einzelhandelspreise sowie Verbraucherpreise) von Juli auf August 1985 in bemerkenswertem Ausmaße ermäßigt hatten (zwischen - 0,2 % und - 0,7 %), zogen sie von August auf September wieder sämtlich an, und zwar jeweils um nicht weniger als 0,2 %. Damit wird aber noch kein Umschwung in der Entwicklung des allgemeinen Preisverlaufs signalisiert. Die Aufschläge bei den Gesamtindizes wurden vielmehr durch stärkere Preiserhöhungen bei relativ wenigen Gütergruppen verursacht, vor allem bei Mineralölprodukten.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhte sich im September 1985 gegenüber dem Vormonat um 0,2 %. Damit hatte er wieder denselben Stand wie im Mai dieses Jahres. Im Vergleich zum September 1984 ist er um 2,0 % gestiegen. Im August 1985 hatte die Jahresveränderungsrate + 2,2 % betragen. Der Rückgang der Jahresveränderungsrate erklärt sich daraus, daß im Vorjahr der Index von August auf September noch etwas stärker als in diesem Jahr gestiegen war.

Bei den „Zweistellern“ der Indexsystematik betraf die stärkste Indexerhöhung von August auf September 1985 die Mineralölerzeugnisse (+ 1,8 %) sowie die Tabakwaren (+ 3,4 %; darunter Zigaretten: + 3,7 %). In der Berechnung ohne diese beiden Warengruppen wäre der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte von August auf September 1985 unverändert geblieben (bei Verwendung der auf eine Dezimale gerundeten Monatsindizes).

Der Index der Großhandelsverkaufspreise ist von August auf September 1985 um 0,3 % gestiegen. Dagegen war für August eine Vormonatsveränderung von - 0,7 % ermittelt worden. Die Richtungsänderung war also bei diesem Index ganz beträchtlich. Da die entsprechende Vormonatsveränderung vor einem Jahr + 0,2 % betragen hatte, ist die Jahresveränderungsrate, die für August 1985 mit + 0,2 % ermittelt worden war, nur geringfügig gestiegen (auf + 0,3 % für September 1985). Rechnet man aus dem Gesamtindex nur die Mineralölerzeugnisse (Indexveränderung + 3,0 %) heraus, so ergibt sich von August auf September 1985 Indexstabilität. Aus der Gliederung des Index nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang erscheinen noch folgende Vormonatsänderungen bemerkenswert: Lebende Tiere und tierische Erzeugnisse der Landwirtschaft + 1,0 %, NE-Metalle und -Metallhalbezeug - 2,2 %, Gießereierzeugnisse - 1,2 %, Bekleidung + 0,6 %, Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes - 0,5 %, Tabakwaren + 1,9 %.

Auch für den Index der Einzelhandelspreise ist ein deutlicher Knick im Verlauf der Monatsreihe festzustellen: Nach einem Rückgang im August 1985 gegenüber dem Vormonat von - 0,5 % erhöhte sich der Index von August auf September 1985 um 0,3 %. Auch die Jahresveränderungsrate wurde größer (+ 1,8 % gegenüber + 1,5 % im August 1985). Der Umschwung im Indexverlauf

Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾			Groß- hand- ver- kaufs- preise ¹⁾	Einzel- hand- els- preise ³⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	
	insge- samt	darunter				insge- samt	ohne Saison- waren ⁴⁾
		Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾				
1980 D.	100	100	100	100	100	100	100
1981 D.	107,8	104,4	108,2	107,8	105,3	106,3	106,3
1982 D.	114,1	110,5	111,8	113,6	110,3	111,9	112,0
1983 D.	115,8	113,9	112,7	113,7	113,2	115,6	115,7
1984 D.	119,2	116,8	115,4	116,9	115,6	118,4	118,4
1984 Juli	119,3	116,8	115,0	116,9	115,7	118,4	118,3
Aug.	119,3	116,9	114,7	116,0	115,3	118,2	118,3
Sept.	119,7	117,4	115,8	116,2	115,2	118,3	118,6
Okt.	120,3	117,7	117,7	117,2	115,7	119,0	119,4
Nov.	120,3	117,8	117,1	116,5	115,9	119,2	119,5
Dez.	120,4	117,9	116,9	116,6	116,0	119,3	119,5
1985 Jan.	121,2	118,4	118,3	117,3	116,6	120,0	120,0
Febr.	121,6	118,7	119,0	118,8	117,1	120,5	120,3
März	121,8	118,9	119,1	120,0	117,6	120,9	120,7
April	122,0	119,7	118,7	119,6	117,8	121,1	120,8
Mai	122,1	120,1	119,0	119,3	118,1	121,2	120,9
Juni	122,0	120,2	118,7	118,4	117,9	121,3	121,1
Juli	122,1	120,5	118,2	117,0	117,6	121,1	121,1
Aug.	121,9	120,5	117,9	116,2	117,0	120,7	121,1
Sept.	122,1	120,6	118,4	116,6	117,3	120,9	121,4
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							
1984 Juli	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 1,0	- 0,3	- 0,2	+ 0,1
Aug.	-	+ 0,1	- 0,3	- 0,8	- 0,3	- 0,2	-
Sept.	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3
Okt.	+ 0,5	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7
Nov.	-	+ 0,1	- 0,5	- 0,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Dez.	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	-
1985 Jan.	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4
Febr.	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
März	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
April	+ 0,2	+ 0,7	- 0,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Mai	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Juni	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Juli	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4	- 1,2	- 0,3	- 0,2	-
Aug.	- 0,2	-	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,3	-
Sept.	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
1980 D.	+ 7,5	+ 4,7	+ 9,1	+ 7,4	+ 5,2	+ 5,4	+ 5,3
1981 D.	+ 7,8	+ 4,4	+ 8,2	+ 7,8	+ 5,3	+ 6,3	+ 6,3
1982 D.	+ 5,8	+ 5,8	+ 3,3	+ 5,4	+ 4,7	+ 5,3	+ 5,4
1983 D.	+ 1,5	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,3
1984 D.	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3
1984 Juli	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,2
Aug.	+ 2,6	+ 2,2	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,5
Sept.	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5
Okt.	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,2
Nov.	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,1
Dez.	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0
1985 Jan.	+ 2,9	+ 2,7	+ 3,0	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,1
Febr.	+ 3,1	+ 2,5	+ 3,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2
März	+ 3,0	+ 2,5	+ 4,2	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,5
April	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,5
Mai	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5
Juni	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,3	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,5
Juli	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,8	+ 0,1	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,4
Aug.	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,8	+ 0,2	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,4
Sept.	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,4

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)Steuer. — ²⁾ Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter. — ³⁾ Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)Steuer. — ⁴⁾ Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Frischfisch und Blumen.

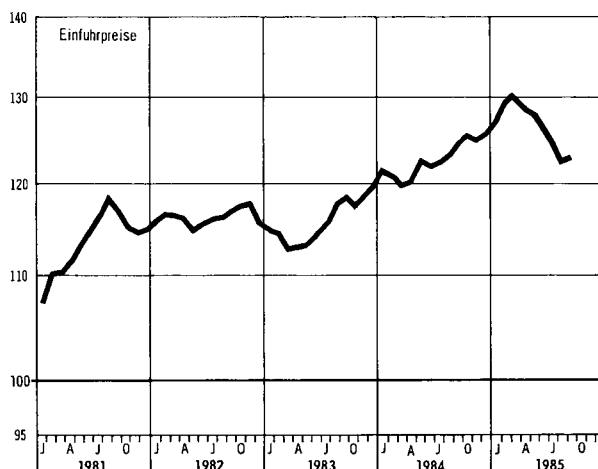
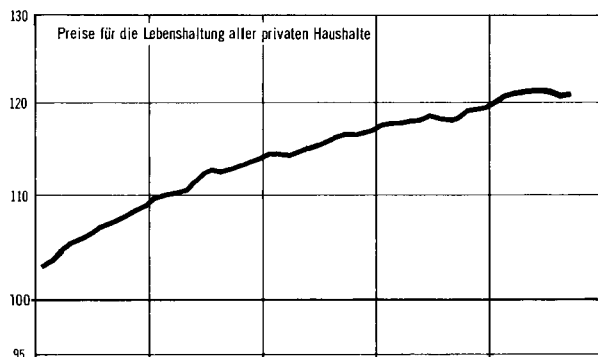
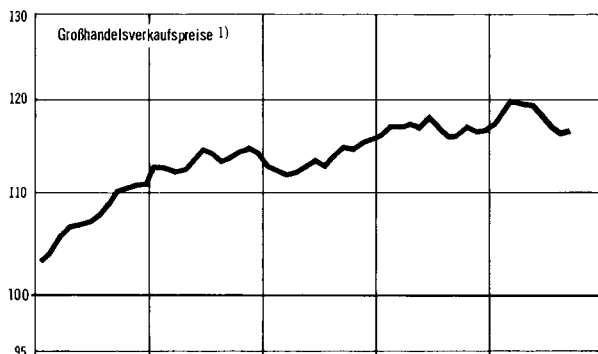
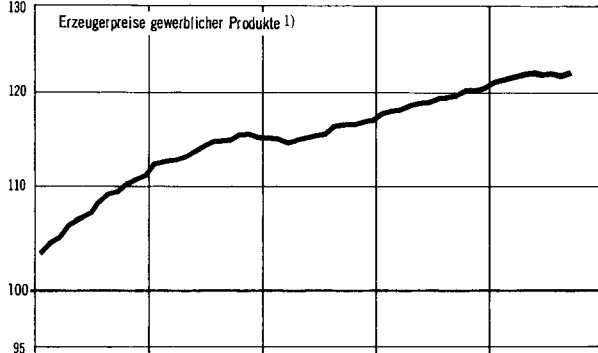
hat verschiedene Gründe. Einmal hat in mehreren Bereichen des Einzelhandels ein leichter allgemeiner Preisauftrieb eingesetzt bzw. sich verstärkt. Dann ist die Verbilligung bei den saisonabhängigen Nahrungsmitteln deutlich geringer geworden. Ferner war von deutlichem Einfluß die Verteuerung des Heizöls um 7,3 % (vorher, von Juli auf August, nur + 0,3 %). Diesen Veränderungen wirkte allerdings die Verbilligung der Kraftstoffe um 2,7 % entgegen.

AUSGEWÄHLTE PREISINDIZES

1980 = 100

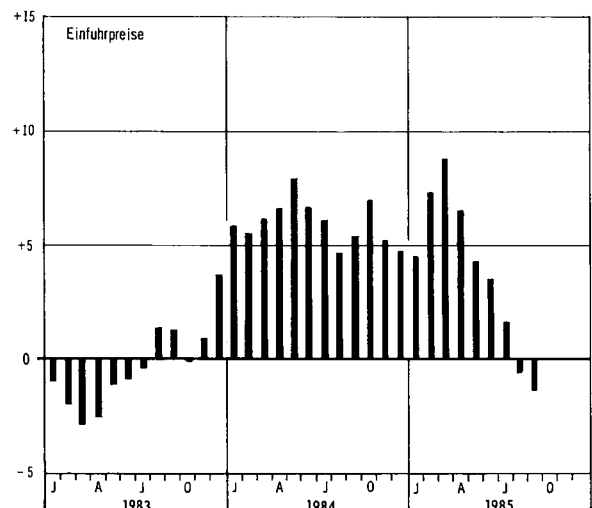
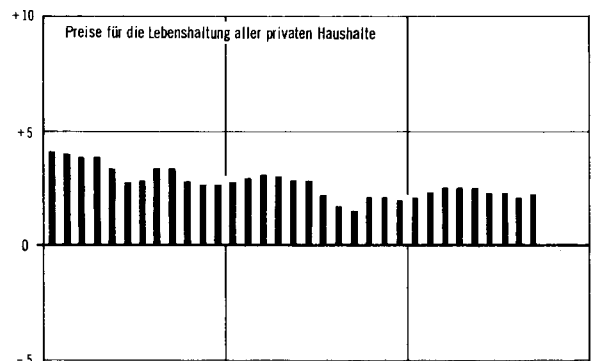
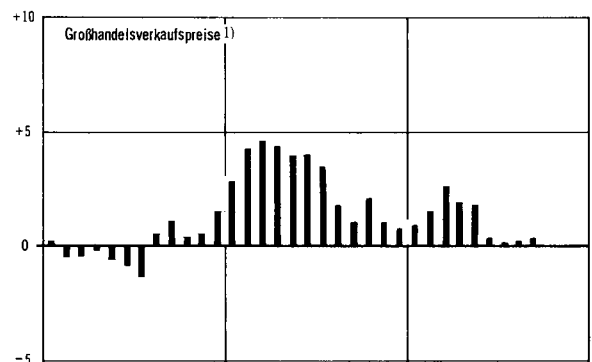
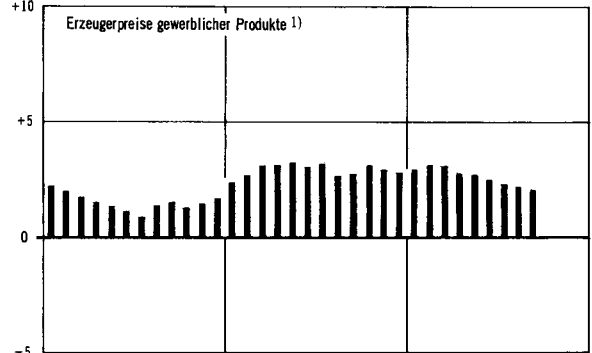
Preisindex

Log. Maßstab



Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %

Arithm. Maßstab



1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Bei dem dargestellten Verlauf des Einzelhandelspreisindex kann nicht überraschen, daß auch der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte einen Richtungswechsel aufweist: Nach — 0,3 % von Juli auf August 1985 erhöhte sich der Index von August auf September 1985 um 0,2 %. Die Jahresveränderungsrate ist dagegen nur leicht gestiegen (von 2,1 % im August auf 2,2 % im September).

Die nach dem Verwendungszweck der Güter gebildeten Hauptgruppen weisen im Vormonatsvergleich — mit Ausnahme der „Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, bei denen die Verbilligung der Kraftstoffe durchschlag — sämtlich eine Indexerhöhung auf. Diese war bei „Wohnungsmieten, Energie“ am stärksten (+ 0,7 %, davon Wohnungsmieten + 0,2 % und Energie + 1,9 %). Der Hauptindex „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“, der von Juli auf August 1985 um 1,0 % zurückgegangen war, ist von August auf September um 0,2 % gestiegen. Die darin enthaltenen Saisonnahrungsmittel, die sich von Juli auf August 1985 um 16 % verbilligt hatten, haben von August auf September 1985 im Preis nur noch um 3,4 % nachgegeben. Ferner ist auf die Tabakwaren zu verweisen, deren Preise von Juli auf August stabil waren und von August auf September um 4,4 % gestiegen sind. Ohne Tabakwaren (aber einschließlich der Saisonnahrungsmittel) wäre der Hauptgruppenindex von Juli auf August um 0,3 % zurückgegangen.

Im einzelnen sind bei den verschiedenen Indizes folgende stärkere Preisveränderungen von August auf September 1985 hervorzuheben (in Klammern die Abstände gegenüber September 1984):

	Veränderungen	
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Extra leichtes Heizöl	+ 9,0	(+ 3,3)
Dieselmotoren	+ 5,8	(+ 3,0)
Sauerkonserven	+ 5,7	(+ 1,1)
Ölkuchen und Schrote	+ 5,0	(- 11,1)
Kalisalz	+ 4,0	(+ 4,0)
Stärke und Stärkeerzeugnisse	+ 3,9	(+ 5,1)
Zigaretten	+ 3,7	(+ 3,7)
Massive Tafelschokoladen	+ 3,5	(+ 12,3)
Schweres Heizöl	+ 3,4	(- 14,4)
Steinsalz	+ 3,1	(+ 5,7)
Anorganische Pigmente	+ 3,0	(+ 11,7)
Polyvinylchlorid	+ 1,8	(+ 0,3)
Kunststoff auf Zellulosebasis	+ 1,7	(+ 5,2)
Dieselmotoren	+ 1,7	(+ 2,7)
Betonstahl	+ 1,6	(+ 8,5)
Wasch-, Spül- und Reinigungsmittel	+ 1,6	(+ 5,8)
Bereifungen	+ 1,4	(+ 7,3)
Packpapier aus Altpapier	- 1,3	-
Elektrolytkupfer	- 2,1	(- 0,2)
Tiefgefrorene Fertiggerichte	- 2,1	(- 2,4)
Gemüsekonserven	- 2,4	(- 1,2)
Motorenbenzin	- 2,9	(+ 1,5)
Wellpappenpapier	- 3,1	(- 3,0)
Hüttenzink	- 4,5	(- 16,9)
Bitumen	- 4,6	(+ 2,3)
Sojaöl	- 6,5	(- 36,3)
Großhandelsverkaufspreise		
Bananen	+ 22	(+ 3,2)
Birnen	+ 12	(+ 10,0)
Leichtes Heizöl	+ 7,4	(+ 9,5)
Dieselmotoren	+ 6,2	(+ 5,8)
Tafelschokolade	+ 3,5	(+ 12,6)
Braunkohlenbriketts	+ 2,1	(+ 6,0)

noch: Großhandelsverkaufspreise		
Zigaretten	+ 2,0	(+ 2,3)
Lebende Schlachtschweine	+ 1,9	(- 8,2)
Chemische Düngemittel	+ 0,3	(+ 6,3)
Mehl	- 1,3	(- 5,2)
Frischgemüse	- 1,3	(- 10,2)
Phonotechnische Geräte	- 1,8	(- 4,3)
Rindfleisch	- 1,9	(- 1,0)
NE-Metalle und -Metallhalbzug	- 2,2	(- 4,9)
Fischmehl und Mischfutter	- 2,8	(- 8,8)
Seefische	- 14	(+ 12,1)
Tafeltrauben	- 19	(- 9,0)
Verbraucherpreise		
Leichtes Heizöl	+ 7,3	(+ 5,2)
Zigaretten	+ 4,4	(+ 4,4)
Feste Brennstoffe	+ 1,0	(+ 3,3)
Trinkmilch	+ 0,6	(+ 0,7)
Schuhe	+ 0,3	(+ 3,1)
Geflügelfleisch	- 0,3	(+ 0,5)
Fische und Fischfilets	- 0,3	(+ 7,4)
Eier	- 0,5	(- 2,0)
Phonogeräte	- 0,6	(- 4,2)
Frischobst	- 1,3	(- 1,2)
Kraftstoffe	- 2,7	(+ 1,7)
Frischgemüse	- 5,4	(- 1,3)
Kartoffeln	- 9,1	(- 19,4)

Dipl.-Wirtschaftsingenieur Dietrich Borowski

Tabellenteil

Übersicht

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	406*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	418*	"
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen	419*	"
Ausgewählte Tabellen		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung im Bundesgebiet	420*	einmalig
Rinder- und Schafbestand im Juni; Schweinebestand im August	422*	"
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen	423*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	424*	"
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Fachliche Unternehmensteile	425*	"
Sozialleistungen		
Rehabilitanden nach Trägern, Art der Behinderung, Art der Maßnahmen und Geschlecht	427*	einmalig
Finanzen und Steuern		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern	429*	vierteljährlich
Löhne und Gehälter		
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter im Handwerk	430*	halbjährlich
Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	431*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	433*	"
Preisindizes für Bauwerke; Kaufwerte für Bauland	435*	vierteljährlich

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1982	1983	1984	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	Sept. 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	Sept. 85
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1981	1982	1983	Juni 84	Juli 84	Aug. 84	Sept. 84	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige	- 1,7p	- 1,5p	+ 0,1p
dar. Abhängige	- 1,9p	- 1,7p	+ 0,0p
Arbeitsmarkt²⁾											
Arbeitslose ³⁾	+ 44,2	+ 23,2	+ 0,3	+ 2,3	+ 0,9	+ 0,7p	+ 0,4p	- 1,5	+ 2,8	- 0,2p	- 2,9p
und zwar:											
Männer	+ 56,6	+ 24,7	+ 0,3	+ 1,2	- 1,0	- 1,4p	- 1,9p	- 3,0	+ 0,8	- 1,4p	- 3,7p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 47,8	+ 16,5	- 13,6	+ 1,3	- 1,1	- 1,1p	+ 0,7p	+ 8,3	+ 21,0	+ 7,9p	- 4,2p
Ausländer	+ 45,8	+ 18,9	- 7,5	- 7,6	- 7,8	- 5,7p	- 4,1p	- 2,7	- 1,4	- 1,3p	+ 0,2p
Arbeitslosenquote	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Zugang an Arbeitslosen	+ 5,0	- 0,1	- 0,8	+ 0,2	- 1,6	+ 2,1p	+ 4,2p	+ 2,8	+ 60,4	- 19,5p	- 5,2p
Offene Stellen	- 49,6	- 27,7	+ 16,0	+ 21,2	+ 21,0	+ 23,9p	+ 29,3p	+ 4,3	- 0,8	- 1,7p	- 0,3p
Arbeitsvermittlungen	- 14,0	+ 11,6	+ 12,6	+ 8,6	+ 13,2	+ 5,7p	+ 11,5p	- 11,9	+ 19,5	- 8,8p	- 0,6p
Kurzarbeiter	+ 74,7	+ 11,4	- 43,2	- 52,1	- 59,0	- 65,2p	- 61,2p	- 29,2	- 33,5	- 31,3p	+ 37,7p
Unternehmen und Arbeitsstätten											
Insolvenzen	+ 36,2	+ 1,5	+ 4,0	+ 10,6	+ 23,5	+ 17,4	+ 3,4
Unternehmen	+ 40,3	- 0,6	+ 1,5	+ 10,2	+ 29,5	+ 13,3	+ 8,1
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	+ 30,5	+ 3,3	- 11,3	+ 3,6	+ 32,6	+ 12,2	+ 14,9
Baugewerbe	+ 40,4	- 9,5	+ 12,1	+ 13,9	+ 20,9	+ 9,2	+ 3,8
Handel	+ 43,8	+ 0,1	+ 1,1	+ 5,8	+ 25,3	+ 28,4	+ 1,6
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	+ 46,4	+ 4,0	+ 6,1	+ 19,9	+ 33,5	+ 8,5	+ 8,5
Übrige Gemeinschaftsdarsteller ⁴⁾	+ 25,4	+ 7,8	+ 11,1	+ 11,7	+ 8,3	+ 29,5	+ 8,8
Beantragte Konkursverfahren	+ 36,5	+ 1,2	+ 4,4	+ 11,2	+ 23,1	+ 17,1	+ 3,3
dar. mangels Masse abgelehnt	+ 39,7	+ 4,1	+ 4,7	+ 13,7	+ 22,8	+ 25,5	- 4,6
Eröffnete Vergleichsverfahren	+ 42,1	- 4,6	- 37,2	+ 33,3	+ 75,0	+ 33,3	+ 16,7
Wechselproteste	+ 11,9	- 13,9	- 5,6	- 5,8	+ 4,2	- 2,0	+ 11,2
Wechselsumme	+ 19,8	- 1,4	- 14,3	+ 18,7	+ 40,6	- 9,3	+ 17,3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Viehbestand⁵⁾											
Rinder (einschl. Kälber)	+ 0,7	+ 3,0	+ 0,9	- 0,5	.	.	.	+ 1,7 ^{a)}	.	.	.
Schweine	+ 0,8	+ 4,3	+ 0,7	+ 3,5 ^{a)}	.
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	- 4,7	+ 0,4	+ 9,8	- 8,6	- 7,4	- 14,5	...	- 22,1	+ 10,7	+ 3,0	...
Kälber	- 0,6	+ 3,3	+ 9,0	- 14,8	- 0,3	- 1,1	...	- 21,3	+ 13,0	+ 2,1	...
Schweine	- 1,3	+ 2,0	+ 1,8	- 3,8	+ 3,4	- 2,1	...	- 8,8	+ 11,0	- 6,9	...
Schlachtmenge	- 1,9	+ 1,9	+ 3,2	- 4,7	+ 0,7	- 5,5	...	- 13,6	+ 10,4	- 3,8	...
dar.: Rinder	- 4,2	+ 0,9	+ 8,0	- 7,9	- 6,9	- 13,8	...	- 21,5	+ 9,9	+ 3,4	...
Kälber	+ 1,4	+ 6,9	+ 13,0	- 19,0	- 2,5	- 1,9	...	- 24,5	+ 13,4	+ 4,9	...
Schweine	- 0,9	+ 2,3	+ 0,8	- 2,9	+ 4,3	- 1,3	...	- 9,5	+ 10,5	- 7,1	...
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	- 2,0	- 5,1	- 0,5	+ 2,3	- 1,1	- 6,9	...	- 13,0	+ 11,9	+ 2,5	...
Geschlachtetes Geflügel ⁷⁾	+ 0,4	- 10,2	+ 2,5	- 0,4	+ 7,6	+ 4,7	...	- 8,5	+ 17,4	- 9,3	...
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	- 8,0	- 1,0	+ 7,1	- 55,8	- 23,8	- 66,0	+ 160,9
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ^{8) 9)}	- 3,2	+ 0,5	+ 3,4	+ 12,5	+ 6,4	+ 2,2	...	+ 0,3	- 3,6	- 10,2	...
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ^{8) 9)}	- 2,3	+ 3,2	+ 4,2	+ 1,3	+ 4,0	+ 0,6	...	- 5,2	- 3,4	- 3,9	...
Elektrizitätserzeugung	- 0,5	+ 1,9	+ 5,6	+ 4,3	- 6,1
Inlandsversorgung mit Elektrizität	- 0,9	+ 2,8	+ 3,8	+ 3,6	- 6,0
Gaserzeugung ¹⁰⁾	- 10,1	- 0,2	- 3,7	+ 16,1	- 2,6	- 5,6	...	- 0,3	- 4,3	- 6,7	...
Inlandsversorgung mit Gas ¹⁰⁾	- 8,8	+ 2,7	+ 1,0	- 1,3	- 3,8	+ 0,5	...	- 12,1	- 8,3	- 4,3	...
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Gewerbe											
Beschäftigte ¹¹⁾	- 3,5	- 4,1	- 1,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,7	...	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,6	...
Tätige Inhaber und Angestellte ¹²⁾	- 1,4	- 2,6	- 0,9	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,4	...	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,6	...
Arbeiter ¹³⁾	- 4,4	- 4,8	- 1,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,8	...	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,6	...
Bergbau	- 0,6	- 2,7	- 4,3	- 1,8	- 1,4	+ 0,9	...	- 0,3	+ 0,0	+ 2,5	...
Verarbeitendes Gewerbe	- 3,6	- 4,2	- 0,9	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,7	...	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	...
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 3,7	- 3,7	- 1,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	...	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,5	...
Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe	- 2,6	- 3,9	- 0,7	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,7	...	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,6	...
Verbrauchsgüterproduzierendes Gewerbe	- 6,2	- 5,5	- 1,0	- 0,8	- 0,6	- 0,8	...	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	- 3,3	- 3,9	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 1,1	...	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,1	...
Geleistete Arbeiterstunden ¹¹⁾	- 5,0	- 4,3	- 1,0	+ 6,9	+ 4,4	+ 0,3	...	- 7,2	+ 6,9	- 7,2	...
Bruttolohnsumme ¹¹⁾	- 1,0	- 1,6	+ 2,2	+ 11,1	+ 9,7	+ 2,6	...	- 2,0	+ 8,0	- 4,2	...
Bruttogehaltsumme ¹¹⁾	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,1	+ 8,0	+ 4,7	+ 5,5	...	+ 6,2	- 6,0	- 3,3	...
Kohleverbrauch ^{11) 14)}	- 7,0	+ 0,7	- 7,6	- 1,9 ^{b)}	- 8,0 ^{c)}
Heizölverbrauch	- 8,0	- 12,1	- 6,8	- 11,4 ^{b)}	- 30,4 ^{c)}
Gasverbrauch ^{11) 15)}	- 7,9	+ 0,5	+ 3,0	- 2,2 ^{b)}	- 17,8 ^{c)}
Stromverbrauch ¹¹⁾	- 3,3	+ 2,7	+ 4,4	+ 6,5	+ 4,0	+ 1,7	...	- 3,3	+ 2,0	- 3,6	...

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 418* dargestellt. - 2) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter. - 3) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“. - 4) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe. - 5) 1982 bis 1984: Viehzählung im Dezember. - 6) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 7) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. - 8) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 9) Fachliche Unternehmensteile. - 10) Berechnet auf einen Heizwert von 35 169 kJ/m³. - 11) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 12) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 13) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen. - 14) Heizwert H_u = 29,3076 Gigajoule/t. = 8,410 kWh/m³. - 15) Brennwert H_o = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³.

a) Gegenüber der jeweiligen Vorzählung. - b) 2. Vj 1985 gegenüber 2. Vj 1984. - c) 2. Vj 1985 gegenüber 1. Vj 1985.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1982	1983	1984	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1981	1982	1983	Mai 84	Juni 84	Juli 84	Aug. 84	April 85	Mai 85	Juni 85	Juli 85	
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	- 19,4	+ 24,6	- 17,1	- 22,3	- 15,5	- 14,1	- 14,9	- 8,7	- 0,3	+ 9,4	- 16,2
Rauminhalt	- 12,6	+ 22,6	- 21,2	- 27,6	- 20,2	- 20,9	- 22,8	- 8,9	- 3,4	+ 10,6	- 16,4
Veranschlagte reine Baukosten	- 6,9	+ 26,6	- 19,7	- 27,2	- 19,1	- 21,8	- 22,9	- 8,4	- 2,2	+ 9,4	- 16,2
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 6,8	+ 21,3	- 22,0	- 6,8	- 1,6	+ 12,7	+ 5,7	+ 4,5	- 0,6	+ 18,3	- 13,9
Rauminhalt	+ 9,1	+ 15,1	- 26,0	+ 19,5	- 3,4	+ 15,9	+ 3,0	+ 17,7	- 22,9	+ 46,7	- 22,7
Veranschlagte reine Baukosten	- 2,1	+ 14,6	- 26,2	+ 0,1	- 4,1	+ 28,6	+ 9,9	+ 9,0	- 7,2	+ 47,9	- 19,0
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 5,9	+ 25,3	- 19,9	- 30,1	- 24,2	- 25,3	- 25,9	- 7,9	- 5,7	+ 13,5	- 15,5
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 9,7	- 6,0	+ 11,6	- 26,9	- 20,2	- 14,7	- 24,5	+ 0,5	+ 11,1	+ 21,2	- 8,4
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 2,3	- 8,0	+ 2,2	- 33,3	- 33,1	- 7,4	- 30,6	+ 0,4	- 12,3	+ 51,5	- 20,1
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 5,1	- 1,8	+ 17,0	- 27,6	- 19,4	- 13,2	- 27,3	- 4,4	+ 13,0	+ 19,5	- 11,3
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte) 1) 2)	+ 1,7	+ 3,8	+ 7,2	+ 0,5r	+ 3,6r	+ 8,3r	+ 1,4	+ 1,0r	- 6,1r	+ 6,4r	- 6,4
davon mit:											
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	+ 1,8	+ 7,9	- 0,2	+ 2,4r	- 1,6r	+ 4,4r	- 3,6	- 4,7r	- 15,3r	- 2,0r	+ 11,6
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	+ 4,6	+ 10,4	+ 25,5	+ 1,8	- 0,3r	+ 8,5r	- 13,9	+ 6,5	- 11,0r	- 6,0r	- 21,6
technischen Chemikalien, Rohdrögen, Kautschuk	- 0,5	+ 16,7	+ 17,0	+ 4,4	+ 4,2r	+ 2,8r	- 9,3	- 1,1	- 4,4r	- 2,3r	- 9,1
festen Brennstoffen, Mineralöl-erzeug- nissen	+ 2,0	- 4,4	+ 1,6	- 6,1r	- 1,3r	+ 6,3r	+ 3,2	+ 5,2	- 5,6	+ 10,4r	- 2,1
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	+ 2,6	- 1,8	+ 12,9	+ 14,8r	+ 26,2r	+ 22,3r	+ 14,4	+ 6,4r	+ 0,7r	+ 1,5r	- 11,5
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf, Altmaterial, Reststoffen	- 2,8	+ 8,3	+ 4,5	- 9,6r	- 5,8r	+ 1,6r	- 3,6	+ 5,4r	- 3,7r	+ 13,7r	- 8,1
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 4,4	+ 8,0	+ 36,3	+ 10,1r	+ 9,1	- 1,2r	+ 2,8	- 8,2r	- 7,2	- 2,3r	- 7,1
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 3,3	+ 3,4	+ 7,0	- 0,2r	- 4,8r	+ 1,4r	- 4,6	+ 3,7r	- 9,5r	+ 4,7	- 6,7
Metallwaren, Einrichtungsgegen- ständen	+ 2,4	+ 6,1	+ 15,0	- 9,3r	- 2,3r	+ 5,0r	+ 0,9	- 12,2r	- 3,6r	+ 32,0r	+ 7,6
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	+ 0,5	+ 8,0	+ 10,9	- 2,7r	+ 3,8r	+ 5,9r	+ 1,7	- 0,8r	- 5,5r	+ 6,1r	- 8,3
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	- 1,5	+ 11,7	+ 22,7	- 7,0r	+ 4,1r	+ 2,9r	- 7,4	+ 6,2r	- 1,2r	+ 3,5r	- 12,1
pharmazeutischen, kosmetischen u.a. Erzeugnissen	+ 1,0	+ 10,5	+ 6,6	+ 0,9r	+ 16,0r	+ 25,2r	+ 10,2	- 5,7r	- 2,5r	+ 14,7r	- 20,1
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.a. S.	+ 4,6	+ 7,0	+ 7,9	+ 4,5r	+ 4,8r	+ 7,8r	+ 3,9	+ 0,4	- 4,4r	+ 7,5r	- 10,3
Binnengroßhandel	+ 2,0	+ 0,9	+ 6,2	- 0,6	+ 1,6	+ 7,3	- 0,5	+ 1,6	- 7,6	+ 9,2r	- 6,6
Produktionsverbundhandel	+ 0,7	+ 1,5	+ 7,4	- 1,9	+ 1,2	+ 6,9r	- 0,4	+ 0,5	- 8,4	+ 7,7r	- 4,9
Konsumtionsverbundhandel	+ 4,6	- 0,2	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 8,0r	- 1,0	+ 4,0	- 10,4	+ 12,6r	- 10,2
Außenhandel	- 1,8	+ 5,5	+ 10,8	+ 5,9	+ 7,4	+ 11,3r	+ 7,2	+ 0,0	- 5,9	+ 2,6r	- 5,8
dar.: Einfuhrhandel	+ 1,6	+ 7,5	+ 10,3	+ 6,0	+ 6,2	+ 11,2r	+ 5,3	+ 0,1	- 6,0	+ 4,4r	- 6,7
Ausfuhrhandel	- 13,0	- 0,6	+ 12,4	+ 0,6	+ 4,3	+ 8,4r	+ 6,0	+ 4,3	+ 2,7	- 0,9r	- 11,1
Streckengroßhandel	+ 2,3	+ 0,4	+ 6,3	- 0,2	+ 0,3	+ 6,8r	+ 5,3	+ 2,9	- 5,5	+ 3,2r	- 2,0
Lagergroßhandel	+ 0,4	+ 3,0	+ 7,8	+ 1,7	+ 4,3	+ 8,9r	- 0,2	+ 0,5	- 7,9	+ 9,2r	- 8,1
Einzelhandel (Umsatzwerte) 2)	+ 1,0	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,1	- 0,1	+ 8,4	+ 3,4p	- 0,9r	- 8,2r	+ 9,4	- 6,8p
davon mit:											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 4,9	+ 2,1	+ 2,3r	+ 4,2r	- 4,7r	+ 4,1	+ 1,1p	+ 2,3r	- 6,0r	+ 4,5	- 1,1p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	- 2,1	+ 2,4	+ 2,6	+ 11,3	- 4,8r	+ 7,7	+ 4,7p	- 3,8	- 19,5	+ 14,5	- 12,4p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	- 3,1	+ 4,6	+ 2,9	- 3,7r	- 6,6r	+ 1,2	+ 2,1p	- 2,4r	- 10,7r	+ 9,5	- 6,2p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,0r	- 3,3r	+ 3,3	+ 5,6p	- 3,4r	- 6,0	+ 12,0	- 1,6p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,5r	+ 0,4r	+ 9,0	+ 3,5p	- 2,5r	- 4,7r	+ 14,5	- 0,4p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	+ 1,6	+ 5,7	+ 5,2	+ 5,4	+ 0,5	+ 5,5	+ 3,9p	+ 1,5	- 4,3	+ 6,8	- 4,7p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturkntst.)	- 0,2	- 2,7	+ 6,4r	+ 2,8r	- 1,5r	- 3,4	- 1,7p	+ 3,7r	- 8,9r	+ 6,9	- 3,0p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	+ 1,4	+ 12,1	+ 2,7r	- 7,4r	+ 18,9r	+ 28,3	+ 0,7p	- 7,0r	- 6,3r	+ 9,3	- 24,0p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	- 1,0	+ 1,2	+ 2,3	+ 1,4r	+ 0,6r	+ 8,2	+ 7,1p	+ 0,7r	- 6,9r	+ 13,2	- 2,8p
darunter nach Erscheinungsformen:											
Versandhandelsunternehmen	- 5,6	- 2,5	+ 2,9	- 4,8r	- 4,4r	- 1,8	+ 4,5p	- 10,4r	- 17,7	- 3,9	+ 17,2p
Warenhäuser	- 3,1	+ 1,1	- 3,1r	+ 3,0	- 2,4r	+ 7,5	+ 1,7p	- 1,9	- 4,2r	+ 22,4	- 12,7p
SB-Warenhäuser	- 1,3	+ 9,5	+ 3,9	+ 4,3	- 4,7r	+ 7,6p	...	+ 3,0	- 9,1r	+ 8,3p	...
Verbrauchermärkte	+ 20,5	+ 8,6	+ 12,4
Supermärkte	+ 7,8	+ 3,5	+ 3,4	+ 5,5r	- 4,0r	+ 4,8p	...	+ 2,2	- 6,2r	+ 4,2p	...
Gastgewerbe (Umsatzwerte) 2)	+ 0,7	+ 1,3	+ 2,5r	+ 4,9r	+ 2,1	+ 1,2p	...	+ 14,5r	- 1,9	- 0,8p	...
Beherbergungsgewerbe	+ 0,9	+ 3,0	+ 5,3r	+ 6,9r	+ 3,8	+ 2,2p	...	+ 24,2r	+ 1,7	- 1,4p	...
Gaststättengewerbe	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,2r	+ 4,1r	+ 0,9	+ 0,2p	...	+ 10,4r	- 3,8	- 0,8p	...
Kantinen	- 1,0	+ 0,7	+ 0,5r	+ 1,1r	+ 5,6	+ 9,2p	...	+ 3,1r	- 6,3	+ 4,0p	...
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland ³⁾	+ 0,5	- 1,1	+ 0,6	+ 27,1	+ 3,5	+ 6,9	+ 16,2	+ 19,9	- 10,9	+ 10,3	+ 5,7
Einreisen über die Grenze zur DDR ⁴⁾	+ 0,7	+ 3,0	+ 8,5	+ 33,5	+ 4,8	+ 4,1	+ 19,4	+ 11,1	- 10,7	+ 3,8	+ 34,5
Ausreisen über die Grenze zur DDR ⁴⁾	+ 0,4	+ 2,8	+ 9,3
Ankünfte (in Beherbergungsstätten) ⁵⁾	- 2,0	+ 1,3	+ 3,4
dar. Auslands Gäste ⁵⁾	+ 0,1	+ 3,9	+ 10,5
Übernachtungen ⁵⁾	- 6,6	- 2,7	+ 2,7
dar. Auslands Gäste ⁵⁾	- 2,2	+ 3,5	+ 9,9
Warenverkehr mit Berlin (West)											
Lieferungen aus Berlin (West)	+ 7,8	+ 6,7	+ 6,8	- 1,2	+ 15,2	+ 19,4	- 2,9	+ 3,6	- 0,2	+ 11,0	- 13,8
Lieferungen nach Berlin (West)	+ 1,7	+ 7,4	+ 2,7	+ 2,2	+ 7,8	+ 6,5	+ 3,3	+ 0,3	- 7,4	+ 9,3	- 12,4
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)											
Lieferungen des Bundesgebietes	+ 14,5	+ 8,8	- 7,8	+ 3,0	+ 25,0	+ 15,2	+ 52,9	+ 3,1	- 4,4	+ 16,3	+ 10,7
Bezüge des Bundesgebietes	+ 9,7	+ 3,6	+ 12,6r	- 7,0	- 2,7	+ 2,7	- 1,5	- 1,2	- 3,7	+ 8,3	- 4,9

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) In jeweiligen Preisen. - 3) Einschl. Durchreisen. - 4) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West). - 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1982	1983	1984	1985						
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	376 464	390 192	434 257	38 152	42 500	39 504	39 425	36 603	41 136	35 620
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	49 662	50 475	54 605	4 843	5 182	5 053	5 411	4 472	5 012	4 302
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	321 549	333 780	372 970	32 591	36 761	33 876	33 409	31 420	35 445	30 823
Rohstoffe	Mill. DM	59 298	52 203	58 237	5 040	6 131	5 100	5 010	4 916	4 669	4 206
Halbwaren	Mill. DM	69 821	73 144	81 403	6 790	7 272	6 924	7 579	7 093	7 672	7 536
Fertigwaren	Mill. DM	192 430	208 433	233 330	20 761	23 357	21 852	20 820	19 411	23 105	19 081
Ländergruppen (Herstellungsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	286 321	304 631	337 697	29 925	34 005	31 173	30 835	28 748	32 153	27 024
dar. EG-Länder	Mill. DM	181 148	191 438	208 035	18 475	21 360	18 753	18 811	17 779	19 813	16 590
Entwicklungsländer	Mill. DM	68 478	63 149	69 894	6 411	6 485	6 142	6 135	5 779	6 385	6 406
Staatshandelsländer	Mill. DM	21 359	22 157	26 432	1 803	1 994	2 175	2 427	2 054	2 567	2 169
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	427 741	432 281	488 223	42 860	48 873	45 001	46 890	42 116	47 896	38 967
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23 871	23 624	26 673	2 077	2 459	2 265	2 500	2 176	2 393	2 135
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	400 995	405 729	458 342	40 520	46 122	42 470	44 101	39 686	45 183	36 599
Rohstoffe	Mill. DM	7 220	7 203	8 299	689	813	747	770	749	749	618
Halbwaren	Mill. DM	34 242	34 328	40 172	3 243	3 908	3 798	3 797	3 237	3 710	2 972
Fertigwaren	Mill. DM	359 533	364 198	409 872	36 588	41 400	37 925	39 535	35 700	40 724	33 009
Ländergruppen (Verbrauchsländer)											
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	332 887	341 103	395 711	35 537	40 178	37 348	38 688	34 705	38 568	31 094
dar. EG-Länder	Mill. DM	205 884	207 771	232 812	21 379	23 328	21 854	22 382	20 183	21 785	17 222
Entwicklungsländer	Mill. DM	72 686	67 180	67 672	5 407	6 203	5 426	5 526	5 116	6 214	5 421
Staatshandelsländer	Mill. DM	20 522	22 605	23 325	1 824	2 363	2 070	2 540	2 178	2 944	2 312
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+51 277	+42 089	+53 966	+4 708	+6 372	+5 497	+7 465	+5 513	+6 759	+3 347
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	1980=100	110,3	114,3	127,2	134,1	149,4	138,9	138,6	128,7	144,6	125,2
Ausfuhr	1980=100	122,1	123,4	139,4	146,8	167,4	154,1	160,6	144,3	164,1	133,5
Index des Volumens											
Einfuhr	1980=100	96,3	100,1	105,3	104,4	115,7	109,8	110,0	102,6	117,0	102,9
Ausfuhr	1980=100	110,1	109,8	119,8	121,5	137,6	126,9	132,0	119,1	133,8	110,2
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	1980=100	114,5	114,1	120,8	128,5	129,2	126,4	126,0	125,4	123,6	121,7
Ausfuhr	1980=100	110,9	112,4	116,3	120,8	121,7	121,4	121,7	121,1	122,6	121,2
Austauschverhältnis (Terms of Trade)											
	1980=100	96,9	98,5	96,3	94,0	94,2	96,0	96,6	96,6	99,2	99,6
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 127,4	1 147,3	1 088,8p	86,4	83,0	86,4	88,4	86,3	93,7p	...
Straßenverkehr (nur Linienverkehr)	Mill.	6 444,5	6 178,2
der Großunternehmen	Mill.	5 656,1	5 324,9
der übrigen Unternehmen	Mill.	788,4	853,3
Luftverkehr	Mill.	35,0	35,9	38,6	2,5	3,2	3,2	3,9	4,2
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1000 t	317 714	310 021	329 780	25 797	29 149	27 733	27 984	26 702	28 196p	...
Straßenverkehr	1000 t	336 018	354 537	366 507	27 515	31 715	31 993	33 764	31 841
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1000 t	221 899	223 936	236 478	13 821	19 592	20 475	20 875	21 270
Binnenschifffahrt	1000 t	137 048	126 275	132 307	11 003	12 995	11 806p	11 980p	11 462p	11 156p	10 896p
Seeschifffahrt	1000 t	586	619	676	58	71	63	58	56
Luftverkehr	1000 t	56 999	55 229	57 770	4 484	5 134	4 890	4 750	4 653	4 748	...
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1000 t
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1000	2 578,0	2 847,5	2 739,2	182,3	283,5	304,1	260,4	228,6	254,5	173,1
dar. Personenkraftwagen	1000	2 155,5	2 426,8	2 393,9	164,5	244,7	259,1	227,3	200,1	225,6	149,9
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1000	5 686,0	6 123,3	6 236,0	431,8	605,0	666,4	579,6	514,7	602,5	506,2
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	358 693	374 107	359 485	16 605	21 732	26 597	33 114	32 603	34 692	...
Getötete	Anzahl	11 608	11 732	10 199	485	513	645	857	765	831	...
Schwerverletzte	Anzahl	138 760	145 090	132 514	5 845	7 726	9 770	11 940	11 486
Leichtverletzte	Anzahl	328 428	344 120	333 519	15 613	20 604	24 517	30 210	30 581	44 396	...
Unfälle mit nur Sachschaden	1000	1 271,0	1 318,0	1 421,3	115,9	118,7	114,4	120,7	121,9	115,9	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf											
	Mrd. DM	88,6	96,4	99,8	97,4	98,7	98,2	99,6	99,8	100,4	101,2
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva¹⁾											
	Mrd. DM	86,9	84,0	84,1	81,2	77,5	78,6	80,1	80,9	82,6	84,0
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	74,9	85,5	96,3	105,3	106,1	94,0	97,4	103,8	107,7	101,4
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 698,1	1 808,5	1 915,6	1 919,4	1 930,5	1 932,7	1 940,2	1 956,9	1 956,9	1 959,5
an öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 289,3	1 380,5	1 468,8	1 469,1	1 480,2	1 480,8	1 487,0	1 502,9	1 500,8	1 503,7
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	Mrd. DM	408,7	427,9	446,8	450,3	450,4	451,8	453,3	454,0	456,1	455,9
	Mrd. DM	1 292,1	1 368,1	1 454,6	1 445,8	1 439,9	1 447,8	1 458,0	1 464,5	1 465,4	1 473,1
	Mrd. DM	518,2	548,4	568,8	572,5	572,1	571,4	570,5	571,1	569,0	570,5
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1000	2 046,3	2 174,0	2 351,3	173,8	238,9	167,8	168,6	162,1	170,9	160,5
Bauspareinlagen (Bestände)	Mrd. DM	120 854	125 374	124 850	123 072	122 651	122 174	120 984	120 538	119 593	119 074
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	Mrd. DM	133 019	138 979	145 039	145 036	145 347	146 473	146 219	146 071	146 906	146 652

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse. — 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1982	1983	1984	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
	1981	1982	1983	Mai 84	Juni 84	Juli 84	Aug. 84	April 85	Mai 85	Juni 85	Juli 85	
Außenhandel												
Einfuhr (Spezialhandel)	+ 2,0	+ 3,6	+ 11,3	+ 7,5	+ 7,2	+ 12,8	+ 4,3	- 0,2	- 7,2	+ 12,4	- 13,4	
Warengruppen												
Ernährungswirtschaft	+ 3,9	+ 1,6	+ 8,2	+ 10,2	- 2,6	+ 12,6	- 4,1	+ 7,1	- 17,4	+ 12,1	- 14,2	
Gewerbliche Wirtschaft	+ 1,5	+ 3,8	+ 11,7	+ 7,1	+ 8,4	+ 12,7	+ 5,6	- 1,4	- 6,0	+ 12,8	- 13,0	
Rohstoffe	- 7,4	- 12,0	+ 11,6	+ 5,2	+ 2,0	- 6,2	- 6,2	- 1,8	- 1,9	- 5,0	- 9,9	
Halbwaren	+ 5,1	+ 4,8	+ 11,3	+ 13,6	+ 7,3	+ 17,5	+ 11,3	+ 9,5	- 6,4	+ 8,2	+ 1,8	
Fertigwaren	+ 3,3	+ 8,3	+ 11,9	+ 5,4	+ 10,6	+ 15,8	+ 6,4	- 4,7	- 6,8	+ 19,0	- 17,4	
Ländergruppen (Herstellungsländer)												
Industrialisierte westliche Länder	+ 3,0	+ 6,4	+ 10,9	+ 6,5	+ 10,3	+ 14,8	+ 4,9	- 1,1	- 6,8	+ 11,8	- 16,0	
dar. EG-Länder	+ 3,6	+ 5,7	+ 8,7	+ 4,6	+ 12,4	+ 12,8	+ 6,2	+ 0,3	- 5,5	+ 11,4	- 16,3	
Entwicklungsländer	- 4,4	- 7,8	+ 10,7	+ 7,3	- 2,6	+ 0,5	+ 5,5	- 0,1	- 5,8	+ 10,5	+ 0,3	
Staatshandelsländer	+ 10,7	+ 3,7	+ 19,3	+ 23,3	- 3,9	+ 22,5	- 5,9	+ 11,6	- 15,4	+ 25,0	- 15,5	
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 7,8	+ 1,1	+ 12,9	+ 13,0	+ 18,9	+ 21,4	+ 2,7	+ 4,2	- 10,2	+ 13,7	- 18,6	
Warengruppen												
Ernährungswirtschaft	+ 3,3	- 1,0	+ 12,9	+ 9,0	+ 3,2	+ 6,6	- 2,5	+ 10,4	- 13,0	+ 10,0	- 10,8	
Gewerbliche Wirtschaft	+ 8,1	+ 1,2	+ 13,0	+ 13,3	+ 20,0	+ 22,3	+ 3,1	+ 3,8	- 10,0	+ 13,8	- 19,0	
Rohstoffe	- 4,3	- 0,2	+ 15,2	+ 8,1	+ 12,2	+ 8,1	- 2,7	+ 3,0	- 2,6	- 0,0	- 17,6	
Halbwaren	+ 2,5	+ 0,3	+ 17,0	+ 8,1	- 4,5	+ 10,6	- 3,6	- 0,0	- 14,7	+ 14,6	- 19,9	
Fertigwaren	+ 8,9	+ 1,3	+ 12,5	+ 14,0	+ 23,0	+ 23,8	+ 3,8	+ 4,2	- 9,7	+ 14,1	- 18,9	
Ländergruppen (Verbrauchsländer)												
Industrialisierte westliche Länder	+ 9,2	+ 2,5	+ 16,0	+ 15,1	+ 22,5	+ 21,2	+ 2,6	+ 3,6	- 10,3	+ 11,1	- 19,4	
dar. EG-Länder	+ 10,7	+ 0,9	+ 12,1	+ 12,9	+ 20,1	+ 17,1	+ 1,8	+ 2,4	- 9,8	+ 7,9	- 20,9	
Entwicklungsländer	+ 3,0	- 7,6	+ 0,7	- 4,0	+ 1,2	+ 12,3	- 0,4	+ 1,8	- 7,4	+ 21,5	- 12,8	
Staatshandelsländer	+ 5,0	+ 10,2	+ 3,2	+ 27,9	+ 15,5	+ 48,9	+ 12,6	+ 22,7	- 14,2	+ 35,1	- 21,4	
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	+ 85,0	- 17,9	+ 28,2	+ 55,2	+ 337,9	+ 127,0	- 11,7	+ 35,8	- 26,1	+ 22,6	- 50,5	
Index der tatsächlichen Werte												
Einfuhr	+ 2,0	+ 3,6	+ 11,3	+ 7,5	+ 7,3	+ 12,8	+ 4,2	- 0,2	- 7,1	+ 12,4	- 13,4	
Ausfuhr	+ 7,8	+ 1,1	+ 13,0	+ 13,0	+ 19,0	+ 21,5	+ 2,7	+ 4,2	- 10,1	+ 13,7	- 18,6	
Index des Volumens												
Einfuhr	+ 1,4	+ 3,9	+ 5,2	+ 1,5	+ 2,5	+ 10,2	+ 4,7	+ 0,2	- 6,7	+ 14,0	- 12,1	
Ausfuhr	+ 3,3	- 0,3	+ 9,1	+ 6,4	+ 11,8	+ 15,9	- 0,3	+ 4,0	- 9,8	+ 12,3	- 17,6	
Index der Durchschnittswerte												
Einfuhr	+ 0,6	- 0,3	+ 5,9	+ 6,0	+ 4,6	+ 2,4	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 1,4	- 1,5	
Ausfuhr	+ 4,3	+ 1,4	+ 3,5	+ 6,3	+ 6,4	+ 4,7	+ 3,1	+ 0,2	- 0,5	+ 1,2	- 1,1	
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	+ 3,7	+ 1,7	- 2,2	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,3	+ 3,5	+ 0,6	± 0,0	+ 2,7	+ 0,4	
Verkehr												
Beförderte Personen												
Eisenbahnverkehr	- 3,6	+ 1,7	- 5,1p	- 1,2	+ 3,0	+ 6,5p	...	+ 2,3	- 2,4	+ 8,5p	...	
Straßenverkehr (nur Linienverkehr)	- 3,6	- 4,1	
der Großunternehmen	- 4,1	- 5,9	
der übrigen Unternehmen	- 0,3	+ 8,2	
Luftverkehr	- 2,4	+ 2,5	+ 7,7	+ 8,0	+ 11,9	+ 21,6	+ 7,0	
Beförderte Güter												
Eisenbahnverkehr	- 8,2	- 2,5	+ 6,4	- 0,6	+ 3,2	+ 4,0p	...	+ 0,9	- 4,6	+ 5,6p	...	
Straßenverkehr												
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	- 0,4	+ 5,5	+ 3,4	+ 1,5	+ 6,8	+ 5,5	- 5,7	
Binnenschiffahrt	- 4,2	+ 0,9	+ 5,6	- 4,0	+ 4,3	+ 2,0	+ 1,9	
Seeschiffahrt	- 3,5	- 7,9	+ 4,8p	+ 14,5p	+ 12,0p	+ 3,3p	+ 8,1p	+ 1,5p	+ 4,3p	- 2,7p	- 2,3p	
Luftverkehr	- 1,3	+ 5,6	+ 9,2	+ 3,8	+ 10,5	- 7,9	- 3,4	
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	- 9,1	- 3,1	+ 4,6	- 3,6	- 0,2	- 5,8	...	- 2,9	- 2,0	+ 2,0	...	
Kraftfahrzeuge												
Zulassungenfabrikneuer Kraftfahrzeuge	- 6,7	+ 10,5	- 3,8	- 14,8	+ 20,3	+ 39,1	- 5,4	- 14,4	- 12,2	+ 11,3	- 32,0	
dar. Personenkraftwagen	- 7,5	+ 12,6	- 1,4	- 13,6	+ 28,6	+ 46,5	- 2,6	- 12,3	- 12,0	+ 12,7	- 33,5	
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 5,7	+ 7,7	+ 1,8	± 0,0	- 3,0	+ 10,1	- 7,5	- 13,0	- 11,2	+ 17,1	- 16,0	
Straßenverkehrsunfälle												
Unfälle mit Personenschaden	- 1,1	+ 4,3	- 3,9	- 4,5	- 8,6	- 1,8	...	+ 24,5	- 1,5	+ 6,4	...	
Getötete	- 0,6	+ 1,1	- 13,1	- 0,5	- 21,7	- 18,8	...	+ 32,9	- 10,7	+ 8,6	...	
Schwerverletzte	- 0,5	+ 4,6	- 8,7	- 4,6	- 14,5	- 4,2	...	+ 22,7	- 3,8	+ 5,5	...	
Leichtverletzte	- 2,4	+ 4,8	- 3,1	- 6,3	- 6,8	+ 23,2	+ 1,2	
Unfälle mit nur Sachschaden	- 3,4	+ 3,6	+ 7,8	- 3,5	+ 6,5	+ 6,9	...	+ 5,4	+ 1,0	- 4,9	...	
Geld und Kredit												
Bargeldumlauf	+ 5,2	+ 8,8	+ 3,5	+ 4,6	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,8	
Deutsche Bundesbank												
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	+ 8,2	- 3,3	+ 0,1	- 10,9	- 9,6	- 6,5	- 4,9	+ 2,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,8	
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 10,0	+ 14,2	+ 12,6	+ 34,7	+ 28,3	+ 37,7	+ 28,2	+ 2,1	+ 0,9	+ 3,8	- 5,8	
Kreditinstitute												
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	+ 6,7	+ 6,5	+ 5,9	+ 6,6	+ 6,6	+ 6,4	+ 6,0	+ 0,4	+ 0,9	± 0,0	+ 0,1	
an öffentliche Haushalte	+ 5,4	+ 7,1	+ 6,4	+ 6,5	+ 6,6	+ 6,1	+ 5,9	+ 0,4	+ 1,1	- 0,1	+ 0,2	
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	+ 10,8	+ 4,7	+ 4,4	+ 6,9	+ 6,9	+ 7,1	+ 6,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	± 0,0	
Bausparkassen												
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	- 16,6	+ 6,3	+ 8,2	+ 4,4	+ 3,4	+ 13,3	+ 11,5	+ 0,5	- 3,9	+ 5,4	- 6,1	
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 4,3	+ 3,7	- 0,4	- 1,3	- 1,6	- 1,7	- 1,7	- 1,0	- 0,4	- 0,8	- 0,4	
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,4	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,8	- 0,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,2	

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse. - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1982	1983	1984	1985						
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	Mill. DM	211 623	226 655	227 394	23 536	24 611	19 677	20 279	18 632	27 178	19 370
Festverzinsliche Wertpapiere	Mill. DM	3093	4 280	2 992	95	480	71	382	113	426	186
Aktien (Nominalwert)	Mill. DM										
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	9,18)	8,08)	7,88)	7,5	7,7	7,3	7,1	7,0	6,8	6,5
Index der Aktienkurse	1980=100	102,78)	135,28)	153,68)	174,3	180,4	182,7	189,6	204,7	208,3	209,3
dar.: Publikumsgesellschaften	1980=100	102,68)	135,38)	151,68)	170,0	177,3	179,3	187,3	204,5	207,4	208,0
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	1000	9268)	1 0148)	8598)	1 106	1 024	885	773	727	742	...
Arbeitslosenhilfe	1000	2918)	4858)	5988)	647	663	646	631	619	604	...
Unterhaltsgeld ¹⁾	1000	1448)	1308)	1318)	138	143	137	139	136	122	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 192,88)	2 586,68)	2 733,78)	2 500,5	2 305,7	2 632,4	2 829,4	2 621,2	2 764,7	...
dar.: Beiträge	Mill. DM	2 023,98)	2 389,38)	2 537,28)	2 341,5	2 171,8	2 269,0	2 425,4	2 477,6	2 542,2	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 780,48)	2 720,38)	2 470,48)	2 926,5	3 212,4	2 988,7	2 521,6	2 162,9	2 273,0	...
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	1 502,38)	1 425,38)	1 178,68)	1 551,5	1 532,3	1 453,3	1 164,5	1 009,1	999,1	...
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	1000	35 8208)	35 8068)	36 0068)	36 148	36 144	36 075	36 058	36 060
dar.: Pflichtmitglieder ²⁾	1000	20 8128)	20 7768)	20 8758)	21 014	21 004	20 964	20 945	20 945
Rentner	1000	10 4038)	10 4608)	10 5688)	10 616	10 618	10 619	10 625	10 628
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	327 549	342 715	357 471	25 725	35 340	24 091	24 690	39 533	27 442	26 732p
(gem. Art. 106 Abs. 3 GG) ⁴⁾	Mill. DM	277 887	291 419	305 104	20 957	31 957	19 041	19 420	36 484	22 472	21 535p
dar.: Lohnsteuer	Mill. DM	123 407	128 889	136 350	10 376	9 955	10 404	10 740	11 996	13 119	12 211p
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	30 602	28 275	26 368	- 342	7 558	- 1 048	- 846	7 416	- 778	- 569p
Körperschaftsteuer	Mill. DM	21 458	23 675	26 312	- 214	6 580	503	498	7 255	552	129p
Umsatzsteuer	Mill. DM	53 732	59 190	55 500	5 923	2 857	3 329	3 827	4 300	3 478	3 669p
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	43 985	46 681	54 983	4 998	4 885	5 338	4 867	4 869	4 990	4 960p
Bundessteuern	Mill. DM	49 566	52 115	54 059	4 308	4 613	4 198	4 339	4 699	4 569	4 604p
dar.: Zölle und Verbrauchsteuern	Mill. DM	46 595	48 879	50 645	3 553	4 287	3 925	4 053	4 459	4 316	4 184p
(ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 727	4 746	5 332	475	456	506	474	434	428	429p
dar.: Zölle	Mill. DM	12 208	13 881	14 429	796	1 269	1 133	1 080	1 342	1 163	1 251p
Tabaksteuer	Mill. DM	4 281	4 277	4 238	417	430	373	320	326	320	316p
Brantweinabgaben	Mill. DM	22 835	23 338	24 033	1 658	1 907	1 702	1 944	2 151	2 188	1 992p
Mineralölsteuer	Mill. DM	17 002	18 377	18 581	1 909	1 387	1 439	2 147	1 259	1 424	2 058p
Landessteuern	Mill. DM	4 982	4 992	4 492	863	134	96	884	81	80	890p
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	6 689	6 984	7 284	479	648	818	727	654	760	563p
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	1 292	1 296	1 255	74	90	89	112	112	110	130p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	Mill. DM	-6 195	4 377	4 135	56	10	816	268	2	828	281p
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	Mill. DM	-23 101	-23 575	-24 408	-1 505	-2 627	1 403	1 484	2 912	1 851	1 746p
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	Mill. St	112 715	121 661	120 040	9 457	10 228	10 261	9 780	10 286	10 704	9 900
Bierausstoß	1000 hl	94 826	94 983	92 585	6 518	6 974	8 089	8 945	7 933	9 288	8 516
Leichtöle (Benzin)	1000 hl	290 343	301 527	316 568	22 907	25 618	26 977	27 848	24 862	28 268	27 290
Gasöle (Dieselkraftstoff)	1000 dt	122 838	129 700	133 723	8 631	10 587	12 334	11 990	10 931	12 769	12 296
Heizöl (EL und L)	1000 dt	330 624	320 347	331 808	26 932	20 566	24 458	26 267	30 229	38 148	40 753
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁶⁾											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	DM	1 299,92	1 400,88	1 435,46	1 469,33	1 456,60	1 486,31	1 469,93	1 440,59
dar.: für Nahrungs- und Genußmittel ⁷⁾	DM	428,93	449,60	462,59	402,38	442,84	456,62	462,90	467,16
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	128,78	132,15	135,19	278,77	176,40	88,66	120,04	92,79
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	2 691,11	2 836,88	2 848,76	2 555,61	2 777,63	2 822,04	2 858,55	2 634,11
dar.: für Nahrungs- und Genußmittel ⁷⁾	DM	724,24	739,69	740,18	657,23	729,31	759,97	780,19	723,09
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	189,01	188,80	189,44	254,01	183,26	174,74	168,92	178,88
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	4 085,03	4 293,78	4 394,34	3 957,45	4 595,18	4 755,42	4 548,98	4 313,81
dar.: für Nahrungs- und Genußmittel ⁷⁾	DM	894,10	922,32	930,37	826,18	947,09	966,08	1 008,70	952,96
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	DM	239,84	232,66	264,23	370,12	327,74	197,02	218,09	204,28
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std	40,7	40,5	40,9	40,5
Index	1980=100	97,8	97,3	98,3	97,4
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	14,89	15,41	15,77	16,36
Index	1980=100	110,5	114,1	116,8	121,6
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	606	627	647	663
Index	1980=100	108,1	111,0	114,7	118,4
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 286	3 325	3 446	3 575
Index	1980=100	110,1	113,7	117,4	121,7
Tariffentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	1980=100	99,9	99,9	99,9	98,4
Index der tariflichen Stundenlöhne	1980=100	110,1	113,9	116,9	121,8
Index der tariflichen Monatsgehälter	1980=100	109,4	113,2	115,9	119,4

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte. - 2) Ohne Rentner. - 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer. - 4) Vor der Steuerverteilung. - 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz. - 6) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. - 7) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen. - 8) D errechnet aus 12 Monatswerten.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1982	1983	1984	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
1981	1982	1983	Mai 84	Juni 84	Juli 84	Aug. 84	April 85	Mai 85	Juni 85	Juli 85	
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere											
Festverzinsliche Wertpapiere	+ 13,6	+ 7,1	+ 0,3	+ 48,1	+ 23,1	+ 50,9	- 3,3	+ 3,1	- 8,1	+ 45,9	- 28,7
Aktien (Nominalwert)	- 2,7	+ 38,4	- 30,1	- 22,5	- 77,3	+ 217,9	- 59,8	+ 438,0	- 70,4	+ 277,0	- 56,3
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	- 14,2 ⁸⁾	- 12,1 ⁸⁾	- 2,5 ⁸⁾	- 11,3	- 13,5	- 13,9	- 17,7	- 2,7	- 1,4	- 2,9	- 4,4
Index der Aktienkurse	+ 0,9 ⁸⁾	+ 31,6 ⁸⁾	+ 13,6 ⁸⁾	+ 25,0	+ 36,7	+ 45,0	+ 42,5	+ 3,8	+ 8,0	+ 1,8	+ 0,5
dar. Publikumsgesellschaften	- 0,1 ⁸⁾	+ 31,9 ⁸⁾	+ 12,0 ⁸⁾	+ 24,7	+ 39,4	+ 48,5	+ 44,8	+ 4,5	+ 9,2	+ 1,4	+ 0,3
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 32,8 ⁸⁾	+ 9,5 ⁸⁾	- 15,3 ⁸⁾	- 1,5	- 1,5	- 2,6	...	- 12,6	- 5,9	+ 2,0	...
Arbeitslosenhilfe	+ 71,3 ⁸⁾	+ 66,9 ⁸⁾	+ 23,2 ⁸⁾	+ 4,5	+ 3,4	+ 1,9	...	- 2,2	- 1,9	+ 2,4	...
Unterhaltsgeld 1)	+ 10,6 ⁸⁾	- 9,5 ⁸⁾	+ 1,0 ⁸⁾	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,8	...	+ 2,0	- 2,7	- 9,8	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 32,4 ⁸⁾	+ 18,0 ⁸⁾	+ 5,7 ⁸⁾	+ 1,4	- 1,6	+ 0,7	...	+ 7,5	- 7,4	+ 5,5	...
dar. Beiträge	+ 33,9 ⁸⁾	+ 18,1 ⁸⁾	+ 6,2 ⁸⁾	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	...	+ 6,9	+ 2,2	+ 2,6	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	+ 18,5 ⁸⁾	- 2,2 ⁸⁾	- 9,2 ⁸⁾	- 2,0	+ 5,1	- 0,4	...	- 15,6	- 14,2	+ 5,1	...
dar. Arbeitslosengeld	+ 35,6 ⁸⁾	- 5,1 ⁸⁾	- 17,3 ⁸⁾	- 3,3	+ 6,2	+ 1,3	...	- 19,9	- 13,3	- 1,0	...
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	+ 0,3 ⁸⁾	- 0,1	+ 0,6 ⁸⁾	+ 0,5	+ 0,5	- 0,0	+ 0,0
dar.: Pflichtmitglieder 2)	+ 0,1 ⁸⁾	- 0,2	+ 0,5 ⁸⁾	+ 1,0	+ 1,0	- 0,1	- 0,0
Rentner	+ 0,7 ⁸⁾	+ 0,5	+ 1,0 ⁸⁾	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder 3)											
Gemeinschaftsteuern (gem. Art. 106 Abs. 3 GG) 4)	+ 2,3	+ 4,6	+ 4,3	- 3,1	+ 10,1	+ 6,6	+ 4,8 ^p	+ 2,5	+ 60,1	- 30,6	- 2,6 ^p
dar.: Lohnsteuer	+ 5,9	+ 4,4	+ 5,8	+ 8,0	+ 12,7	+ 10,3	+ 7,8 ^p	+ 3,2	+ 11,7	+ 9,4	+ 6,9 ^p
Veranlagte Einkommensteuer	- 7,1	- 7,6	- 6,7	x	+ 6,7	x	x	x	x	x	x
Körperschaftsteuer	+ 6,4	+ 10,3	+ 11,1	- 36,1	+ 19,3	x	x	x	x	x	x
Umsatzsteuer	- 1,0	+ 10,2	- 6,2	- 17,4	+ 0,1	- 18,8	- 6,6 ^p	+ 15,0	+ 12,4	- 19,1	+ 5,5 ^p
Einfuhrumsatzsteuer	+ 1,1	+ 6,1	+ 17,8	+ 4,0	+ 8,4	+ 10,6	+ 7,9 ^p	- 8,8	+ 0,0	+ 2,5	- 0,6 ^p
Bundessteuern	+ 3,1	+ 5,1	+ 3,7	- 9,3	+ 10,5	+ 6,3	- 0,9 ^p	+ 3,3	+ 8,3	- 2,8	+ 0,8 ^p
dar. Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	+ 2,8	+ 4,9	+ 3,6	- 10,5	+ 10,8	+ 6,4	- 2,7 ^p	+ 3,3	+ 10,0	- 3,2	- 3,1 ^p
dar.: Zölle	+ 4,4	+ 0,4	+ 12,3	+ 11,3	+ 2,4	+ 2,3	- 4,3 ^p	- 6,4	- 8,3	- 1,5	+ 0,2 ^p
Tabaksteuer	+ 8,5	+ 13,7	+ 4,0	- 10,8	+ 21,2	- 5,4	+ 10,3 ^p	- 4,7	+ 24,3	- 13,4	+ 7,5 ^p
Branntweinabgaben	- 4,5	- 0,1	- 0,9	- 6,6	+ 4,5	+ 6,0	- 5,1 ^p	- 14,3	+ 1,9	- 2,0	- 1,1 ^p
Mineralölsteuer	+ 3,0	+ 2,2	+ 3,0	- 16,8	+ 7,8	+ 15,3	- 8,8 ^p	+ 14,2	+ 10,7	+ 1,7	- 9,0 ^p
Landessteuern	+ 3,9	+ 8,1	+ 1,1	- 3,6	- 2,7	- 2,0	- 3,8 ^p	+ 49,2	- 41,4	+ 13,1	+ 44,5 ^p
dar.: Vermögensteuer	+ 6,3	+ 0,2	- 10,0	- 5,8	- 30,3	+ 30,6	- 7,2 ^p	x	x	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	+ 1,5	+ 4,4	+ 4,3	- 0,2	- 0,3	- 7,1	- 4,1 ^p	- 11,2	- 10,0	+ 16,1	- 26,0 ^p
Biersteuer	+ 0,3	+ 0,3	- 3,2	- 18,1	+ 0,8	- 6,2	+ 6,9 ^p	+ 25,2	- 0,2	- 1,9	+ 18,7 ^p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage 5)	- 0,8	- 29,3	- 5,5	+ 0,5	- 6,6	+ 8,5	+ 3,2 ^p	x	x	x	x
Gemeindeanteil an Einkommensteuer 5)	+ 3,0	+ 2,0	+ 3,5	+ 7,6	+ 10,3	+ 14,5	+ 7,2 ^p	x	x	x	x
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	- 13,5	+ 7,9	- 1,3	- 9,9	+ 9,2	+ 6,7	- 9,2	- 4,7	+ 5,2	+ 4,1	- 7,5
Bierausstoß	+ 1,2	+ 0,2	- 2,5	+ 6,5	- 6,5	+ 8,7	+ 6,1	+ 10,6	- 11,3	+ 17,1	- 8,3
Leichtöle (Benzin)	+ 0,2	+ 3,9	+ 5,0	+ 2,8	- 7,8	+ 2,5	- 2,2	+ 3,2	- 10,7	+ 13,7	- 3,5
Gasöle (Dieselkraftstoff)	+ 1,3	+ 5,6	+ 3,1	+ 0,3	+ 2,2	+ 10,4	- 0,2	- 2,8	- 8,8	+ 16,8	- 3,7
Heizöl (EL und L)	- 6,3	- 3,1	+ 3,6	- 17,1	+ 25,3	+ 16,4	+ 50,3	+ 7,4	+ 15,1	+ 26,2	+ 6,8
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch 6)											
2-Pers.-Haush. von Renten- u. Sozialhilfeempf. m. geringem Einkommen	+ 7,1	+ 7,8	+ 2,5	- 1,4	+ 5,9	- 1,1	- 2,0
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel 7)	+ 5,5	+ 4,8	+ 2,9	- 0,3	- 3,5	+ 1,4	+ 0,9
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	+ 14,5	+ 2,6	+ 2,3	- 1,4	+ 8,2	+ 35,4	- 22,7
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 5,4	+ 5,4	+ 0,4	- 0,2	- 4,7	+ 1,3	- 7,9
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel 7)	+ 3,6	+ 2,1	+ 0,1	+ 2,6	- 7,4	+ 2,7	- 7,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	+ 16,5	- 6,5	+ 0,3	+ 18,7	- 8,7	- 3,3	+ 5,9
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 3,7	+ 5,1	+ 2,3	+ 7,7	- 2,5	- 4,3	- 5,2
dar. für: Nahrungs- und Genußmittel 7)	+ 4,1	+ 3,2	+ 0,9	+ 6,6	- 3,6	+ 4,4	- 5,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.	+ 16,6	- 3,0	+ 13,6	+ 3,4	- 8,3	+ 10,7	- 6,3
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	- 1,2	- 0,5	+ 1,0
Index	- 1,1	- 0,5	+ 1,0
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 4,9	+ 3,5	+ 2,3
Index	+ 4,7	+ 3,3	+ 2,4
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 4,5	+ 3,8	+ 3,2
Index	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,3
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 5,1	+ 1,2	+ 3,6
Index	+ 4,9	+ 3,3	+ 3,3
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	- 0,1	± 0,0	± 0,0
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 4,4	+ 3,5	+ 3,6
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 4,3	+ 3,5	+ 2,4

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte. — 2) Ohne Rentner. — 3) Einschl. EG-Anteile an Zöllen und Umsatzsteuer. — 4) Vor der Steuerverteilung. — 5) Gem. Gemeindefinanzreformgesetz. — 6) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. — 7) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen. — 8) D errechnet aus 12 Monatswerten.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1982	1983	1984	1985							
					März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Preise												
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1980=100	113,3	113,8	116,1	116,9	116,7	116,3	115,5	115,1	114,4	p	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1980=100	113,9	113,5	115,6	116,1	115,7	115,3	114,3	113,8	112,8	p	...
Neubauten und neue Maschinen	1980=100	111,1	115,0	118,3	119,9	120,2	120,3	120,4	120,4	120,5	p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	1980=100	109,8	108,2	106,9	104,3	103,4	103,4	104,0	103,7	102,7	p	...
dar.: Pflanzliche Produkte	1980=100	105,5	107,2	106,5	103,7	104,3	103,6	105,0	101,6	96,7	r	...
Tierische Produkte	1980=100	111,4	108,6	107,0	104,5	103,1	103,4	103,7	104,6	105,0	p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte	1970=100	193,3	185,3	188,0	184,9	180,2	173,4	173,7	171,8	168,8		...
Index der Grundstoffpreise²⁾	1980=100	115,5	115,2	121,2	125,8	124,5	124,3	123,4	122,3	120,9		...
Inländische Grundstoffe	1980=100	113,0	113,5	117,8	120,2	120,0	120,0	119,6	119,6	119,0		...
Importierte Grundstoffe	1980=100	119,2	117,9	126,3	134,2	131,0	130,8	129,2	126,5	123,8		...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz¹⁾)	1980=100	114,1	115,8	119,2	121,8	122,0	122,1	122,0	122,1	121,9	122,1	122,1
Investitionsgüter ³⁾	1980=100	110,5	113,9	116,8	118,9	119,7	120,1	120,2	120,5	120,5	120,5	120,6
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	1980=100	111,8	112,7	115,4	119,1	118,7	119,0	118,7	118,2	117,9	118,4	118,4
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	1980=100	134,7	136,5	141,0	144,2	144,9	145,0	145,1	147,4	147,5	147,5	147,5
Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	1980=100	124,7	127,3	131,7	134,3	134,3	134,9	134,9	135,0	133,6	133,8	133,8
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1980=100	111,1	112,8	116,0	118,5	118,7	118,8	118,6	118,5	118,2	118,5	118,5
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	1980=100	113,9	113,4	118,0	122,9	122,4	122,1	121,3	120,6	120,0	120,5	120,5
dar.: Mineralölerzeugnisse	1980=100	123,2	119,3	124,5	136,0	131,5	129,6	126,8	124,1	122,7	124,9	124,9
Eisen und Stahl	1980=100	116,2	110,8	115,3	119,7	120,4	120,3	120,2	120,0	120,1	120,2	120,2
Chemische Erzeugnisse	1980=100	113,7	113,9	118,1	120,5	121,9	122,3	122,3	122,7	122,8	122,6	122,6
Erz. des Investitionsgüterproduzierenden Gewerbes	1980=100	110,0	113,0	115,5	117,4	118,2	118,5	118,6	118,8	118,8	118,9	118,9
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁴⁾	1980=100	111,4	115,0	118,0	120,7	121,6	122,1	122,2	122,5	122,6	122,8	122,8
Straßenfahrzeuge	1980=100	110,4	113,8	117,5	119,9	121,2	121,6	121,7	122,0	122,0	122,1	122,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980=100	107,3	110,1	111,4	112,8	113,1	113,2	113,2	113,3	113,1	113,1	113,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1980=100	110,8	113,8	117,1	118,3	118,9	119,4	119,5	119,6	119,7	119,6	119,6
Erz. des Verbrauchsgüterproduzierenden Gewerbes	1980=100	109,0	111,0	114,5	116,7	117,1	117,4	117,6	117,8	117,8	117,8	117,9
dar.: Textilien	1980=100	109,9	112,0	116,2	118,6	118,9	118,8	119,2	119,4	119,3	119,3	119,3
Bekleidung	1980=100	109,2	112,4	115,9	117,9	118,1	118,2	118,3	118,5	118,8	118,8	118,9
Erz. des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1980=100	110,8	113,2	114,8	114,5	114,4	114,3	114,3	114,2	113,9	114,2	114,2
Preisindizes für Bauwerke												
Wohngebäude ⁵⁾	1980=100	108,9	111,2	114,0	114,2	114,8
Bürogebäude ¹⁾	1980=100	110,0	112,1	114,8	115,5	116,1
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude ¹⁾	1980=100	108,9	110,6	112,8	112,9	113,5
Gewerbliche Betriebsgebäude ¹⁾	1980=100	110,4	112,4	114,7	115,1	115,8
Straßenbau ⁵⁾	1980=100	100,3	99,5	100,8	102,4	103,0
Brücken im Straßenbau ⁵⁾	1980=100	106,0	106,9	108,4	108,3	109,1
Index der Großhandelsverkaufspreise¹⁾	1980=100	113,6	113,7	116,9	120,0	119,6	119,3	118,4	117,0	116,2	116,6	116,6
dar. Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1980=100	112,2	112,9	115,4	118,2	118,2	116,8	116,2	113,8	113,0	113,0	113,0
Index der Einzelhandelspreise⁵⁾	1980=100	110,3	113,2	115,6	117,6	117,8	118,1	117,9	117,6	117,0	117,3	117,3
dar. Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmittel u.ä.	1980=100	111,2	113,8	115,6	116,8	117,6	118,2	117,8	116,9	115,2	115,4	115,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980=100	111,9	115,6	118,4	120,9	121,1	121,2	121,3	121,1	120,7	120,9	120,9
darunter für:												
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	111,3	114,3	116,0	117,4	118,0	118,1	117,8	117,2	116,0	116,2	116,2
Bekleidung, Schuhe	1980=100	109,8	113,0	115,7	117,8	118,0	118,1	118,1	118,1	118,3	118,8	118,8
Wohnungsmieten, Energie ⁶⁾	1980=100	114,6	118,3	122,7	127,3	126,6	126,2	126,0	126,3	126,6	127,5	127,5
Wohnungsmieten	1980=100	109,7	115,6	120,0	123,2	123,4	123,6	123,8	124,1	124,3	124,5	124,5
Energie ⁶⁾	1980=100	125,6	124,5	128,8	136,7	133,9	132,2	131,0	131,5	131,8	134,3	134,3
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1980=100	110,6	113,7	115,9	117,2	117,4	117,6	117,7	117,8	118,0	118,1	118,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1980=100	111,0	115,6	118,0	119,4	119,5	119,6	119,7	119,8	119,8	120,1	120,1
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1980=100	112,6	117,1	120,1	122,0	123,2	124,7	124,7	124,1	123,2	122,4	122,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit ⁷⁾	1980=100	107,9	111,4	114,2	116,6	116,2	116,0	116,1	115,9	115,6	115,7	115,7
persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1980=100	113,5	118,5	120,8	124,7	124,9	124,9	126,2	126,3	126,3	126,3	126,3
4-Pers.-Haush. v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	1980=100	112,2	116,0	118,7	121,4	121,6	121,8	121,9	121,7	121,4	121,5	121,5
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	1980=100	112,0	115,6	118,4	120,8	121,1	121,3	121,3	121,1	120,7	120,9	120,9
2-Pers.-Haushalte v. Rentner- u. Sozialhilfeempfängern	1980=100	112,1	115,8	118,7	121,2	121,5	121,7	121,6	121,3	120,7	120,8	120,8
Einfache Lebenshaltung eines Kindes ⁸⁾	1980=100	111,0	114,1	117,0	119,1	119,7	120,2	119,6	118,8	117,6	117,7	117,7
Index der Einfuhrpreise	1980=100	116,2	115,8	122,8	130,4	128,3	127,7	126,4	124,5	122,4
dar.: Güter aus EG-Ländern	1980=100	113,2	112,8	118,0	123,4	122,7	122,2	121,2	120,3	118,8
Güter aus Drittländern	1980=100	118,8	118,5	127,0	136,6	133,3	132,6	130,9	128,1	125,5
Index der Ausfuhrpreise	1980=100	110,4	112,3	116,2	119,7	120,0	120,2	120,1	120,0	119,6
dar.: Güter für EG-Länder	1980=100	110,8	112,5	116,4	120,1	120,5	120,6	120,5	120,4	120,1
Güter für Drittländer	1980=100	110,1	112,2	116,0	119,5	119,6	119,8	119,7	119,5	119,1

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. — 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung. — 4) Einschl. Ackererschlepper. — 5) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 6) Ohne Kraftstoffe. — 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — 8) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1982	1983	1984	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	Sept. 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	Sept. 85	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
	1981	1982	1983	Juni 84	Juli 84	Aug. 84	Sept. 84	Mai 85	Juni 85	Juli 85	Aug. 85	
Preise												
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 4,6	+ 0,4	+ 2,0	- 1,0	- 1,0	- 0,9p	...	- 0,7	- 0,3	- 0,6p	...	
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 4,3	- 0,4	+ 1,9	- 1,7	- 1,7	- 1,6p	...	- 0,9	- 0,4	- 0,9p	...	
Neubauten und neue Maschinen	+ 5,9	+ 3,5	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6p	...	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1p	...	
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	+ 3,6	- 1,5	- 1,2	- 6,6	- 4,7p	- 3,8p	...	+ 0,6	- 0,3p	- 1,0p	...	
dar.: Pflanzliche Produkte	- 1,1	+ 1,6	- 0,7	- 15,9r	- 13,4r	- 7,7	...	+ 1,4	- 3,2r	- 4,8	...	
Tierische Produkte	+ 5,3	- 2,5	- 1,5	- 2,3	- 0,9p	- 2,3p	...	+ 0,3	+ 0,9p	+ 0,4p	...	
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte	- 5,6	- 4,1	+ 1,5	- 6,7	- 7,0	- 7,8	...	+ 0,2	- 1,1	- 1,7	...	
Index der Grundstoffpreise²⁾	+ 3,8	- 0,3	+ 5,2	+ 2,1	+ 0,8	- 0,5	...	- 0,7	- 0,9	- 1,1	...	
Inländische Grundstoffe	+ 5,2	+ 0,4	+ 3,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,1	...	- 0,3	+ 0,0	- 0,5	...	
Importierte Grundstoffe	+ 1,8	- 1,1	+ 7,1	+ 2,9	+ 0,3	- 2,6	...	- 1,2	- 2,1	- 2,1	...	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	+ 5,8	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	
Investitionsgüter ³⁾	+ 5,8	+ 3,1	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungsmittel) ³⁾	+ 3,3	+ 0,8	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,2	- 0,3	- 0,4	- 0,3	+ 0,4	
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	+ 12,7	+ 1,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,7	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,0	
Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	+ 7,7	+ 2,1	+ 3,5	+ 2,7	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,1	- 1,0	+ 0,1	
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 4,8	+ 1,5	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,8	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	
Erz. des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	+ 3,8	- 0,4	+ 4,1	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,9	- 0,7	- 0,6	- 0,5	+ 0,8	
dar.: Mineralölenergieerzeugnisse	+ 1,6	- 3,2	+ 4,4	+ 3,2	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,6	- 2,2	- 2,1	- 1,1	+ 1,8	
Eisen und Stahl	+ 12,1	- 4,6	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,6	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	
Chemische Erzeugnisse	+ 4,5	+ 0,2	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	
Erz. des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 5,7	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁴⁾	+ 6,0	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	
Straßenfahrzeuge	+ 6,6	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,9	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 3,7	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	+ 0,0	
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 5,9	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	
Erz. des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 3,9	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	
dar.: Textilien	+ 4,7	+ 1,9	+ 3,8	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	
Bekleidung	+ 3,9	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	
Erz. des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	+ 5,9	+ 2,2	+ 1,4	- 0,6	- 0,5	- 0,3	- 0,4	+ 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	
Preisindizes für Bauwerke												
Wohngebäude ⁵⁾	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,5			+ 0,3	...			+ 0,5a)	...	
Bürogebäude ¹⁾	+ 3,7	+ 1,9	+ 2,4			+ 0,9	...			+ 0,5a)	...	
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude ¹⁾	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,0			+ 0,3	...			+ 0,5a)	...	
Gewerbliche Betriebsgebäude ¹⁾	+ 4,1	+ 1,8	+ 2,0			+ 0,7	...			+ 0,6a)	...	
Straßenbau ⁵⁾	- 2,2	+ 0,8	+ 1,3			+ 1,8	...			+ 0,6a)	...	
Brücken im Straßenbau ⁵⁾	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,4			+ 0,4	...			+ 0,7a)	...	
Index der Großhandelsverkaufspreise¹⁾	+ 5,4	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,8	- 1,2	- 0,7	+ 0,3	
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 6,1	+ 0,6	+ 2,2	- 0,9	- 2,1	- 2,1	- 1,7	- 0,5	- 2,1	- 0,7	+ 0,0	
Index der Einzelhandelspreise⁵⁾	+ 4,7	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,8	- 0,2	- 0,3	- 0,5	+ 0,3	
dar.: Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln u.ä.	+ 6,1	+ 2,3	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 1,0	- 0,3	- 0,8	- 1,5	+ 0,2	
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 5,3	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	
darunter für:												
Nahrungsmittel, Getränke	+ 6,2	+ 2,7	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,0	- 0,3	- 0,5	- 1,0	+ 0,2	
Tabakwaren	+ 4,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4	
Bekleidung, Schuhe	+ 6,0	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	
Wohnungsmieten, Energie ⁶⁾	+ 5,5	+ 5,4	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	
Wohnungsmieten	+ 8,0	- 0,9	+ 3,5	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 4,1	- 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,9	
Energie ⁶⁾												
Möbel, Haushaltgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 4,5	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 5,5	+ 4,1	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,3	
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 3,6	+ 4,0	+ 2,6	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,4	+ 2,5	+ 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,6	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit ⁷⁾	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	
pers. Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sowie Güter sonstiger Art	+ 6,0	+ 4,4	+ 1,9	+ 4,3	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	
4-Pers.-Haush. v. Angest. u. Beamten mit höherem Einkommen	+ 5,3	+ 3,4	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	
4-Pers.-Arbeitnehmerhaush. mit mittlerem Einkommen	+ 5,4	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 0,0	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern	+ 5,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	- 0,1	- 0,2	- 0,5	+ 0,1	
Einfache Lebenshaltung eines Kindes ⁸⁾	+ 4,9	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 4,4	- 0,5	- 0,7	- 1,0	+ 0,1	
Index der Einfuhrpreise	+ 2,3	- 0,3	+ 6,0	+ 3,5	+ 1,6	- 0,6	...	- 1,0	- 1,5	- 1,7	...	
dar.: Güter aus EG-Ländern	+ 2,5	- 0,4	+ 4,6	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,6	...	- 0,8	- 0,7	- 1,2	...	
Güter aus Drittländern	+ 2,1	- 0,3	+ 7,2	+ 4,1	+ 1,2	- 1,8	...	- 1,3	- 2,1	- 2,0	...	
Index der Ausfuhrpreise	+ 4,3	+ 1,7	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,3	+ 2,7	...	- 0,1	- 0,1	- 0,3	...	
dar.: Güter für EG-Länder	+ 4,6	+ 1,5	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,9	...	- 0,1	- 0,1	- 0,2	...	
Güter für Drittländer	+ 4,2	+ 1,9	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,5	...	- 0,1	- 0,2	- 0,3	...	

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer. — 2) Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. — 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung. — 4) Einschl. Acker- schlepper. — 5) Einschl. Umsatz- (Mehrwert-)steuer. — 6) Ohne Kraftstoffe. — 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — 8) Aufgrund eines Bedarfschemas für 1976, nach der Preis- entwicklung auf 1980 hochgerechnet.

a) August 1985 gegenüber Mai 1985.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1982	1983	1984	1984		1985 ⁵⁾		1985 ⁵⁾		
					3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	Juni	Juli	August
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1 000	61 546	61 307	61 049	61 089	61 049	61 009
dar. Ausländer ¹⁾	1 000	4 667	4 535	4 364	4 364	4 331	4 332	4 348	4 348
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	361 966	369 963	364 140	111 584	80 847	52 416	114 891	37 928r	35 147	44 292
Ehelösungen	Anzahl	118 609	121 475	130 894
Lebendgeborene	Anzahl	621 173	594 177	584 157	153 448	142 687	138 986	146 200	46 356r	53 762	49 664
dar. Ausländer	Anzahl	72 981	61 471	54 795	14 079 ⁵⁾	13 650 ⁵⁾	11 873	13 886	4 522
Nichtehelich Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	52 750	52 442	52 998	13 870	13 400	12 586	13 496	4 411
Gestorbene	Anzahl	715 857	718 337	696 118	163 994	176 249	189 704	170 243	52 959r	58 096	52 171
dar. Ausländer	Anzahl	8 524	8 064	7 835	1 869 ⁵⁾	2 104 ⁵⁾	1 820	1 884	620
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	6 782	6 099	5 633	1 334	1 469	1 360	1 274	387
Totgeborene	Anzahl	2 996	2 790	2 567	673	627	575	617	205r	214	204
Überschuß (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 94 684	-124 160	-111 961	-10 546	-33 562	-50 718	-24 043	- 6 603r	- 4 334	- 2 507
Deutsche	Anzahl	-159 141	-177 567	-158 921	-21 401 ⁵⁾	-44 983 ⁵⁾	-60 771	-36 045	-10 505
Ausländer	Anzahl	+ 64 457	+ 53 407	+ 46 960	+12 210 ⁵⁾	+11 546 ⁵⁾	+10 053	+12 002	+ 3 902
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	Anzahl	420 754	372 027	457 093	136 648	108 952	103 970
dar. Ausländer	Anzahl	322 449	276 448	333 297	106 367	84 520	81 764
Fortzüge	Anzahl	496 145	489 162	608 240	221 058	116 941	94 748
dar. Ausländer	Anzahl	433 898	425 189	546 457	202 277	102 385	81 358
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	- 75 391	-117 135	-151 147	-84 410	- 7 989	+ 9 222
dar. Ausländer	Anzahl	-111 449	-148 741	-213 160	-95 910	-17 865	+ 406
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer ¹⁾	% der Bevölkerung	7,6	7,4	7,1	7,1	7,1	7,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	5,9	6,0	5,9	7,2	5,3	3,5	7,6	7,6	6,8	8,5
Ehelösungen	je 10 000 Einwohner	19,2	19,8	21,3
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	10,1	9,7	9,5	10,0	9,3	9,2	9,6	9,2	10,4	9,6
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	15,5	13,6	12,5	12,8 ⁵⁾	12,5 ⁵⁾	11,1	12,8	12,7
	% aller Lebendgeb.	11,7	10,3	9,4	9,2 ⁵⁾	9,2 ⁵⁾	8,5	9,5	9,8
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		1 407,2	1 330,9	1 287,6 ⁶⁾	1 272 ⁶⁾	1 297 ⁶⁾	1 284 ⁶⁾	1 285 ⁶⁾	1 221 ⁶⁾
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	8,5	8,8	9,1	9,0	9,4	9,1	9,2	9,5
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,6	11,7	11,3	10,6	11,5	12,6	11,2	10,6r	11,2	10,1
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,8	1,8	1,8	1,7 ⁵⁾	1,9 ⁵⁾	1,7	1,7	1,7
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	1,1	1,0	1,0	0,9	1,0	1,0	0,9	0,8
Wanderungen³⁾											
Zuzüge											
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	76,6	74,3	72,9	77,8	77,6	78,6
Fortzüge											
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	87,5	86,9	89,8	91,5	87,6	85,9
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,4
dar. Ausländer ¹⁾	%	+ 0,8	- 2,8	- 3,8	- 3,8	- 2,0	- 2,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	+ 0,6	+ 2,2	- 1,6	- 3,6	- 5,4	- 4,8	- 0,9	- 17,1r	+ 1,2	+ 2,9
Ehelösungen	%	+ 8,2	+ 2,4	+ 7,8
Lebendgeborene	%	- 0,5	- 4,3	- 1,7	- 1,2	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,3	- 3,5r	+ 2,7	- 4,9
dar. Ausländer	%	- 8,8	- 15,8	- 10,9	- 9,1 ⁵⁾	- 7,0 ⁵⁾	- 8,8	- 1,1	- 3,9
Gestorbene ²⁾	%	- 0,9	+ 0,3	- 3,1	- 3,5	- 1,9	+ 6,8	- 2,6	- 5,6r	+ 2,0	- 4,0
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	%	- 32,7	- 11,6	+ 22,9	+ 27,4	+ 8,9
dar. Ausländer	%	- 35,8	- 14,3	+ 20,6	+ 30,7	+ 13,4	+ 19,9
Fortzüge	%	+ 5,0	- 1,4	+ 24,3	+ 54,8	- 7,5	- 23,3
dar. Ausländer	%	+ 4,4	- 2,0	+ 28,5	+ 76,9	- 8,8	- 25,8

1) Ergebnisse der Auszählungen des Ausländerzentralregisters; Jahresergebnisse jeweils am 30.9. - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Über die Grenzen des Bundesgebietes. - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 5) Vorläufiges Ergebnis. - 6) Geschätzt nach Calot-Verfahren (siehe WiSta 8/1981, S. 549 ff.).

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen				
	1981	1982	1983	1984	1984			1985	
					2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
in jeweiligen Preisen									
Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 426 070	1 481 730	1 545 440	1 613 350	387 770	405 090	434 370	395 640	409 220
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	31 680	36 340	32 410	33 250	4 190	18 030	7 500	3 520	3 930
Warenproduzierendes Gewerbe	641 590	656 980	684 360	716 360	173 070	174 620	192 460	177 440	184 940
Handel und Verkehr	236 510	243 730	255 400	265 630	65 450	64 930	70 810	65 360	68 010
Dienstleistungsunternehmen	366 890	397 690	426 310	448 280	111 830	113 030	114 600	114 270	117 480
Staat, private Haushalte ³⁾	212 660	220 460	228 440	234 450	54 200	55 700	70 600	56 300	56 460
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	1 540 930	1 597 920	1 670 940	1 745 610	419 830	436 690	468 710	429 520	441 710
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	887 850	918 050	957 510	987 520	243 340	243 260	265 710	239 560	251 370
Staatsverbrauch	318 160	326 190	336 530	350 160	81 970	83 180	105 200	83 070	85 320
Anlageinvestitionen	335 240	326 890	344 120	354 580	88 050	92 620	100 860	69 290	90 160
Ausrüstungen	127 650	124 900	135 600	137 580	29 950	34 210	44 490	32 430	36 200
Bauten	207 590	201 990	208 520	217 000	58 100	58 410	56 370	36 860	53 960
Vorratsveränderung	- 11 400	- 11 500	- 1 500	+ 11 300	+ 300	+ 13 300	- 24 700	+ 23 800	+ 300
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	+ 15 250	+ 37 470	+ 39 140	+ 50 140	+ 8 940	+ 6 040	+ 24 730	+ 13 580	+ 17 150
Ausfuhr ⁵⁾	482 110	517 540	526 400	587 480	139 810	143 270	162 070	157 350	160 270
Einfuhr ⁵⁾	466 860	480 070	487 260	537 340	130 870	137 230	137 340	143 770	143 120
Bruttosozialprodukt	1 545 100	1 597 100	1 675 800	1 753 700	422 600	438 400	471 800	429 300	444 300
Volkseinkommen									
insgesamt	1 187 250	1 223 520	1 282 410	1 343 070	321 600	336 640	364 720	326 480	340 100
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	882 950	902 520	921 330	951 060	226 860	233 990	269 590	223 590	239 290
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung ²⁾	+ 4,2	+ 3,9	+ 4,3	+ 4,4	+ 3,1	+ 4,1	+ 4,0	+ 2,5	+ 5,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 4,3	+ 14,7	- 10,8	+ 2,6	+ 34,7	+ 5,8	- 14,9	- 0,3	- 6,2
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 1,5	+ 2,4	+ 4,2	+ 4,7	+ 0,9	+ 4,7	+ 5,0	+ 0,7	+ 6,9
Handel und Verkehr	+ 4,8	+ 3,1	+ 4,8	+ 4,0	+ 3,5	+ 4,1	+ 2,6	+ 1,4	+ 3,9
Dienstleistungsunternehmen	+ 9,5	+ 8,4	+ 7,2	+ 5,2	+ 5,3	+ 4,5	+ 4,9	+ 5,0	+ 5,1
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 6,5	+ 3,7	+ 3,6	+ 2,6	+ 3,6	+ 0,4	+ 3,5	+ 4,4	+ 4,2
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	+ 4,2	+ 3,7	+ 4,6	+ 4,5	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,2	+ 5,2
Privater Verbrauch	+ 5,6	+ 3,4	+ 4,3	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,8	+ 3,3
Staatsverbrauch	+ 6,8	+ 2,5	+ 3,2	+ 4,1	+ 5,3	+ 2,7	+ 5,0	+ 4,1	+ 4,1
Anlageinvestitionen	- 0,2	- 2,5	+ 5,3	+ 3,0	- 0,4	+ 3,4	+ 2,8	- 5,1	+ 2,4
Ausfuhr ⁵⁾	+ 14,2	+ 7,3	+ 1,7	+ 11,6	+ 8,1	+ 13,5	+ 14,4	+ 10,6	+ 14,6
Einfuhr ⁵⁾	+ 9,8	+ 2,8	+ 1,5	+ 10,3	+ 10,1	+ 9,7	+ 8,5	+ 9,0	+ 9,4
Bruttosozialprodukt	+ 4,0	+ 3,4	+ 4,9	+ 4,6	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,9	+ 2,0	+ 5,1
Volkseinkommen	+ 3,4	+ 3,1	+ 4,8	+ 4,7	+ 3,5	+ 4,5	+ 4,1	+ 2,0	+ 5,8
dar. Einkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 4,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,2	+ 1,5	+ 2,1	+ 4,1	+ 1,3	+ 5,5
in Preisen von 1980									
Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung ²⁾	1 372 940	1 365 840	1 380 440	1 419 040	344 300	359 080	372 080	345 210	356 270
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	30 550	36 010	32 410	34 140	4 250	17 120	8 880	3 680	3 650
Warenproduzierendes Gewerbe	619 160	601 960	609 790	630 230	152 150	154 100	169 790	153 020	160 030
Handel und Verkehr	229 760	226 890	230 990	236 330	58 180	57 830	63 270	57 290	59 950
Dienstleistungsunternehmen	345 030	351 950	358 660	368 220	92 060	92 670	92 500	93 780	94 850
Staat, private Haushalte ³⁾	204 010	206 180	208 010	211 020	52 750	52 800	52 800	53 450	53 610
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾									
insgesamt	1 481 390	1 471 830	1 489 550	1 527 840	370 580	385 310	399 510	373 500	382 800
je Erwerbstätigen (1970 = 100)	133	135	138	142	138	142	147	139	142
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	836 380	825 230	834 360	839 560	206 710	206 560	225 470	200 400	208 820
Staatsverbrauch	303 290	300 740	301 720	308 840	76 040	75 630	82 760	75 390	77 190
Anlageinvestitionen	319 690	302 880	312 440	314 900	78 510	82 210	88 920	60 410	79 080
Ausrüstungen	121 810	113 590	119 900	119 360	26 140	29 670	38 260	27 650	30 740
Bauten	197 880	189 290	192 540	195 540	52 370	52 540	50 660	32 760	48 340
Vorratsveränderung	- 10 700	- 9 600	- 2 500	+ 9 200	- 300	+ 12 600	- 21 300	+ 18 900	- 300
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	+ 36 640	+ 51 750	+ 47 780	+ 62 300	+ 12 040	+ 9 800	+ 26 250	+ 18 200	+ 20 210
Ausfuhr ⁵⁾	456 730	471 450	470 680	508 560	121 500	123 920	138 270	133 830	134 600
Einfuhr ⁵⁾	420 090	419 700	422 900	446 260	109 460	114 120	112 020	115 630	114 390
Bruttosozialprodukt	1 485 300	1 471 000	1 493 800	1 534 800	373 000	386 800	402 100	373 300	385 000
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung ²⁾	+ 0,3	- 0,5	+ 1,1	+ 2,8	+ 1,0	+ 3,2	+ 2,9	+ 0,5	+ 3,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 0,6	+ 17,9	- 10,0	+ 5,3	+ 20,7	+ 10,7	- 10,0	- 5,4	- 14,1
Warenproduzierendes Gewerbe	- 2,1	- 2,8	+ 1,3	+ 3,4	- 0,4	+ 3,4	+ 4,3	- 0,8	+ 5,2
Handel und Verkehr	+ 1,8	- 1,2	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,1	+ 2,8	+ 2,1	+ 0,4	+ 3,0
Dienstleistungsunternehmen	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,0
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 2,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6
Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾									
insgesamt	+ 0,2	- 0,6	+ 1,2	+ 2,6	+ 0,9	+ 2,9	+ 2,6	+ 0,3	+ 3,3
je Erwerbstätigen	+ 0,9	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,9	+ 2,8	+ 2,2	- 0,2	+ 2,6
Privater Verbrauch	- 0,5	- 1,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,1	- 0,2	+ 1,0
Staatsverbrauch	+ 1,8	- 0,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,3	+ 1,5
Anlageinvestitionen	- 4,8	- 5,3	+ 3,2	+ 0,8	- 2,5	+ 1,2	+ 0,8	- 7,4	+ 0,7
Ausfuhr ⁵⁾	+ 8,2	+ 3,2	- 0,2	+ 8,0	+ 4,5	+ 10,1	+ 10,8	+ 7,2	+ 10,8
Einfuhr ⁵⁾	- 1,2	- 0,1	+ 0,8	+ 5,5	+ 4,4	+ 5,4	+ 4,2	+ 4,5	+ 4,5
Bruttosozialprodukt	+ 0,0	- 1,0	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,1	+ 3,2	+ 2,7	+ 0,1	+ 3,2

1) Ab 1983 vorläufiges Ergebnis. — 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. — 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — 4) Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung insgesamt zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben. — 5) Waren und Dienstleistungen einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Zum Aufsatz: „Kaufwerte für landwirtschaftlich Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von ... bis unter ... Hektar	Jahr	Insgesamt ²⁾			Davon Veräußerungsfälle der landwirtschaftlichen Nutzung von ... bis unter ... je ha Fläche					
					unter 30			30 – 40		
		Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung
		Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM
Insgesamt ²⁾	1975	25 015	28 124	17 193	3 050	4 951	10 709	6 201	7 334	12 539
	1976	28 564	29 016	18 723	3 249	4 543	12 755	7 032	7 897	13 274
	1977	30 319	30 173	22 160	3 481	5 068	14 887	7 562	8 258	16 470
	1978	29 068	27 324	25 732	3 290	4 451	18 698	7 376	7 749	19 904
	1979	27 922	26 070	30 474	3 227	4 177	22 629	7 026	7 181	23 141
	1980	25 997	25 151	36 036	3 006	3 909	27 613	6 577	7 257	28 417
	1981	25 853	27 955	39 245	3 258	4 930	28 025	6 562	7 849	30 561
	1982	27 316	32 888	37 105	3 643	6 101	26 628	7 477	9 490	27 953
	1983	29 652	35 800	38 103	3 890	6 493	27 241	7 806	10 183	28 603
	1984	31 423	38 268	38 265	4 070	6 770	26 108	8 239	10 937	27 852
davon: 0,1 – 0,25	1975	7 394	1 240	25 976	651	110	18 331	1 536	261	16 979
	1976	8 386	1 410	26 297	667	113	16 087	1 656	283	16 025
	1977	8 755	1 469	29 889	701	115	18 611	1 747	297	18 453
	1978	9 018	1 511	31 730	833	135	22 442	1 836	315	19 935
	1979	8 664	1 452	34 446	739	125	23 144	1 815	307	22 207
	1980	7 965	1 327	38 601	701	116	25 935	1 611	273	24 952
	1981	6 843	1 141	44 027	591	95	26 942	1 381	235	28 085
	1982	6 923	1 148	43 228	601	98	25 926	1 646	274	26 141
	1983	7 422	1 246	47 414	541	91	26 813	1 572	268	29 164
	1984	8 009	1 340	50 868	622	106	27 439	1 754	292	30 165
0,25 – 1	1975	10 624	5 520	19 977	1 229	658	12 100	2 700	1 436	13 026
	1976	12 441	6 427	19 815	1 303	708	12 222	3 192	1 692	13 360
	1977	13 357	6 962	23 399	1 352	729	15 329	3 474	1 871	16 146
	1978	12 776	6 562	25 449	1 224	655	16 254	3 417	1 818	17 677
	1979	12 223	6 283	29 503	1 292	685	18 877	3 168	1 678	20 749
	1980	11 277	5 832	33 833	1 177	632	23 001	2 948	1 552	23 388
	1981	11 458	6 054	39 302	1 338	743	26 379	2 990	1 599	27 903
	1982	11 781	6 196	38 538	1 374	760	26 307	3 238	1 717	26 173
	1983	12 806	6 815	41 307	1 492	840	28 224	3 455	1 875	27 982
	1984	13 191	6 929	41 990	1 568	865	25 526	3 428	1 848	27 959
1 – 2	1975	3 654	5 130	18 408	535	752	11 862	1 019	1 438	12 461
	1976	4 245	5 927	19 368	623	875	13 181	1 189	1 660	13 569
	1977	4 600	6 368	22 700	705	994	15 429	1 314	1 832	17 269
	1978	4 147	5 773	25 138	635	895	17 835	1 206	1 695	18 891
	1979	3 980	5 523	29 667	604	845	22 467	1 170	1 635	22 501
	1980	3 801	5 288	34 533	600	844	26 735	1 109	1 545	27 181
	1981	4 110	5 735	41 369	619	867	29 503	1 168	1 646	30 311
	1982	4 381	6 110	38 670	786	1 110	28 061	1 294	1 794	28 704
	1983	4 873	6 797	40 643	874	1 230	28 183	1 436	2 013	30 062
	1984	5 262	7 341	40 721	847	1 192	28 890	1 588	2 221	28 161
2 – 5	1975	2 440	7 393	16 540	438	1 339	11 093	708	2 140	12 431
	1976	2 704	8 090	18 252	490	1 490	13 593	798	2 400	13 748
	1977	2 833	8 461	21 056	550	1 639	15 192	808	2 411	16 032
	1978	2 456	7 307	25 265	455	1 390	20 157	734	2 200	20 557
	1979	2 423	7 267	32 115	455	1 360	25 016	704	2 138	25 218
	1980	2 322	6 926	36 417	401	1 207	28 853	716	2 120	30 399
	1981	2 673	7 986	39 244	540	1 650	28 261	808	2 417	32 542
	1982	3 161	9 558	36 725	643	1 943	28 772	989	3 004	29 314
	1983	3 409	10 287	37 013	741	2 253	27 544	1 031	3 120	28 907
	1984	3 657	11 010	37 710	761	2 311	26 833	1 094	3 290	29 285
5 und mehr	1975	903	8 841	14 066	197	2 091	9 208	238	2 058	11 802
	1976	788	7 162	16 250	166	1 357	11 560	197	1 863	11 906
	1977	774	6 913	20 125	173	1 591	13 764	219	1 847	16 258
	1978	671	6 171	25 672	143	1 376	18 581	183	1 722	22 411
	1979	632	5 545	29 186	137	1 162	22 110	169	1 423	23 777
	1980	632	5 777	38 588	127	1 111	29 731	193	1 767	32 070
	1981	769	7 039	36 691	170	1 575	27 806	215	1 952	30 793
	1982	1 070	9 876	34 893	239	2 191	24 144	310	2 702	27 255
	1983	1 142	10 655	34 395	242	2 079	25 976	312	2 906	27 615
	1984	1 304	11 648	33 577	272	2 296	24 092	375	3 286	25 944

1) Ohne Hamburg, Bremen und Berlin. – 2) Veräußerungsfälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar.

**genutzte Grundstücke“
landwirtschaftlichen Nutzung im Bundesgebiet 1)**

Grundstücke mit Ertragsmeßzahlen in Hundert der landwirtschaftlichen Nutzung									Jahr	Fläche der landwirt- schaftlichen Nutzung von ... bis unter ... Hektar	
40 – 50			50 – 60			60 und mehr					
Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung			
Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM			
6 083	6 386	16 312	3 943	3 994	20 155	5 738	5 458	28 192	1975	Insgesamt 2)	
7 025	6 668	17 441	4 785	4 550	22 520	6 473	5 358	30 182	1976		
7 177	6 783	21 225	4 990	4 472	27 280	7 109	5 592	34 196	1977		
6 990	6 259	24 386	4 664	3 925	29 346	6 748	4 940	40 045	1978		
6 749	6 013	29 323	4 585	3 838	35 947	6 335	4 861	45 150	1979		
6 431	5 981	33 825	4 327	3 666	43 125	5 656	4 337	53 432	1980		
6 118	5 913	37 520	4 185	4 109	44 887	5 730	5 153	60 687	1981		
6 381	6 777	36 086	4 186	4 779	44 197	5 629	5 741	58 668	1982		
6 903	7 500	36 129	4 530	5 041	46 090	6 523	6 584	59 639	1983		
7 331	8 027	37 572	4 914	5 659	45 872	6 869	6 874	61 352	1984		
1 802	304	20 719	1 329	222	30 356	2 076	342	37 133	1975		davon: 0,1 – 0,25
2 075	350	20 877	1 564	261	28 576	2 424	404	39 582	1976		
2 032	347	22 618	1 586	267	33 814	2 689	444	43 782	1977		
2 107	353	25 796	1 604	269	35 384	2 638	439	45 601	1978		
2 044	343	27 456	1 626	270	37 941	2 440	406	50 737	1979		
1 910	320	32 268	1 609	267	44 119	2 134	352	54 936	1980		
1 617	273	35 432	1 299	217	48 329	1 955	321	65 144	1981		
1 689	282	33 680	1 201	202	46 497	1 786	293	71 841	1982		
1 875	316	38 074	1 328	223	51 150	2 106	349	72 903	1983		
1 957	329	38 310	1 442	242	55 121	2 234	371	82 172	1984		
2 652	1 378	17 310	1 632	828	22 368	2 411	1 219	33 809	1975	0,25 – 1	
3 161	1 639	17 041	2 047	1 034	23 968	2 738	1 354	32 036	1976		
3 262	1 706	20 607	2 219	1 135	27 861	3 050	1 522	35 979	1977		
3 180	1 636	22 835	2 049	1 008	28 301	2 906	1 446	40 354	1978		
3 035	1 566	26 121	1 985	997	34 054	2 743	1 358	46 237	1979		
2 898	1 496	29 991	1 823	922	38 992	2 431	1 229	53 392	1980		
2 845	1 516	34 615	1 817	930	44 721	2 468	1 265	62 927	1981		
2 882	1 512	33 899	1 832	944	44 285	2 455	1 262	63 994	1982		
3 094	1 650	37 103	1 965	1 026	49 437	2 800	1 424	65 583	1983		
3 208	1 659	38 639	2 071	1 054	50 122	2 916	1 503	66 720	1984		
913	1 280	17 352	505	714	21 996	682	946	31 384	1975		1 – 2
1 055	1 462	18 792	640	906	22 958	738	1 023	31 715	1976		
1 103	1 518	21 308	697	947	26 681	781	1 077	37 106	1977		
1 008	1 391	24 247	585	811	31 385	713	982	38 673	1978		
995	1 363	28 303	570	794	33 797	641	885	48 176	1979		
945	1 326	32 911	522	724	40 933	625	850	52 720	1980		
956	1 334	38 449	606	829	48 925	761	1 058	66 049	1981		
980	1 369	37 442	606	845	48 327	715	992	62 020	1982		
1 042	1 455	39 553	641	887	51 436	880	1 213	64 252	1983		
1 177	1 635	39 954	739	1 030	53 400	911	1 263	64 631	1984		
527	1 598	15 711	354	1 050	21 600	413	1 265	26 099	1975	2 – 5	
574	1 705	17 489	412	1 218	22 340	430	1 277	29 271	1976		
633	1 880	20 363	376	1 116	27 006	466	1 413	32 656	1977		
537	1 553	24 806	339	995	29 122	391	1 169	37 526	1978		
532	1 592	33 566	319	969	38 084	413	1 209	45 605	1979		
543	1 618	34 826	290	874	43 968	372	1 107	52 561	1980		
574	1 671	40 813	348	1 042	46 227	403	1 206	59 504	1981		
645	1 929	37 494	384	1 132	42 895	500	1 550	55 592	1982		
678	2 034	38 121	428	1 279	47 246	531	1 601	56 559	1983		
739	2 184	38 711	463	1 400	47 746	600	1 825	57 704	1984		
189	1 826	14 620	123	1 180	14 286	156	1 686	22 098	1975		5 und mehr
160	1 510	15 716	122	1 132	19 645	143	1 301	25 027	1976		
147	1 333	22 775	112	1 007	25 760	123	1 136	27 213	1977		
158	1 325	25 577	87	843	26 973	100	904	41 606	1978		
143	1 149	29 577	85	809	37 165	98	1 002	38 188	1979		
135	1 221	38 599	83	878	48 130	94	800	54 791	1980		
126	1 118	35 937	115	1 092	39 996	143	1 303	54 152	1981		
185	1 685	35 738	163	1 655	42 648	173	1 643	53 102	1982		
214	2 045	30 627	168	1 626	39 460	206	1 998	52 758	1983		
250	2 221	33 732	199	1 934	37 035	208	1 912	54 404	1984		

Rinder- und Schafbestand im Juni

1 000

Jahr Land	Rinder									Schafe	
	insgesamt	Kälber bis unter 1/2 Jahr oder unter 220 kg Lebendgewicht	1/2 bis unter 2 Jahre alte Tiere		2 Jahre und ältere Tiere					insgesamt	zur Zucht benutzte weibliche Schafe ¹⁾
			männlich	weiblich	männlich	weiblich					
						Färsen	Milchkühe	Ammen- und Mutterkühe	alle übrigen Kühe		
1981	15 405,9	2 725,3	2 669,1	3 468,7	200,3	793,8	5 395,0	78,7	75,0	1 512,4	820,3
1982	15 371,6	2 652,8	2 637,8	3 529,0	198,2	801,6	5 419,2	78,4	54,5	1 458,8	783,2
1983	15 714,4	2 723,9	2 651,1	3 557,8	203,9	849,2	5 595,5	75,4	57,5	1 518,6	814,4
1984	16 041,5	2 815,2	2 760,3	3 594,6	193,9	841,7	5 684,3	83,4	68,1	1 609,0	877,5
1985	15 959,0	2 744,5	2 955,6	3 652,9	207,0	804,3	5 445,0	86,3	63,3	1 751,6	942,4

nach Ländern (1985)

Schleswig-Holstein	1 652,4	288,9	276,3	427,3	34,1	103,4	507,1	8,4	7,0	276,7	128,0
Hamburg	13,9	2,3	3,0	3,7	0,2	1,4	3,0	0,2	0,1	3,1	1,5
Niedersachsen	3 503,1	672,3	593,3	835,6	66,0	205,4	1 105,9	16,7	8,1	259,6	127,9
Bremen	23,2	5,0	4,4	4,2	2,6	1,9	4,5	0,4	0,1	1,2	0,3
Nordrhein-Westfalen	2 092,7	420,9	459,0	460,9	26,7	87,5	610,1	18,0	(9,6)	234,3	121,3
Hessen	894,0	142,3	184,7	220,4	8,1	43,6	277,5	13,5	3,8	174,7	106,1
Rheinland-Pfalz	648,8	98,5	106,3	162,8	6,9	38,3	222,3	10,1	3,4	130,5	74,0
Baden-Württemberg	1 823,8	281,8	360,4	396,0	24,8	69,7	665,2	14,0	11,9	283,2	154,2
Bayern	5 234,8	821,3	953,8	1 126,2	36,6	249,5	2 025,9	2,6	18,9	371,6	219,8
Saarland	71,7	11,2	14,1	15,9	1,0	3,5	23,2	2,4	0,4	15,9	8,6
Berlin (West) ²⁾	0,7	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	0,0	0,0	0,9	0,7

Siehe auch Fachserie 3, Reihe 4.1

1) Einschl. Jährlinge. — 2) Ergebnis: Dezember 1984.

Schweinebestand im August

1 000

Jahr Land	Insgesamt	Ferkel	Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht	Mastschweine (einschl. ausgemerzte Zuchttiere)				Zuchtschweine mit 50 kg und mehr Lebendgewicht				
				zusammen	davon mit einem Lebendgewicht von ... bis unter ... kg			Zuchtsauen				Eber
					50 – 80	80 – 110	110 und mehr	trächtig		nicht trächtig		
								Jungsaunen	andere Saunen	Jungsaunen	andere Saunen	
1981	23 338,7	6 775,2	6 020,6	7 786,0	5 070,2	2 575,1	140,7	363,8	1 348,0	244,3	690,8	109,9
1982	23 090,7	6 622,6	5 938,4	7 782,6	5 050,6	2 603,3	128,7	365,8	1 332,3	258,5	679,9	110,5
1983	24 669,4	7 135,5	6 370,8	8 242,8	5 339,8	2 755,8	147,2	391,8	1 401,9	287,8	720,8	118,0
1984	24 190,6	6 970,2	6 069,0	8 262,0	5 298,2	2 836,6	127,2	375,7	1 406,5	279,6	712,4	115,2
1985	24 813,3	7 462,0	6 043,6	8 317,0	5 349,8	2 839,6	127,7	407,7	1 444,2	297,2	726,0	115,6

nach Ländern (1985)

Schleswig-Holstein	1 839,9	565,8	433,1	637,0	411,7	223,9	1,3	24,2	106,7	19,0	43,9	10,3
Hamburg	8,0	3,4	1,3	2,0	1,2	0,7	0,1	0,2	0,8	0,0	0,3	0,1
Niedersachsen	7 728,7	2 212,7	1 917,3	2 684,0	1 761,8	900,8	21,4	123,4	444,2	81,8	230,0	35,3
Bremen	9,0	3,9	1,4	2,5	1,6	0,9	0,0	0,3	0,5	0,1	0,2	0,1
Nordrhein-Westfalen	6 495,1	1 850,4	1 609,5	2 272,7	1 490,2	758,8	(23,7)	104,4	371,4	79,3	178,1	29,4
Hessen	1 294,4	377,1	321,8	452,7	268,9	168,6	15,2	22,3	70,0	12,8	31,5	6,2
Rheinland-Pfalz	686,4	223,6	158,9	220,3	141,3	74,4	4,6	11,5	38,5	9,7	19,9	3,9
Baden-Württemberg	2 373,6	881,2	507,9	639,8	410,0	213,8	16,0	45,0	156,0	40,6	89,0	14,1
Bayern	4 327,9	1 329,9	1 078,3	1 389,6	851,9	492,8	44,9	75,6	253,5	52,9	132,0	16,0
Saarland	47,5	13,7	13,5	14,8	10,4	4,2	0,2	0,9	2,5	0,7	1,1	0,3
Berlin (West) ¹⁾	2,9	0,3	0,7	1,6	0,8	0,6	0,3	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0

Siehe auch Fachserie 3, Reihe 4.1

1) Ergebnis: Dezember 1984.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

1980 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ²⁾	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe									
		zu- sammen	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- (oh. H.v. Stahlrohren) werke	NE- Metall- halbzeug- werke	Eisen-, Stahl- und Temper- gießerei	Ziehereien und Kaltwalz- werke	Chemische Industrie	Holzbear- beitung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe- erzeugung	Gummi- verar- beitung
1982	103,4	102,0	95,7	87,4	90,7	96,4	94,1	109,8	85,6	115,3	107,3
1983	107,9	109,2	100,7	90,8	106,9	96,1	100,5	119,3	90,1	126,3	109,8
1984	118,2	120,8	103,0	103,2	115,4	101,6	109,9	132,5	92,7	149,7	113,6
1984 Juli	111,9	117,6	122,0	96,9	114,3	97,6	99,8	129,8	90,4	139,2	103,9
Aug.	108,1	113,9	118,3	91,4	99,9	93,1	99,2	126,3	86,0	131,2	109,0
Sept.	117,9	116,4	116,1	98,4	93,9	108,2	103,9	126,8	97,3	140,6	121,4
Okt.	133,0	132,8	124,4	117,3	124,3	118,3	118,0	143,5	105,2	165,0	135,0
Nov.	123,8	124,8	102,4	106,8	117,0	114,2	110,3	134,8	96,2	157,7	122,5
Dez.	115,9	109,6	73,4	96,4	97,8	90,5	93,9	122,5	77,2	134,8	96,9
1985 Jan.	129,0	126,3	49,5	112,7	133,9	111,9	109,8	143,2	75,8	167,9	119,5
Febr.	127,1	124,6	54,2	120,5	120,8	115,7	112,1	139,2	80,9	167,4	121,7
März	138,4	134,0	87,5	123,4	128,3	124,4	122,7	148,9	91,7	160,3	138,9
April	129,6	128,1	104,1	109,2	120,4	112,5	114,4	143,3	93,6	150,9	126,0
Mai	126,6	129,0	113,8	109,3	128,7	116,5	117,1	143,6	94,1	149,0	118,4
Juni	120,4	125,2	108,8	104,5	123,1	106,5	105,5	140,6	90,8	137,3	120,2
Juli	127,6	131,2	123,6	110,1	123,0	119,3	109,8	145,9	92,8	146,9	129,9
Aug.	112,8	115,3	110,9	96,4	106,5	100,0	105,0	126,8	84,5	121,6	113,0

Jahr Monat	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe										
	zu- sammen	Stahlver- formung, Ober- flächen- veredlung, Härtung	Stahl- und Leicht- metall-, Schienen- fahrzeug	Maschinen- bau	Straßen- fahrzeug-	Her- stellung von Kraft- wagen und -motoren	Schiffbau	Elektro- technik	Fein- mechanik, Optik	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	Herst. von Büro- maschinen, ADV-Geräten und -Ein- richtungen
1982	105,4	97,6	106,5	101,3	120,7	122,3	116,0	101,1	99,4	99,2	112,9
1983	108,2	100,3	98,0	101,4	129,5	132,9	90,9	104,1	100,7	105,5	129,3
1984	119,3	108,7	99,2	113,3	138,8	142,6	108,6	116,5	111,6	113,8	156,5
1984 Juli	114,4	102,4	112,4	111,3	109,9	110,8	236,1	113,8	109,0	109,4	159,4
Aug.	108,4	104,3	91,9	104,0	129,5	134,3	140,0	99,3	95,7	106,3	139,9
Sept.	118,5	104,8	114,2	106,8	139,6	144,1	103,1	119,4	107,0	111,6	153,9
Okt.	132,6	125,6	128,2	127,6	145,4	148,6	87,6	129,8	130,0	130,6	174,4
Nov.	125,4	119,2	97,7	116,4	140,7	144,4	74,2	129,3	122,4	120,3	180,7
Dez.	127,7	94,7	102,6	125,8	141,9	146,7	154,8	127,2	125,5	98,3	218,9
1985 Jan.	137,5	120,4	86,4	133,1	183,5	190,6	145,0	127,5	114,7	116,3	168,9
Febr.	133,1	123,4	70,2	130,1	173,7	180,0	106,4	123,8	121,3	112,7	194,3
März	143,2	125,3	80,0	135,4	187,6	193,4	117,0	133,9	134,2	123,8	232,2
April	133,4	120,0	103,1	128,8	177,6	182,7	92,7	117,7	116,8	118,1	190,4
Mai	131,0	120,0	122,0	127,3	155,1	159,4	147,4	121,6	121,4	119,9	161,8
Juni	124,2	117,1	115,7	120,3	140,9	143,8	153,7	117,5	114,8	114,9	164,2
Juli	134,0	127,1	132,3	131,4	156,1	160,6	131,1	123,3	239,6	119,6	175,4
Aug.	115,0	108,2	89,5	114,5	125,5	129,9	150,8	110,6	106,6	109,5	153,9

Jahr Monat	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe										
	zu- sammen	Fein- keramik	Her- stellung und Ver- arbeitung von Glas	Her- stellung von Holz- und Polster- möbeln	Papier- und Pappever- arbeitung	Druckerei, Vervielfältigung	Her- stellung von Kunststoff- waren	Leder- erzeugung	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe
1982	100,2	97,3	98,2	91,1	109,7	102,4	103,2	118,8	102,5	98,0	100,0
1983	105,0	98,6	105,9	93,0	112,7	103,6	113,7	138,5	104,3	103,4	103,4
1984	111,4	106,9	109,1	95,1	119,5	112,0	125,7	155,2	98,0	107,3	112,0
1984 Juli	96,5	96,8	100,0	82,2	119,9	105,6	122,3	157,1	42,6	85,6	66,9
Aug.	98,3	93,3	95,3	88,2	112,8	106,7	114,3	137,3	50,1	80,8	107,4
Sept.	118,6	108,8	106,7	93,5	116,7	114,7	123,5	168,1	97,5	115,6	169,4
Okt.	134,6	133,8	118,4	106,5	134,6	126,4	141,1	187,0	203,5	131,6	164,7
Nov.	118,2	112,9	122,1	104,3	125,3	125,8	131,3	175,9	110,5	117,4	97,7
Dez.	93,4	78,9	108,3	79,5	103,7	117,3	106,5	140,4	56,2	92,2	56,2
1985 Jan.	110,1	116,9	123,9	95,2	131,8	115,7	128,3	141,4	49,3	107,4	81,6
Febr.	114,7	106,0	113,1	94,9	125,9	107,1	127,1	156,9	90,8	117,1	122,2
März	132,4	126,7	115,5	98,5	137,4	120,6	137,2	171,7	129,5	134,4	187,0
April	121,6	107,0	110,8	92,9	130,1	116,5	134,2	151,2	192,0	121,0	127,6
Mai	111,2	101,7	114,8	92,2	129,0	112,7	132,5	155,7	133,0	110,6	73,4
Juni	102,7	98,5	111,6	84,9	124,3	111,8	127,3	148,4	65,6	98,9	62,8
Juli	104,9	104,5	112,8	80,6	131,8	118,4	134,2	166,7	45,4	95,2	69,2
Aug.	102,8	94,9	102,6	82,7	117,8	108,8	118,7	132,8	73,4	88,7	115,4

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

Darstellung nach „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe).

Index der Nettproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1980 = 100

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Elektrizitäts- und Gasversorgung			Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe							Bau- haupt- gewerbe
	ins- gesamt	ohne Bau- haupt- gewerbe	zu- sammen	Elektri- zitäts- versorgung	Gas- versorgung	zu- sammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe					
								zu- sammen	Grund- stoff- und Produk- tions- güter- gewerbe	Investi- tions- güter produzierendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter	Nahr- ungs- und Genuß- mittel- gewerbe	
kalendermonatlich													
1982	94,9	95,5	98,0	101,4	84,7	95,4	95,3	95,4	91,0	99,1	90,3	98,8	88,5
1983	95,5	96,4	101,1	103,8	90,1	96,1	90,6	96,3	93,9	98,8	91,6	99,4	89,0
1984	98,7	99,6	105,5	110,0	87,3	99,3	90,0	99,6	97,9	102,3	94,1	101,1	89,5
1984	Juli												103,5
1984	Aug.												103,5
1984	Sept.												103,5
1984	Okt.												103,5
1984	Nov.												103,5
1984	Dez.												103,5
1985	Jan.												103,5
1985	Febr.												103,5
1985	März												103,5
1985	April												103,5
1985	Mai												103,5
1985	Juni												103,5
1985	Juli												103,5
1985	Aug.												103,5
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt													
1982	94,9	95,6	98,1	101,4	84,9	95,4	95,2	95,4	91,1	99,1	90,3	98,7	88,4
1983	95,4	96,3	101,2	103,9	90,1	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	88,8
1984	98,6	99,6	105,5	110,0	87,3	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	89,2
1984	Juli												103,5
1984	Aug.												103,5
1984	Sept.												103,5
1984	Okt.												103,5
1984	Nov.												103,5
1984	Dez.												103,5
1985	Jan.												103,5
1985	Febr.												103,5
1985	März												103,5
1985	April												103,5
1985	Mai												103,5
1985	Juni												103,5
1985	Juli												103,5
1985	Aug.												103,5
Jahr Monat	Bauhaupt- gewerbe		Bergbau			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe							
	Hoch- bau- lei- stungen	Tief- bau- lei- stungen	darunter			Mineral- ölver- arbeitung	Ge- winnung und Ver- arbeitung von Stei- nen und Erden	Eisen- schaf- fende Industrie	NE- Metall- zeugung, NE-Metall- halbzeug- werke	Eisen- Stahl- und Temper- gießerei	NE- Metall- gießerei	Ziehe- reien, Kaltwalz- werke; Mechanik a.n.g.	Che- mische Industrie
			Stein- kohlen- berg- bau	Braun- kohlen- berg- bau	Ge- winnung von Erdöl, Erdgas								
kalendermonatlich													
1982	87,4	89,6	99,2	96,7	89,9	84,6	85,1	83,4	97,7	88,2	94,1	86,2	96,3
1983	88,5	89,6	89,5	93,5	92,2	80,9	86,8	81,9	105,2	82,4	95,7	89,2	103,3
1984	88,8	90,3	85,4	96,0	94,6	80,7	86,1	89,7	108,8	84,3	105,8	89,2	108,7
1984	Juli												103,5
1984	Aug.												103,5
1984	Sept.												103,5
1984	Okt.												103,5
1984	Nov.												103,5
1984	Dez.												103,5
1985	Jan.												103,5
1985	Febr.												103,5
1985	März												103,5
1985	April												103,5
1985	Mai												103,5
1985	Juni												103,5
1985	Juli												103,5
1985	Aug.												103,5
von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt													
1982	87,4	89,5	99,1	96,8	89,8	84,7	85,1	83,5	97,6	88,2	94,0	86,2	96,4
1983	88,3	89,4	89,4	93,4	92,3	81,2	86,6	82,0	105,1	82,2	95,6	89,2	103,4
1984	88,6	90,0	85,5	95,9	94,9	80,7	85,9	89,7	108,7	84,3	105,8	89,3	108,8
1984	Juli												103,5
1984	Aug.												103,5
1984	Sept.												103,5
1984	Okt.												103,5
1984	Nov.												103,5
1984	Dez.												103,5
1985	Jan.												103,5
1985	Febr.												103,5
1985	März												103,5
1985	April												103,5
1985	Mai												103,5
1985	Juni												103,5
1985	Juli												103,5
1985	Aug.												103,5

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1.

Darstellung nach der Systematik der Wirtschaftszweige Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO). – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Sozialleistungen

Rehabilitanden 1983 nach Geschlecht, Trägern und Art der Maßnahme

Prozent

Träger der Rehabilitationsmaßnahme	Insgesamt			Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen			Berufsfördernde			Maßnahmen zur sozialen Eingliederung		
	zu- sammen	männ- lich	weib- lich	zu- sammen	männ- lich	weib- lich	zu- sammen	männ- lich	weib- lich	zu- sammen	männ- lich	weib- lich
Gesetzliche Krankenversicherung												
Ortskrankenkassen	22,4	16,7	29,3	26,5	20,9	32,6	-	-	-	-	-	-
Betriebskrankenkassen	6,9	6,2	7,7	8,2	7,8	8,5	-	-	-	-	-	-
Innungskrankenkassen	2,1	2,1	2,0	2,5	2,6	2,3	-	-	-	-	-	-
Landwirtschaftliche Krankenkassen	1,5	1,2	1,9	1,8	1,5	2,1	-	-	-	-	-	-
See-Krankenkasse	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	-	-	-	-	-	-
Bundeskknappschaft	2,9	2,3	3,7	3,5	2,9	4,1	-	-	-	-	-	-
Ersatzkassen für Arbeiter	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	-	-	-	-	-	-
Ersatzkassen für Angestellte	8,7	6,1	11,8	10,3	7,7	13,2	-	-	-	-	-	-
Zusammen ...	44,9	35,0	56,9	53,2	44,0	63,3	-	-	-	-	-	-
Gesetzliche Unfallversicherung												
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	3,2	4,9	1,2	3,3	5,3	1,2	4,4	5,4	1,6	1,9	2,6	0,4
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	0,6	0,1	0,5	0,7	0,9	0,5	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Gemeinde-Unfallversicherungsverbände	0,7	1,3	0,6	0,7	0,8	0,6	0,0	0,0	0,1	3,8	2,9	5,7
Feuerwehrunfallkassen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-
Ausführungsbehörden für Unfallversicherung des Bundes	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	-	0,1	0,2	0,0
Ausführungsbehörden für Unfallversicherung der Länder	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2	0,1	0,3
Ausführungsbehörden für Unfallversicherung der Gemeinden	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,4
Zusammen ...	4,8	6,6	2,5	5,0	7,3	2,5	4,5	5,6	1,7	6,3	6,1	6,7
Gesetzliche Rentenversicherung												
Rentenversicherung der Arbeiter	18,9	23,5	13,2	20,9	26,9	14,4	11,2	13,7	4,3	-	-	-
Rentenversicherung der Angestellten	13,6	11,5	16,2	15,8	14,0	17,8	2,5	2,4	2,7	-	-	-
Bundeskknappschaft	0,7	1,1	0,2	0,8	1,3	0,2	0,6	0,8	0,0	-	-	-
Altershilfe für Landwirte	0,9	0,8	1,0	1,0	1,0	1,1	-	-	-	-	-	-
Zusammen ...	34,1	37,0	30,6	38,5	43,2	33,5	14,2	16,9	7,0	-	-	-
Kriegsopferversorgung u. Kriegsopferfürsorge												
Kriegsopferversorgung	2,3	3,9	0,3	2,7	4,9	0,4	-	-	-	-	-	-
Kriegsopferfürsorge	1,6	2,4	0,5	-	-	-	1,4	1,8	0,2	32,3	40,3	16,0
Zusammen ...	3,9	6,3	0,9	2,7	4,9	0,4	1,4	1,8	0,2	32,3	40,3	16,0
Arbeitsförderung zusammen	9,1	11,5	6,2	-	-	-	78,8	74,9	89,6	-	-	-
Sozialhilfe zusammen	3,2	3,5	2,9	0,5	0,6	0,4	1,0	0,8	1,5	61,4	53,6	77,2
Insgesamt ...	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Rehabilitanden 1983 nach Geschlecht, Art der Behinderung und Art der Maßnahme

Art der Behinderung	Insgesamt 1)			Davon			Insgesamt			Davon		
	zu- sammen	männ- lich	weib- lich	medizi- nische	berufs- för- dernde	Maß- nahmen zur sozialen Ein- gliederung	zu- sam- men	männ- lich	weib- lich	medizi- nische	berufs- för- dernde	Maß- nahmen zur sozialen Ein- gliederung
				Rehabilitations- maßnahmen	Rehabilitations- maßnahmen	Rehabilitations- maßnahmen						
	Anzahl						%					
Tuberkulose	21 788	16 047	5 741	18 040	1 797	2 032	100	73,7	26,3	82,8	8,2	9,3
Poliomyelitis und sonstige nicht durch Arbo-Viren hervorgerufene Viruskrankheiten des Zentralnervensystems	820	465	355	330	315	178	100	56,7	43,3	40,2	38,4	21,7
Sonstige infektiöse und parasitäre Krankheiten	5 427	3 032	2 395	4 981	366	81	100	55,9	44,1	91,8	6,7	1,5
Neubildungen	121 576	45 492	76 084	121 155	394	30	100	37,4	62,6	99,7	0,3	0,0
Diabetes mellitus	47 705	17 325	30 380	45 792	1 663	256	100	36,3	63,7	96,0	3,5	0,5
Sonstige Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten sowie Störungen im Immunitätssystem, Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	22 637	11 604	11 033	20 957	1 539	144	100	51,3	48,7	92,6	6,8	0,6
Psychosen	48 826	20 282	28 544	43 936	3 061	1 893	100	41,5	58,5	90,0	6,3	3,9
Alkoholabhängigkeit	29 823	24 443	5 380	28 853	401	654	100	82,0	18,0	96,7	1,3	2,2
Medikamenten- und Drogenabhängigkeit	3 496	2 241	1 255	2 971	23	537	100	64,1	35,9	85,0	0,7	15,4
Umschriebene Entwicklungsrückstände (insbes. Lese- und Rechtschreibschwäche, Rechenschwäche, Rückstand in der Sprech- und Sprachentwicklung)	39 899	25 091	14 808	2 151	30 523	7 257	100	62,9	37,1	5,4	76,5	18,2
Sonstige Neurosen, Persönlichkeitsstörungen (Psychopathien) u. a. nicht-psychotische psychische Störungen: (einschl. Anpassungsstörungen und Störungen des Sozialverhaltens)	89 053	37 865	51 188	77 673	7 524	3 937	100	42,5	57,5	87,2	8,4	4,4
Oligophrenien (Schwachsinn)	28 830	16 607	12 223	1 838	8 032	19 232	100	57,6	42,4	6,4	27,9	66,7
Enzephalomyelitis disseminata (Multiple Sklerose)	2 944	1 371	1 573	2 400	280	267	100	46,6	53,4	81,5	9,5	9,1
Zerebrale Kinderlähmung	2 247	1 340	907	535	579	1 143	100	59,6	40,4	23,8	25,8	50,9
Epilepsie	9 636	5 700	3 936	6 460	2 216	978	100	59,2	40,8	67,0	23,0	10,1
Blindheit und geringes Sehvermögen	6 322	5 127	1 195	1 550	2 370	2 534	100	81,1	18,9	24,5	37,5	40,1
Sonstige Affektionen des Auges und seiner Anhangsgebilde (insbes. Sehstörungen, Krankheiten und Anomalien des Auges)	7 829	4 144	3 685	4 918	2 571	343	100	52,9	47,1	62,8	32,8	4,4
Taubheit (einschl. geringes Hörvermögen)	2 487	1 405	1 082	480	1 001	1 012	100	56,5	43,5	19,3	40,2	40,7
Sonstige Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	2 768	1 839	929	674	1 513	586	100	66,4	33,6	24,3	54,7	21,2
Sonstige Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	26 577	14 295	12 282	21 160	2 852	2 593	100	53,8	46,2	79,6	10,7	9,8
Hypertonie und Hochdruckkrankheiten	39 088	20 287	18 801	37 066	1 648	375	100	51,9	48,1	94,8	4,2	1,0
Herzkrankheiten	182 481	107 159	75 322	174 411	6 923	1 163	100	58,7	41,3	95,6	3,8	0,6
Sonstige Krankheiten des Kreislaufsystems	93 373	47 448	45 925	88 787	4 052	546	100	50,8	49,2	95,1	4,3	0,6
Krankheiten der Atmungsorgane (ohne Tbc)	69 041	44 581	24 460	63 642	4 841	573	100	64,6	35,4	92,2	7,0	0,8
Krankheiten der Verdauungsorgane	61 263	40 040	21 223	56 533	4 574	167	100	65,4	34,6	92,3	7,5	0,3
Krankheiten der Nieren und der ableitenden Harnwege	17 072	8 110	8 962	15 364	1 586	124	100	47,5	52,5	90,0	9,3	0,7
Krankheiten der männlichen und weiblichen Geschlechtsorgane, Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett	5 194	1 181	4 013	4 449	681	65	100	22,7	77,3	85,7	13,1	1,3
Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes	20 073	9 788	10 285	12 979	7 053	54	100	48,8	51,2	64,7	35,1	0,3
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	360 888	198 611	162 277	297 499	59 621	3 909	100	55,0	45,0	82,4	16,5	1,1
Kongenitale Anomalien (angeborene Mißbildungen, einschl. Congerangeschädigte)	7 642	3 545	4 097	5 750	1 106	797	100	46,4	53,6	75,2	14,5	10,4
Fraktur der Wirbelsäule mit Rückenmarksschädigung (Querschnittlähmung)	2 732	2 075	657	1 086	894	685	100	76,0	24,0	39,8	32,7	32,4
Schädelfraktur, sonstige Frakturen der Wirbelsäule (oh. Querschnittlähmung)												
Fraktur des Rumpfskeletts, der Extremitäten; intrakranielle Verletzungen	126 637	68 727	57 910	113 728	11 113	4 587	100	54,3	45,7	89,8	8,8	3,6
Traumatische Abtrennung von Gliedmaßen oder Teilen von Gliedmaßen	17 143	16 332	811	7 064	3 448	7 285	100	95,3	4,7	41,2	20,1	42,5
Sonstige Verletzungen und Schädigungen (einschl. Luxationen, Verstauchungen, Zerrungen, Prellungen, Quetschungen, Verbrennungen)	72 868	55 385	17 483	62 285	6 389	5 372	100	76,0	24,0	85,5	8,8	7,4
Komplikationen nach chirurgischen Eingriffen (einschl. postoperative Zustände)	1 404	924	480	295	1 001	110	100	65,8	34,2	21,0	71,3	7,8
Vergiftungen durch Drogen, Medikamente, Seren und Impfstoffe; toxische Wirkungen durch medizinisch nicht-gebräuchliche Substanzen	2 471	1 332	1 139	2 083	291	101	100	53,9	46,1	84,3	11,8	4,1
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen	12 289	6 162	6 127	8 734	2 621	954	100	50,1	49,9	71,1	21,3	7,8
Insgesamt	1 612 349	887 402	724 947	1 358 609	186 862	72 754	100	55,0	45,0	84,3	11,6	4,5

1) Ohne Mehrfachzählung.

Finanzen und Steuern

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern

Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte ¹⁾								Einnahmen der öffentlichen Haushalte ¹⁾					
	Bund	Lasten- aus- gleichs- vermögen	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv. 2)	ins- gesamt ²⁾	darunter		Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv. 2)	ins- gesamt ²⁾
							Personal- aus- gaben	Bau- maß- nahmen						
1982	246 617	1 953	3 474	224 210	153 048	548 184	177 244	40 957	208 938	1 933	3 036	199 642	145 779	478 209
1983	248 720 r	1 815	4 261 r	228 287 r	151 651 r	555 458 r	182 143 r	37 727 r	216 781 r	1 813	3 608	206 901 r	150 315 r	500 140 r
1984	253 441	1 692	4 479	233 068	154 393	566 200	184 358	35 820	224 793	1 680	3 725	215 150	155 851	520 325
1984 2. Vj . .	61 673	426	1 033	52 292 r	31 430	128 154 r	38 459 r	7 349 r	55 986	420	394 r	48 805 r	32 154	119 059 r
3. Vj	60 130	420	1 153	53 956	32 558	128 441	39 214	9 310	56 498	427	1 395	51 192	33 690	123 426
4. Vj	63 493	303	924	64 330	42 009	148 964	45 902	12 818	62 328	363	774	57 425	41 773	140 570
1985 1. Vj . .	72 717	490	1 216	56 245	30 736	142 810	44 909	4 825	50 586	431	1 275	51 008	30 039	114 745 r
2. Vj	61 683	381	870	54 269	32 999	130 898	39 909	7 210	58 744	374	843	51 678	33 849	126 182

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme ³⁾ 4)						Fundierte Schulden ⁴⁾ 5)					
	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv.	ins- gesamt	Bund ⁶⁾		ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv.	ins- gesamt
							zusammen	dar.: Lasten- ausgleichs- fonds				
1982	+ 37 174 r	-	+ 559	+ 24 026	+ 6 447 r	+ 68 206 r	308 476,7	2 339,4	5 226,0	187 185,2	97 245,5	598 133,5
1983	+ 31 475	-	+ 368 r	+ 21 637 r	+ 2 684 r	+ 56 165 r	341 636,4	1 831,8	5 592,0	209 991,1	99 932,6	657 152,1
1984	+ 28 305	-	+ 862	+ 18 566	+ 1 270	+ 49 003	365 532,0	1 646,7	6 458,0	229 224,7	101 158,3	702 373,0
1984 2. Vj . .	+ 6 332	-	+ 117	+ 3 509	- 181	+ 9 777	353 058,6	1 645,6	6 027,0	215 980,6	100 480,4	675 546,6
3. Vj	+ 5 788	-	+ 229	+ 4 211	+ 385	+ 10 613	359 150,0	1 630,9	6 246,0	220 535,5	100 866,7	686 798,2
4. Vj	+ 2 407	-	+ 207	+ 9 615	+ 463	+ 12 693	365 531,9	1 646,7	6 458,0	229 224,5	101 342,2	702 556,6
1985 1. Vj . .	+ 9 599	-	+ 10	- 1 000	+ 189	+ 8 798	377 380,0	1 628,4	6 468,0	230 463,3	101 354,8 r	715 666,1 r
2. Vj	+ 13 169	-	- 185	+ 3 655	- 128	+ 16 512	384 332,7	1 656,4	6 285,0	233 712,9	101 146,4	725 477,0

Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern									
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer (E. u. K.) 100 %	Gewerbe- steuer- umlage ⁸⁾	Gewerbe- steuer, netto	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer ⁹⁾	(Zuschlag zur) Grund- erwerb- steuer	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt ¹⁰⁾	darunter Stadt- staaten ¹¹⁾
	A	B								
1982	419,3	5 887,9	26 102,8	- 6 200,5	19 902,3	22 996,1	1 378,5	456,7	51 040,8	4 052,4
1983	431,1	6 336,1	26 184,4	- 4 358,4	21 826,0	23 494,4	1 214,9	494,2	53 796,8	4 258,1
1984	435,3	6 667,5	28 320,1	- 4 146,0	24 174,1	24 297,1	967,6 r	560,2	57 101,8 r	4 486,5
1984 1. Vj . .	104,5	1 537,0	7 281,5	- 70,4	7 211,1	1 361,4	300,9	157,5	10 672,4	1 117,4
2. Vj	105,5	1 755,2	6 940,9	- 1 065,2	5 875,7	5 784,3	239,8	155,6	13 916,2	1 102,0
3. Vj	117,3	1 948,5	6 853,2	- 1 038,8	5 814,5	5 391,3	237,6	140,4	13 649,7	1 122,6
4. Vj	108,0	1 426,8	7 244,5	- 1 971,6	5 272,9	11 760,0	189,3	106,6	18 863,6	1 144,4
1985 1. Vj . .	103,2	1 600,4	7 449,0	- 106,8	7 342,1	1 512,5	240,2	180,4	10 978,9	1 242,2
2. Vj	109,5	1 827,3	7 576,7	- 1 091,3	6 485,4	6 116,3	219,0	158,1	14 915,6	1 206,7

1) Jahresdaten: Bund, LAF, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gv. bis einschl. 1983 Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik; ab 1984 kumulierte Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik; kommunale und staatliche Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen bis 1984 in den Jahresdaten (z.T. schätzungsweise) enthalten, in den Vierteljahresdaten nicht. Erläuterungen zu den Ausgabe-/Einnahmearten siehe Fachserie 14, Reihe 3.1, Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts und Reihe 2, Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte. - 2) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene. - 3) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (-) von Kreditmarktmitteln. - 4) Ohne Schulden (Aufnahme/Tilgung) bei Verwaltungen und Innere Darlehen. - 5) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums. - 6) Einschl. der ab 1.1.1980 mitübernommenen LAF-Schulden. - 7) Abwicklungsbeträge. - 8) An Bund/Länder abgeführt. - 9) Soweit den Gemeinden zugeflossen. - 10) Nach der Steuerverteilung. - 11) Nur gemeindlicher Bereich.

Löhne und Gehälter

Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter im Handwerk

Monat	Alle erfaßten Gewerbebezüge										
	insgesamt	Kraftfahrzeugmechaniker	Schlosser	Tischler	Bäcker	Fleischer	Klempner, Gas- und Wasserinstallateure	Elektro-	Maler und Lackierer	Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	
Bezahlte Wochenstunden											
Vollgesellen											
1983	Mai	41,1	40,6	41,9	41,3	42,2	41,3	40,8	41,1	40,6	40,6
	Nov.	41,2	40,7	42,3	41,4	42,2	41,2	41,0	41,6	40,6	41,2
1984	Mai	41,1	40,7	42,0	41,3	42,1	41,1	40,8	41,2	40,7	40,6
	Nov.	41,1	40,4	42,1	41,4	42,3	41,2	40,8	41,4	40,5	40,9
1985	Mai	40,9	40,5	41,8	41,0	42,3	41,1	40,3	41,0	40,4	40,4
Junggesellen											
1983	Mai	40,9	40,5	41,5	41,5	41,4	41,2	40,6	40,6	40,6	40,5
	Nov.	41,2	40,6	42,1	41,6	41,4	41,1	40,9	41,2	40,5	41,0
1984	Mai	40,9	40,5	41,6	41,4	41,5	41,2	40,7	40,3	40,5	40,6
	Nov.	41,0	40,3	41,7	41,3	41,4	41,1	40,7	41,0	40,2	40,8
1985	Mai	40,8	40,6	41,0	41,4	41,4	41,1	40,1	40,6	40,2	40,5
Übrige Arbeiter											
1983	Mai	41,7	41,4	41,3	41,7	42,4	42,7	41,3	41,3	42,2	41,0
	Nov.	41,9	41,4	41,7	41,7	42,5	42,8	41,7	42,1	42,5	41,3
1984	Mai	41,9	41,2	42,1	41,5	42,5	42,7	41,4	42,4	42,5	41,0
	Nov.	41,8	41,0	42,2	41,7	42,5	42,6	41,0	42,0	41,7	40,2
1985	Mai	41,6	40,9	41,7	41,6	42,2	42,6	40,4	41,6	42,2	41,1
Alle Arbeiter											
1983	Mai	41,1	40,7	41,8	41,3	42,1	41,5	40,8	41,0	40,7	40,6
	Nov.	41,3	40,7	42,1	41,5	42,1	41,4	41,1	41,5	40,7	41,2
1984	Mai	41,1	40,7	41,9	41,4	42,1	41,3	40,8	41,1	40,8	40,6
	Nov.	41,1	40,4	42,0	41,4	42,1	41,4	40,8	41,4	40,6	40,9
1985	Mai	40,9	40,5	41,7	41,2	42,1	41,3	40,3	40,9	40,5	40,4
Bruttostundenverdienste DM											
Vollgesellen											
1983	Mai	15,38	14,68	15,39	15,29	14,79	15,17	16,32	15,03	15,53	16,36
	Nov.	15,46	14,74	15,41	15,39	14,93	15,31	16,33	15,15	15,57	16,50
1984	Mai	15,69	15,02	15,63	15,70	15,05	15,49	16,56	15,28	15,88	16,61
	Nov.	15,82	15,11	15,78	15,75	15,19	15,68	16,67	15,47	16,01	16,85
1985	Mai	16,00	15,43	16,04	16,02	15,28	15,73	16,80	15,79	16,03	16,95
Junggesellen											
1983	Mai	12,45	11,74	12,84	12,71	11,36	11,51	13,10	12,39	13,40	13,32
	Nov.	12,42	11,70	12,68	12,56	11,41	11,50	13,14	12,38	13,38	13,29
1984	Mai	12,63	11,98	12,90	12,84	11,62	11,63	13,24	12,45	13,76	13,48
	Nov.	12,73	12,02	12,95	12,79	11,77	11,73	13,41	12,72	13,82	13,47
1985	Mai	12,93	12,36	13,28	13,03	11,83	11,89	13,56	12,79	14,10	13,87
Übrige Arbeiter											
1983	Mai	13,28	12,51	13,45	13,55	12,25	12,10	14,37	13,41	14,18	14,27
	Nov.	13,30	12,58	13,46	13,42	12,37	12,10	14,12	13,87	14,11	14,35
1984	Mai	13,57	12,72	13,55	13,86	12,55	12,20	14,31	14,26	14,58	14,80
	Nov.	13,65	12,79	13,57	13,81	12,72	12,40	14,41	14,41	14,48	14,74
1985	Mai	13,79	13,04	14,13	14,05	12,79	12,27	14,70	14,24	14,89	14,63
Alle Arbeiter											
1983	Mai	14,75	14,04	14,71	14,71	13,81	14,14	15,71	14,43	15,30	15,70
	Nov.	14,75	14,03	14,66	14,67	13,86	14,15	15,68	14,54	15,29	15,74
1984	Mai	15,01	14,35	14,89	15,03	14,03	14,34	15,85	14,66	15,65	15,93
	Nov.	15,11	14,41	15,04	15,01	14,15	14,48	15,97	14,87	15,73	16,02
1985	Mai	15,32	14,78	15,36	15,32	14,27	14,57	16,14	15,11	15,82	16,23
Bruttowochenverdienste DM											
Vollgesellen											
1983	Mai	632	596	645	631	624	627	666	617	631	664
	Nov.	638	599	651	638	631	631	670	630	632	680
1984	Mai	645	611	656	648	634	637	676	629	647	675
	Nov.	650	610	664	652	643	646	681	640	648	690
1985	Mai	654	625	671	657	646	647	677	647	648	684
Junggesellen											
1983	Mai	509	475	533	527	471	474	532	503	543	539
	Nov.	511	475	534	523	473	473	537	509	543	545
1984	Mai	517	486	537	532	482	479	539	502	558	547
	Nov.	522	485	540	529	487	482	546	522	556	550
1985	Mai	528	502	545	540	490	489	544	519	568	562
Übrige Arbeiter											
1983	Mai	554	518	556	565	519	517	593	553	598	586
	Nov.	558	520	561	559	526	518	589	584	600	592
1984	Mai	569	525	570	576	533	521	592	605	619	606
	Nov.	570	524	586	576	541	529	591	606	605	592
1985	Mai	574	533	590	585	541	523	594	593	628	601
Alle Arbeiter											
1983	Mai	606	571	615	608	581	586	642	591	623	638
	Nov.	609	571	618	609	584	586	644	604	622	648
1984	Mai	618	584	624	621	590	593	647	602	639	648
	Nov.	622	583	632	621	596	599	652	615	638	655
1985	Mai	627	599	640	631	601	603	650	619	640	656

Siehe auch Fachserie 16, Reihe 3.

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierendes Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes	Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	
1982 D	114,1	111,5	111,1	113,9	110,0	109,0	110,8	110,5	111,8	134,7
1983 D	115,8	113,2	112,8	113,4	113,0	111,0	113,2	113,9	112,7	136,5
1984 D	119,2	116,4	116,0	118,0	115,5	114,5	114,8	116,8	115,4	141,0
1984 Aug.	119,3	116,3	115,9	117,6	115,7	115,1	114,2	116,9	114,7	142,2
1984 Sept.	119,7	116,8	116,4	118,3	116,1	115,3	114,7	117,4	115,8	142,3
1984 Okt.	120,3	117,3	116,9	119,7	116,2	115,6	114,6	117,7	117,7	143,6
1984 Nov.	120,3	117,3	116,9	119,3	116,3	115,8	114,8	117,8	117,1	143,7
1984 Dez.	120,4	117,4	117,0	119,5	116,4	115,8	114,7	117,9	116,9	143,7
1985 Jan.	121,2	118,2	117,8	121,5	116,9	116,1	114,4	118,4	118,3	144,2
1985 Febr.	121,6	118,7	118,3	122,7	117,2	116,5	114,6	118,7	119,0	144,1
1985 März	121,8	118,9	118,5	122,9	117,4	116,7	114,5	118,9	119,1	144,2
1985 April	122,0	119,1	118,7	122,4	118,2	117,1	114,4	119,7	118,7	144,9
1985 Mai	122,1	119,2	118,8	122,1	118,5	117,4	114,3	120,1	119,0	145,0
1985 Juni	122,0	119,0	118,6	121,3	118,6	117,6	114,3	120,2	118,7	145,1
1985 Juli	122,1	118,9	118,5	120,6	118,8	117,8	114,2	120,5	118,2	147,4
1985 Aug.	121,9	118,6	118,2	120,0	118,8	117,8	113,9	120,5	117,9	147,5
1985 Sept.	122,1	118,8	118,5	120,5	118,9	117,9	114,2	120,6	118,4	147,5

Jahr Monat	Elektr. Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Bergbauische Erzeugnisse (ohne Erdgas)		Mineralölenerzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter elektrischer Strom	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hochofen-, Stahl- und Warmwalz- werke ⁴⁾		
1982 D	122,2	124,7	120,2	123,2	127,7	112,7	116,2	114,6	93,2	109,7
1983 D	125,8	127,3	123,8	119,3	120,2	115,7	110,8	110,2	103,5	113,5
1984 D	129,5	131,7	127,7	124,5	131,9	117,7	115,3	114,7	114,0	117,8
1984 Aug.	130,3	131,6	127,9	121,3	128,0	118,1	115,6	114,5	114,3	118,3
1984 Sept.	130,4	131,5	127,9	124,2	134,3	118,0	116,0	114,9	112,9	118,3
1984 Okt.	130,5	132,7	128,0	129,7	139,3	118,1	116,9	115,8	111,9	118,4
1984 Nov.	130,5	132,7	128,0	127,9	136,2	118,0	117,5	116,5	112,1	118,5
1984 Dez.	130,5	132,9	128,0	127,6	136,5	118,0	118,6	117,6	112,4	118,7
1985 Jan.	130,7	134,1	128,8	133,3	151,9	118,8	118,7	117,7	114,3	119,4
1985 Febr.	130,7	134,2	129,0	136,5	158,2	118,9	118,7	117,8	116,3	120,4
1985 März	130,7	134,3	129,0	136,0	154,8	119,6	119,7	118,8	116,8	121,4
1985 April	130,8	134,3	129,0	131,5	138,6	119,8	120,4	119,6	117,0	122,7
1985 Mai	130,8	134,9	129,6	129,6	131,3	119,9	120,3	119,4	117,7	123,2
1985 Juni	130,8	134,9	129,6	126,8	125,0	120,1	120,2	119,3	114,5	123,3
1985 Juli	134,6	135,0	129,6	124,1	121,0	120,3	120,0	119,2	112,3	123,0
1985 Aug.	134,8	133,6	129,6	122,7	122,1	119,9	120,1	119,3	108,8	123,0
1985 Sept.	134,8	133,8	129,6	124,9	131,1	120,1	120,2	119,3	107,9	122,7

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)				
		zusammen	darunter Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			
							gewerbl. Arbeitsmaschinen	Kraft- maschinen	Land- maschinen	
1982 D	111,3	110,3	109,3	115,5	116,6	111,4	111,4			111,0
1983 D	114,9	111,2	109,9	117,9	118,3	115,0	115,2	114,1	116,9	117,2
1984 D	118,1	114,0	114,2	119,1	119,5	118,0	118,5	116,9	117,8	119,9
1984 Aug.	118,7	114,7	114,7	119,5	120,0	118,5	119,0	117,4	118,1	120,1
1984 Sept.	119,2	114,7	114,7	119,7	119,9	118,6	119,1	117,4	118,1	120,1
1984 Okt.	119,3	114,5	114,4	119,3	119,5	118,8	119,5	117,5	118,1	120,0
1984 Nov.	119,4	114,6	114,6	119,3	119,6	119,1	119,7	117,5	118,1	121,5
1984 Dez.	119,5	114,7	114,5	119,4	119,7	119,1	119,9	117,6	118,1	121,7
1985 Jan.	120,3	115,2	115,0	119,5	119,6	120,0	120,7	118,3	118,3	122,0
1985 Febr.	121,3	116,1	116,2	119,6	119,7	120,4	121,1	118,6	118,8	122,2
1985 März	122,4	116,4	116,7	119,6	119,6	120,7	121,5	119,1	118,8	122,4
1985 April	123,4	117,7	119,2	120,5	120,4	121,6	122,5	120,1	119,8	122,6
1985 Mai	124,1	118,1	119,6	120,8	120,5	122,1	123,1	120,3	119,8	122,7
1985 Juni	124,2	118,3	120,4	121,0	120,7	122,2	123,2	120,2	119,8	122,8
1985 Juli	124,2	118,6	120,4	121,3	121,2	122,5	123,4	120,3	119,8	122,9
1985 Aug.	124,4	118,4	120,3	121,4	121,3	122,6	123,6	120,4	119,8	123,0
1985 Sept.	124,4	118,7	120,3	121,5	121,4	122,8	123,8	120,4	121,3	123,6

Fußnoten siehe folgende Seite.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen; Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter feinme- chanische Erzeugnisse				
		Kraftwagen und Kraft- räder ⁵⁾	Teile für Kraftwagen und Kraftwagen- motoren								
1982 D	110,4	109,5	111,9	108,8	107,3	107,4	108,5	110,8	106,6	113,7	104,0
1983 D	113,8	112,8	115,9	114,9	110,1	110,5	111,9	113,8	111,1	113,9	103,5
1984 D	117,5	117,3	117,8	120,3	111,4	112,5	115,2	117,1	113,2	118,1	102,2
1984 Aug.	117,3	116,8	118,1	119,6	111,6	112,7	115,6	117,7	113,1	118,4	101,6
1984 Sept.	118,3	118,3	118,2	121,4	111,7	112,8	115,7	117,7	113,8	118,7	102,7
1984 Okt.	119,0	119,3	118,2	121,4	111,7	113,1	115,9	117,6	114,3	118,7	102,8
1984 Nov.	119,0	119,3	118,1	121,5	111,7	113,0	116,0	117,8	114,4	118,6	103,0
1984 Dez.	119,0	119,3	118,2	123,8	111,8	113,1	116,0	117,8	114,3	119,0	103,0
1985 Jan.	119,5	119,5	119,2	124,6	112,4	113,7	117,0	117,8	114,4	119,8	103,6
1985 Febr.	119,7	119,6	119,8	126,4	112,6	114,2	117,9	118,0	115,2	120,4	103,7
1985 März	119,9	119,9	120,0	126,4	112,8	114,1	117,9	118,3	115,9	120,5	103,9
1985 April	121,2	121,6	120,5	126,4	113,1	114,7	118,7	118,9	115,8	121,9	103,7
1985 Mai	121,6	122,1	120,7	126,5	113,2	114,8	118,8	119,4	115,8	122,3	103,7
1985 Juni	121,7	122,2	120,7	126,5	113,2	114,9	118,9	119,5	115,8	122,3	103,7
1985 Juli	122,0	122,6	120,7	126,5	113,3	115,0	118,6	119,6	115,7	122,7	103,5
1985 Aug.	122,0	122,6	120,8	126,5	113,1	115,2	118,9	119,7	115,8	122,8	103,1
1985 Sept.	122,1	122,6	120,9	126,5	113,1	115,2	118,9	119,6	115,8	122,6	103,0

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas- und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holz- schliff, 6) Zellstoff, Papier und Pappe	Papier und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1982 D	111,9	109,4	98,2	110,9	111,6	111,7	108,1	105,3	115,0	105,4
1983 D	113,6	108,7	96,0	114,5	106,9	111,3	109,5	106,3	116,6	108,3
1984 D	116,7	109,5	94,9	117,5	115,8	116,0	112,8	109,7	118,5	124,4
1984 Aug.	117,2	110,2	94,8	117,9	118,6	117,2	113,4	110,1	119,0	125,6
1984 Sept.	117,4	109,3	94,3	118,1	119,6	118,3	114,0	110,0	118,8	127,0
1984 Okt.	117,9	109,9	94,0	118,1	121,5	119,0	114,6	109,7	119,5	126,3
1984 Nov.	118,0	110,2	93,7	118,1	121,7	119,7	114,7	109,6	120,4	126,9
1984 Dez.	118,0	110,1	94,1	118,1	121,7	119,8	115,0	109,4	120,7	126,5
1985 Jan.	118,1	110,5	94,0	118,5	121,8	120,0	115,4	109,3	120,6	126,5
1985 Febr.	118,3	110,2	94,0	119,3	122,3	120,4	115,9	109,5	121,2	127,6
1985 März	118,5	110,3	94,1	119,7	122,4	120,8	115,9	109,7	122,4	127,5
1985 April	119,9	110,2	94,2	119,8	122,3	120,6	117,6	110,2	122,4	128,3
1985 Mai	120,3	110,2	94,1	120,2	122,2	120,7	118,1	110,7	122,7	128,9
1985 Juni	120,4	110,3	94,0	120,4	121,9	120,9	118,1	111,2	122,6	129,0
1985 Juli	121,2	110,3	94,0	120,7	121,4	120,8	118,2	111,6	123,5	128,9
1985 Aug.	121,2	110,0	93,9	121,0	120,9	120,5	118,2	111,6	124,1	129,2
1985 Sept.	121,1	110,0	94,1	121,1	120,4	120,2	118,3	111,8	124,8	128,4

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes			Tabak- waren	Fertigteil- bauten im Hochbau	
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schäl- mühlener- zeugnisse	Milch, Butter und Käse			Fleisch und Fleisch- erzeugnisse
1982 D	107,9	107,7	109,9	109,2	109,7	108,3	109,4	113,1	122,6	107,9
1983 D	110,5	110,4	112,0	112,4	111,5	109,9	111,7	112,1	131,2	113,5
1984 D	113,9	113,7	116,2	115,9	113,5	106,0	108,9	110,7	128,5	117,8
1984 Aug.	114,5	114,4	116,8	116,6	112,9	104,6	107,5	111,1	128,5	118,1
1984 Sept.	114,5	114,5	116,9	116,8	113,4	101,7	107,7	111,3	128,6	118,2
1984 Okt.	115,4	115,5	117,2	117,2	113,3	100,5	107,8	111,3	128,6	119,1
1984 Nov.	115,5	115,6	117,5	117,3	113,5	100,5	108,2	110,5	128,5	118,9
1984 Dez.	115,6	115,7	117,6	117,2	113,4	101,0	108,1	110,7	128,5	118,9
1985 Jan.	116,4	116,3	118,1	117,8	113,1	102,1	106,6	110,5	128,5	118,9
1985 Febr.	116,6	116,4	118,4	117,8	113,3	102,0	106,8	110,3	128,5	118,9
1985 März	117,0	117,0	118,6	117,9	113,2	100,6	106,7	110,2	128,5	119,2
1985 April	117,4	117,5	118,9	118,1	113,1	100,6	106,6	110,2	128,5	119,5
1985 Mai	117,5	117,5	118,8	118,2	113,0	100,7	106,6	110,3	128,5	119,8
1985 Juni	117,6	117,6	119,2	118,3	113,0	100,6	107,2	110,4	128,6	119,9
1985 Juli	117,6	117,6	119,4	118,5	112,9	99,7	107,4	110,8	128,6	120,3
1985 Aug.	117,6	117,6	119,3	118,8	112,5	98,3	107,1	110,8	128,5	120,3
1985 Sept.	117,6	117,7	119,3	118,9	112,5	97,2	107,4	110,8	132,9	120,4

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 2.

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der gewerblichen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter. - 3) In den Preisindizes für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. - 4) Ohne Ferrolegierungswerke. - 5) Einschl. Fahrräder mit Hilfsmotoren sowie Verbrennungsmotoren für Krafträder. - 6) Ohne Preisrepräsentanten für Holzschliff.

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾										
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für				
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Be- herbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	

Alle privaten Haushalte¹⁾

1982 D	111,9	112,0	111,3	109,8	114,6	109,7	125,6	110,6	111,0	112,6	107,9	113,5
1983 D	115,6	115,7	114,3	113,0	118,3	115,6	124,5	113,7	115,6	117,1	111,4	118,5
1984 D	118,4	118,4	116,0	115,7	122,7	120,0	128,8	115,9	118,0	120,1	114,2	120,8
1984 Aug.	118,2	118,3	115,7	115,7	122,6	120,4	127,7	116,1	118,1	119,1	113,7	121,4
Sept.	118,3	118,6	115,0	116,2	123,4	120,9	129,0	116,2	118,3	119,4	113,7	121,4
Okt.	119,0	119,4	115,0	116,6	124,7	121,5	132,0	116,3	118,4	121,8	114,3	121,4
Nov.	119,2	119,5	115,2	117,0	124,7	121,9	130,9	116,5	118,5	122,0	115,1	121,5
Dez.	119,3	119,5	115,3	117,0	124,9	122,1	131,1	116,5	118,6	121,8	115,4	121,9
1985 Jan.	120,0	120,0	116,1	117,2	125,9	122,5	133,6	116,7	118,9	121,6	116,4	124,1
Febr.	120,5	120,3	117,0	117,4	126,6	122,8	135,1	116,9	119,1	121,9	116,5	124,5
März	120,9	120,7	117,4	117,8	127,3	123,2	136,7	117,2	119,4	122,0	116,6	124,7
April	121,1	120,8	118,0	118,0	126,6	123,4	133,9	117,4	119,5	123,2	116,2	124,9
Mai	121,2	120,9	118,1	118,1	126,2	123,6	132,2	117,6	119,6	124,7	116,0	124,9
Juni	121,3	121,1	117,8	118,1	126,0	123,8	131,0	117,7	119,7	124,7	116,1	126,2
Juli	121,1	121,1	117,2	118,1	126,3	124,1	131,5	117,8	119,8	124,1	115,9	126,3
Aug.	120,7	121,1	116,0	118,3	126,6	124,3	131,8	118,0	119,8	123,2	115,6	126,3
Sept.	120,9	121,4	116,2	118,8	127,5	124,5	134,3	118,1	120,1	122,4	115,7	126,3

4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höheren Einkommen²⁾

1982 D	112,2	112,2	111,2	109,8	114,2	109,6	127,3	110,9	110,0	113,0	109,6	115,5
1983 D	116,0	116,1	114,0	113,2	117,8	115,2	125,5	114,1	114,4	117,5	113,0	121,4
1984 D	118,7	118,8	115,7	115,9	122,2	119,5	129,9	116,5	116,9	120,3	115,6	123,7
1984 Aug.	118,6	118,7	115,4	115,9	122,1	119,8	128,6	116,6	117,0	119,4	115,2	124,1
Sept.	118,7	119,0	114,6	116,5	122,8	120,4	130,0	116,8	117,1	119,5	115,4	124,2
Okt.	119,4	119,7	114,7	116,8	124,2	121,0	133,3	116,9	117,3	122,0	115,9	124,2
Nov.	119,6	119,8	114,9	117,2	124,1	121,3	132,3	117,1	117,4	122,1	116,5	124,2
Dez.	119,7	119,9	115,0	117,3	124,3	121,5	132,4	117,1	117,5	121,9	116,8	124,5
1985 Jan.	120,5	120,5	115,9	117,5	125,2	121,9	135,0	117,3	117,8	121,7	117,6	127,6
Febr.	121,0	120,8	116,9	117,7	125,9	122,2	136,7	117,6	118,0	122,0	117,7	127,8
März	121,4	121,1	117,4	118,1	126,6	122,5	138,5	117,9	118,4	122,1	117,9	128,0
April	121,6	121,3	118,0	118,3	126,0	122,7	135,6	118,0	118,5	123,2	117,7	128,2
Mai	121,8	121,5	118,0	118,5	125,7	122,9	133,7	118,2	118,7	124,9	117,5	128,2
Juni	121,9	121,7	117,6	118,5	125,5	123,1	132,5	118,4	118,7	124,9	117,7	129,5
Juli	121,7	121,7	117,0	118,5	125,8	123,3	132,8	118,5	118,8	124,4	117,6	129,6
Aug.	121,4	121,7	115,7	118,7	126,0	123,5	133,0	118,7	118,8	123,3	117,3	129,6
Sept.	121,5	121,9	115,7	119,2	126,9	123,8	135,8	118,8	119,0	122,3	117,4	129,6

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen³⁾

1982 D	112,0	112,0	111,2	110,0	114,7	109,8	127,0	110,6	112,5	112,7	109,2	112,4
1983 D	115,6	115,8	114,0	113,4	118,7	115,8	126,1	113,6	119,3	116,8	112,9	117,3
1984 D	118,4	118,3	115,7	116,3	123,1	120,2	130,2	115,9	121,6	119,5	115,7	119,8
1984 Aug.	118,2	118,3	115,4	116,3	123,1	120,6	129,2	116,0	121,7	118,4	115,3	120,4
Sept.	118,2	118,6	114,7	116,8	123,8	121,2	130,3	116,2	121,9	118,5	115,4	120,4
Okt.	119,0	119,3	114,8	117,2	125,0	121,8	133,2	116,3	122,1	121,2	115,9	120,5
Nov.	119,2	119,5	115,0	117,6	125,2	122,2	132,6	116,5	122,1	121,3	116,5	120,5
Dez.	119,3	119,5	115,0	117,7	125,3	122,4	132,6	116,5	122,2	121,0	116,8	121,0
1985 Jan.	119,9	120,0	115,8	117,9	126,2	122,8	134,7	116,7	122,4	120,8	117,6	123,1
Febr.	120,5	120,3	116,8	118,1	126,8	123,2	136,0	116,9	122,7	121,1	117,7	123,6
März	120,8	120,5	117,2	118,5	127,5	123,5	137,5	117,2	122,9	121,1	117,9	123,8
April	121,1	120,7	117,8	118,7	127,1	123,7	135,4	117,3	123,0	122,3	117,7	123,9
Mai	121,3	120,9	117,9	118,9	126,8	123,9	134,0	117,5	123,1	124,0	117,5	124,0
Juni	121,3	121,1	117,5	118,9	126,7	124,1	133,1	117,7	123,2	123,9	117,7	125,8
Juli	121,1	121,1	116,8	118,9	127,0	124,4	133,5	117,8	123,4	123,3	117,6	125,9
Aug.	120,7	121,1	115,7	119,1	127,2	124,6	133,8	117,9	123,4	122,2	117,3	125,9
Sept.	120,9	121,3	115,9	119,6	128,0	124,8	135,9	118,0	123,6	121,3	117,4	125,9

Fußnoten siehe folgende Seite.

Preisindex für die Lebenshaltung

1980 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾										
	insgesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haus- haltung	Güter für				
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern⁴⁾

1982 D	112,1	112,1	110,9	109,6	114,5	109,9	126,0	110,4	115,4	112,4	108,3	111,0
1983 D	115,8	116,0	113,3	112,8	119,1	116,2	126,5	113,5	124,6	116,2	113,0	114,8
1984 D	118,7	118,7	115,4	115,5	123,4	120,8	130,1	115,7	126,8	117,5	117,1	116,8
1984 Aug.	118,5	118,7	114,9	115,5	123,5	121,2	129,5	115,9	126,9	116,7	116,2	117,1
Sept.	118,4	119,0	113,7	116,1	124,2	121,8	130,1	116,0	127,1	116,7	115,9	117,1
Okt.	118,9	119,6	113,7	116,4	125,2	122,4	132,3	116,2	127,2	118,2	116,9	117,2
Nov.	119,2	119,8	113,9	116,8	125,6	122,8	132,6	116,5	127,3	118,1	118,1	117,2
Dez.	119,3	119,9	114,0	116,8	125,7	123,1	132,3	116,5	127,4	118,1	118,8	117,4
1985 Jan.	120,1	120,2	115,3	117,0	126,3	123,5	133,5	116,6	127,7	118,1	120,6	118,3
Febr.	120,8	120,5	116,7	117,2	126,8	123,9	134,4	116,8	127,8	118,4	120,6	118,8
März	121,2	120,8	117,3	117,7	127,4	124,2	135,5	117,0	128,1	118,5	120,5	119,1
April	121,5	120,9	118,1	117,8	127,3	124,5	134,7	117,1	128,2	118,9	119,9	119,2
Mai	121,7	121,0	118,3	118,1	127,3	124,7	133,9	117,3	128,3	120,0	119,4	119,3
Juni	121,6	121,1	117,7	118,1	127,3	124,9	133,5	117,4	128,4	119,9	119,5	120,5
Juli	121,3	121,2	116,7	118,1	127,6	125,1	134,0	117,6	128,5	119,6	119,2	120,6
Aug.	120,7	121,3	114,7	118,4	127,9	125,3	134,3	117,8	128,5	118,9	118,7	120,6
Sept.	120,8	121,6	114,6	118,8	128,4	125,6	135,6	117,9	128,8	118,4	118,7	120,2

Einfache Lebenshaltung eines Kindes⁵⁾

1982 D	111,0	.	110,4	110,0	113,2	110,0	122,7	110,7	110,7	119,4	111,5	109,6
1983 D	114,1	.	112,4	113,4	117,7	116,5	121,2	113,5	114,0	127,0	117,0	113,3
1984 D	117,0	.	115,0	116,2	122,2	121,0	125,6	115,9	116,5	128,6	119,7	116,4
1984 Aug.	116,7	.	114,3	116,2	122,1	121,5	123,9	116,1	116,7	129,2	119,9	116,6
Sept.	116,1	.	112,3	116,8	123,1	122,1	125,7	116,3	116,8	129,2	120,1	116,9
Okt.	116,3	.	112,1	117,2	124,4	122,7	129,4	116,4	117,0	128,7	120,2	117,1
Nov.	116,4	.	112,2	117,5	124,2	123,1	127,3	116,6	117,0	128,1	120,3	117,3
Dez.	116,5	.	112,3	117,6	124,5	123,3	128,0	116,7	117,1	128,7	120,5	117,5
1985 Jan.	117,4	.	113,7	117,7	125,7	123,8	131,2	116,8	117,3	129,4	120,6	117,8
Febr.	118,4	.	115,4	117,9	126,4	124,2	133,0	117,1	117,4	129,4	120,8	118,2
März	119,1	.	116,2	118,4	127,3	124,5	135,5	117,4	117,6	129,5	121,1	118,5
April	119,7	.	117,6	118,6	126,3	124,8	130,7	117,5	117,8	129,5	121,5	118,7
Mai	120,2	.	118,8	118,7	125,8	125,0	128,1	117,6	117,9	130,8	121,6	118,9
Juni	119,6	.	117,5	118,8	125,6	125,3	126,5	117,8	117,9	130,8	121,9	119,4
Juli	118,8	.	115,5	118,9	125,8	125,5	126,8	117,9	118,2	130,8	122,0	119,4
Aug.	117,6	.	112,8	119,1	126,1	125,7	127,2	118,0	118,4	130,3	122,2	119,5
Sept.	117,7	.	112,4	119,4	127,2	126,0	130,7	118,1	118,7	130,4	122,4	119,7

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 7.

1) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 665 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 2) Lebenshaltungsausgaben von rd. 4 148 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 3) Lebenshaltungsausgaben von rd. 2 575 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 4) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 192 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1980. — 5) Bedarfsstruktur 1976, nach der Preisentwicklung auf 1980 hochgerechnet, für den Mindestunterhalt von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr; Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ enthält nur Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke. — 6) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. — Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. — 7) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck). — 8) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Süßfrüchte, Frischfleisch, und Blumen. — 9) Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sind Wohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaues, die 1949 und später erstellt wurden, nicht berücksichtigt.

Preisindizes für Bauwerke¹⁾ Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)

1980 = 100

Jahr Monat	Neubau								
	Wohngebäude				Büro- gebäude	Landwirt- schaftliche Betriebs- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude		
	insgesamt	Einfamilien -	Mehrfamilien - Gebäude	Gemischt- genutzte -			insgesamt	Stahlbeton	Stahlbau
1982 D	108,9	108,6	109,0	109,2	110,0	108,9	110,4	109,7	111,2
1983 D	111,2	110,7	111,4	111,5	112,6	111,1	112,9	112,1	113,7
1984 D	114,0	113,4	114,3	114,3	115,8	113,8	115,7	115,0	116,3
1982 Nov.	109,1	108,7	109,3	109,3	110,3	109,0	110,7	109,8	111,6
1983 Febr.	109,3	108,8	109,5	109,5	110,6	109,1	110,9	110,0	111,7
Mai	110,7	110,2	111,0	111,0	112,0	110,6	112,3	111,5	113,2
Aug.	112,3	111,8	112,5	112,6	113,7	112,2	114,0	113,2	114,9
Nov.	112,5	111,9	112,7	112,8	114,1	112,4	114,3	113,6	115,1
1984 Febr.	113,0	112,4	113,3	113,4	114,9	112,9	114,9	114,1	115,6
Mai	114,2	113,6	114,5	114,5	115,9	114,0	116,0	115,4	116,6
Aug.	114,4	113,8	114,7	114,7	116,2	114,2	116,0	115,4	116,6
Nov.	114,2	113,6	114,5	114,5	116,1	114,0	115,7	115,2	116,2
1985 Febr.	114,2	113,6	114,4	114,5	116,3	114,0	115,8	115,3	116,4
Mai	114,2	113,5	114,5	114,7	116,5	113,9	116,2	115,5	116,8
Aug.	114,8	114,0	115,1	115,3	117,1	114,5	116,9	116,2	117,6

Jahr Monat	Neubau						Instandhaltung von Wohngebäuden			
	Straßenbau			Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Staudämme	Ein- familiengebäude mit Schönheitsreparaturen	Mehr- familiengebäude		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
	insgesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- und Landes- straßen					mit	ohne	
1982 D	100,3	100,2	100,4	106,0	100,9	100,2	111,9	111,6	111,8	111,0
1983 D	99,5	99,5	99,4	106,9	100,9	99,8	115,6	115,1	115,3	114,6
1984 D	100,8	100,9	100,8	108,4	102,5	101,1	119,2	118,7	119,0	118,0
1982 Nov.	99,2	99,1	99,2	105,4	100,1	99,0	113,0	112,6	112,7	112,2
1983 Febr.	98,8	98,8	98,7	105,2	99,7	98,8	113,5	113,0	113,2	112,2
Mai	99,1	99,2	99,0	106,5	100,4	99,5	114,9	114,5	114,6	114,1
Aug.	100,0	100,1	99,9	107,9	101,7	100,6	116,8	116,4	116,5	116,1
Nov.	99,9	99,9	99,8	107,9	101,6	100,4	117,0	116,5	116,7	115,9
1984 Febr.	100,0	100,1	99,9	107,9	101,8	100,4	117,6	117,0	117,4	116,0
Mai	100,8	100,9	100,7	108,8	102,7	101,3	119,2	118,7	119,0	118,1
Aug.	101,2	101,2	101,2	108,7	102,8	101,4	119,9	119,5	119,7	119,0
Nov.	101,3	101,3	101,3	108,3	102,7	101,1	120,2	119,6	119,9	118,9
1985 Febr.	101,6	101,5	101,7	108,0	102,3	100,9	120,5	119,9	120,3	118,7
Mai	102,4	102,2	102,6	108,3	102,6	101,2	121,1	120,5	120,8	119,4
Aug.	103,0	102,8	103,2	109,1	103,2	101,8	122,0	121,4	121,6	120,7

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4.
1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Kaufwerte für Bauland

Jahr ¹⁾ Vierteljahr	Baulandarten insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland			Sonstiges Bauland ²⁾		
	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²
1982	78 765	79 858	82,99	58 643	49 982	111,51	9 636	16 512	42,85	10 486	13 363	25,93
1983	73 172	76 402	88,52	55 860	47 303	119,91	8 251	14 248	46,07	9 061	14 851	29,29
1984	66 245	68 501	87,72	49 247	41 125	121,95	6 960	11 893	45,09	10 038	15 483	29,56
1984 1. Vj	14 981	14 630	86,44	10 968	9 079	117,81	1 830	2 874	40,58	2 183	2 677	29,30
2. Vj	16 658	17 217	83,51	12 444	10 342	115,72	1 763	3 310	45,64	2 451	3 565	25,26
3. Vj	15 057	15 322	86,48	11 103	9 040	123,22	1 455	2 447	44,40	2 499	3 835	26,75
4. Vj	14 999	16 197	81,77	10 970	9 323	118,92	1 530	2 479	39,45	2 499	4 396	26,86
1985 1. Vj	13 398	16 718	75,07	10 491	9 019	111,21	1 272	3 146	38,64	1 635	4 553	28,67

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 5.
1) Jahresergebnis mit Nachmeldungen. – 2) Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen.

Textteil

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Hefte

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Systematiken		
Das Recht der Europäischen Gemeinschaften und seine Auswirkungen auf die amtliche Statistik	4	265
Formen und Wege der Verbreitung statistischer Informationen	10	793
Zur fachlichen Weiterentwicklung des Statistischen Informationssystems	5	351
Volkszählung 1986 — Vollerhebung oder Stichprobe	2	79
Input-Output-Rechnung in konstanten Preisen	4	270
Struktur der Landkreise und Kreisfreien Städte im Vergleich	7	527
Zur Abgrenzung und Erfassung der Schattenwirtschaft	8	618
Bevölkerung		
Bevölkerungsentwicklung 1984	9	729
Ausländer im Bundesgebiet 1984	3	196
Erwerbstätigkeit		
Berufsstatistik	5	359
Erwerbstätigkeit im Juni 1984	7	533
Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1984	4	282
Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1979 bis zum ersten Halbjahr 1985	9	737
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1984	1	13
Frauen im öffentlichen Dienst	9	744
Personal des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 1984	10	839
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Jahresabschlüsse 1983 von Aktiengesellschaften des Produzierenden Gewerbes	3	202
Zahlungsschwierigkeiten 1984	3	209
Finanzielle Ergebnisse der 1983 eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren	7	539
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Der deutsche Wald	10	800
EG-Agrarmarkt und deutsche Landwirtschaftsstatistik	8	624
Bestimmung der Ernteerträge Landwirtschaftlicher Fruchtarten	1	16
Viehhaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben	6	445
Buchführung in den landwirtschaftlichen Betrieben	4	289
Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1984	10	814
Anbauflächen und Getreideernte 1985	9	750
Weinmosternte 1984	3	214
Anbau von Zierpflanzen	2	119
Tierische Erzeugung 1984	5	373
Seefischerei 1984	5	379
Produzierendes Gewerbe		
Gedanken zur Weiterentwicklung der Statistik des Produzierenden Gewerbes	7	543
Konzept der Produktionsstatistik	8	637
Zur Aussage der Indizes der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Möglichkeiten und Grenzen	1	21
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1984	4	294
Eisenschaffende Industrie im Jahr 1984	6	455
Kostenstruktur und Investitionen im Baugewerbe 1983	6	459
Struktur des Bauhauptgewerbes 1984	2	122
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe 1984	3	217
Zur Entwicklung des Handwerks 1984	4	303
Erste Ergebnisse einer Abfallbilanz für die Bundesrepublik Deutschland	1	27

	Heft	Seite
Bautätigkeit und Wohnungen		
Bautätigkeit 1984	4	309
Wohngeld 1984	9	752
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) 1984	2	128
Außenhandel		
Außenhandel 1984	1	35
nach Herstellungs- und Verbrauchsländern	2	133
nach Waren	3	222
mit den außereuropäischen Entwicklungsländern	6	474
im vierten Vierteljahr 1984	2	141
im ersten Vierteljahr 1985	5	384
im zweiten Vierteljahr und im ersten Halbjahr 1985	8	646
Handelswege im Außenhandel 1984	6	466
Einfuhr nach Grenzabschnitten und Verkehrszweigen 1984	7	561
Verkehr		
Eisenbahnverkehr 1984	9	759
Unternehmen, Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs 1984	8	652
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1984	4	314
Binnenschifffahrt 1984	7	569
Luftverkehr 1984	3	229
Geld und Kredit		
Bauspargeschäft 1984	9	762
Kursbewegung am Aktienmarkt 1984	1	41
Bildung und Kultur		
Zur statistischen Darstellung von Studienverläufen	8	657
Habilitationen 1983	2	147
Auszubildende 1984	9	766
Studenten im Wintersemester 1984/85	5	390
Prüfungen an Hochschulen 1983	5	395
Pressestatistik 1983	7	576
Gesundheitswesen		
Einfluß wichtiger Todesursachen auf die Sterblichkeit und die Lebenserwartung	3	233
Ausgaben für Gesundheit 1983	9	772
Schwangerschaftsabbrüche 1984	7	581
Krankenhäuser 1983	6	481
Sozialleistungen		
Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe 1982	1	47
Behinderte 1983	2	152
Sozialhilfeempfänger 1983	4	321
Jugendhilfe 1982 (Einrichtungen und tätige Personen)	3	241
Jugendhilfe 1983	7	585
Rehabilitationsmaßnahmen 1983	10	821
Finanzen und Steuern		
Finanzen der Europäischen Gemeinschaften	9	779
Finanzplanung von Bund und Ländern 1984 bis 1988	1	52
Kommunale Finanzplanungen 1984 bis 1988	3	249
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Februar 1985	6	490
Öffentliche Haushaltsplanungen 1985	5	402
Öffentliche Finanzwirtschaft im ersten Halbjahr 1985	10	832
Hochschulfinanzen 1983	8	667
Öffentliche Finanzen 1984	4	331
Öffentliche Schulden 1984	6	486

Wirtschaftsrechnungen und Versorgung

	Heft	Seite
Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik . . .	1	56
Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1983	8	672
Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983	5	408
Steuer- und Sozialabgabenbelastung ausgewählter Arbeitnehmerhaushalte 1966 bis 1984 .	10	842
Budgets ausgewählter privater Haushalte 1984	6	493

Löhne und Gehälter

Indizes der Lohnstatistik auf Basis 1980	8	681
Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1984	3	252

Preise

Zur Neuberechnung des Index der Grundstoffpreise auf Basis 1980	4	337
Zur Neuberechnung des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 1980	5	419
Weiterentwicklung des Mietenindex in der Verbraucherpreisstatistik mit Hilfe von Ergebnissen der Wohnungszählung	6	505
Zusammengefaßter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlands- und Auslandsabsatz auf Basis 1980	6	509
Zur Neuberechnung der Indizes der Post- und Fernmeldegebühren auf Basis 1980	8	690
Preise im Jahr 1984	1	63
Januar 1985	2	158
Februar 1985	3	256
März 1985	4	343
April 1985	5	426
Mai 1985	6	512
Juni 1985	7	594
Juli 1985	8	695
August 1985	9	785
September 1985	10	850

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Entwicklung des Sozialprodukts 1950 bis 1984	6	433
Ansätze zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	95
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1984	8	603
Wert des Gebrauchsvermögens der privaten Haushalte	2	110
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1984 (Vorläufiges Ergebnis)	3	167
1. Halbjahr 1985 (Vorläufiges Ergebnis)	9	703
Sozialprodukt im Jahr 1984	1	5
Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	7	519